universität wien

MAGISTERARBEIT

Titel der Magisterarbeit

„Global Media Governance“ als Kommunikationspolitik der Zukunft? Eine Analyse des „World Summit on the Information Society“

Verfasserin

Katharina Hollnbuchner Bakk.

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil)

Wien, im Dezember 2008

Studienkennzahl lt. Studienblatt:	A 066 841
Matrikelnummer:	0300828
Studienrichtung lt. Studienblatt:	Publizistik- und Kommunikationswissenschaft
Betreuer	Ao. Univ.-Prof. Dr. Johann Haas

Olivenbäume und Antworten brauchen Zeit.

Rafik Schami

VORWORT

Gerade in Zeiten wie diesen, wenn jeder Tag geprägt ist von neuen Nachrichten über eine umfassende Wirtschaftskrise, immer weiter steigenden Lebensmittel- und Lebenserhaltungskosten (auch hier in Europa), zunehmender Armut und daraus resultierender Gewalt, ist es oft schwierig über globale Kommunikationspolitik zu schreiben, gäbe es doch wohl viel dringlichere Probleme. Und dennoch halte ich diese Auseinandersetzung für wichtig, nicht zuletzt deshalb, weil gerade durch sie bestimmt wird, was wir über die Welt, in der wir leben, in einem globalen Sinn wissen können, lernen dürfen, aber auch hinterfragen müssen.

Anders als viele meiner KommilitonInnen habe ich mich Zeit meines gesamten Studiums weniger für die wirtschaftliche Eignung meines Studiums interessiert als für die Grundlagenforschung. Dennoch war es gut einen Einblick in diverse Praxisfelder zu gewinnen und sich mit den täglichen Aufgaben im Journalismus oder PR-Bereich auseinanderzusetzen. Dennoch interessierten mich die grundlegenden Strukturen und Rahmenbedingungen mehr als selbst Artikel zu schreiben, Radionachrichten zu produzieren oder Pressedossiers zu verfassen. Ich wollte mehr über die rechtlichen Spielregeln und die daraus folgenden Konsequenzen für das (globale) Mediensystem erfahren. Dies war auch der Anstoß mich mit dem Thema „Global Media Governance“ zu beschäftigen.

Schließlich möchte ich an dieser Stelle einigen Personen meinen Dank aussprechen. Der größte Dank gebührt wohl meinen Eltern, Rudolf und Veronika Hollnbuchner, ohne deren finanzielle Unterstützung es mir niemals möglich gewesen wäre mich meinem Studium in der intensiven Art und Weise zu widmen wie ich es getan habe. Herzlichen Dank auch an Eugen Werner und meinen Bruder Christian, die Teile des Lektorats übernahmen. Weiterer Dank gilt Prof. Michael Latzer, der mich durch viele Rechercheaufträge an die Beschäftigung mit dem Bereich der globalen Kommunikationspolitik herangeführt hat. Zuletzt gilt mein Dank Prof. Hannes Haas, unter dessen Betreuung bereits das Konzept abgefasst wurde, und der mich auch während der Umsetzung durch positives Feedback, Verständnis und Geduld zu unterstützen wusste.

Katharina Hollnbuchner Bakk.

Wien, Dezember 2008

INHALTSVERZEICHNIS

1 Einleitung 3

1.1 Einführung in die Thematik 3
1.2 Zielsetzung 5
1.3 Aufbau der vorliegenden Arbeit 7

2 Globale Kommunikationspolitik nach 1945 9

2.1 Neue Welt Informations- und Kommunikationsordnung (NWIKO) 10
2.2 Free Flow of Information 12

3 Global Media Governance 14

3.1 Vorraussetzungen eines Diskurses über Global Media Governance 15
3.1.1 Globalisierung 17
3.1.2 Konvergenz und Mediamatik 22
3.1.3 Herausforderungen einer globalen Kommunikationspolitik im 21. Jahrhundert 27
3.2 Begriffsklärungen 29
3.2.1 Medien- oder Kommunikationspolitik? Oder beides? 30
3.2.2 Governance – Steuerung – Regulierung 32
3.2.3 Governance-Mechanismen 41
3.2.4 Governance-Ebenen 49
3.2.5 Global Media Governance 51

4 Theorien zur „Informationsgesellschaft“ 54

4.1 Die Wissensgesellschaft 57
4.2 Die post-industrielle Gesellschaft 59
4.3 Das globale Dorf 61
4.4 Die Kommunikationsgesellschaft 64
4.5 Die informationelle Gesellschaft 66
4.6 Die Mediengesellschaft 69
4.7 Vergleich der Modelle 71

5 Realität und Problematik des gesellschaftlichen Wandels 73

5.1 Technikoptimismus: being digital 73
5.2 Regulierungspessimismus: Free Culture 76

6 Fallbeispiel WSIS: Gesellschaftlichen Wandel steuern? 79

6.1 Bisheriger Forschungsstand zum WSIS 81
6.1.1 Charakteristika eines Weltgipfels 81
6.1.2 Inhaltliche Forschungsergebnisse 83
6.2 Forschungsleitende Fragestellungen 87
6.3 Methodische Herangehensweise 93
6.3.1 Die Policy-Analyse als weiterer methodischer Rahmen 94
6.3.2 Analyseinstrument: Inhaltsanalyse in Anlehnung an Mayring 96
6.3.3 Auswahl des Untersuchungsmaterials 99
6.4 Ergebnisse der Analyse 101
6.4.1 Den Gipfel ins Leben rufen 102
6.4.2 Genf – PrepCom-1 105
6.4.3 Genf – PrepCom-2 109
6.4.4 Genf – PrepCom-3 112
6.4.5 Genf – Der Gipfel Phase I 116
6.4.6 Tunis – PrepCom-1 122
6.4.7 Tunis – PrepCom-2 125
6.4.8 Tunis – PrepCom-3 129
6.4.9 Tunis – Der Gipfel Phase II 134
6.4.10 Implementation & Evaluierung 138

7 Conclusio 146

7.1 Zusammenfassung und Interpretation der Ergebnisse 146
7.2 Reflexion und Ausblick 154

LITERATURVERZEICHNIS 156

ABBILDUNGSVERZEICHNIS 164

ANHANG 165
Anhang A: Abkürzungsverzeichnis 165
Anhang B: Timeline 167
Anhang C: Kategorienschema 168
Anhang D: Quellenangaben Analysematerial 172

ABSTRACT 178

LEBENSLAUF 179

1 EINLEITUNG

1.1 Einführung in die Thematik

Die Einflussnahme oder Regulierung von Medien bzw. von Kommunikationswegen und Kommunikationstechniken ging immer schon einher mit der Entwicklung politischer Organisationsformen. Historische Beispiele sind etwa der europäische Absolutismus oder die Bildung von Nationalstaaten. Das Spannungsverhältnis zwischen Herrschenden und Beherrschten führte damit immer wieder zu restriktiverer oder aber auch liberalerer Medien- und Kommunikationspolitik durch den Staat. Dieser Tatsache liegen die besonderen Funktionen der Medien für das Gesellschaftssystem zugrunde, wie sie etwa Ronneberger in diversen Veröffentlichungen beschreibt (vgl. Burkart 2004: 378ff.).

Als in der zweiten Hälfte des 19. und vor allem zu Beginn des 20. Jahrhunderts neue technische Entwicklungen (Telegrafie, Telefon, Radio) eine immer schnellere Verbreitung von Informationen über staatliche Grenzen hinweg ermöglichte, wurden die sich herausbildenden Nationalstaaten auch durch die technischen Grundlagen dieser damals neuen Medien zur Kooperation in Bezug auf die Regulierung und Verwaltung gezwungen. Dies führte von einer zuerst bilateral betriebenen Kommunikationspolitik zu einer internationalen Kommunikationspolitik, die in eigenen Verwaltungseinheiten organisiert war (vgl. ITU 2004c). Auch die wohl älteste internationale Organisation der Welt, die ITU (International Telecommunication Union), deren Geschichte bis ins 19. Jahrhundert zurückreicht, ist in diesem Bereich anzusiedeln (vgl. Puppis 2007: 146). Zu ihren Vorgängerorganisationen ist auch zu sagen, dass diese unabhängig von anderen Projekten einer internationalen Vernetzung, wie etwa dem Völkerbund, die großen Krisen des 21. Jahrhunderts (die beiden Weltkriege und die große Weltwirtschaftskrise) überdauerten und die ITU erst 1948 als Unterorganisation in die Vereinten Nationen eingegliedert wurde.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts folgten weitere technische Neuerungen (Fernsehen, Internet und die immer weiter fortschreitenden Tendenzen einer Mediamatik (vgl. Latzer 1997)), die wiederum medien- und kommunikationspolitische Diskussionen auslösten. Neben der Entwicklung neuer Kommunikationstechniken und -arten, spielten aber auch große gesellschaftliche und politische Umwälzungen eine entscheidende Rolle im

globalen Diskurs über Kommunikationspolitik. Zwei Entwicklungen sind hier besonders hervorzuheben: Zum einen die immer rasanter voranschreitende Globalisierung in allen ihren Ausprägungen (vgl. Beck 1997), die ein zweifach bedeutsames Verhältnis zu modernen Kommunikationstechnologien haben kann: Rückgrat und/oder Motor der Globalisierung. Zum anderen die immer weiter voranschreitende Dekolonialisierung nach dem zweiten Weltkrieg. Dieser neuen Welle einer Nationalstaatsbildung, die jedoch entschieden anders verlief als die europäische, trat ein anderer Prozess entgegen, nämlich die Integration europäischer Staaten zu einer Staatengemeinschaft. Für diese Entwicklung war und ist heute viel mehr noch als früher die Abtretung zentraler nationalstaatlicher Rechte an die Gemeinschaft kennzeichnend – eine Des- und Reintegration des Nationalstaates also.

Vor allem im Kontext der Globalisierung und der prominenter werdenden Debatte über „Internationale Entwicklung“ wurde auch eine gerechtere Verteilung der Ressource Information in allen möglichen Ausprägungen (Technologietransfer, „gerechtere“ Berichterstattung etc.) zum Thema. Im selben Gedankenzug ist auch die ökonomische Relevanz von Information, Informationsverarbeitung und deren mediale Vermittlung zu bedenken. Politisch wurde diese Diskussion in den 1980er Jahren in zwei sich konkurrierenden Paradigmen aufgearbeitet. Auf der einen Seite wurde die vor allem von Entwicklungsländern geforderte Neue Weltinformations- und Kommunikationsordnung postuliert, dem das liberale Paradigma eines „Free Flow of Information“ entgegengesetzt wurde. Diese beiden Paradigmen spiegeln auch die geopolitische Lage bis 1989 wieder – eine strenge Bipolarität, die auch im Bereich der Kommunikationspolitik als ein gestaltendes Element inhärent war.

Heute sind vor allem technische Entwicklungen (Internet), aber auch krisenhafte weltpolitische Ereignisse wie etwa 9/11 oder auch der immer weiter auseinander klaffende Unterschied zwischen Arm und Reich als Antrieb für globale kommunikationspolitische Themen zu sehen. Beispiele hierfür sind etwa die Diskussion um den gläsernen Menschen, die digitale Kluft (engl. Digital Divide) oder auch das Recht auf geistiges Eigentum.

Die hier in groben Umrissen dargestellten Entwicklungen führten aber auch zu zwei weiteren Erkenntnissen: Zum einen, dass wir heute in einer von Informationen, Informationsvermittlung geprägten und medialisierten Welt leben, die auch sehr große wirtschaftliche Bedeutung hat – Stichwort „Informationsgesellschaft“. Zum zweiten, dass eine Vielzahl

von Problemen nicht mehr allein durch staatliches, oder zwischenstaatliches Handeln gelöst werden können, sondern das Zusammenwirken einer Vielzahl von Akteuren (staatlichen als auch nicht-staatlichen) voraussetzt (Stichwort Governance), wie es etwa Papadopoulos formuliert: „Die Diffusion von Governance, als Alternative zur dirigistischen top-down-Steuerung, scheint unabdingbar für das Regieren moderner Gesellschaften zu sein." (Papadopoulos 2004: 218). Daraus ergibt sich die hier zu behandelnde Problemstellung: Ist Global Media Governance[1] dazu in der Lage die kommunikationspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu bewältigen? Diese zentrale Frage leitet zu den Zielsetzungen der vorliegenden Arbeit über.

1.2 Zielsetzung

Ob Global Media Governance die Kommunikationspolitik der Zukunft ist stellt bereits der Titel dieser Arbeit in Frage. Grundlegendes Ziel sollte daher zu allererst eine kritische Reflexion bisheriger Forschungsergebnisse zu Vor- und Nachteilen von Global Media Governance sein. Dies ist umso bedeutender als auch jene Aspekte des Governance-Konzepts, die allgemein extrem positiv beurteilt werden, wie etwa der Anspruch von Demokratisierung, nicht immer das halten, was sie versprechen (vgl. Papadopoulos 2004).

Um Prognosen über die Tragweite des Konzeptes abzuliefern ist es jedoch notwendig bisher stattgefundenes Handeln im Sinne einer Global Media Governance zu analysieren. Eine derartige Analyse muss aus forschungspraktischen Gründen eingegrenzt werden. In diesem Fall soll sich die Analyse auf das in den letzten Jahren wohl wichtigste Ereignis der globalen Medien- und Kommunikationspolitik beziehen – den Weltgipfel zur Informationsgesellschaft (engl.: World Summit on the Information Society – WSIS), der in zwei Phasen 2003 in Genf und 2005 in Tunis abgehalten wurde. Kernthema des Gipfels war die Zukunft der Informationsgesellschaft(en)[2], eine Abklärung des Status quo und vor allem die Erarbeitung eines Entwicklungsplans für die nähere und weitere Zukunft.

[1] Eine genaue Begriffsdefinition erfolgt später (vgl. Kapitel 3.2.5)
[2] Es wird hier auch die Mehrzahl von Informationsgesellschaften angesprochen, da die weitere Entwicklung durchaus auf regionalen bzw. staatlich unterschiedlichen Strategien beruhen kann.

Den Kern der Analyse bilden zwei Fragestellungen, für die sich jeweils mehrere Unterfragen ergeben[3], und die es zu klären gilt:

1. **Wie gestaltete sich Global Media Governance auf diesem Gipfel, und was lässt sich daraus für die Zukunft von Global Media Governance ableiten?**
    - ⇨ Wie sieht das Verhältnis zwischen staatlichen, privatwirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren aus?
    - ⇨ Wer hat welche Teilnahme- und Gestaltungsrechte?
    - ⇨ Gibt es einzelne Governance-Mechanismen[4], die für die Verbindung einzelner Akteure prägend sind?
    - ⇨ Wann genau kamen welche Akteure zu Wort? Gibt es themenspezifische Unterschiede bei der Mitgestaltung?
    - ⇨ Sind Lernprozesse zwischen den beiden Gipfelteilen zu beobachten?
    - ⇨ Worin konkret lassen sich Unterschiede zur bisherigen globalen Kommunikationspolitik festmachen? Gibt es sie überhaupt?
    - ⇨ Welche positiven und negativen Entwicklungen sind abzulesen?

2. **Welche Ideen und Vorstellungen von „Informationsgesellschaft" setzten sich schließlich in der Auseinandersetzung zwischen den unterschiedlichen Akteuren des WSIS durch?**
    - ⇨ Welche Akteure haben sich durchgesetzt?
    - ⇨ Was heißt nun „Informationsgesellschaft" nach dem WSIS?
    - ⇨ Wie steht dies in Bezug zu bereits vorhandenen theoretischen Konzepten einer „Medien-/Kommunikations-/Informationsgesellschaft" und den beiden kommunikationspolitischen Paradigmen des 20. Jahrhunderts?
    - ⇨ Wie groß sind die Differenzen zwischen den Vorschlägen zur Förderung der Weiterentwicklung der Informationsgesellschaft und der tatsächlichen Implementierung? Gibt es erfolgreichere und weniger erfolgreichere Akteure?
    - ⇨ Wie erfolgreich ist also Global Media Governance in diesem Bereich?

[3] Eine Ausdifferenzierung und Operationalisierung erfolgt im Kapitel 6.2
[4] vgl. Kapitel 3.2.3

Wissenschaftlich relevant sind die oben dargestellten Fragestellungen in zweierlei Hinsicht. Zum einen stellt die Frage nach dem Vermögen von Global Media Governance eine Kernfrage nach den zukünftigen Ordnungsmodellen von Kommunikationspolitik, die ja als Rahmen das mögliche kommunikative Handeln sowohl von Medienunternehmen als auch vom einzelnen Individuum bestimmen und bis zu einem gewissen Grad prägen. Zum anderen ist auch mit einem Erkenntnisgewinn in Bezug auf das ausgewählte Praxisbeispiel zu rechnen. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem WSIS ist vor allem bis zum Beginn des zweiten Teilgipfels in Tunis gegeben (vgl. Biebl 2004; Cees 2004; Kleinwächter 2004a, 2004b; Opoku-Mensah 2004; Padovani 2004, 2005; Padovani/Nordenstreng 2005; Raboy 2004; Raboy/Landry 2005). Eine Aufarbeitung des zweiten Teils des WSIS ist aber nur sehr rudimentär vorhanden, weshalb gerade die Auseinandersetzung damit im Vergleich zum ersten Teil neue Erkenntnisse verspricht.

1.3 Aufbau der vorliegenden Arbeit

Nach dem in Kapitel 1.1 gebotenen groben Überblick über die Thematik werden die Vorrausetzungen einer Global Media Governance Debatte in den Kapiteln 2 und 3 näher betrachtet. Das folgende Kapitel widmet sich vor allem den beiden prägenden Paradigmen der Kommunikationspolitik im 20. Jahrhundert – der Neuen Weltinformations- und Kommunikationsordnung (NWIKO/NWICO) und dem „Free Flow of Information“. Es werden hier die Kernaspekte beider Paradigmen beleuchtet und die Umstände ihres Entstehens, und im Fall der NWIKO, auch ihres Scheiterns herausgearbeitet. Diese Darstellung dient dazu einen Abgleich zwischen einer „neuen“ und einer „alten“ globalen Kommunikationspolitik anstellen zu können und in der Analyse des Praxisbeispiels mögliche Veränderungen konstatieren zu können.

Das Kapitel 3 widmet sich vornehmlich den grundlegenden Begriffsdefinitionen und zum anderen aber auch den Vorbedingungen einer Governance Debatte im Medienbereich auf globaler Ebene. Am Beginn steht die Begriffsklärung von Medien- und/oder Kommunikationspolitik, die auch im Fach immer wieder zu Kontroversen führt. Danach wird der Kernbegriff Governance erläutert. Hier wird auch auf die unterschiedlichen Ausprägungen

(Global Governance, Multilevel Governance) Bezug genommen und auch Media Governance wird näher erläutert.

Im darauf folgenden Kapitel wird versucht das Konzept „Informationsgesellschaft“ greifbarerer zu machen indem die Positionen und Erörterungen verschiedener Theoretiker[5] dargestellt und gegeneinander abgewogen werden. Ein wichtiger Punkt in dieser ersten Auseinandersetzung mit der Thematik des Gipfels ist es festzustellen, wie realitätsnahe die einzelnen Konzepte sind, wo ihre Schwerpunkte liegen und wo sie sich voneinander unterscheiden und warum sie das tun. In Kapitel 5 wird weiters der aktuelle Kontext der Diskussion über Informationsgesellschaft erörtert. Zwei Positionen stehen sich hier gegenüber: Technikoptimismus und Regulierungspessimismus.

Der nächste Komplex widmet sich dem gewählten Fallbeispiel. Aus den in den vorangegangenen Kapiteln dargestellten theoretischen Implikationen werden konkrete Forschungsfragen abgeleitet und operationalisiert. Wichtig ist hier natürlich auch die gewählte Methode der qualitativen Inhaltsanalyse dem Fallbeispiel entsprechend darzustellen. Eine Besonderheit ist hier, dass als weiterer methodischer Rahmen der Polcy-Zyklus aus der Politikfeldanalyse herangezogen wird. Dies unterstreicht nochmals die Interdisziplinarität der hier bearbeiteten Thematik. Sowohl die Auswahl des Analysematerials als auch die Darstellung der Analyseergebnisse, die als nächstes folgen, nehmen diesen methodischen Rahmen auf.

Abschließend werden die Ergebnisse der Analyse nochmals in überschaubarer Weise zusammengefasst. Schließlich folgt im Abschnitt der Interpretation die nochmalige Verdichtung theoretischer und empirischer Befunde, was schlussendlich zum Ausblick führt. In diesem sollen durch die Untersuchung aufgeworfene Fragen, die es gilt weiterzuverfolgen gesammelt werden und auch eine methodische Weiterentwicklung soll hier stattfinden.

[5] Leider kann man hier nur in der männlichen Form sprechen – Theoretikerinnen zum Thema sind leider rar bzw. gar nicht vorhanden.

2. GLOBALE KOMMUNIKATIONSPOLITIK NACH 1945

Die globale Kommunikationspolitik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, von 1945 bis in die 1990er Jahre, ist von zwei gegensätzlichen Paradigmen geprägt: Der Idee einer „Neuen Weltinformations- und -kommunikationsordnung“ und dem „Free Flow of Information“. Die Diskussion beider Konzepte fand vor allem im Rahmen der UNESCO statt, die sich neben der ITU in der UN-Familie als die Organisation für Fragen im Kommunikations-, Informations- und Medienbereich etablierte. Wieso gerade die UNESCO und nicht die ITU zum Forum des Paradigmenstreits wurde lässt sich aus der Geschichte der UNESCO heraus erklären. Nach dem Zweiten Weltkrieg war sie jene Institution in der UN-Familie, die sich stark beim Wiederaufbau und bei Entwicklungsprojekten engagierte. Diese Phase des Wiederaufbaus ist ebenfalls gekennzeichnet durch einen Technikoptimismus und einer hohen Wertschätzung von Wissen (vgl. Carlsson 2003: 4), was als eine mögliche Parallele zu gegenwärtigen gesellschaftlichen Tendenzen gesehen werden könnte.[6]

Es muss jedoch auch beachtet werden, dass die UNESCO zur Zeit ihrer Gründung vor allem durch Mitglieder aus westlichen Demokratien konstituiert wurde. Daraus lässt sich auch begründen, weshalb der freie Informationsfluss schon 1945 in der UNESCO-Charta verankert wurde. Die weltpolitischen Entwicklungen in den 1960ern, die vor allem durch die Dekolonialisierung geprägt waren, hatten jedoch auch Auswirkungen auf die UNESCO-Kommunikationspolitik, da nun viele ehemalige Kolonien als neue Mitglieder aufgenommen wurden und so die Agenda mitgestalten konnten. Auch der Ost-West-Konflikt hatte erhebliche Auswirkungen auf die Entwicklung der beiden Paradigmen.

Bevor nun die beiden globalen kommunikationspolitischen Paradigmen näher erläutert werden ist noch auf einen weiteren Aspekt der globalen Kommunikationspolitik nach 1945 hinzuweisen. Eigentlich ist sie weniger als globale denn als internationale Kommunikationspolitik zu bezeichnen, da bis Ende der 1990er Jahre vor allem Staaten die treibenden Kräfte der Diskussionen waren. Als Foren dienten dabei die internationalen Organisationen: die UNESCO, die ITU, die WTO etc. Hier ist mit der Frage anzusetzen, wie sehr sich dies nun im Rahmen von Global Media Governance tatsächlich verändert hat. Mehr dazu aber später.

[6] vgl. Kapitel 5

2.1 Neue Welt Informations- und Kommunikationsordnung (NWIKO)

Die Diskussion um die Neue Welt Informations- und Kommunikationsordnung steht in Zusammenhang mit der Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Diese Forderung begründet sich wiederum auf ein neues Entwicklungsverständnis, der Dependenz-Theorie, die im Widerspruch zur bis dahin dominanten Modernisierungstheorie stand (vgl. Carlsson 2003: 4). Die Dependenztheorie macht vor allem externe Faktoren für den Entwicklungsrückstand mancher Länder verantwortlich. Die Modernisierungstheorie hingegen machte vor allem endogene Faktoren für Unterentwicklung verantwortlich – ihr folgt die Forderung nach dem „Free Flow of Information". Die Entwicklungsländer, von denen viele erst in den 1960ern ihre Unabhängigkeit erlangt hatten fürchteten eine neue Art der Kolonialisierung durch wirtschaftliche Abhängigkeit und forderten daher eine neue Wirtschaftsordnung. Dieselbe Sichtweise wurde später auch auf die kommunikationspolitische Ebene umgedeutet (Abhängigkeit von medialen Produkten der ehemaligen Kolonialmächte), was zur Forderung nach einer NWIKO führte. Zentrale Vorwürfe waren etwa ein zu einseitiger Informationsfluss, die Überfremdung einheimischer Kulturen oder der extreme Negativ-Bias, den die Berichterstattung über Entwicklungsländer inne hat(te).

Generell sind aber in der Diskussion um eine NWIKO drei Positionen zu unterscheiden. Zum einen die Position der westlichen Demokratien, die durch eine zu starke Regulierung von Kommunikationsinfrastrukturen die freie Meinungsäußerung und die freie Tätigkeit von JournalistInnen bedroht sahen, darunter würden die wesentlichen Funktionen, die das Kommunikationssystem zu erfüllen hätte (freie Meinungsbildung für die BürgerInnen durch ein pluralistisches Angebot, Kritik- und Kontrollfunktion durch freie Medien im demokratischen System) stark eingeschränkt (vgl. Breunig 1996: 70). Die zweite Position, die von den sozialistischen Staaten eingenommen wurde, kennzeichnete sich vor allem durch den hohen Stellenwert der Staatssouveränität und dem völkerrechtlich in der Charta der Vereinten Nationen festgeschriebenen Prinzip der Nichteinmischung. Staaten sollten entscheiden können, welche Medien auf ihrem Staatsgebiet verfügbar sind, und welche Inhalte ins Land kommen (vgl. Breunig 1996: 71). Durch diese beiden gegensätzlichen Positionen fand der Ost-West-Konflikt auch auf Ebene der internationalen Kommunikationspolitik Ausdruck.

Durch die so genannten blockfreien Staaten kam jedoch eine neue Dimension hinzu. Diese Staaten wollten sich bewusst keiner der beiden Machtblöcke anschließen. Ihre Hauptanliegen können im Englischen als „die vier Ds“ zusammengefasst werden: Democratisation (Demokratisierung), Decolonialization (Dekolonialisierung), Demonopolization (Entmonopolisierung), Development (Entwicklung) (vgl. Carlsson 2003: 12f.). Sie nehmen damit klar eine Zwischenposition zwischen Ost und West ein, bringen aber auch neue Aspekte in die Diskussion ein. Ihr Ziel ist die Neue Welt Informations- und Kommunikationsordnung, in der die Kommunikationsströme nicht einseitig vom Norden in den Süden verlaufen, sondern in beide Richtungen verlaufen, und wo das Bild des Südens nicht nur negativ dargestellt wird. Sie möchten Unterstützung in ihrem Bestreben Mediensysteme in ihren Ländern zu schaffen, die zur Demokratisierung beitragen. Parallel zu den Schutzzöllen in der Wirtschaft treten sie auch im Kommunikationsbereich für das Recht des Staates ein die heimische Medienwirtschaft vor transnational agierenden Unternehmen zu schützen.

Der Grund weshalb die blockfreien Staaten in der Anfangsphase der Diskussion in den 60er und 70er Jahren und auch noch Anfang der 80er ihre Position einigermaßen erfolgreich behaupten konnten hat mehrere Gründe. Zum einen bildeten sich aus den ehemaligen Kolonien eine Großzahl neuer Staaten heraus, die in der internationalen Gemeinschaft plötzlich einen großen Anteil an den Gesamtmitgliedern in vielen internationalen Organisationen bildeten. Zum anderen verfügten viele der blockfreien Staaten über große Erdölvorkommen, die durch den Ölschock 1973 zunehmend bedeutender wurden, wodurch ihre Verhandlungsposition erheblich gestärkt wurde (vgl. Carlsson 2003: 11). Dennoch waren die Verhandlungen über eine NWIKO schwierig. Nichts desto trotz wurde 1976 von der UNESCO eine sechzehnköpfige Kommission unter Vorsitz des irischen Journalisten und Nobelpreisträgers Sean MacBride eingerichtet, welche die Möglichkeiten für eine NWIKO ausloten sollte. Ergebnis war der bis heute große Beachtung findende MacBride-Report (vgl. UNESCO 1980). Wenn der Bericht mit seinen 82 Empfehlungen auch einen Durchbruch in der internationalen Kommunikationspolitik darstellte, und die Forderungen der blockfreien Staaten grundsätzlich unterstützte, so birgt er dennoch auch Schwächen – etwa konnte man sich nicht darauf einigen, wie die NWIKO definiert werden sollte (vgl. Carlsson 2003: 16f.).

Die Konfliktlinien zwischen Ost und West, Süd und Nord blieben also bestehen, es gab zwar im Rahmen der UNESCO und der UN-Generalversammlung Folgeresolutionen, das Thema war aber nach wie vor Grundlage für heftige Auseinandersetzungen, und führte 1984/85 sogar zum Austritt der USA und Großbritanniens aus der UNESCO. Dies bedeutete einen herben Schlag für die gesamte Organisation, stellten doch die USA und Großbritannien bis zu ihrem Austritt einen Großteil des Gesamtbudgets der UNESCO. Ein positives Resultat der Diskussion über die NWIKO ist aber bleibend: Die Einrichtung des IPDC (International Programme for the Development of Communication), das es noch heute gibt.

Dennoch wurde das Konzept einer Neuen Welt Informations- und Kommunikationsordnung trotz weltpolitisch günstiger Entwicklungen Ende der 1980er Jahre (Ende des Kalten Krieges) von der Agenda der UNESCO gestrichen. Ein Grund dafür ist mit Sicherheit auch der sich wandelnde Status der blockfreien Staaten. In den 1980er Jahren trat eine zunehmende Verschuldung ein, und auch die Erdöl fördernden Länder verloren durch neue Allianzen auf dem Erdölsektor massiv an Einfluss. Das politische Weltsystem ordnete sich in den 1990er Jahren neu, und die USA ging quasi als Sieger aus dem Kalten Krieg hervor, was auch der von ihr getragenen Politik des Liberalismus mächtigen Aufschwung verlieh. Auch in der UNESCO folgte man dieser Linie, obgleich die USA nicht mehr Mitglied waren. Damit verschrieb man sich neuerlich dem Paradigma des „freien Informationsflusses“, das Thema des nächsten Kapitels sein wird.

2.2 Free Flow of Information

Als Ursprung des freien Informationsflusses kann die Idee vom Areopag (griechisch = Marktplatz) gelten – der “Markplatz der Ideen” (Kleinwächter 2004: 7ff.). Diese Idee ist 1948 auch in der Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen im Artikel 19 festgeschrieben worden:

„Everyone has the right to freedom of opinion and expression; this right includes freedom to hold opinions without interference and to seek, receive and impart information and ideas through any media and regardless of frontiers." (UNO 1948, Artikel 19)

Und auch die UNESCO schreibt in ihrer Verfassung (Artikel I, Nr.2(a)) den freien Informationsfluss als eines ihrer wichtigsten Ziele fest (vgl. UNESCO 2004: 8). In beiden Fällen waren die Gründungsmitglieder in der Mehrzahl westliche Demokratien, weshalb dieses Gedankengut vor allem die Werte und Normen dieser Staaten repräsentierten. Im Falle der UNESCO trat etwa Russland erst später der Organisation bei und konnte somit den Grundtenor nicht mehr beeinflussen. Dennoch wurde das Ziel angestrebt in möglichst vielen Gremien vertreten zu sein um den Westmächten so wenige Agenden wie möglich alleine zu überlassen. Wozu dies führte wurde bereits im vorhergehenden Kapitel besprochen.

Die Rückkehr zum „Free Flow of Information"-Paradigma in den 1990er Jahren ist somit eigentlich eine Rückkehr zu den Wurzeln der Organisation, nur mit dem entscheidenden Unterschied, dass man bei der Gründung der UNESCO das Trauma des Zweiten Weltkriegs vor Augen hatte. „Free Flow of Information" im damaligen Sinne meinte Kampf für die Demokratisierung. In den 1990er Jahren standen wirtschaftliche Aspekte mehr im Vordergrund. „Free Flow of information" meinte daher eher Liberalisierung der Kommunikationsmärkte in Schwellen- und Entwicklungsländern, was weniger mit Demokratisierung als mit Gewinnstreben zu tun hat. Denn auch wenn die UNESCO die Idee des freien Informations- und Ideenflusses nach wie vor mit einem entwick-lungspolitischen Ziel verbindet, so sind die heute dominierenden Kräfte, welche die „Free Flow of Information"-Doktrin vorantreiben, weniger die Mitgliedsstaaten der UNESCO oder der UNO, sondern die großen Medienunternehmen: AOL Time Warner, News Corporation, Bertelsmann, Walt Disney etc. und die großen Nachrichtenagenturen wie AP, Reuters oder AFP. Diese Akteure wurden aber bisher nur am Rande in die Tätigkeiten der UNESCO eingebunden

Nach dem 11. September bietet sich uns nun wieder ein neues Bild. Die Idee des freien Informationsflusses ist nach wie vor dominant, dennoch treten auch ihre Schattenseiten immer stärker zutage. „Sicherheit" lautet das neue Schlagwort. Zugunsten der Sicherheit werden viele der grundlegenden Menschenrechte auch im Kommunkationsbereich eingeschränkt. Der freie Informationsfluss birgt die Gefahr ins Gegenteil umzuschlagen – in den

Überwachungsstaat bzw. in eine überwachte Welt. Kritische Reaktionen auf diese Tendenz sind eher Randerscheinungen. Sie gehen unter den lautstarken Rufen nach Sicherheit unter.

3 GLOBAL MEDIA GOVERNANCE

Das folgende Kapitel widmet sich zum einen der Klärung von Kontexten von Global Media Governance, zum anderen wichtigen Begriffsdefinitionen. Vor allem zwei wichtige Kontexte prägen das Umfeld von Global Media Governance. Zum einen gewann die Globalisierung seit dem Ende des Kalten Krieges neuerlich an Dynamik und Durchdringungskraft, zum anderen wird das weltumspannende Kommunikationssystem auf technischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene durch einen immer immanenter werdenden Konvergenzprozess geprägt.

Gewissermaßen kann dieses Kapitel auch als ein Brückenkapitel gesehen werden. Durch die Erläuterung des Governance-Begriffs wird eine Verbindung zwischen dem kommunikationswissenschaftlichen Forschungsinteresse und der stark politikwissenschaftlich geprägten Problematik hergestellt. Es wird im Vergleich zum vorangegangenen Kapitel nochmals deutlicher werden wie sehr beide Disziplinen Anteil an der Problemstellung haben und welche Analyse- und Lösungskompetenzen die einzelnen Disziplinen bieten können. Der Governance Begriff, dem oft auch die Funktion eines Brückenbegriffs zugeschrieben wird, entfaltet hier seine Analysekraft.

Zudem bietet dieses Kapitel bereits die Fundamente für die nachfolgende Untersuchung. Aus den Kontexten von Global Media Governance soll zum einen erläutert werden, welchen Aufgaben sich globale Kommunikationspolitik im nächsten Jahrhundert zu stellen hat, was bereits einen Ausblick auf mögliche konkrete Forschungsfragen für die Analyse bietet. Andererseits wird durch die genauere Betrachtung des Governance-Begriffs eine Basis für das spätere Analyseinstrument aufbereitet.

3.1 Kontexte eines Diskurses über Global Media Governance

Global Media Governance ist vor allem in das Feld von zwei Kontexten eingebettet. Wie schon die Begriffskette andeutet handelt es sich bei Global Media Governance um eine Herangehensweise an Kommunikationspolitik, die in einem globalen Rahmen stattfindet, und somit unweigerlich mit dem Phänomen der Globalisierung in Verbindung gebracht werden muss. Zum anderen ist Global Media Governance durch den Begriff Medium mit den technologischen Entwicklungen im Kommunikationsbereich verbunden, die in den letzten Jahrzehnten vor allem durch die Digitalisierung einem enormen Wandel unterlag. Dieser technologische Fortschritt führte zu einer immer immanenter werdenden Konvergenz im Kommunikationsbereich, Mediamatik genannt (vgl. Latzer 1997)

Beide Kontexte, Globalisierung und Konvergenz, sollen in den folgenden Abschnitten näher erläutert werden. Besonders das weite Feld der Globalisierungsdebatte(n) soll von einer abstrakten gesamtgesellschaftlichen Ebene auf eine Diskussion über die Auswirkungen der Globalisierung auf die konvergente Medienlandschaft und ihren Bezug zum Begriff der Weltgesellschaft verengt werden. Dennoch dürfen kritische Anmerkungen zum Globalisierungsdiskurs auf der Makroebene nicht fehlen, da auch sie Einfluss auf eine globale Kommunikationspolitik haben.

Mediamatik (Konvergenz) und Globalisierung bilden zusammen ein neues Umfeld mit neuen Herausforderungen an eine globale Kommunikationspolitik. Wie sich diese neuen Herausforderungen genau gestalten, und welche Probleme es am Beginn des 21.Jahrhunderts im Bereich einer globalen Kommunikationspolitik zu lösen gilt, wird in groben Linien im dritten Abschnitt dargestellt. Diese grobe Problemdarstellung dient auch als Grundlage für die in Kapitel 6 durchgeführte Untersuchung des „World Summit on the Information Society“, wobei die Frage zu klären sein wird, welche Probleme sich allgemein darstellen, und welche wirklich auf dem Weltgipfel aufgegriffen wurden, welche nicht, und warum. Dies lässt später Schlüsse darüber zu, ob der Weltgipfel, und die dabei entworfene Handlungsweise einer Global Media Governance, wirklich ein problemlösendes Handeln in allen Bereichen hervorbringt, oder ob lediglich Teilprobleme im Sinne ei-

ner Global Media Governance verhandelbar bzw. lösbar sind und warum Global Media Governance in anderen Teilbereichen keine Lösungskompetenz zu vermitteln mag.

3.1.1 Globalisierung

Globalisierung ist wohl jener Begriff, der die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts bereits am meisten geprägt hat und auch in Zukunft noch weiter prägen wird. „Globalisierung" steht grundsätzlich im Widerspruch zum Konzept des Nationalstaats, der vor allem das 20. Jahrhundert prägte. Zentral ist hier der Widerspruch zwischen ortsgebundener Macht im Nationalstaat (vor allem durch den Begriff „Souveränität" dargestellt) und einer „nicht ortsgebundenen Vielheit" (Beck 1997: 18). Diese Machtverschiebung findet auf unterschiedlichen Dimensionen statt, weshalb auch von einer ökonomischen, einer ökologischen, einer informatorischen, einer kulturellen etc. Globalisierung gesprochen wird. Globalisierung durchdringt alle Lebensbereiche: „Globalisierung meint das erfahrbare Grenzenloswerden alltäglichen Handelns in den verschiedenen Dimensionen" (ebd. 44), und somit auch das kommunikative Handeln der Menschen.

„Globalisierung" ist zudem ein sehr widersprüchliches Begriffsgebilde. Eine genaue Definition ist, wie bei vielen Begriffen in der Sozialwissenschaft, unmöglich. Einige Widersprüche können durch die folgenden Fragen festgemacht werden:

- Wirkt Globalisierung wirklich global, oder doch viel mehr lokal – also „glokal"?
- Wirkt Globalisierung vereinheitlichend (im Sinn einer Homogenisierung) oder fragmentiert sie nicht viel mehr (im Sinn einer Differenzierung)?
- Kann wirklich jeder in gleichem Maße an Globalisierung teilnehmen, oder ist Globalisierung als Mythos einer Weltgesellschaft nicht viel mehr als eine Weiterführung der ausschließenden Handlungsweisen der weiter entwickelten Länder gegenüber den weniger entwickelten Ländern?[7]

[7] Entwicklung ist für sich wiederum ein sehr umstrittener Begriff mit vielen Kontroversen. Hier wird der Begriff in vereinfachter Weise in Anlehnung an den HDI der Vereinten Nationen verwendet, der finanziellen Wohlstand, die Lebenserwartung und die Bildungschancen in einem Land erfasst. Für eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem Konzept „Entwicklung" s. Fischer et al.2006.

In Anlehnung an Beck sind in der Diskussion um Globalisierung drei sehr eng verwandte Begriffe zu unterscheiden: Globalisierung, Globalismus und Globalität (ebd. S.26ff.). Im folgenden sollen diese drei Begriffe näher beschrieben und auch in einen kommunikationspolitischen Kontext gestellt werden.

Globalismus

Globalismus beschreibt die wohl am kritischsten zu sehende Entwicklung, in die auch die Diskussion um Global Media Governance eingebettet ist: Globalismus meint vor allem Neoliberalismus und die daraus abgeleitete Tendenz, dass der Marktmechanismus (der Weltmarkt) politisches Handeln bzw. politisches Ver- und Aushandeln verdrängt. In Bezug auf Global Media Governance stellt sich also hier die Frage, wie dominant Marktmechanismen als Lösungen kommunikationspolitischer Probleme sind, und vor allem von welchen Akteuren sie forciert werden.

Weiters muss im Sinn von Globalismus beachtet werden, wie sehr die globale Medienlandschaft selbst Teil des Weltmarktes ist. Globalismus im Mediensektor begründet auch die Ängste vor einer „bewussten medienpolitischen Abstinenz des Staates“ (Knoche 1999: 94). Gegenüber neoliberalen Strömungen im globalen Kommunikationssystem gibt es unterschiedliche Haltungen, die es zu berücksichtigen gilt.

Das wichtigste Postulat, das es zu hinterfragen gilt ist die Öffnung der Medien- und Telekommunikationsmärkte für den globalen Wettbewerb. Diesem Postulat liegt der neoklassische Gedanke zugrunde, dass steigender Wettbewerb zu sinkenden Preisen für die Konsumenten führt. Dabei bleibt jedoch unbedacht, dass Medienprodukte und Kommunikationsdienstleistungen besondere Güter sind, die auf speziellen Märkten (Rezipientenmarkt, Werbemarkt) gehandelt werden, und bei denen Kostenwettbewerb immer auch Qualitätswettbewerb ist (vgl. Heinrich 1996). Es geht aber nicht nur um eine Qualitätsdiskussion, sondern auch um eine Diskussion über Kommunikationsfreiheit und wie sie sich zu globalen (horizontalen, vertikalen und immer mehr auch diagonalen) Konzentrationsprozessen im Medien- und Kommunikationsmarkt verhält. Die zentrale Frage ist wie viel Konzentration Meinungsvielfalt verträgt und ob das Internet als dezentral organisierte Kommunikationsstruktur ein Ausweg ist, oder ob sich dieselben Konzen-

trationstendenzen auch hier verfestigen (Bsp. Google). Zudem ist zu beachten, dass sich auch im Internet Informationshierarchien bilden können[8].

Schließlich muss noch die entwicklungspolitische Dimension bedacht werden: Welche Möglichkeiten stellt eine neoliberale globale Kommunikationspolitik den Entwicklungsländern in Aussicht? Oft zeigt sich hier ein beinahe unüberbrückbarer Interessenkonflikt zwischen den Forderungen der Bretton-Woods Organisationen für Entwicklungshilfekredite (Liberalisierung, Good Governance) und der Haltung der Regierungen vieler Entwicklungsländer, die oft autoritär bis hin zu totalitären Zügen tragen oder als unstabile Demokratien zu beschreiben sind. Diese Haltung zeichnet sich meistens folgendermaßen aus: „Furcht vor neuen, ungewollten internationalen Abhängigkeiten („Techno-Imperialismus"), ungelöste Finanzierungsprobleme und innenpolitisch begründete Ängste vor unzensierter Information und neuen politisch konkurrenzfähigen Teileliten" (Brüne 1999. 216). Diese Bedenken werden auch bei der Analyse des WSIS zu berücksichtigen sein.

Hinzu kommt auf staatlicher Ebene weltweit eine Angst vor zunehmendem Steuerungsverlust im Bereich der Kommunikationspolitik. Je verworrener und undurchsichtiger die Unternehmensstrukturen einzelner Konzerne werden, und umso globaler ihre Ausdehnung, desto weniger greifbar werden sie für die Gesetzgebung in einem einzigen Land. Dies führt zur Tendenz den Medien- und Kommunikationsunternehmen immer mehr das Steuer selber in die Hand zu geben – Selbst- und Ko-Regulierung werden forciert. Auch auf der Produkt- bzw. Inhaltsebene können Konzerne immer weniger zur Verantwortung gezogen werden, da durch die Digitalisierung und Konvergenz Inhalte grenzüberschreitend (Internet) verbreitet und im Sinn der Mediamatik auf vielen unterschiedlichen technischen Medien genutzt werden können.[9] Aber auch wenn privatwirtschaftliche Akteure immer wichtigere Akteure in der globalen Kommunikationspolitik werden, so versuchen staatliche Akteure ihnen nicht vollkommen freie Hand zu lassen, etwa indem sie in internationalen Organisationen neue Aufgabengebiete und Diskussionsforen schaffen.[10]

[8] Ein Beispiel in Österreich wäre etwa die Dominanz von orf.at bei der Informationssuche, oder auch anderen Medieninstitutionen, die nicht im Internet allein tätig sind (standard.at, krone.at, die presse.com etc. vgl.ÖWA 2008). Eine These, die sich hier aufdrängt ist, dass bereits etablierten Medienunternehmen anderer Kommunikationsbereiche ein Vertrauensvorschuss für die gelieferte Information entgegengebracht wird und sie deshalb eine dominante Position auch im neuen Medienumfeld einnehmen. Die Überprüfung dieser These würde aber den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen.
[9] vgl. Kapitel 3.1.2
[10] Wie etwa der „Communication and Information Sector" 1990 im Rahmen der UNESCO gegründet wurde.

Ein anderer, weniger offensichtlicher Aspekt des Globalismus im Medien- und Kommunikationssektor ist, dass diese Unternehmenskonglomerate wichtige Arbeitgeber sind. Ein hohes Beschäftigungsniveau in Bereichen, denen eine informations-verarbeitende Tätigkeit zugrunde liegt sind oft Indikatoren, die zur politischen Leitidee „Informationsgesellschaft“ verdichtet werden (vgl. Kleinsteuber 1999: 26ff.). Um Informationsgesellschaft zu sein, zu werden oder zu bleiben müssen Medien- und Kommunika-tionsunternehmen angesiedelt bzw. dazu motiviert werden nicht ihren Standort aufgrund von Kostenvorteilen in andere Länder zu verlegen und abzusiedeln. Dies ist eine wichtige beschäftigungspolitische Dimension, die es in der Auseinander-setzung mit dem Globalismus zu berücksichtigen gilt.

Globalität

Ein anderes Phänomen hingegen beschreibt der Begriff „Globalität“. Diese Bezeichnung beschreibt die Tatsache der längst realisierten Weltgesellschaft und unser Leben in einer „Vielheit ohne Einheit“ (Beck 1997: 27f.). Ihr schreibt Beck auch eine Unrevidierbarkeit zu, die vor allem durch eine „informations- und kommunikationstechnologische Dauerrevolution“ (ebd. 29) geprägt ist. Informations- und Kommunikationstechnologien und ihre technologische Weiterentwicklung werden somit gestaltende Kraft im Globalisierungs-Diskurs. Da sich Gesellschaften über Kommunikation konstituieren (vgl. Meckel 2001: 18) nehmen sie eine zentrale identitätsbegleitende, wenn nicht sogar identitätsstiftende Funktionen ein, sie sind Teil regionaler Kulturen, wirken aber zugleich bei deren Entstehung mit.

Globalisierung wird oft kulturpessimistisch als Weg in die Massenkultur gesehen. In diesem Zusammenhang sind die Ängste vor einer Homogenisierung von Kultur, überspitzt oft als „McDonaldisierung“ bezeichnet, spürbar. Diesen Bedenken, die von der Vereinheitlichung bzw. Angleichung aller Kulturen an die westeuropäisch-amerikanische Kultur vor allem durch eine mediale/kommunikative Kolonialisierung sprechen, steht das Konzept der Glokalisierung von Roland Robertson (vgl. Jarren/Meier 1999: 232) gegenüber. Glokalisierung meint, dass Globalisierung verstärkt auch zu einer Lokalisierung im sozialen Handeln führt – im Medienbereich ist etwa MTV ein Paradebeispiel für ein glokalisiertes Marketingkonzept, in Zuge dessen das Senderkonzept an regionale kulturelle Unterschiede (US, Europa, China…) angepasst wurde. Glokalisierung beschreibt kulturell „die Wiederherstellung, ja sogar Reproduktion von „Heimat“, „Gemeinschaft“ und „Lokalität“ (ebd.

232). Beck treibt diese Verschmelzung des Globalen und des Lokalen mit seiner Idee „transnationaler sozialer Räume“ (Beck 1997: 55) und Identitäten noch weiter. Im Zentrum steht bei ihm das Individuum, das durch seine persönliche Lebensgeschichte Teil eines transnationalen Raumes ist, und dessen Identität durch diesen Raum geprägt wurde. Einfacher beschrieben: Die Menschen leben globale Biographien.

Medien- und kommunikationspolitisch stellt sich hier nun die Frage, wie weit lokale/regionale Kulturen vor einer Überfremdung durch äußere Einflüsse, die durch Medien- und Kommunikationstechnologien übertragen werden, geschützt werden müssen. Ist ein derartiger Schutz sinnvoll, ist er überhaupt realisierbar, und wenn ja welche Rolle kann Global Media Governance bei diesem Balanceakt zwischen Offenheit und Abschottung spielen? Zudem ist abzuwägen wie sehr eine derartige Vermengung der Kulturen wirklich stattfindet und stattfinden kann. Sprachliche, kulturtechnische und finanzielle Barrieren müssen hier mitbedacht werden.

Globalisierung

Wie Miriam Meckel bemerkt (vgl. Meckel 2001: 23) ist Globalisierung ein Meta-Begriff, der unter seinem Dach viele einzelne, manchmal dominantere (Globalismus), manchmal weniger dominante Entwicklungen beherbergt und zusammenschließt. Auch Beck definiert Globalisierung im Plural als „Prozesse, in deren Folge die Nationalstaaten und ihre Souveränität durch transnationale Akteure, ihre Machtchancen, Orientierungen, Identitäten und Netzwerke unterlaufen und querverbunden werden.“ (Beck 1997: 28f.) und bringt damit das Kernproblem, den Steuerungsverlust, auf den Punkt.

Nationalstaaten sehen sich somit heute in einer Situation, in der sie mit einer immer größer werdenden Zahl von transnationalen Akteuren konfrontiert werden, die zum Teil der Privatwirtschaft zuzurechnen, zum Teil aber auch zivilgesellschaftlich organisiert sind. Diese handeln zudem global und heben das Territorialprinzip des Nationalstaats auf. Sie sind offener gegenüber ihrem Umfeld und haben einen größeren Spielraum bezüglich der Interessen, die sie vertreten (vgl. ebd. 175). Flexibilität, Globalität, Effektivität sind Kennzeichen dieser neuen Akteure, und vielleicht nicht nur dieser Akteure, sondern des globalen Zeitalters. Staaten werden auf keinen Fall aus der globalen Arena verschwinden. Sie müssen allerdings mit einer Strukturanpassung rechnen. Dies trifft für das gesamte globa-

le System zu, auch auf die globale Medien- und Kommunikationspolitik. Dies führt zur Frage, ob Global Media Governance die richtige Strategie für die Zukunft ist. Kann sie die von ihr geforderte integrative Leistung im Sinne einer Einbindung aller zentralen Akteure erbringen? Wer sind überhaupt die zentralen Akteure einer Global Media Governance? Und schließlich: Wer verfügt über die größte diskursive und politische Macht in diesem Netzwerk? Bevor diese Fragen jedoch beantwortet werden können muss ein zweiter Kontext und seine Auswirkungen auf die zukünftige globale Kommunikationspolitik betrachtet werden: Konvergenz und Mediamatik

3.1.2 Konvergenz und Mediamatik

Mediale Konvergenz beschreibt einen ähnlich widersprüchlichen Prozess wie die zuvor besprochene Globalisierung, denn Konvergenz ist nicht bloß eine integrative Entwicklung, sondern auch desintegrativ (vgl. Latzer 1997: 17). Konvergenz beschreibt auf keinen Fall eine Fusion oder Verschmelzung der einzelnen Medien und auch keine rein additive Sicht (Konvergenz = Funktionen des Mediums 1 + Funktionen des Mediums 2) ist fehl am Platz (vgl. ebd.). Durch Konvergenz entsteht also etwas qualitativ Neues – Kern von Konvergenz ist somit Innovation bzw. Evolution. Um dies zu verdeutlichen wird folgend die Konvergenz von Rundfunk, Telekommunikation und Informatik nachgezeichnet und abschließend werden die sich daraus ergebenden Regulierungsprobleme festgehalten.

Historisch werden zwei Phasen im Konvergenzprozess unterschieden (ebd. 49):

- *„die Entstehung und Etablierung der getrennten Subsektoren Telekommunikation und Rundfunk*
- *die Konvergenz der Subsektoren in Richtung Mediamatik“*

Mit der Erfindung der ersten elektronischen Kommunikationsmöglichkeiten (Telegrafie, Telefonie) setzte man gleichzeitig die ersten Schritte hin zu einem globalen Netzwerk (vgl. Mattelart 2003: 34), was auch eine internationale Verständigung über Kosten, Netzwerk und Frequenzen erforderlich machte[11]. Es war also notwendig diese neuen kommunikations-infrastrukturellen Möglichkeiten zu institutionalisieren, was zumeist darin resultierte, dass die neuen Kommunikationsmöglichkeiten den nationalen Postgesell-schaften unter-

[11] vgl. Kapitel 1.1

stellt wurden. Der Rundfunk, der zuerst nur Radio einschloss, wurde vor allem in Europa nach einer kurzen Phase freier Entwicklung verstaatlicht und auch die Instrumentalisierung für Propagandamaßnahmen erfolgte prompt. Auch das Fernsehen wurde später vorerst einer starken staatlichen Regulierung unterstellt und zumeist von öffentlich-rechtlichen Sendern gestaltet.

Zur Rechtfertigung für diese starke staatliche Kontrolle wurde meist folgendermaßen argumentiert:

- Die Idee eines Universaldienstes (Zugang für alle Staatsbürger auf einer fairen Basis) könne nur vom Staat garantiert werden.
- Durch die Frequenzknappheit brauche man eine staatliche Kontrolle über die Vergabe der Frequenzen.
- Ökonomisch ergebe sich zumeist eine natürliche Monopolstellung (aufgrund der hohen First-Copy-Kosten sei es für die KundInnen günstiger, wenn es nur einen Anbieter auf dem Markt gäbe).
- Vor allem im Rundfunkbereich würde eine privatwirtschaftliche Versorgung in dem Sinn zu Marktversagen führen, dass sog. meritorische (gesellschaftlich wünschenswerte) Güter nicht in einem optimalen Ausmaß produziert würden.[12]

Der Hauptgrund, weshalb es nicht schon früher zu einem Konvergenzprozess zwischen dem Rundfunk und Telekommunikationsbereich gekommen ist besteht wohl darin, dass in beiden Bereichen die Technologie zunächst analog war. Auch die Kommunikationsstruktur und die Regulierungsschwerpunkte waren zu Beginn sehr verschieden. Telekommunikation war im Gegensatz zum Rundfunk eine Individualkommunikation, auch gab es anders als etwa bei TV und Radio keine zentral verbreiteten Inhalte, die regulierbar gewesen wären. Zudem waren die sozialen Hintergründe der Regulierungen nicht deckungsgleich – im Telekommunikationssektor wollte man vor allem die Universaldienst-Idee umsetzen, im Rundfunkbereich hingegen ging es vor allem darum kulturelle und politische Aspekte zu berücksichtigen. Im Rundfunkbereich wurde etwa die politische Ausgewogenheit mit dem Ziel der Information der Bevölkerung und die Unterstützung einer kul-

[12] Aus diesem Argument lassen sich auch die sog. „Programmaufträge“ öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten ableiten.

turellen Identität gefördert, was schließlich zu einer rigiden Trennung zwischen Kulturgut (RF) und Wirtschaftsgut (TK) führte (vgl. Latzer 1997: 53)[13].

Der Informatiksektor entstand zwar zunächst getrennt von den anderen beiden Bereichen, die digitale Technologie war allerdings Vorraussetzung für eine konvergente Entwicklung im Kommunikationsbereich. Ursprünglich waren Computer lediglich als Rechenmaschinen gedacht um statistische Erhebungen zu vereinfachen (vgl. Mattelart 2002: 37). Nach dem zweiten Weltkrieg bekam die Computerentwicklung jedoch eine andere Dynamik, die vor allem aus dem historischen Kontext des Kalten Krieges heraus erklärt werden kann. Mattelart nennt drei Hintergründe für die Förderung der Computerentwicklung (vgl. ebd.: 48):

- Zur Dekodierung der Feind-Information
- Anti-Luftwaffen-Strategie
- Gefahren eines atomaren Angriffs

Vor allem aus dem letztgenannten Grund wurde auch in dezentrale Kommunikationssysteme investiert. Ziel war es die Kommunikationswege auch im Fall eines bereits erfolgten Nuklearschlags offen zu halten. Diese Bemühungen mündeten schließlich in die Entwicklung des Internets. Von einer rein militärisch/wissenschaftlichen Idee entwickelte sie sich letztlich zu einer zivilen, sozialen Realität.

Bis in die 1970er Jahre existierten die drei Kommunikationssektoren Telekommunikation, Rundfunk und Computertechnik getrennt voneinander. Der erste Konvergenzschritt wird heute als Telematik bezeichnet und fand in den 1970er Jahren statt und beschreibt die Konvergenz zwischen TELEkommunikation und InforMATIK (vgl. Latzer 1997: 61). Der zweite Konvergenzschritt fand in den 1980er Jahren seinen Anfang. Ob dieser zweite Konvergenzschritt hin zur Mediamatik (Konvergenz zwischen Telematik und Rundfunk) bereits abgeschlossen ist oder nicht ist umstritten. Wichtigste Grundlage der medialen Konvergenz ist die immer weiter fortschreitende Digitalisierung, die vor allem die Argumente der Frequenzknappheit und des natürlichen Monopols entkräftet.

[13] Für eine detailliertere Aufschlüsselung der wichtigsten Unterschiede zwischen Rundfunk- und Telekommunikationsmodell s. ebd.

Konvergenz kann auf drei Ebenen beobachtet werden (vgl. ebd.: 75ff.):

- technische Konvergenz
- funktionale Konvergenz
- unternehmensbezogene Konvergenz

Die technische Konvergenz führt zur Entwicklung von multimedialen Endgeräten. Unterschiedliche Geräte wie Telefon, Computer (Rechner) und auch Fernseher oder Radio werden gemeinsam verfügbar. Beispiel für derartige multimediale Endgeräte sind heute etwa in der Mobilkommunikation zu finden – Mobiltelefone, mit denen man nicht mehr nur telefonieren kann, sondern auch Radio hören, MP3 abspielen, Internet surfen oder auch fernsehen. Die funktionale Konvergenz meint hingegen das Entstehen „hybrider Dienste" (ebd.: 78). Dies sind Dienste, welche die Trennung zwischen dem öffentlichen (Arbeits)Bereich, der zuvor von Telekommunikationsdiensten und Computertechnik dominiert war, und dem privaten Bereich, der vornehmlich durch den Rundfunk bestimmt war.

Auch im Unternehmensbereich gibt es Entwicklungen hin zu einer unternehmensbezogenen Konvergenz, die mit einer zunehmenden Liberalisierung der Kommunikationsmärkte einhergeht. Diese dritte Form der Konvergenz kann unterschiedliche Formen annehmen: Sie kann die Produktion, die Besitzverhältnisse (cross-ownership) oder das zur Verfügung Stellen von Diensten (cross-provision, Triple-Play, Quadruple-Play (vgl. Popescu et al. (o.J.): 2) betreffen. Das Paradebeispiel einer derartigen Konvergenz bezüglich der Besitzverhältnisse ist wohl der Zusammenschluss der beiden Konzernriesen AOL (America Online) und Time Warner im Jahr 2000. Dieses Beispiel weist aber auch auf den größten Kritikpunkt an unternehmensbezogener Konvergenz hin, nämlich eine zunehmende wirtschaftliche Konzentration im Kommunikationsbereich weltweit, womit die Auflistung der regulatorischen Herausforderungen durch Konvergenz/Mediamatik begonnen wird.

Zuallererst müsste der konventionelle Medienbegriff, der in der deutschsprachigen Kommunikationswissenschaft meist in Anlehnung an die Definition von Maletzke (1963) nur in Bezug auf die klassischen Massenmedien im Print- und Rundfunkbereich verwendet wird, erweitert und einem modernen Verständnis angepasst werden. Dieses moderne Verständnis muss vor allem die Auflösung von bisher oft unhinterfragten Dichotomien (Sender-Empfänger, Öffentlichkeit-Privatheit, Masse-Individuum, aktiv-passiv) beinhalten. Drei Trends sind außerdem zu beachten: Die Zunahme von Gruppenkommunikation (z.B. in

online Rollenspielen), eine Verschiebung der Kontrolltätigkeit von einem institutionalisierten Kontrolleur hin zum Konsumenten, und eine Veränderung der Gutsqualität von Medienprodukten, also eine Verschiebung zwischen Kulturgut zur Ware (vgl. Latzer 1997: 157ff.).

Für staatliche Regulatoren ergeben sich zudem Probleme bei der Behandlung inhaltsregulatorischer Fragestellungen, da die Inhaltsregulierung in der klassischen Unterteilung der Medien sehr unterschiedlich gewichtet war – im Printsektor als Zensur zurückgewiesen, in der Telekommunikationsbranche de facto nicht existent und im Rundfunkbereich stark verwurzelt (vgl. ebd.: 176). Ein Beispiel eines regulierungspolitischen Dilemmas sind etwa die „Happy Slapping"[14] Videos, die via Handy gefilmt und später getauscht und (auch über Ländergrenzen hinweg) verbreitet werden und klar ein Problem im Bereich Jugendschutz darstellen.

Weiters fallen diese Probleme nicht klar in das Aufgabengebiet einer Regulierungsbehörde, was Kompetenzstreitigkeiten oder ein Ignorieren der Problematik zur Folge haben kann, und somit als ineffektives Handeln der zuständigen Institutionen gewertet werden muss, das anderweitig kompensiert werden muss. Eine Änderung der Regulierungsstruktur hätte auch machtpolitische Konsequenzen (vgl. ebd.: 181). Ob eine Reform regulierungspolitischer Institutionen in die Gründung einer Dachorganisation münden soll (Gefahr der Überfrachtung und Machtkonzentration) oder lediglich in eine Erweiterung der Kompetenzen und Aufgabenbereiche einzelner Institutionen bzw. eine Klärung der Zuständigkeiten und Förderung besserer Zusammenarbeit (Gefahr einer nicht vollständigen Klärung) ist im Einzelnen abzuwägen. Auch wie viel Kontrolle direkt in staatlicher Hand liegen soll ist umstritten und muss neu definiert werden (vgl. ebd.: 183).

Zusammengefasst ergeben sich folgende Änderungen im Policy-Netzwerk des Mediamatik-Sektors (Latzer 1997: 179f.):

- *„Die Zahl der Akteure nimmt zu.*
- *Der Einfluss der privatwirtschaftlichen Akteure steigt an, jener der staatlichen Akteure sinkt.*
- *Die Bedeutung der nationalstaatlichen Institutionen nimmt ab.*

[14] „Fröhliches Schlagen" – Oft in der Schule mit dem Handy aufgezeichnete Videos, die das Verprügeln oder andere Gewaltauswirkung von bzw. gegenüber Mitschülern, Lehrern oder Fremden (Passanten) zum Inhalt haben.

- *Die Bedeutung transnationaler (z.B. Konzerne) und supranationaler Akteure (z.B. EU und WTO) steigt an.*
- *Die traditionellen Klassifizierungen der Akteure sind obsolet; (…)*
- *Die Bedeutung der Konsumenten steigt an."*

Eine Vielzahl der hier angesprochenen Probleme (vor allem, was die Struktur der Akteure betrifft) gelten nicht nur im Mediamatik-Sektor, sondern auch für andere Politikbereiche. Aus diesem Grund waren neue Regelungsmechanismen und eine neue Verantwortungsverteilung in diversen Politikfeldern notwendig. Dies ist die Grundlage der Governance-Debatte, die in Kapitel 3.2 näher betrachtet wird. Zunächst folgt jedoch die Zusammenführung der zuletzt behandelten Themenkomplexe Globalisierung und Konvergenz.

3.1.3 Herausforderungen einer globalen Kommunikationspolitik im 21. Jahrhundert

Grundsätzlich gibt es zwei Herangehensweisen die zukünftigen Herausforderungen für globale Kommunikationspolitik zu sehen. Zum einen gibt es den legalistischen Blick, der danach fragt, wie angemessen die bereits vorhandenen Regelungen (im Sinne von Gesetzen) für zukünftige oder bereits gegenwärtige Regulierungsprobleme sind. Hier zählt vor allem, ob das zu formulierende (oder auch bereits bestehende Recht) flexibel genug ist um auch auf zukünftige Entwicklungen angewendet werden zu können, ob eine gewisse Angemessenheit bei der Sanktionierung gewahrt bleibt, ebenso wie fundamentale Menschenrechte, und schließlich auf welchem Weg das Recht verschiedener Staaten aufeinander abgestimmt werden kann (vgl. Samuelson 2000: 317ff.). Der zweite Blick ist ein eher sozialwissenschaftlich-pragmatischer, der sich nicht von vornherein auf nur eine Lösungsmöglichkeit (eine rechtliche Regelung) versteift, sondern auch andere Möglichkeiten gesellschaftlichen Verhandelns ins Auge nimmt. Beide Blickwinkel verschwimmen aber zunehmend, was auch im nächsten Kapitel deutlich wird, wenn das Governance-Konzept behandelt wird.

Was sind nun aber zusammengefasst die kommunikationspolitischen Problemfelder, die es im 21. Jahrhundert zu bearbeiten gilt? Schon beim Versuch einer strukturierten Auflis-

tung möglicher Herausforderungen geraten wir an eines der grundlegenden Probleme, die es in der Zukunft zu lösen gilt. Bevor die Digitalisierung den Prozess mediamatischer Konvergenz noch mehr beschleunigte, wurden Regulierungen stark nach den Bereichen Struktur, Inhalt und Prozess getrennt, was vor allem die Bereiche Telekommunikation, Rundfunk und journalistische Arbeit voneinander trennte. Aber diese drei Regelungsbereiche fließen immer mehr ineinander über. Es gilt also ein neues Regulierungsschema zu entwerfen, das allen Kommunikationsbereichen sowie allen Informations- und Kommunikationstechnologien gerecht wird, und auch zukünftige Probleme behandelt. Dies setzt auch ein neues Medienverständnis voraus, das den Medienbegriff nicht nur mehr auf die klassischen Massenmedien reduziert, sondern vor allem auch den Bereich Telekommunikation (und natürlich das Internet) einschließt.

Weiters muss in Zukunft der Tatsache Rechnung getragen werden, dass es immer mehr Akteure im Bereich globaler Kommunikationspolitik geben wird. Es muss daher eine Organisationsstruktur gefunden werden, die flexibel genug ist um neue Akteure aufzunehmen. Die Globalisierung verlangt zudem eine weltumfassende Organisation (vgl. Raboy 2002b: 5). Diese darf aber nicht nur auf die Nationalstaaten als Grundlage (auch im Bereich der Finanzierung) zurückgreifen, da es sonst wieder zu ähnlichen Entwicklungen kommen könnte, wie im 20. Jahrhundert.[15] Konsumenten, Wirtschaft und Zivilgesellschaft müssen ebenso in die Pflicht genommen werden.

Neben den drei großen Herausforderungen der technischen Konvergenz, der neuen Akteure und der Globalisierung gibt es auf thematischer Ebene eine Reihe drängender Probleme, die in der Literatur immer wieder auftauchen (vgl. etwa Samuelson 2000; Raboy 2002; Ó Siochrú/Girard/Mahon 2002). Hier eine Auflistung der wichtigsten Themen:

- Wettbewerb im elektronischen Zeitalter
- Urheberrecht bzw. Copyright im Zeitalter des Internets: fair use vs. piracy
- Datensicherheit
- Wandel und auch Bewahrung kultureller Werte (auch die Vielfalt der Sprachen)
- Konzentration (und einseitige Information)
- Verbreitung illegaler und gefährlicher Inhalte

[15] vgl. Kapitel 2

- Ungleichgewicht zwischen Zentren und Peripherien
- Wachsende digitale Kluft
- Internetregulierungsinstitution
- Verwaltungsreform durch neue IKTs (E-Government)
- Cybercrime (Phishing, Spam...)

Einige Themen, wie etwa die Urheberrechtsproblematiik oder der Digital Divide sind sehr umfassend und unterteilen sich wieder in mehrere Diskussionen. Auf die Urheberrechtsproblematik wird im Kapitel 5 noch näher eingegangen, da sich hier sehr gut zeigen lässt, wie stark zwei Positionen (Technikoptimismus und Regulierungspessimismus) einander gegenüberstehen und das regulative Umfeld prägen.

Als möglicher Lösungsansatz für die großen Herausforderungen globaler Kommunikationspolitik wird häufig Global Media Governance genannt. Was der Begriff „Governance" genau bedeutet, was ihn von der klassischen internationaler Kommunikationspolitik unterscheidet, welcher Medienbegriff diesem Konzept zugrunde liegt und wie das Konzept die Tatsache der steigenden Akteursvielfalt zu meistern versucht soll im folgenden Kapitel geklärt werden.

3.2 Begriffsklärungen

Begriffe und ihre Definitionen sind ein wichtiger Bestandteil wissenschaftlichen Arbeitens. Sie geben einen ersten Einblick in das Forschungsfeld und helfen dabei diese auch auf einer theoretischen Ebene eindeutig zu definieren. Im Folgenden werden daher die Begriffe Medienpolitik, Kommunikationspolitik, Governance und die daraus resultierenden Kombinationen Media Governance und Communications Governance näher beleuchtet.

Zudem wird der theoretische Hintergrund im Bereich Governance vertieft. Dabei hilft neben der Abgrenzung und in Beziehung Setzung zu den Begriffen Steuerung und Regulierung ein kurzer Überblick über die Mechanismen von Governance und die unterschiedli-

chen Ebenen, auf denen diese Mechanismen wirksam werden können. Begründen lässt sich diese genauere Beleuchtung der Governance-Thematik mit einer möglichen Operationalisierung der später im Detail vorgestellten Forschungsfragen. Vor allem die Charakterisierung von Governance-Praktiken und ihren elementaren Mechanismen sowie der Mehrebenensystematik sind hier hervorzuheben.

3.2.1 Medien- oder Kommunikationspolitik? Oder beides?

In der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft gibt es seit geraumer Zeit den fachinternen Diskurs über die korrekte Begrifflichkeit, den es für jenen Teilbereich des Faches zu benützen gilt, der sich mit der gesellschaftlich verbindlichen Regelung (Politik) von Kommunikation beschäftigt. Dabei ist die Bildung von zwei Lagern zu beobachten.

Ein Teil der wissenschaftlichen Gemeinschaft vertritt die Ansicht, dass sich die Publizistik- und Kommunikationswissenschaft nur mit dem Teilbereich der Medienpolitik auseinandersetzen sollte, da dies den realen Fokus im Gegenstandsbereich (die massenmedial vermittelte Kommunikation) widerspiegle. Zudem betont diese Gruppe, dass durch die Verwendung des Begriffs Kommunikationspolitik Verwirrungen entstehen könnten, da derselbe Begriff in der Betriebswirtschaft im Bereich der Verkaufsförderung (Marketing, Werbung) verwendet wird.[16]

Die Vertreter der Gegenposition in der wissenschaftlichen Gemeinschaft treten hingegen für die konsequente Verwendung des Begriffs Kommunikationspolitik ein. Medienpolitik sei lediglich ein Teil (eine mögliche Ausprägung) von Kommunikationspolitik, der sich nur dem Bereich der Massenmedien widmet und daher viele Bereiche von Kommunikation, wie etwa den Telekommunikationsbereich oder infrastrukturelle Maßnahmen (Stichwort Digitalisierung), ausklammert. Kommunikationspolitik wird also als umfassenderer und dem sich dynamisch entwickelnden Gegenstandsbereich der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft besser gerecht werdender Begriff empfunden, der es erlaubt die unterschiedlichsten Bereiche zu beleuchten. Als weitere Aspekte von Kommunikationspolitik können neben der Medienpolitik etwa die Infrastrukturpolitik, eine Berufspolitik, die

[16] Ein Vertreter dieser Gruppe ist etwa Manuel Puppis, der erst kürzlich das im deutschen Sprachraum einzige Einführungswerk zur Medienpolitik publizierte (vgl. Puppis 2007).

Rechtssetzung im Bereich publizistischer Inhalte, die Regelung von Grundrechten im Bereich der direkten Kommunikation genannt werden (vgl. Haas 2005: 57).

Neben diesen beiden Positionen steht ein dritter Begriff in Zusammenhang mit der Diskussion um die Informationsgesellschaft, nämlich der Begriff „Informationspolitik". Seine Verwendung als Synonym für gesellschaftliche Normsetzung im Bereich des Informationswesens muss jedoch kritisch hinterfragt werden. „Informationspolitik" wird nämlich noch viel mehr als „Kommunikationspolitik" in anderer Weise gebraucht und konnotiert. Der Begriff wird hauptsächlich in Zusammenhang mit der Vermittlung kontroverser Thematiken gebraucht oder im Bereich der Krisenkommunikation verwendet.

Dieselbe Spaltung der kommunikationswissenschaftlichen Gemeinschaft lässt sich in jüngerer Zeit auch in Verbindung mit dem Governance Begriff feststellen. Hier reduziert sich das Begriffsfeld in der Kommunikationswissenschaft jedoch auf zwei konkurrierende Begriffe: Media Governance und Communications Governance. Der Begriff Information Governance ist dagegen noch nicht besetzt, was jedoch aus dem Gebrauch anderer Begriffe wie etwa „Information Technology (IT) Governance" resultiert. Die Verwendung von „IT Governance" würde jedoch eine extreme Eingrenzung des Untersuchungsfeldes auf rein technologische Aspekte bedeuten und die sozialen und gesellschaftlichen Gesichtspunkte des Regulierungsfeldes genauso ausschließen wie jene Kommunikationsbereiche, die nicht so sehr unter dem Primat technologischer Entwicklung stehen.

Obwohl im Titel der vorliegenden Arbeit der Begriff Media Governance gebraucht wird, soll diese Bezeichnung eher in Richtung einer Communications Governance interpretiert werden, wie auch der Untertitel, in dem von Kommunikationspolitik und nicht von Medienpolitik gesprochen wird, induziert. Grund für diese zugegebenermaßen etwas diffuse Verwendung der Begriffe ist die Tatsache, dass „Communications Governance", obwohl der angemessenere und korrektere Begriff (man beachte die Konvergenzproblematik),[17] in der scientific community noch nicht allzu gebräuchlich ist. Jedoch muss hinzugefügt werden, dass der Medienbegriff in „Media Governance" bereits ein breiteres Verständnis erfährt und nicht mehr nur für die klassischen Massenmedien und die durch sie vermittelte Kommunikation umfasst.

[17] vgl. Kapitel 3.1.2

Betreffend die Verwendung von Medien- und Kommunikationspolitik in der vorliegenden Arbeit ist noch anzuführen, dass grundsätzlich dem Begriff Kommunikationspolitik der Vorzug gegeben wird. Auf globaler Ebene, vor allem aber in der angestrebten Untersuchung von Global Media Governance am Beispiel des WSIS, kann es jedoch vorkommen, dass einige Teilbereiche von Kommunikationspolitik eher schwer oder gar nicht zu erfassen sind.

Dies wirft jedoch auch einige wichtige Frage auf, deren Klärung für die Begriffsschärfung auf globaler Ebene zuträglich ist: Welche Aspekte von Kommunikationspolitik werden auf globaler Ebene überhaupt angesprochen und erfahren eine Regelung oder ein Abkommen? Und weiters: Welche Themen erfahren große Aufmerksamkeit, welche wenig? Zunächst wollen wir aber in der Begriffsklärung fortfahren und uns dem Begriffsfeld „Governance“ widmen, der uns schließlich zu einer genaueren Definition von „Media Governance“ bzw. „Communications Governance“ führen soll.

3.2.2 Governance – Steuerung – Regulierung

Governance

Grundsätzlich stammt der Begriff Governance aus dem Englischen und beschreibt den Prozess des Regierens. Governance ist jedoch mehr als die simple Übersetzung eines englischen Begriffs ins Deutsche. Governance umfasst „prozessuale (…), strukturelle, funktionale und instrumentelle Aspekte des Regierens, Steuerns und Koordinierens“ (Benz 2004: 15) und vereint somit die drei Ebenen des Politikbegriffs in sich. Governance ist somit nicht nur auf die Prozesse des Regierens (politics) beschränkt, sondern bindet genauso die institutionellen Grundlagen (polity) und politische Inhalte (policy) mit ein (vgl. ebd.).

Was ist nun aber der spezifische Unterschied zwischen Governance und den Begriffen „Regieren“/“Regierung“ und „Politik“? Governance ist die Beschreibung der Entgrenzung dieser klassischen Begriffe der Regierungs- und Staatslehre und verweist daher auf die immer stärker werdende Verwobenheit von Staat und anderen Teilen der Gesellschaft

(Wirtschaft, Zivilgesellschaft). Ein Resultat dieser Verwobenheit ist zunehmende Ko- und Selbst-Regulierung in vielen Bereichen, was oft als Zurückdrängen des Staates beschrieben wird. Gegen diese Sichtweise ist jedoch einzuwenden, dass Ko- und Selbstregulierung ebenso einen Aufwand für staatliche Institutionen erzeugt wie staatliche Regulierung an sich. Der Aufwand mag zwar weniger werden, jedoch ist er nach wie vor vorhanden und wird zwischen den gesellschaftlichen Akteuren aufgeteilt, woraus eine scheinbare Minimierung des staatlichen Wirkens resultiert.

Seine ursprüngliche Verwendung fand der Begriff in den Wirtschaftswissenschaften und wurde erst später in die Politikwissenschaft und in die Sozialwissenschaft allgemein übernommen. Heute erfolgt seine Definition oft als Gegenstück zu „Government“, welche den Staat als Institution ins Zentrum des Regierens stellt. Governance hingegen baut auf die Vorstellung der modernen Gesellschaft, der ein netzwerkartiger Aufbau zugrunde liegt, und der ein klares Steuerungszentrum fehlt. Durch die Verwobenheit der einzelnen Bereiche der Gesellschaft ist es notwendig die Steuerungsmechanismen dieser Teilsysteme zu kombinieren um gesellschaftlich verbindliche Regeln formulieren zu können.

1992 wurde auf globaler Ebene eine Komission eingerichtet, die sich dem Thema Governance widmen sollte. Der von ihr präsentierte Abschlussbericht „Our Global Neighbourhood“, der 1995 in Buchform veröffentlicht wurde, enthält eine Definition von Governance, die noch heute Gültigkeit besitzt:

> *“Governance is the sum of the many ways individuals and institutions, public and private, manage their common affairs. It is a continuing process through which conflicting or diverse interests may be accommodated and co- operative action may be taken. It includes formal institutions and regimes empowered to enforce compliance, as well as informal arrangements that people and institutions either have agreed to or perceive to be in their interest.”* (The Commission on Global Governance 1995: 2)

Diese Definition macht klar, dass Governance nicht gleichbedeutend ist mit “kein Staat”, sondern, dass es um das „Management von Interdependenzen” (Benz 2004a: 17) zwischen den einzelnen Teilen der Gesellschaft geht, von denen der Staat als Institution ein wichtiger Teil ist. Wichtig ist außerdem, dass die Definition sehr allgemein gehalten ist. Der Begriff weist also eine besondere inhaltliche Flexibilität auf. Seine konkrete Bedeu-

tung kann daher nur aus dem Kontext, in dem er schließlich Anwendung findet, abgeleitet werden. Für die vorliegende Arbeit heißt dies also, dass es unabdingbar ist Governance in Bezug zur globalen Kommunikationspolitik zu setzen und als Media oder Communications Governance zu verwenden.

Trotz vieler positiver Eigenschaften birgt Governance durchaus auch negative Aspekte. Die Beteiligung privater Akteure an der Findung allgemein gültiger Regeln und Normen wird oft mit dem Ziel begründet breitere Akzeptanz für die gefundenen Normen und Regelungen zu unterstützen. Es wird jedoch kritisiert, dass es den beteiligten privaten Akteuren aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft oft an demokratischer Legitimation fehlt. Vor allem die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Vertreter gilt oft als elitär, da oft nur kapitalstarke Organisationen überhaupt Zugang zu Regelsetzungsprozessen erhalten (vgl. Papadopulous 2004: 223). Zudem wird kritisiert, dass nur solche Vereinigungen an der Gestaltung von Politikfeldern mitwirken dürfen, die eine gewisse Vetomacht gegenüber dem Staat innehaben. Eine derartige Vetomacht kann unterschiedlicher Natur sein (finanziellen Einfluss, Prestige etc.) (vgl. ebd.: 220).

Ein weiterer Kritikpunkt ist die Intransparenz von Governance-Prozessen und die daraus resultierende Tatsache, dass die Zuschreibung von Verantwortlichkeiten an Akteure oft nicht eindeutig möglich ist (vgl. ebd.: 224). Zudem liegt dem Begriff Governance oft eine gewisse Normativität zugrunde, der sich vor allem im Verwaltungsbereich unter dem Begriff „Good Governance“ wieder findet. Eine weitere Schwäche ist zudem ein dem Governance-Konzept häufig immanenter Problemlösungs-Bias (vgl. Donges 2007a: 78). Dies heißt, dass den beteiligten Akteuren von vornherein unterstellt wird, dass sie mit aller Ernsthaftigkeit Lösungen im Sinne der Allgemeinheit suchen, ohne dass dies empirisch überprüft würde.

Trotz all dieser Schwächen müssen dem Governance-Konzept auch einige Stärken zugestanden werden. Zum einen ist das Konzept sehr am Output orientiert, was zur Ableitung seiner Legitimität verwendet wird (vgl. Papadopoulos 2004: 225). Zudem ermöglicht Governance die Integration und bessere Interaktion mehrerer Ebenen in der Politikformulierung.[18]

[18] vgl. Kapitel 3.2.4

Zum Problem der Legitimation von teilnehmenden Akteuren ist jedoch zu sagen, dass Legitimation nicht unbedingt gleichbedeutend sein muss mit der geheimen Wahl von Abgeordneten zur Repräsentation des Willens der Wähler und Wählerinnen. Es gibt eine Reihe anderer Indikatoren, die diese klassische Form der Legitimierung ergänzen können. Schulz und Held (2007: 90f.) nennen etwa Transparenz, eine angemessene Beteiligung unterschiedlicher Interessen und Gruppen von Betroffenen, ein geregeltes nachvollziehbares Verfahren der Regelsetzung, gleiche Möglichkeiten bei der Verarbeitung von Interessen, funktionsfähige Entscheidungsstrukturen, eine gewisse Erwartungssicherheit gegenüber dem Handeln der anderen Akteure, Outputrichtigkeit, sowie eine Kontrolle des Umsetzungsprozesses (Monitoring bzw. Evaluierung) als alternative Legitimationsfaktoren. Diese Faktoren stellen auch ein Umdenken in Bezug auf Legitimation dar. Nicht so sehr eine einwandfrei nachvollziehbare Kette von Interessensrepräsentation und Interessensdurchsetzung bis zur Basis ist zentral, sondern ein dem zu behandelnden Problem angemessenes Legitimationsschema, das es zu erfüllen gilt.

Eine andere Herangehensweise wählt Papadopulous (2004: 226), indem er relativ einfache, aber breit angelegte Kriterien für „gute Politik“ festlegt: Realitätsnähe, Nachhaltigkeit, Grundsatz der Solidarität. Beide Ansätze, jener von Schulz und Held, als auch der von Papadopulous, fallen jedoch in den Bereich von Good Governance und sind daher stark normativ. Ihre empirische Überprüfung ist schwierig, da es etwa im Fall von Papadopolous gilt, relativ abstrakte Konzepte operationalisierbar zu machen. Denn was genau heißt Realitätsnähe oder Solidarität konkret? Oder ab welchem Zeitpunkt kann man die Nachhaltigkeit einer verfolgten Politik feststellen? Dasselbe gilt jedoch auch für Schulz und Held. Bei deren Konzept kommt es vor allem auf die Perspektive an, aus der diese alternativen Legitimationsfaktoren betrachtet werde. Wie lässt sich etwa die Richtigkeit eines politischen Outputs feststellen? Wann kann man von hoher oder niedriger Funktionalität von Entscheidungsstrukturen sprechen? Im Rahmen der Kommunikationswissenschaft erinnert diese Auseinandersetzung sehr stark an die Diskussionen über Qualität im Journalismus. In beiden Fällen gilt wohl, dass eine Festlegung konkreter Indikatoren nur in der Anwendung auf konkrete Beispiele und ihre spezifischen Kontexte lohnt. Von der Idee einer allgemein gültigen Formel zu ihrer endgültigen Feststellung heißt es wohl schon länger Abschied zu nehmen und die Komplexität derartiger Sachverhalte, die nach individuellen Lösungen verlangt, zu akzeptieren.

Zusammengefasst gibt es also zwei Herangehensweisen um den Governance-Begriff zu definieren. Zum einen kann Governance aus einer normativen Perspektive als „Good Governance“ definiert werden, und somit vor allem die idealen Charakteristiken von Regelsetzungsprozessen beschreibt. Andererseits kann Governance auch viel offener und breiter als Zusammenwirken unterschiedlichster Regelungsmechanismen definiert werden, wobei nicht allein der Staat als zentrales Regelsetzungsorgan die Gestaltung übernimmt, sondern auch andere Akteure aus der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft mitwirken. Beiden Definitionsversuchen liegt jedoch ein gemeinsamer Kern zugrunde, nämlich die Betrachtung kollektiver Entscheidungsfindungsprozesse. Der zweite Definitionsansatz beschreibt vor allem in Kontinentaleuropa (im Unterschied zum angelsächsischen Raum) eine Abkehr vom Staat und seinen hierarchischen Regulierungsmechanismen (vgl. Donges 2007c).

Regulierung

Regulierung bzw. das Synonym Regulation beschreiben die „allg[emeine] verbindliche Regelung gesellschaftl[iche] Probleme durch polit[ische] Entscheidungen mittels Anreizen, Geboten, Verboten, Verordnungen, Gesetzen.“ (Dreher 2004: 819). Regulierung bzw. Regulation ist somit der Akt des faktischen Eingreifens in einen vorhandenen gesellschaftlichen Sachverhalt, dessen Ziel es ist, das zukünftige Handeln von gesellschaftlichen Akteuren[19] auf der Grundlage konkreter Maßnahmen, die unterschiedliche Motivationswirkung haben können, zu beeinflussen. Regulierung ist somit im Bereich des politischen Outputs bzw. Outcomes anzusiedeln.[20]

Dieser sehr engen Definition von Regulierung steht ein breiteres Verständnis von Regulierung gegenüber, das Baldwin und Cave (1999) in ihrem Standardwerk formulieren. Sie stellen dar, dass Regulierung in dreifacher Weise verstanden werden kann. Erstens kann damit jegliche soziale Kontrolle gemeint sein, zweitens der Einfluss, der durch den Staat auf die Gesellschaft ausgeübt wird, und drittens als Summe der Ge- und Verbote (vgl. Puppis/Künzler 2007: 162). Um die bessere Abgrenzbarkeit zu den Begriffen Steuerung

[19] Darunter ist die gesamte Spannbreite vom einzelnen Individuum bis hin zu großen Akteurskomplexen wie etwa Unternehmen oder dem Staat zu verstehen.
[20] Politischer Output ist vom politischen Outcome zu unterscheiden. Ersterer beschreibt lediglich die intendierte Umsetzung. Der Outcome beschreibt hingegen die Effekte der Umsetzung. Der Outcome kann dabei erheblich von den Intentionen des Outputs variieren.

und Governance zu leisten, folgt die vorliegende Arbeit jedoch der enger gefassten Definition von Regulierung.

Einen weiteren wichtigen Aspekt von Regulierung beleuchtet Campbell (1999). Sie unterscheidet drei Aspekte von Regulierung: Regelsetzung (legislation), Durchsetzung der Regel (enforcement) und Rechtssprechung mit entsprechender Sanktionierung (adjudication) (vgl. Campbell 1999: 714f.). Regulierung ist also nicht nur Teil des Prozesses der politischen Problembearbeitung, sondern ist selbst wieder als Prozess einzustufen. Hier wird deutlich, dass Regulierung eine Art der Rückkoppelung der Bearbeitung politischer Probleme in die Gesellschaft darstellt.

Dem Regulierungsbegriff liegt das Verständnis zugrunde, dass es der Staat ist, der Gesetze erlässt und damit bei der Regelsetzung aktiv ist. Neben dieser staatlichen Regulierung gibt es jedoch auch Formen der Regulierung, bei der auch andere Akteure, vornehmlich aber meist Akteure aus der zu regulierenden Privatwirtschaft, bei der Regulation mitwirken bzw. diese auch weitestgehend selbst gestalten. Grundsätzlich unterscheidet man dabei relativ grob zwischen Ko-Regulierung und Selbstregulierung (vgl. Puppis/Künzler 2007). Im Fall von Selbstregulierung übernehmen die zu regulierenden Akteure selbst den gesamten Regulationsprozess. Sie formulieren die Regelungen, überwachen deren Durchsetzung, und tragen schließlich auch dafür die Verantwortung, dass Regelverstöße entsprechend sanktioniert werden (vgl. ebd.: 163). Bei der Ko-Regulierung hingegen geschieht die Regelsetzung im Auftrag des Staates und auch nicht durch die zu regulierenden Akteure alleine, sondern in Zusammenarbeit mit staatlichen Akteuren (vgl. ebd.: 164).

Just, Latzer und Saurwein (2007) gehen bei der Definition von Ko- und Selbstregulierung diffiziler vor. Sie beschreiben ein Spektrum, auf dem insgesamt fünf Arten von Regulierung unterschieden werden können, und das sich zwischen Staat und Markt erstreckt.

STAAT				**MARKT**
Staatliche Regulierung im engeren Sinn	Staatliche Regulierung im weiteren Sinn	Ko-Regulierung	Selbstregulierung im weiteren Sinn	Selbstregulierung im engeren Sinn

Abb.1: Regulierungsformen zwischen Staat und Markt. Quelle: eigene Gestaltung

Die staatliche Regulierung im weiteren Sinn wird durch von politischen Entscheidungen relativ unabhängigen Regulierungsbehörden vorgenommen. Ko-Regulierung ist im Unterschied zur Selbstregulierung im weiteren Sinn durch eine rechtliche Basis begründet. Bei der Selbstregulierung im weiteren Sinn greift der Staat noch unterstützend ein. Im Fall der Selbstregulierung im engen Sinn gibt es keine explizite Einflussnahme durch den Staat mehr (vgl. ebd.: 109).

Durch das Einbeziehen von Akteuren aus dem zu regulierenden Teilbereich der Gesellschaft verspricht sich der Staat eine flexiblere und schnellere Regulierung. Auch ist bei den Betroffenen bereits ein hoher Grad an Expertenwissen vorzufinden, der eine sinnvollere Regulierung erleichtert. Zudem müssen vom Staat weniger Ressourcen aufgewandt werden, was eine Kostenersparnis mit sich bringt. Die Nachteile sind jedoch auch evident. Es ist leichter Partikularinteressen durchzusetzen und eine demokratische Legitimierung der Regulationen wird ausgehöhlt (vgl. Puppis/Kunzler 2007: 163f.).

Wie sinnvoll es ist, von der staatlichen Regulierung auf alternative Regulierungsmodelle umzusteigen, hängt im Wesentlichen von der Erörterung folgender ab. Welche negativen Folgen hätte ein Fehlschlagen der Regulierung zur Folge? Wie groß ist die Notwendigkeit einheitlicher Regelung? Wie stark greift die Regulierung in die gesellschaftliche Realität ein? Wie pluralistisch ist das zu regulierende gesellschaftliche Feld (Interessengegensätze zwischen Staat und Industrie, Reputation der zu regulierenden Unternehmen, Marktstruktur etc.) (vgl. Just/Latzer/Saurwein 2007: 105)? Daher können Entscheidungen über die Verwendung alternativer Regulierungsformen auch nicht allgemein getroffen werden, sondern müssen für die jeweils vorhandenen Gegebenheiten getroffen werden.

Begriffstechnisch ist noch zu beachten, dass gerade die Erweiterung des Regulierungsbegriffs um die Aspekte der Ko- und Selbstregulation, den Begriff der Regulation an den Governance-Begriff heranrückt. Eine klare Unterscheidung wird dadurch schwieriger. Nichtsdestotrotz ist der Hinweis auf diese unterschiedlichen Arten von Regulierung für die spätere Analyse unumgänglich.

Steuerung

Steuerung und Governance sind hingegen in einer abstrakteren Ebene anzusiedeln als der Regulierungs-Begriff. Es geht nicht um die intendierte Umsetzung von Maßnahmen sondern um die dahinterliegende Konzeptionierung. Wie aus der folgenden Definition ersichtlich ist, wurde der Steuerungs-Begriff stark von der Systemtheorie geprägt.

> *„Steuern meint (…) ein zielgerichtetes Handeln, das von der Wirkung des Handelns analytisch zu unterscheiden ist; Steuerungshandeln bemisst sich nicht am Steuerungserfolg. Wie jedes Handeln muss Steuern einem Subjekt zuschreibbar sein: Steuerungshandeln impliziert die Existenz von Steuerungsakteuren. Steuerungsobjekt sind existente soziale (Teil-)Systeme, deren autonome Dynamik oder Entwicklung durch das Steuerungshandeln in eine bestimmte Richtung gelenkt werden soll." (Mayntz 1987: 93f. zit. nach Mayntz 2006: 12)*

Wie zudem abzulesen ist, ist die Steuerungstheorie auch sehr akteurszentriert. Weiters unterscheidet sie explizit zwischen einem Steuerungssubjekt und einem Steuerungsobjekt. Die Steuerungstheorie ist zudem eng mit einem kontinentaleuropäischen Staatsverständnis verbunden und ist dabei vor allem auf den deutschen Sprachraum konzentriert (vgl. Donges 2007a: 76f.). Beide Aspekte sind ein Ausdruck mangelnder Globalität, was eine Weiterentwicklung bzw. einen Perspektivenwechsel notwendig machte.

Zunächst wurde daher die Steuerungstheorie in Richtung des Modells des „kooperativen Staates" (Mayntz 2006: 13) erweitert. Dies brachte vor allem eine Erweiterung und Neuerung im Bereich der handelnden Akteure mit sich. Die strikte Trennung zwischen Subjekt und Objekt der Steuerung wurde aufgegeben. Weiters sollte der Akteursbegriff von der reinen Beachtung staatlicher Akteure auf alle Akteure, die ein öffentliches Interesse vertreten, ausgeweitet werden. Dies leitete jedoch erst den Perspektivenwechsel ein, an dessen (vorläufigen) Ende der Governance-Begriff steht, in dessen Zentrum nun weniger die Akteure als die Regelungsstruktur an sich steht (vgl. ebd.: 16f.). Dies heißt nicht, dass Akteure bedeutungslos geworden wären. Lediglich die Frage nach der Art und Weise des Zusammenwirkens der Akteure ist in den Vordergrund gerückt. Auch der Staat wird nicht mehr als statischer, streng hierarchischer und einheitlicher Akteur gesehen (vgl. ebd.: 15), sondern als ein netzwerkartiges Geflecht, das mit der Gesellschaft zunehmend verwächst

(vgl. Donges 2007c: 9f.). Dazu kommt noch der Trend hin zur Verbindung mehrerer gesellschaftlicher Ebenen (wie z.B. in der EU), dem durch den Governance-Begriff Rechnung getragen wurde (vgl. Donges 2007a: 78).

Das Governance-Konzept ist somit keine einfache Fortentwicklung des Steuerungs-Paradigmas, sondern eine qualitativ andere Herangehensweise. Es ist eine andere Perspektive, durch die andere Aspekte derselben gesellschaftlichen Problematik beleuchtet werden können (vgl Schuppert 2007: 11ff.). Das Steuerungs-Paradigma und der Governance-Begriff schließen sich somit nicht aus, sondern ergänzen einander.

Stärken und Schwächen des Governance-Begriffs

Die Stärken und Schwächen des Governance-Begriffs sind auf unterschiedlichen Ebenen zu verorten. Als Stärke kann vor allem die Fähigkeit gelten unterschiedliche Ebenen miteinander zu verbinden. Diese verbindende Eigenschaft des Governance-Begriffs äußert sich jedoch auch noch anders. Der Governance-Begriff gilt nämlich als Brückenbegriff, durch den unterschiedliche Disziplinen verbunden werden können. Er fördert somit Interdisziplinarität in der Forschung.

Der Schwerpunkt des Governance-Begriffs liegt in der Betrachtung von Strukturen, Prozessen und Inhalten der Regulierung. Durch die Erweiterung der Perspektive bezüglich der Involvierung neuer Akteure aus Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft sowie bezüglich multipler Mechanismen, die in der Zusammenarbeit dieser unterschiedlichen Akteure verwendet werden, kann der Governance-Begriff einen umfassenderen Zugang zu Problemen bieten als es der Steuerungstheorie bisher möglich war.

Dennoch ergeben sich auch eine Reihe von Analysedefiziten, denen man sich bei der Verwendung der Governance-Perspektive bewusst sein muss (vgl. Benz et al. 2007a: 19). Eine Schwäche ist etwa der Fokus auf Deskription – die Frage nach dem Warum tritt oft in den Hintergrund. Auf der Mikroebene fehlt zudem eine individualistische Herangehensweise. So können etwa Motivationsprobleme (vgl. Donges 2007a: 78f.) oder eine konstruktive (ideelle) Ebene wie etwa unterschiedliche Deutungsmuster und Sinnstrukturen der Akteure (vgl. Benz et al. 2007: 19) nicht durch die Governance-Perspektive betrachtet werden. Aber auch das Problem des Demokratiedefizits darf man nicht aus den Augen

verlieren. Eine Weiterentwicklung des Governance-Konzepts ist also notwendig und auch wahrscheinlich.

Abschließend muss jedoch gesagt werden, dass es wichtig ist zu wissen, was das Governance-Konzept leisten kann und was nicht. Etwaige Schwächen können nämlich nur dann durch andere Konzepte und einer zusätzlichen Betrachtungsweise ausgeglichen werden, wenn sie einem bewusst sind. Nichtsdestotrotz hat der Governance-Begriff auch etliche Vorteile, die sich in der Prozesshaftigkeit und Dynamik des Konzepts spiegeln (vgl. Schuppert 2007: 32). Diese gilt es zu betonen und für die Analyse zu nutzen. Die maßgeblichsten Vorteile (die Verbindung mehrerer Ebenen und die Kombination unterschiedlichster Mechanismen des Zusammenwirkens von Akteuren) sollen in den nächsten beiden Kapiteln näher beleuchtet werden, da sie essentiell für die Analyse des empirischen Beispiels sind.

3.2.3 Governance-Mechanismen

Grundsätzlich können zwei Arten von Governance-Mechanismen unterschieden werden. Schimank (2007: 32ff.) spricht zum einen von elementaren Mechanismen, welche die grundlegenden Interaktionsmöglichkeiten von Akteuren darstellen. Zu ihnen gehören die Beobachtung, die Beeinflussung, das Verhandeln oder die Entscheidung auszusteigen, welche auch als Exit-Option bezeichnet wird (vgl. ebd.). Aus ihnen formen sich komplexere Interaktionsmuster, die ebenfalls häufig als Governance-Mechanismen bezeichnet werden. In Benz et al. (2007b) wird eine Sammlung von neun derartigen Interaktionsmustern aufgelistet:

- Hierarchie
- Politischer Wettbewerb
- Markt
- Gemeinschaft
- Netzwerke
- Verhandlungen
- Pfadabhängigkeit
- Policy-Transfer & Policy-Diffusion
- Transformation

Zunächst sollen jedoch die elementaren Governance-Mechanismen näher erläutert werden. Danach soll versucht werden die komplexeren Interaktionsmuster überblicksartig

vorzustellen. Davor jedoch noch die Anmerkung, dass diese Einteilung nicht unumstritten ist. Eine klare Trennung zwischen elementaren und komplexen Mechanismen scheint etwa nicht immer eindeutig gegeben zu sein (etwa beim Mechanismus „Verhandlung“).

Elementare Governance-Mechanismen

Insgesamt gibt es laut Schimank (2007) vier elementare Governance-Mechanismen, aus denen sich komplexere Interaktionsmuster formen können. Eine besondere Stellung nimmt hier die Exit-Option ein. Sie kann von jedem Akteur eingesetzt werden. Dabei geht es meist nicht so sehr um die tatsächliche Realisierung des Ausscheidens aus einer Akteurskonstellation, sondern eher um das Drohpotential, das diese Option bietet (vgl. ebd.: 35f.).

Die anderen elementaren Mechanismen beruhen alle auf wechselseitiger Interaktion und bauen Schritt für Schritt aufeinander auf. Die wechselseitige Beobachtung kann zwei Reaktionen zur Folge haben. Einerseits kann eine einseitige Anpassung des Handelns erfolgen oder auch eine wechselseitige Anpassung (vgl. ebd.: 36f.). Auf die wechselseitige Beobachtung kann eine wechselseitige Beeinflussung aufbauen. Dabei geht es um die gezielte Beeinflussung des Handelns anderer Akteure. Es werden Machtpotentiale eingesetzt und ein bestimmtes Handeln wird einem anderen Akteur abverlangt (vgl. ebd.: 38f.).

Verhandlungen hingegen können ein sehr unterschiedliches Gesicht annehmen und das Treffen von Vereinbarungen gestaltet sich in verschiedenen Kontexten unterschiedlich wodurch auch die Organisationsform geprägt wird (vgl. ebd.: 40ff.). Insgesamt kann jedoch von den elementaren Mechanismen auf vorliegende Organisationsmodelle geschlossen werden, wodurch die Analyse konkreter Governance-Regime möglich wird (vgl. ebd.: 42). Mögliche resultierende Organisationsmodelle (komplexere Governance-Mechanismen) werden im Folgenden kurz dargestellt.

Hierarchie

Die Governance-Debatte ist eigentlich eine Debatte, die durch eine Abkehr von der Hierarchie geprägt ist, Döhler (2007: 46) spricht auch von einem „Hierarchieverzicht“. Dies spiegelt aber nicht die Wirklichkeit wieder. Soziale Organisation in Form von Hierarchien sind nach wie vor weit verbreitet. Kennzeichen für hierarchische Ordnungsstrukturen ist die klar geregelte Über- und Unterordnung, die zwischen den Elementen einer Organisation besteht. Diese Über- und Unterordnung kann aber natürlich unterschiedliche Ausprägungen erfahren.

Positive Eigenschaften, die hierarchische Ordnungsmodelle inne haben sind etwa Regelhaftigkeit und Berechenbarkeit (vgl. Döhler 2007: 46). Negative Eigenschaften, die hierarchischen Ordnungsstrukturen zugeschrieben werden sind etwa Inneffizienz oder fehlende Flexibilität (vgl. ebd.: 47). Nichtsdestotrotz sprechen die positiven Eigenschaften genau jene Gründe an, weshalb Hierarchien nach wie vor als Ordnungsmodelle dienen. Durch hohe Regelhaftigkeit und Berechenbarkeit sind diese Systeme für die Akteure leicht zu durchschauen und auch zu kontrollieren. Hierarchien bieten somit im Vergleich zu anderen Organisationsformen größere Stabilität.

Politischer Wettbewerb

Benz (2007a: 56) definiert den politischen Wettbewerb folgendermaßen: „In politischen Wettbewerben geht es um die Koordinierung von Handlungen im Hinblick auf die Erreichung gesellschaftlicher Werte oder kollektiver Güter bzw. Leistungen.“ Für den Wettbewerb ist weiters kennzeichnend, dass die handelnden Akteure um dasselbe Ziel konkurrieren. Die Motivation der Akteure, die sie zum Handeln bewegt, sind Anreize, die ihnen aus der Realisierung des Ziels erwachsen. Das gesamte Handeln wird dabei immer in Relation zum Handeln der Konkurrenten gesehen, ebenso die erreichten Gewinne. Für diese Bestimmung des eigenen Standpunkts müssen bestimmte Wettbewerbsregeln gelten. Erst dann ist eine effiziente Handlungskoordination möglich. Die Handlungskoordination wird durch den elementaren Mechanismus der wechselseitigen Beobachtung erreicht. Diese sollte im Idealfall zu wechselseitiger Anpassung führen (vgl. ebd.: 54ff.).

Benz (2007a) nennt verschiedene Arten von Wettbewerb: Ämter- und Parteienwettbewerb, Steuerungs- und Regulierungswettbewerb, Anbieterwettbewerb, Leistungs-

wettbewerb, Systemwettbewerb (vgl. ebd.: 57ff.). Generell spricht man dem Wettbewerb als Mechanismus sozialer Organisation ein hohes Maß an Innovationsförderung zu, ebenso wie eine besondere Dynamik, Leistungssteigerung und Bewältigung von Komplexität (vgl. ebd.: 65f.). Als negative Konsequenz kann es jedoch auch zu einem „race to the bottom“ kommen, sprich eine immer weiter um sich greifende Reduzierung von Mindeststandards, was vor allem im Sozialbereich fatal sein kann.

Markt

Auf Märkten gibt es immer zwei Arten von Akteuren: Käufer und Verkäufer. Ihre Interaktion findet durch den Tausch von Gütern statt und die Rollen können dabei wechseln. Oft wird der Markt als Gegensatz zur Hierarchie gedacht, was aus der normativ gedachten Gleichstellung der Akteure im Markt abgeleitet wird, der auch durch keine Zugangsbarrieren irgendwelcher Art beschränkt ist.

Die sozialen Bindungen sind beim Markt als sozialem Ordnungsmechanismus extrem locker, weshalb auch soziale Normierungen und Sanktionierungen weniger greifen. Aus diesem Grund sind Märkte in rechtliche und sozialmoralische Regelwerke einzubetten (vgl. Czada 2007: 68). Weitere Gründe, die für die Regulierung von Märkten sprechen sind natürliche Monopole, negative Externalitäten und Informationsasymmetrien (vgl. ebd.). Alle drei Regulierungsgründe treffen auch auf Medien- und Kommunikationsmärkte zu (vgl. Kiefer 2001). Als Nachteil des Marktmechanismuses als Ordnungs- und Interaktionsprinzip muss jedoch die fehlende Mikrofundierung (soziale, psychologische, kulturelle Aspekte der Beschaffenheit der Akteure) eingestanden werden (vgl. Czada 2007: 79).

Gemeinschaft

Der Gemeinschaftsbegriff muss zunächst vom Gesellschaftsbegriff abgegrenzt werden. Gläser (2007: 83) sieht Gesellschaft als eine Ansammlung von Individuen, die jeweils miteinander sozial interagieren und Beziehungsstrukturen aushandeln. Gemeinschaft hingegen sieht er als etwas Gegebenes an, das auch mit einem bestimmten Determinismus verknüpft ist. Besonders wichtig in Bezug auf die Gemeinschaft ist ihre identitätsstiftende

Funktion, durch die ein gemeinschaftliches Selbstbild entsteht, welches das Handeln der Mitglieder der Gemeinschaft beeinflusst und anleitet (vgl. ebd.: 86f.).

Netzwerke

Das Netzwerk ist der im Zusammenhang mit Governance wohl am meisten diskutierte soziale Ordnungsmechanismus. Die Definition ist auch visuell leicht nachvollziehbar. In einem Netzwerk sind eine Menge von Knoten (die Akteure) durch eine Menge von Beziehungen (das eigentliche Netz) miteinander verknüpft, wobei die inhaltliche Dimension der Beziehungen variieren kann. Sie werden als langfristige Verbände gesehen, die vor allem auf gegenseitigem Vertrauen basieren und eher horizontal als vertikal ausgerichtet sind (vgl. Wald/Jansen 2007: 97).

Es ist wichtig die Stärke der Verbindungen der Akteure zueinander zu unterscheiden. Es gibt sog. „strong ties“ und sog. „weak ties“, die einen erheblichen Einfluss darauf haben, ob Wissen eher weitergegeben wird (strong ties), oder eher neues Wissen gefunden wird (weak ties) (vgl. ebd.: 100). Für Netzwerke sind zudem Netzwerkeffekte charakteristisch. Diese können auf einer Beziehungsebene oder auf einer strukturellen Ebene entstehen. In Netzwerken gibt es aber auch negative Effekte, wie etwa die starke Abgrenzung gegenüber der Umwelt, oder auch die zunehmende Angleichung und Homogenisierung der Netzwerk-Akteure (vgl. ebd.: 102).

Verhandlungen

Verhandlungen müssen besonders vom Markt und dem politischen Wettbewerb als Governance-Mechanismen abgegrenzt werden. Es geht nicht, wie beim politischen Wettbewerb um die Durchsetzung des eigenen Weges um ein gemeinsam angestrebtes Ziel zu erreichen, sondern um die Aushandlung gemeinsamer Entscheidungen, also eines gemeinsamen Weges. Im Unterschied zum Markt, wo die Akteure einzeln agieren, geht es bei Verhandlungen darum, koordiniertes Handeln zu ermöglichen, was jedoch nicht bedeutet, dass die Akteure nicht versuchen würden ihren eigenen Nutzen zu maximieren. Ganz im Gegenteil: Oft werden Verhandlungen erst dadurch angeregt, dass sich die Ak-

teure dadurch bessere Ergebnisse erwarten als durch singuläres Handeln (vgl. Benz 2007b: 106ff.).

Idealerweise ist es das Ziel von Verhandlungen eine verbindliche Vereinbarung zu treffen, bei deren Formulierung alle Akteure egalitär zum Zug kommen. Real haben jedoch jene Akteure größere Chancen bei der Mitgestaltung, die einen informationellen Vorteil haben, oder die über begehrte Ressourcen für den Tausch verfügen. Daraus ergibt sich, dass die verhandelnden Akteure unterschiedliche Potentiale haben ihre Vetomacht (die ja idealer Weise unter den Akteuren gleich verteilt ist) einzusetzen (vgl. ebd.: 110f.). Aus diesem Grund können drei Verhandlungsarten unterschieden werden: positionsorientiertes Verhandeln, kompromissorientiertes Verhandeln und ein verständigungsorientiertes Verhandeln, das auch als „arguing" bezeichnet wird und von „bargaining" zu unterscheiden ist. Bargaining findet auf der Ebene des positionsorientierten Verhandelns statt und ist geprägt durch den Tausch etwa von Zustimmung (vgl. ebd.: 111f).

Entscheidend für den Erfolg von Verhandlungen ist die Verhandlungsstruktur. Sie leitet sich aus der Anzahl der Akteure, den Entscheidungsregeln (welche Mehrheiten sind für Entscheidungen erforderlich), der Komplexität und Ausdifferenzierung der Thematik, und dem Grad der Freiwilligkeit der Verhandlungen ab. Generell gilt, dass es umso schwieriger wird die Verhandlungen zu einem Erfolg zu führen, je mehr Akteure beteiligt sind. Ähnliches gilt in umgekehrtem Sinn für die Freiwilligkeit von Verhandlungen – je größer der Zwang bei Verhandlungen teilzunehmen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit von Blockaden und desto weniger kompromiss- und konsensorientiert sind die Verhandlungen (vgl. ebd.: 113ff.). Abschließend muss noch auf die besondere Situation der in der Verhandlung miteinander in Beziehung stehenden Vertreter der Akteure hingewiesen werden. Sie müssen sich zum einen auf den Modus des Verhandelns einlassen und zum anderen müssen sie sich den Erwartungen der durch sie vertretenen Gruppe stellen, was durchaus Konfliktpotential bergen kann (vgl. ebd.: 115).

Pfadabhängigkeit

Die Pfadabhängigkeit ist ein kontroversiell diskutierter Governance-Mechanismus, dessen Grundidee vor allem in der Erforschung von Technikabfolgen verwurzelt ist, und somit auch für den Kommunikationssektor und hier besonders für Netzwerktechnologien disku-

tiert wird. Pfadabhängigkeit geht von der Annahme aus, dass Prozesse relativ deterministisch voranschreiten und ihr Entwicklungsweg stark von Ereignissen geprägt wird, die sich zufällig in der Frühphase des Prozesses ergeben haben. Als entscheidend für die Entwicklung von Pfadabhängigkeiten werden das „timing" und das nachfolgende „sequencing" gesehen. „Timing" bezeichnet dabei den Zeitpunkt, zu dem das Primärereignis eintritt, „sequencing" die darauffolgenden Ereignisse (vgl. Werle 2007: 124f.).

Der Ansatz unterliegt jedoch heftiger Kritik, vor allem wegen des stringent vertretenen Determinismus. Eine sich wandelnde Umwelt und die daraus resultierenden Einflüsse werden ausgeblendet, ebenso wie die Tatsache, dass andere Möglichkeiten als „hidden alternatives" (Crouch/Farell 2004: 20 zit. nach Werle 2007: 127) nach wie vor vorhanden sind und reaktiviert werden können. Wandel ist also durchaus möglich, Pfadabhängigkeiten sollten daher nicht überschätzt werden, es soll aber auch nicht geleugnet werden, dass sich temporär Pfadabhängigkeiten ergeben können, etwa aus funktionalen Bedürfnissen heraus oder durch Macht, Legitimation oder Ressourcen unterstützte Forcierung.[21]

Policy-Diffusion und Policy-Transfer

Der Policy-Transfer beschreibt das Verhalten von Akteuren, sich über die Verbindung mit anderen Akteuren über die Entscheidungen der anderen Akteure zu informieren und sich dadurch für die eigene Entscheidung inspirieren zu lassen. Es wird also keine gemeinsame Entscheidung angestrebt, sondern das willentliche Lernen von anderen, wobei dies unterschiedliche Ausprägungen annehmen kann. Lütz (2007: 135f.) spricht von Kopie (eine Strategie wird eins zu eins übernommen), Angleichung (die beste Lösung wird gesucht und dann auf die eigene Situation umgemünzt), Kombination (Elemente aus unterschiedlichen Lösungsansätzen werden aus diesen heraus gelöst und miteinander zu einem neuen Lösungsansatz verwoben) und Inspiration (die Lösungsansätze anderer Akteure dienen lediglich der Anregung selbst einen eigenen qualitativ andersartigen Lösungsansatz zu entwerfen).

[21]Ein Beispiel aus jüngerer Zeit könnte etwa der Formatkampf zwischen Blue-Ray und HD-DVD, der zwischen Sony und Toshiba ausgefochten wurde. Beide Formate sind in ihrer Qualität annähernd gleichrangig, jedoch fand Blue-Ray größere Unterstützung bei den großen Hollywood-Studios, weshalb sich dieses Format durchsetzte. HD-DVD bleibt aber als Alternative weiterhin vorhanden. Eine dritte Möglichkeit der Weiterentwicklung wäre jedoch auch denkbar: Eine Abkehr vom Film-Vertrieb, wie man ihn bisher kannte hin zu einem onlinebasierten Vertrieb von Filmen. Diese dritte Möglichkeit zeigt auf, dass ein Ausbrechen aus der scheinbar vorgegebenen Pfadabhängigkeit (Blue-Ray) durchaus denkbar und möglich wäre und somit die Kritik am Paradigma der Pfadabhängigkeit auch empirisch gerechtfertigt ist.

Zu einem Policy-Transfer kann es auf unterschiedliche Art und Weise kommen. Er kann von außen erzwungen sein, durch ein dominantes Paradigma gefördert werden (Bsp.: Neoliberalismus), aus Verhandlungen entstehen, oder aus einer allgemeinen Unzufriedenheit mit momentan vorhandenen Lösungen erwachsen (vgl. ebd.: 136ff.). Transferfördernd sind eine gewisse Ähnlichkeit der Akteure (kulturell, institutionell, sozioökonomisch) und eine einfache Struktur in den zu transferierenden Politikansätzen, sprich die klare Erkennbarkeit von Ursache und Wirkung (vgl. ebd.: 139ff.). Häufige Policy-Transfers können zu sog. Policy-Konvergenz führen – einer „im Zeitablauf zunehmenden Ähnlichkeit zwischen einem oder mehreren Merkmalen einer bestimmten Politik (...) über verschiedene Rechtsräume hinweg." (ebd.: 135).

Im Unterschied zum Policy-Transfer versucht die Policy-Diffusion den Ausbreitungsweg nachzuvollziehen und die Ausbreitungsgeschwindigkeit und den Einfluss von übernommenen Policies festzuhalten. Besondere Bedeutung für die Ausbreitung von Policies haben Akteure, die als Bindeglieder zwischen den einzelnen Teilgruppen in einem Politikfeld fungieren (vgl. ebd.: 133f.). Weiters können eine horizontale und eine vertikale Policy-Diffusion unterschieden werden. Bei letzterer sind besonders sog. „change agents" (vgl. Rogers 2003 zit. Nach Lütz 2007: 140) bzw. „transfer agents" (vgl. Stone 2004 zit. nach Lütz 2007: 40) von besonderer Bedeutung. Das sind jene Akteure, welche die Aufgabe übernehmen die Notwendigkeit eines Wandels bewusst zu machen. Auf globaler Ebene sind dies oft internationale Organisationen oder auch Netzwerke im Bereich der Zivilgesellschaft oder der Privatwirtschaft (vgl. Lütz 2007: 140).

Transformation

Dieser Governance-Mechanismus muss zweifach beleuchtet werden. Zum einen kann Transformation das Ziel von Governance sein, zum anderen kann Transformation als Kontext von Governance auftauchen. Im ersten Sinn gibt es vier mögliche Ausformungen von Transformation: einen gelenkten Systemwechsel, bei dem die alten Eliten bestimmend sind, eine Revolution, ein von unten erzwungener Umbruch, ein durch regierende Elite und Opposition ausgehandelter Systemwechsel und schließlich den durch externe Faktoren bestimmten Regierungskollaps (vgl. Lauth 2007: 147f.). Governance von transformativen Kontexten beschreibt Lauth (2007: 149ff.) auf dreifache Weise: als „political engineering", bei dem die klassische Regierungslehre dominiert, den normativen „Good

Governance“-Ansatz, und das durch eine ökonomische Perspektive geprägte „Public Management“.

Zusammenfassung

Abschließend ist festzuhalten, dass die hier gebotene Darstellung der Governance-Mechanismen eine ideelle ist. In der Realität sind sie meist nicht in isolierter Form zu finden. Damit ist gemeint, dass es durchaus vorkommt, dass Governance-Mechanismen variiert werden und einander in der sozialen Interaktion der Akteure abwechseln und ergänzen. Dies trifft umso mehr zu, je länger der Beobachtungszeitraum ist, in welchem man sich einem Politikfeld widmet.

Die Vielgestalt der Governance-Mechanismen ist jedoch nur eine wichtige Eigenschaft des Governance-Konzepts. Eine weitere bereits erwähnte soll im folgenden Kapitel erläutert werden – die Eigenart, dass Governance auf unterschiedlichen Ebenen wirken und diese auch in einer „Multilevel Governance“ zu verbinden vermag.

3.2.4 Governance-Ebenen

Wie bereits in Kapitel 3.2.2 erwähnt, ist es einer der großen Vorteile des Governance-Konzepts mehrere Regulierungsebenen verbinden zu können. Als Paradebeispiel gilt dabei die Europäische Union, wo politische Prozesse mehrere Ebenen übergreifend statt finden (EU-Ebene, Ebene der Mitgliedsstaaten, Umsetzung in den einzelnen Mitgliedsstaaten bis hin zur lokalen Ebene). Wenn diese Prozesse nun auch noch die anderen Charakteristika von Governance aufweisen (etwa eine Akteursvielfalt, die nicht nur staatliche Akteure und Institutionen umfasst), dann nennt man diese Ebenen übergreifenden Prozesse „Multilevel Governance“. Benz (2004c: 129) definiert Multilevel Governance als „flexible Machtaufteilung zwischen Ebenen, ohne dass eine Instanz über die Kompetenz zur Letztentscheidung verfügt.“

Die höchste Ebene in einem Mehrebenensystem nimmt die globale Ebene ein. Findet dort Governance statt spricht man von „Global Governance“. Sie wird meist als internationale Politik neuen Stils empfunden und vor allem in Zusammenhang mit Themen diskutiert, die stark durch Globalisierungsprozesse geprägt sind (vgl. Behrens 2004: 104). Global Governance impliziert aber nicht von Haus aus Multilevel Governance, jedoch ist Global Governance idealerweise in einen Multilevel-Governance-Prozess eingebunden. Beide Handlungsweisen kämpfen jedoch mit einem gemeinsamen Problem, das hier nochmals stärker zutage tritt als bei Governance auf staatlicher Ebene: ein erhebliches Demokratiedefizit. Gerade auf globaler Ebene gibt es keine durch direkte demokratische Prozesse legitimierte Institution oder ein derartiges Gremium. Statt dessen dominieren Experten. Auch bei Multilevel Governance ist eine derartige Dominanz gegeben (vgl. Benz 2004c: 133; Behrens 2004: 115). Wie aber bereits bei den Erörterungen zum Governance-Begriff erwähnt, kann aber das Konzept Legitimation auch auf andere Weise gedacht und nicht nur auf eine rechtsstaatlich-demokratische Ausprägung reduziert werden.[22]

Auf globaler Ebene kommt zudem das Problem eines starken Eurozentrismus hinzu. Viele Probleme sollen daher auf der Basis europäischer Wertvorstellungen gelöst werden, was einer wirklich globalen Regelung widerspricht, da eine solche auf globalen Wertvorstellungen beruhen sollte um eine entsprechende Wirksamkeit der Regelung zu garantieren (vgl. Beherens 2004: 111). Es hat nämlich keinen Sinn Regelungen auf Werten aufzubauen, die für einen Teil oder viele der Betroffenen nur eine geringe oder gar keine Bedeutung haben.

Kritik an den Konzepten von Global Media Governance und Multilevel Governance kommt vor allem aus dem Bereich der Theorien der internationalen Beziehungen und hier vor allem aus dem Lager der Realisten und Neorealisten. Dies begründet sich aus den Grundlagen dieser Theorien heraus. Für die Vertreter des Realismus ist der Staat die zentrale politische Einheit, die sich im globalen Kontext, einem anarchischen Staatensystem, behaupten muss. Ihr Handeln ist durch das Streben nach Macht und Hegemonie geprägt, und durch diesen Kampf scheint es unmöglich dauerhafte Machtsstrukturen zu etablieren. Dies steht deutlich im Widerspruch zu institutionalistischen Sichtweisen[23], aus denen sich das Global-Governance-Konzept begründet, und auch zum Liberalismus, die

[22] vgl. Kapitel 3.2.2

[23] Institutionalisten bestreiten nicht, dass das internationale Staatensystem anarchisch sein kann. Sie treten aber dafür ein diese Anarchie durch die Etablierung internationaler Organisationen einzugrenzen. Grundlage für die Kooperationsbereitschaft liegt aber im Eigeninteresse der Akteure: Sie wollen versuchen mögliche negative Folgen, das unilaterales Handeln zur Folge hätte, zu vermeiden.

beide von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit primär von Staaten ausgehen. Dennoch verlangt es von allen klassischen Theorien der internationalen Beziehungen eine Weiterentwicklung um für die gegenwärtig und zukünftig gegebene Realität nach wie vor Geltungsanspruch behaupten zu können.

Beide Konzepte – Global als auch Multilevel Governance – bieten einen möglichen Ansatz für eine derartige Weiterentwicklung. Dabei wird es wichtig sein unterschiedliche Interessensebenen einzubeziehen, als auch eine bessere Durchdringung verschiedener territorialer Organisationseinheiten durch Entscheidungen, die auf der Grundlage von Global Governance gefällt wurden, zu begründen. Es muss dabei auch ein Denken ermöglicht werden, das Probleme nicht mehr in abgegrenzten Bereichen zu regeln versucht, wie es heute im System der internationalen Organisationen üblich ist, sondern übergreifende Regelungen ermöglicht (vgl. Behrens 2004: 112ff.). Dabei muss aber auch der Legitimationsdebatte Rechnung getragen werden und vor allem auf mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit abgezielt werden (vgl. ebd.: 114).

3.2.5 Global Media Governance

Nun kommen wir zu dem zentralen Begriff der vorliegenden Arbeit: Global Media Governance. Hier vereinen sich nun die Erläuterungen der letzten drei Teilkapitel. Zuallererst trifft auch auf den Begriffskomplex „Global Media Governance“ die Kritik zu, dass mit dem Wort „Media“ nur die traditionellen Massenmedien und daher nur massenmedial vermittelte Kommunikationsprozesse als Gegenstandsbereich gemeint sind und folglich der Trend hin zur Mediamatik ignoriert werden würde. Dies trifft aber nur bedingt zu. Im Gegensatz zu Media Governance ist der Begriff „Communications Governance“ bei weitem nicht so populär, auch wenn er definitorisch richtiger wäre. Media Governance wird somit auch für den Telekommunikationsbereich gebraucht und dient somit auch einem modernen Medienverständnis im Zeitalter konvergenter Medienentwicklung.

Allgemein umfasst der Begriff nun mehrere Aspekte. Zum einen die Akteursvielfalt, die sich nun nicht mehr nur auf staatliche Akteure und internationale Organisationen beschränkt, sondern auch Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft einbindet. Weiters wird damit

ausgedrückt, dass nicht mehr nur eine bestimmte Interaktionsform und soziale Ordnungsstruktur zwischen den Akteuren gibt, sondern unterschiedliche Mechanismen (Hierarchie, politischer Wettbewerb, Markt, etc.) kombiniert werden um Lösungen und Regelungen zu entwickeln (vgl. Haas/Wallner 2007: 129).

Es ist aber dennoch festzuhalten, dass es keinen einheitlichen Gebrauch des Begriffs gibt, und dass ihm unterschiedliche Definitionen des Begriffs „Medium" zugrunde liegen können. Diese werden zudem häufig nicht konkretisiert, was einen großen Interpretationsspielraum bietet. Dabei scheint sich jedoch aus dem Vergleich mehrerer Defintionen von Media Governance ein allgemeines Verständnis heraus zu kristallisieren, das als Grundtenor dient. Dabei sind folgende Punkte herauszufiltern (vgl. etwa Haas/Wallner 2007: 129 oder auch Donges 2007c: 16).

- Regelung von Strukturen im Kommunikationssektor
- Regelung von Inhalten und Prozessen der Inhaltserstellung und -darstellung
- Partizipation neuer Akteure

Besonders wichtig ist die Erweiterung der Akteursvielfalt, die sich auch aus den neuen technischen Entwicklungen hin zu einer konvergenten Kommunikationslandschaft ergibt. Dadurch gewinnen nämlich Medienunternehmen immer mehr Bedeutung, weil sie in immer mehr Bereichen aktiv sind und das kulturelle Bild einer Gesellschaft prägen. Aber nicht nur die Industrie ist auf der Akteursebene auf dem Vormarsch, nein auch die Rezipienten, oder vielleicht treffender die User, werden mehr und mehr zu Akteuren des Regulierungsprozesses, was einer Weiterentwicklung der klassischen Öffentlichkeit entspricht (vgl. Haas/Wallner 2007: 132). Aber auch die Diskurse um publizistische Qualität und Qualitätssicherung sowie über eine moderne Medienethik werden auf eine neue Ebene gehoben (vgl. ebd.: 135f.).

Schließlich ist Global Media Governance die globale Ausprägung von Media Governance. Diese globale Herangehensweise ist vor allem aufgrund der immer stärker werdenden Globalisierungsdynamik notwendig. Diese globale Ausrichtung setzt aber auch einen Trend fort, der sich schon seit der Erfindung der Telegrafie abzeichnet. Global Media Governance ist somit der Versuch einer weltumfassenden Regelsetzung in Bezug auf die Strukturen, Prozesse und Inhalte der weltweit vernetzten Kommunikationslandschaft, bei

dem die traditionelle Form der hierarchischen Regelung aufgebrochen und durch eine Vielfalt von anderen sozialen Organisationsmodellen und ihren Kombinationen ergänzt wird, und bei dem neben staatlichen VertreterInnen auch VertreterInnen aus der zu regulierenden Wirtschaft, aber auch die NutzerInnen kommunikativer Angebote bei der Regelsetzung eine (mit)gestaltende Rolle einnehmen.

4 THEORIEN ZUR „INFORMATIONSGESELLSCHAFT“

Die Idee eines gesellschaftlichen Wandels in dessen Zentrum Wissen, Information und Kommunikation stehen, ist eine im 20. (und 21.) Jahrhundert immer wiederkehrende Vorstellung, der kein singulärer Ursprung zugrunde liegt. Vor allem nach dem Ende des zweiten Weltkrieges und einem gelungenen Wiederaufbau Europas wurde die Auffassung, dass es einen Wandel von der so genannten Industriegesellschaft zu einer Gesellschaft, deren Herzstück die Verarbeitung von Information, die Generierung von Wissen und ein immanenter Wissenstransfer seien, popularisiert und erörtert, jedoch nie direkt Gegenstand globaler Kommunikationspolitik.[24] Dennoch spuken in der politischen Sphäre spätestens seit den 80er Jahren nationalstaatliche bzw. im Falle der EU suprastaatliche Konzepte für eine Realisierung bzw. Förderung der Informationsgesellschaft herum[25].

Im Folgenden werden einige der entwickelten Modelle vorgestellt und etwas näher beleuchtet. Eine zentrale Frage, die es dabei zu klären gilt, ist, wie diese Modelle den Wandel begründen, und was daraus für einen Diskurs über eine weltumfassende Informationsgesellschaft abgeleitet werden kann. Ab wann kann von „Informationsgesellschaft“ gesprochen werden, welche Indikatoren lassen auf den gesellschaftlichen Wandel schließen? Wo kann dadurch Entwicklung ansetzen? Wie weit ist Informationsgesellschaft nur politische Rhetorik oder soziale Realität, und was verspricht in dieser neuen sozialen Realität anders bzw. besser zu sein? Die wichtigste Frage allerdings muss in Bezug auf das empirische Fallbeispiel WSIS gestellt werden: Inwieweit lassen sich die theoretischen Modelle in der aktuellen Diskussion anwenden? Wie aktuell sind diese Modelle? Welchen praktischen Wert haben sie? Aber auch: Welche Kritik ist an ihnen zu üben?

Es ist anzumerken, dass die hier vorgestellten Konzepte nicht alle Vorstellungen zur Informationsgesellschaft umfassen, jedoch wurde versucht ein breit gefächertes Spektrum der meist rezipierten Konzepte zu beleuchten. Dennoch gilt die Einschränkung, dass hier

[24] Die Gründe hierfür wurden bereits in Kapitel 2 erläutert.
[25] Beispiele hierfür sind im Bereich der EU Anklänge im Grünpapier zur Telekommunikationsentwicklung (1987), im Weißpapier „Wachstum, Wettbewerb und Arbeit“ (1993), im Bangemann Bericht (1994) oder in den USA in der „National Information Infrastructure Programme“ ebenfalls in den 90er Jahren zu finden (vgl. Mattelart 2003: S.107ff.)

vor allem anglo-amerikanisch/westeuropäische Modelle vorgestellt werden.[26] Zudem ist die hier präsentierte Reihenfolge nicht als strikte historische Gliederung zu interpretieren. Oft beschäftigten sich die Wissenschaftler und Autoren über einen längeren Zeitraum, wenn nicht sogar über Jahrzehnte hinweg, mit der Untersuchung und Darstellung des gesellschaftlichen Wandels, weshalb es schwierig ist den Konzepten ein genaues Entstehungsdatum zuzuweisen, was aber eine Gegenüberstellung noch interessanter macht.

Bevor nun die einzelnen Konzepte genauer vorgestellt werden ist anzumerken, dass es kein reines kommunikationswissenschaftliches Konzept von Informationsgesellschaft gibt, und auch rein sozialwissenschaftliche Konzepte selten sind. Da der gesellschaftliche Wandel ein vielschichtiger Wandel ist, wird er aus den unterschiedlichsten Perspektiven und Disziplinen heraus beleuchtet, was eine bunte Vielfalt von theoretischen Konzeptionen mit sich bringt. Dies zeigt sich auch in den ersten theoretischen Aufarbeitungen zur Informationsgesellschaft, die primär aus der Volkswirtschaft stammen (vgl. Machlup 1973 [Original wurde 1962 publiziert], Umesao 1963 oder auch Porat 1977). Aber auch in den hier vorgestellten Konzepten zeigt sich dieser Trend.

Ein Problem, das sich aus der Beschäftigung mit den theoretischen Konzepten des gesellschaftlichen Wandels zur Informationsgesellschaft ergibt, ist, dass viele Modelle normative Aspekte in sich bergen und oft nur unzureichend empirisch belegte Forderungen an den gesellschaftlichen Umbruch stellen. Dies deutet aber auf ein Grundproblem hin, mit dem die Forschung in diesem Bereich generell zu kämpfen hat: Es geht dabei um die Frage, wie man Informationsgesellschaft bzw. gesellschaftlichen Wandel allgemein empirisch fassbar bzw. messbar machen kann. Steinbicker (2001: 9ff.) versucht auf theoretischer Ebene eine Antwort zu geben und beschreibt dabei sieben Dimensionen als Rahmen für Theorien zur Informationsgesellschaft:

- Neue Art des Wirtschaftens: Wissen, Information und technologische Entwicklung sind entscheidend.
- Neue IKTs sind Leittechnologien und die Verkörperung des umfassenden Strukturwandels.
- Neue Organisationsformen (neben der Hierarchie) entstehen

[26] Hier wäre ein Ansatzpunkt für weitere Forschung, die aufzuklären hätte, welche Ideen von Informationsgesellschaft in anderen Sprachkreisen oder „Kulturkreisen“ dominieren, und wie sehr diese in die aktuellen Diskussionen über Informationsgesellschaft einfließen.

- Strukturen von Arbeit verändern sich: Es gibt vermehrt Berufe, die ein höheres Bildungsniveau voraussetzen. Durch die Zunahme von sog. Wissensarbeitern wachsen der Dienstleistungs- und Informationssektor.
- Soziale Schichten werden nicht mehr durch Kapital bestimmt, sondern durch Bildung.
- Wandel bei Machtstrukturen: Dies äußert sich in der neuen Rolle des Staates und dem veränderten Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft.
- Konfliktlinien verändern sich: Nicht mehr der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital ist zentral, sondern hoch qualifizierte Wissensarbeiter stehen an den Rand gedrängten Dienstleistern gegenüber.

Im Folgenden werden nun einige Konzepte vorgestellt und es wird versucht festzuhalten, welche der oben genannten Kategorien in ihnen eine Rolle spielen, und welche zentralen Thesen sie über den gesellschaftlichen Wandel zu bieten haben. Abschließend muss noch auf die Vielzahl der Begrifflichkeiten zur Benennung des gesellschaftlichen Wandels eingegangen werden. Aus der Vielschichtigkeit des Wandels und der Vielzahl an möglichen Perspektiven auf die Thematik ergeben sich auch unterschiedliche Begriffe für den gesellschaftlichen Wandel, die heute von der „Wissensgesellschaft“ bis zur „Cybersociety“ reichen. Es ist nun berechtigt zu fragen, was denn nun Wissen oder Technologie mit Kommunikation und somit mit der Kommunikationswissenschaft zu tun haben. Kommunikation, Information, Wissen und Technologie stehen in einem gemeinsamen Wechselspiel. Kommunikation vermittelt Informationen, und Kommunikation wird heute immer mehr durch das technologische Umfeld, in dem sie stattfindet, beeinflusst. Wissen allerdings ist nicht mit Information gleichzusetzen, sondern ist eine verarbeitete, sich zu eigen gemachte Information, die in einen Kontext eingebettet wurde und dadurch einen Bedeutungszuwachs erhalten hat. In der vorliegenden Arbeit soll jedoch der Begriff „Informationsgesellschaft“ als Überbegriff für die unterschiedlichen Bezeichnungen des gesellschaftlichen Wandels dienen. Nun aber eine nähere Beleuchtung einiger Konzepte.

4.1 Die Wissensgesellschaft

Den Begriff Wissensgesellschaft verwenden mehrere Theoretiker um ihr Konzept eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels zu beschreiben. Zu nennen sind etwa Helmut Willke im deutschsprachigen Raum (vgl. etwa Willke 1997), und Peter F. Drucker, ein gebürtiger Österreicher, der aber aufgrund seiner jüdischen Abstammung in den 30er Jahren emigrieren musste und in den USA als Ökonom wissenschaftliche Karriere machte. Gerne würde ich beide Konzepte im Rahmen dieser Magisterarbeit vorstellen. Aus Platz- und Zeitgründen geht dies jedoch leider nicht. Aus diesem Grund, und der Tatsache, dass Willkes Konzept global nicht dieselbe Reichweite bei der Rezeption erlangte, wie Druckers Werk, und in der Analyse des Fallbeispiels aufgezeigt werden soll, wie sehr diese Theorie in die Diskussion um eine Informationsgesellschaft auf globaler Ebene einfloss, wird hier nur das Konzept der Wissensgesellschaft von Drucker vorgestellt.

Drucker entwickelte sein Konzept über mehrere Jahrzehnte hinweg, angefangen mit seinem Werk „The End of Economic Man“ in den späten 30er Jahren[27], über das zentrale Werk „The Age of Discontinuity“, das 1969 zum ersten Mal erschien, bis hin zu „Post-Capitalist Society“ Anfang der 1990er[28]. Das Kernargument dieses über ein halbes Jahrhundert gehenden wissenschaftlichen Schaffens ist ein ökonomisches: Wissen und Information seien die zentralen Ressourcen moderner Gesellschaft, und dass wir in einem Zeitalter der Diskontinuitäten, also in einem Zeitalter der Umbrüche, leben. Diese Umbrüche seien etwa in den Entwicklungen des Weltwirtschaftssystems (Globalisierung) und der Entwicklung vieler neuer Technologien (vor allem auch um die Optimierung der Zirkulation von Informationen und Wissen zu ermöglichen) abzulesen. Wissen kann laut Drucker (zit. nach Steinbicker 2001: 26) als der „systematische und gezielte Erwerb von Information und deren systematische Anwendung“ definiert werden.

Diese Defintion von Wissen muss aus dem breiteren Kontext von Druckers wissenschaftlichem Schaffen gesehen werden. Er ist nämlich eigentlich für seine Leistungen im Bereich der Management- bzw. Organisationslehre bekannt. Dies dringt auch bei seinen Arbeiten zur Wissensgesellschaft durch, da ihm zufolge der Kern der Wissensgesellschaft

[27] 1938 (vgl. Steinbicker 2001: 21)
[28] 1993

die Anwendung von Wissen auf Wissen ist. Auch die Forderung der Anwendbarkeit des Wissens ist dominant. Als wichtigste Grundvoraussetzung für die Wissensgesellschaft ist der Zugang zu Bildung für möglichst breite Bevölkerungsschichten zu nennen (vgl. Steinbicker 2001: 27ff.). Eine möglichst die gesamte Gesellschaft durchdringende Bildung ist somit einer möglichen Wissensgesellschaft vorgelagert.

Eine weitere Veränderung streicht Drucker durch die Expansion so genannter „Wissensarbeit" heraus, die auch ganz andere Gestaltungsansprüche aufweist als manuelle Arbeit. Zum einen sind Wissensarbeiter freier in der Gestaltung ihrer Arbeit, es kommen aber auch neue Herausforderungen wie veränderte Motivationsmuster oder die Tatsache, dass man nun eben hauptsächlich nicht mehr mit Dingen arbeitet, sondern mit anderen Menschen, hinzu (vgl. Steinbicker 28ff.). Interessant ist zudem, dass er wissensproduzierenden Institutionen, wie zum Beispiel Schulen und Universitäten, eine aufgewertete Rolle zuschreibt.[29]

Wenn Drucker nun in seinem Spätwerk die moderne Gesellschaft als postkapitalistische Gesellschaft beschreibt, so meint er damit nicht eine Gesellschaft, die nicht-kapitalistisch oder gegen den Kapitalismus (anti-kapitalistisch) ist. Ausgangspunkt dabei ist das konflikthafte Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit[30]. In der Wissensgesellschaft tritt diese Konfliktlinie zwischen den beiden traditionellen Ressourcen laut Drucker zugunsten der Ressource Wissen in den Hintergrund. Wissensarbeiter bzw. auch Beschäftigte im Bereich der Dienstleistungen werden zu einem neuen Element in der Gesellschaft, das der Arbeiterklasse und der kapitalistischen Klasse gegenübersteht (vgl. Steinbicker 35ff.). Es wird somit auch die Idee eines Klassenwiderspruchs aufgenommen und weitergesponnen.

Zu kritisieren ist, dass Drucker keine klare Definition davon liefert, wer denn nun als „Wissensarbeiter" einzustufen ist, und wer nicht. Auch die Begriffe Wissensarbeiter und Dienstleistungsarbeiter werden nicht klar voneinander abgegrenzt. Auch mögliche Überschneidungen zwischen Kapitalisten und Wissensarbeitern werden ausgeblendet, bzw. nicht näher erläutert. Auch der Begriff „Wissen" wird nicht genau definiert und zum Begriff „Information" abgegrenzt, wie es etwa bei Machlups Konzept der „Knowledge Economy"

[29] Dieser Punkt ist zwar aus Sicht des Bildungssystems lobenswert, aber er bedarf einer kritischen Reflexion in Bezug auf die politische Realität.
[30] Dabei diene laut Steinbicker (2001: 44ff) aber nicht das Marx'sche Denken als Grundlage der Argumentation.

(1973 – original: 1962) der Fall ist. Während Machlup, der wie Drucker ein gebürtiger Österreicher ist, aber ebenfalls in den USA seine wissenschaftliche Karriere als Ökonom machte, mehrere Arten von Wissen unterscheidet – praktisches Wissen, intellektuelles Wissen, durch Hobbies oder Unterhaltung erlangtes Wissen, spirituelles Wissen und zufälliges Wissen (vgl. Mattelart 2003: 63f) – wird Wissen bei Drucker lediglich als praxisnahes, anwendbares Wissen gesehen, das in den Produktivprozess einfließt. Abschließend ist noch anzumerken, dass Drucker, wiederum im Gegensatz zu Machlup, sein Konzept weniger auf empirische Untersuchungen stützte, während Machlup, der genauso einen wirtschaftswissenschaftlichen Hintergrund hatte wie Drucker, auch versuchte sein Konzept durch empirische Daten und empirische Forschung zu stützen (vgl. Godin 2008).

4.2 Die post-industrielle Gesellschaft

Einen anderen Ansatz verfolgt Daniel Bell, ein ebenfalls in den USA tätiger Soziologe. Das Werk, nach dem auch sein gesamtes Konzept des gesellschaftlichen Wandels benannt wurde, „The Coming of Post-Industrial Society“ erschien erstmals 1973 (1999). Bell beschreibt dabei einen tiefgreifenden Wandel der Industriegesellschaft, der schließlich in die post-industrielle Gesellschaft mündet. Auf den ersten Blick scheint Bells Modell nicht sehr viel mit dem Begriff „Informationsgesellschaft“ zu tun zu haben. Bei genauerer Betrachtung ist dies jedoch sehr wohl der Fall.

Zuallererst weist Bell in seinem Konzept, parallel zu Drucker, auf ein Wachsen der Dienstleistungsbranche hin. Ein weiteres Herzstück des Konzepts, das wiederum eine Parallele zu Druckers Konzept beschreibt, ist die zentrale Rolle des Wissens. Anders als bei Drucker steht bei Bell allerdings das theoretische Wissen im Vordergrund und beinhaltet wichtige Implikationen für den Wandel in den Bereichen Wirtschaft, Politik und Technologie. Auch ist die Perspektive Bells eine andere als bei Drucker oder Machlup. Nicht wirtschaftliche Prozesse stehen im Vordergrund, sondern der Wandel sozialer Strukturen (vgl. Steinbicker 2001: 50). Neben dem Wissen ist aber auch der rapide Aufstieg „intellektueller Technologien“ für den Gesellschaftswandel hin zur post-industriellen Gesellschaft maßgebend (vgl. Mattelart 2003: 77f.). Eine weitere Parallele zwischen dem Modell der Wissensgesellschaft und jenem der post-industriellen Gesell-schaft lässt sich in der Auf-

wertung der Bildung und der Bedeutung, die Wissens-institutionen zugeschrieben wird, ziehen.

Grundlage für das Konzept von Bell ist das Denken von Karl Marx, woraus sich einige Korrespondenzen ableiten lassen, wie etwa die Einteilung gesellschaftlicher Entwicklung in drei Stufen. Bei Marx sind diese drei Stufen die feudale, die kapitalistische und die soziale. Bell beschreibt ein ähnliches Modell mit der präindustriellen, der industriellen und der post-industriellen Gesellschaft. Jedoch sind die Perspektiven unterschiedlich: Bei Marx stehen die Produktionsverhältnisse im Zentrum, während bei Bell die Produktivkräfte als zentral gelten (vgl. Steinbicker 2001: 51). Die „Informationsgesellschaft" ist für Bell eine Art „dritte industrielle Revolution" (Steinbicker 2001: 50). Als entscheidender Unterschied zwischen den Konzepten von Bell und Drucker kann konstatiert werden, dass Bell als weiteres distinktes Element der post-industriellen Gesellschaft die starke Zukunftsorientierung nennt. Dies erinnert eher an Becks Konzept der „Risikogesellschaft" (1987).

Im Unterschied zu Drucker legt Bell auch eine Definition von Wissen bzw. eine Abgrenzung des Begriffs Wissen vom Begriff Information vor. Wissen hat nach Bell eine strategische Funktion während Information als „transformierende Ressource" (Steinbicker 2001: 66ff.) gesehen wird. Information gilt als wichtigste Ressource der Gesellschaft, weshalb sie neben Wissen gleichberechtigt als zentrales Element der Informations-gesellschaft nach Bell dient (ebd.).

Am Konzept der post-industriellen Gesellschaft von Bell muss aber auch Kritik geübt werden. Zuerst muss dem Versuch den gesellschaftlichen Wandel in seiner Komplexität zu erfassen Respekt gezollt werden. Auch muss man sich in Erinnerung rufen, dass Modelle nur vereinfachte Abbildungen der Wirklichkeit sein können. Dennoch ist Bells Modell vom gesellschaftlichen Wandel etwas zu einfach gestrickt. Vor allem die strikte Unterteilung in die drei Stufen gesellschaftlicher Entwicklung scheint in der Realität nicht wirklich zu greifen. Auch die Brüche, die zwischen den einzelnen Phasen der Gesellschaftsentwicklung stehen sollen werden zu hart gezeichnet. Kontinuitäten, die es trotz der Brüche geben kann passen nicht in dieses Modell. Auch mögliche Rückschläge in der gesellschaftlichen Entwicklung werden ignoriert.

Als wichtigster Kritikpunkt muss abschließend noch angemerkt werden, dass es nicht klar ist, wo sich der Kapitalismus im Gesellschaftsmodell Bells als wirtschaftliches Weltord-

nungssystem an sich verändert. Es ist klar, dass sich die Arbeitsweisen durch die zentrale Stellung von Wissen, Bildung und Information verändern, auch dass Information in manchen Bereichen die zentrale Ressource ist und dass das Weltwirtschaftssystem durch die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien an Dynamik gewonnen hat. Doch gerade die momentane Situation einer die gesamte Welt umfassenden Finanzkrise zeigt, wie tief die Verwurzelung der Welt in kapitalistischen Handlungsweisen ist.

4.3 Das globale Dorf

Eine dritte Herangehensweise an den gesellschaftlichen Wandel bieten die Ideen des kanadischen Medienwissenschaftlers Marshall McLuhan. Besonders heute erfreut sich das Bild des „globalen Dorfes“ wieder großer Beliebtheit. Auch die anderen Thesen McLuhans, die immer heftige Diskussionen in Wissenschaftskreisen auslösten, erleben heute eine Art Revival: Das Medium ist die Botschaft; Das Ende der Gutenberggalaxis; Medien als Massage. Die Grundüberzeugung, die dem Werk McLuhans zugrunde liegt ist, dass weniger die Inhalte die Menschen prägen, sondern eher der Gebrauch von Medien tiefgreifende Auswirkungen auf Mensch und Gesellschaft haben (vgl. McLuhan 2004 - original 1964).

Eine wichtige Komponente in den Theorien McLuhans, die in gleicher Weises in der Vorstellung der Welt als globales Dorf zu finden ist, ist ein sehr breit angelegtes Medienverständnis, das vor allem von Seiten der Kommunikationswissenschaft immer wieder kritisiert wurde.[31] Medien sind für McLuhan „jede Technologie und jedes Konzept, mittels derer Mensch mit der Welt in Beziehung tritt“ (Krotz 2001: 66). Medien werden quasi als Erweiterungen des menschlichen Körpers gesehen. McLuhan unterteilt Medien außerdem in heiße und kalte Medien. Bei heißen Medien werden mehr Informationen als notwendig übertragen, was der Eindeutigkeit von Zusammenhängen dient und die Interpretation erleichtert. Bei kühlen oder kalten Medien wird zu wenig Information vermittelt um ihren Sinn eindeutig entschlüsseln zu können. Vom Empfänger einer Botschaft wird Eigeninterpreta-

[31] Hierbei ist die Schwierigkeit der Kommunikationswissenschaft zu erkennen ihr Wissenschaftsverständnis aus dem sich ständig wandelnden Gegenstand abzuleiten, was sie beinahe zu einer ständigen Redefinition zwingt.

tion abverlangt. Der Gebrauch unterschiedlich warmer Medien prägt auch das Denken der sie gebrauchenden Menschen (vgl. Krotz 2001: 67f.).

Laut McLuhan ist somit die gesamte Gesellschaftsgeschichte aus der Verfügbarkeit und den Eigenschaften der jeweils verfügbaren Medien in einer Gesellschaft zu erklären. Auch McLuhan teilt die gesellschaftliche Entwicklung in drei Phasen ein, die in der folgenden Tabelle zusammengefasst dargestellt werden:

Epoche	Kommunikationsmittel	Sinnesorgan	Prägung der Gesellschaft
voraplhabetisch	mündlich	Ohr	akustischer Raum ohne Zentrum ganzheitlich, gefühlsbetont, spontan
Alphabet Buchdruck	schriftlich	Auge	visueller Raum mit Zentrum alles aus best. Perspektive gesehen Zerlegung & Wiederholung Fließband
elektr. Medien	Radio, aber vor allem TV	ZNS	akustisch-taktil Zuschauer ist der Bildschirm Mensch dehnt sich in die ganze Welt aus Parallele ZNS – TV-Netz

Abb.2: Gesellschaftliche Entwicklungsphasen nach McLuhan (eigene Darstellung nach Krotz 2001: 69ff.)

McLuhan formulierte seine These des Global Village vor allem in Bezug auf das Medium Fernsehen, durch das es nun möglich schien jeden Ort der Welt zu sehen. Dies und die Parallele, die zwischen der Netzstruktur unseres Nervensystems und der Netzinfrastruktur der elektronischen Medien gezogen wird, lässt erahnen, weshalb gerade heute die Metapher des globalen Dorfes wieder auflebt. Das World Wide Web oder auch der Begriff „Internet“ tragen diese Idee bereits in ihrem Namen. Die Parallele, die McLuhan zwischen dem ZNS und den TV-Netzwerken gezogen hatte, wird daher heute oft auch auf die modernen elektronischen Kommunikationstechnologien umgemünzt. Auch dieser Aspekt begründet die Beliebtheit, die McLuhans Ansätze heute wieder genießen.

Dennoch gibt es eine Reihe von Kritikpunkten. Zum einen sind die Konzepte McLuhans schwer empirisch zu überprüfen, dies gilt auch für die Theorie des „Global Village“. Einer globalen Vernetzung muss auf theoretischer Ebene eine große Wahrscheinlichkeit zugerechnet werden. Nichtsdestotrotz sind weite Teile der Weltbevölkerung, und somit des Globus, nach wie vor von dieser Vernetzung ausgeschlossen, weshalb die Realität eines „Global Village“ auf empirischer Ebene nach wie vor hinterfragt werden muss.

Weiters schreibt McLuhan dem Menschen in seinen Konzepten eine extrem passive Rolle zu, die jeglicher gestalterischer Kraft entbehrt. Dabei wird übersehen, dass es gerade der Mensch ist, dessen Kreativität erst die Entwicklung neuer Medien ermöglicht. Außerdem ist es ja auch gerade der Mensch, der den Medien erst ihren Wert gibt, weil man durch sie mit anderen Menschen in Verbindung treten kann. Erst diese Möglichkeit der sozialen Interaktion macht Medien, ihre Strukturen und ihre Inhalte erst wertvoll.

In Bezug auf die Medien, die bei McLuhan vordergründig behandelt werden muss man konstatieren, dass das Fernsehen und das Buch eine sehr dominante Stellung einnehmen (vgl. Krotz 2001: 77f.). Andere Medien werden eher ausgeblendet, etwa auch das Radio. Vor allem bleibt aber die Rolle der Sprache ungeklärt – soll sie in McLuhans Konzept nur als ein Medium unter vielen eingeordnet werden, oder kann sie als das fundamentalste Element bezeichnet werden, auf dem alle Kommunikation aufbaut? Dies hängt auch stark mit dem sehr weit gefassten Medienbegriff zusammen, der von McLuhan verwendet wird. Wie brauchbar ist dieser Medienbegriff nun wirklich? Oder wäre es besser einen Mittelweg zwischen dem bisher sehr engen Medienverständnis in der Kommunikationswissenschaft und dem extrem weiten Medienbegriff McLuhans zu suchen?

Trotz dieser vielen offenen Fragen hat McLuhan einen wichtigen Beitrag zur Diskussion über die Informationsgesellschaft geleistet: Er hat als einer der ersten auf die extrem wichtigen Netzwerkeffekte moderner Kommunikationstechniken hingewiesen, und generell einen neuen Blickwinkel in die Auseinandersetzung mit unserer kommunikativen Umwelt eingebracht, die Mediumstheorie, deren Kernfrage ist, welche Rolle das Medium im Kommunikationsprozess einnimmt. Auch für die Auseinandersetzung mit der Informationsgesellschaft ist diese Frage extrem wichtig. Welches Medium wird für die Informationsgesellschaft das Leitmedium sein, wird es nur ein Leitmedium geben oder viele nebeneinander, oder alle in einem (Konvergenz), und wie wird dies die Gesellschaft in ihren Strukturen und Interaktionsmodi prägen?

4.4 Die Kommunikationsgesellschaft

Die folgenden drei theoretischen Ansätze sind etwas jüngeren Datums als die drei zuvor vorgestellten. Sie alle wurden in den 1990er Jahren entwickelt und erfuhren somit erst in den letzten Jahren eine Reflexion in der wissenschaftlichen Gemeinschaft. Weiters werden mit dem Modell der Kommunikationsgesellschaft und der Mediengesellschaft zwei Konzepte vorgestellt, die vor allem im deutschsprachigen Raum ihren Niederschlag fanden. International sind diese weniger bekannt, dennoch wurden sie in die Auswahl der hier vorgestellten Konzepte aufgenommen, da sie am ehesten als kommunikationswissenschaftliche Theorien zur Informationsgesellschaft gelten können.

Das Modell der Kommunikationsgesellschaft wurde Anfang der 1990er Jahre von Richard Münch entwickelt. Die beiden wichtigsten Werke, in denen er sein Konzept erläuterte sind „Dialektik der Kommunikationsgesellschaft“ (1992) und „Dynamik der Kommunikationsgesellschaft“ (1995). Wie bereits der Titel des ersten Werkes impliziert liegt dem Konzept Münchs ein dialektisches Gesellschaftsentwicklungsmodell zugrunde, das sich etwa komplett von jenem Stufenmodell unterscheidet, das wir bei Bells Theorie einer postkapitalistischen Gesellschaft kennengelernt haben. Ein dialektisches Gesellschaftsentwicklungsmodell geht davon aus, dass es immer einander entgegengesetzte Kräfte in einer Gesellschaft gibt. Diese werden immer als These (zurzeit gestaltende Macht/Gruppe in einer Gesellschaft) und Anti-These (oppositionelle Kräfte in einer Gesellschaft) bezeichnet. Aus ihrer Auseinandersetzung entwickelt sich eine Synthese, die zur neuen These in einer Gesellschaft wird.

Münchs Modell ist somit geprägt von einer Art Kampf-Szenario, etwas milder ausgedrückt, durch das Szenario eines steten Wandels. Er erkennt die neue Konvergenz gesellschaftlicher Systeme. Subsysteme, die sich zuvor detailreich ausdifferenziert haben, wachsen wieder zusammen, überblenden einander und gehen ineinander über. Wesentlich ist das Individuum, das durch die neuen Kommunikationsmittel von seiner vermeintlichen Passivität befreit wird und selbst zum medialen Akteur wird. Diese hoch individualisierte und gleichzeitig extrem vernetzte Gesellschaft ist durch eine Explosion der Paradoxie geprägt, die durch eine immer größer werdende kommunikative Lawine ausgelöst wurde und von immer neuem ausgelöst wird. Münch bezeichnet dies als „Wortinflationen“ (Münch 1992:

17). Diese Wortinflationen sind eine Reaktion auf die immer größer und immanenter werdenden Widersprüche, mit denen wir konfrontiert sind. Durch Kommunikation versucht die Gesellschaft diese Widersprüche zwischen Thesen und Antithesen zu bewältigen, jedoch werden gerade durch diesen massiven Einsatz von Kommunikation immer mehr Widersprüche aufgeworfen. Auch die Wissenschaft ist in diesem Dilemma gefangen.

Ein Beispiel, das auch Münch darstellt(1992: 29), und welches auch ich (wie wahrscheinlich jeder, der heute im Bereich der Wissenschaft tätig ist) sehr gut nachvollziehen kann, ist, dass einem, je mehr man weiß immer deutlicher bewusst wird, dass man eigentlich nichts weiß. Das hört sich nun nach einem sokratischen Weisheitsspruch an, beschreibt jedoch das Grundproblem moderner Kommunikationsgesellschaften sehr genau. Obwohl immer mehr Wissen über die Welt, in der wir leben, angehäuft wird, tauchen permanent durch jedes neue Element des Wissens, das wir unserem Wissensberg hinzufügen, neue Fragen auf, die es zu klären gilt.

Münch beschreibt weiters anhand zahlreicher Beispiele, wie sehr Kommunikation alle Sphären des menschlichen Handelns durchdringt, und wie durch sie unser Leben permanent beeinflusst wird. Durch diese Wortinflationen bildet sich ein beinahe unerträgliches Gewirr und Getöse kommmunikativer Stimmen – man denke an die ständige Verfügbarkeit von TV, Radio, Musik, anderen Menschen durch hypermoderne Mobiltelefone, oder das ständige Konfrontiertwerden mit Werbebotschaften auf Plakaten oder durch die Produkte selbst, oder die zunehmende Medialisierung und mediale Inszenierung von Politik. Diese Liste ist unvollständig und kann auch gar nicht vervollständigt werden, denn in jedem Moment ergeben sich neue Aspekte, die zu beachten wären. Münch bezeichnet dieses Phänomen, angelehnt an Bell, als „wachsende diskursive Durchdringung der Gesellschaft“ (Münch 1992: 87), die mit einer immer stärker werdenden Dynamisierung und Verdichtung dieses Prozesses einhergeht, der auch globalisiert verläuft (ebd.).

Kommunikative Durchdringung der Gesellschaft heißt, daß das ganze gesellschaftliche Geschehen durch kommunikative Prozesse und ihre Gesetzmäßigkeiten bestimmt wird. Verdichtung der Kommunikation heißt, daß immer mehr Kommunikatoren in einem immer enger geflochtenen, grenzüberschreitenden Netzwerk von Kommunikation verflochten sind. Beschleunigung der Kommunikation heißt, daß wir immer schneller über immer mehr informiert werden, Wissen immer schneller veraltet und durch neues ersetzt wird." (Münch 1992: 88)

Münchs Bild der Kommunikationsgesellschaft und ihrer Entwicklung scheint extrem deterministisch zu sein, zwar ohne einen konkreten Endpunkt zu kennen, aber mit der Gewissheit, dass es zu einer Überflutung der Gesellschaft mit Widersprüchen führt. Es muss daher die Frage gestellt werden, ob es wirklich keinen Ausweg aus dem totalen Chaos gibt – denn in ein solches scheint die sich hinter einer permanenten Rationalisierung zu verbergende gesellschaftliche Entwicklung zu münden. Münch bietet eine eher unbefriedigende Antwort. Er tritt für den Aufbau „vermittelnder Institutionen" (Münch 1992: 306f) ein. Diese sollen unter anderem einen geregelten Abbau der permanenten Widersprüche in der Gesellschaft ermöglichen. Diese Antwort ist deshalb unbefriedigend, da dadurch das eigentliche Problem, die außer Kontrolle geratenen Wortinflationen nicht gebannt werden. Eine Eingrenzung bzw. Entdynamisierung der diskursiven Durchdringung der Gesellschaft müsste angestrebt werden, quasi dem Leitspruch folgend: Erst nachdenken bevor man mit Worten um sich schießt. Ein bewussteres kommunikatives Handeln. Wo dieses bewusstere kommunikative Handeln ansetzen müsste ist jedoch ein Punkt über den lange diskutiert werden könnte.

4.5 Die informationelle Gesellschaft

Das Konzept der informationellen Gesellschaft wurde vom Spanier (oder eigentlich Kosmopoliten) Manuel Castells, ebenfalls in den 1990er Jahren entworfen. In einem drei bändigen Werk, das den Übertitel „The Information Age: Economy, Society and Culture" trägt, realisierte er den Versuch einer umfassenden Abhandlung über die Informationsgesellschaft in ihren verschiedenen Facetten. Zentrale Schlagworte sind etwa „Netzwerk-

gesellschaft“ (vgl. Castells 2000), oder auch „Virtualität“. Wie McLuhan versucht Castells eine weltumfassende Darstellung der Informationsgesellschaft zu liefern. Auch er beruft sich aber wie Bell und Drucker auf das Wissen als zentrales Element dieser Gesellschaft. Im Gegensatz zu seinen Vordenkern spricht er aber auch der Industriegesellschaft zu, auf Wissen und Wissensverarbeitung zu beruhen. Für das Informationszeitalter ist jedoch die Dynamik zentral, mit der sich Informationstechnologien und deren Weiter- und Neuentwicklung in Richtung noch größerer Leistungsfähigkeit beschleunigen. Dadurch zeichnet sich ein informationell-technologisches Paradigma ab, das durch folgende Punkte charakterisiert werden kann (vgl. Steinbickker 2001: 84f):

1. Entwicklung von Technologien zur Informationsverarbeitung.
2. Informationsverarbeitung ist zentraler Bestandteil menschlichen Lebens woraus eine Durchdringung der Gesellschaft durch Informationstechnologien resultiert.
3. Netzwerke werden zur zentralen Organisationslogik.
4. Flexibilität und Wandelbarkeit sind zentral.
5. Technologische Konvergenz/Mediamatik sind charakteristische Integrationsmechanismen

Eine totale globale Vernetzung bestreitet Castells hingegen. Etwa der Arbeitsmarkt ist nur in den elitärsten Kreisen wirklich global. Wirkliche Äußerung findet die informationelle Gesellschaft im Spannungsfeld zwischen informationellen Arbeits- und Produktionsprozessen. Wertschöpfung basiert auf Information und dem daraus abgeleiteten Innovationspotential. Die dominante Organisationsform, die sich in diesem Wertschöpfungsmodell konstituiert ist das Netzwerk, weshalb auch von der Netzwerkgesellschaft gesprochen werden kann. Anders als früher werden Grenzen nicht mehr eindeutig zwischen einzelnen Staaten gezogen, sondern zwischen Netzwerken, die sich eher an Sektoren oder Gruppenstrukturen orientieren, und meist immer mit der Umwelt in Interaktion stehen. Netzwerke sind überall – es ist daher auch nicht nur ein Trend der Vernetzung (also ein Zusammenschluss zwischen mehreren Netzwerken) abzulesen, sondern auch ein Trend der Vernetzwerkung (eine Umwandlung bestehender Organisationsstrukturen in die Form eines Netzwerkes), um sich besser an das neue Wertschöpfungsmodell anpassen zu können. Wer die Knotenpunkte dieser Netzwerke kontrolliert, scheint das Netzwerk zu kontrollieren (vgl. Steinbicker 2001: 110f.).

Castells warnt jedoch davor diese Entwicklungen als universell gleichförmig zu betrachten, sondern weist darauf hin, dass diese Entwicklungen bestimmte Gruppen noch mehr marginalisieren. Diese Marginalisierung beruht auf der Wissenskomponente, für die Bildung zentral ist. Entscheidend dafür, wie hoch die Gewinne sind, die man in einer informationellen Gesellschaft erzielen kann, ist die informationelle Kompetenz, also wie gut man sich in Netzwerken zurechtfinden kann (Netzwerklogik), und wie gut man sich Informationstechnologien und ihr Innovationspotential zunutze machen kann. Fast könnte man dies als Hinweis auf eine möglicherweise wachsende „digitale Kluft" empfinden, oder als Hinweis auf die verwandte „Knowledge Gap", die besagt, dass diejenigen, die zuvor schon ein Mehr an Information hatten sich auch im Verlauf mehr Informationen aneignen, und das Wissen derjenigen, die weniger Informationen besitzen sich neue Informationen weniger gut aneignen. Gründe hierfür sind Querverbindungen zu bereits bestehenden Informationen, über die weniger Informierte nicht in dem Ausmaß verfügen, wie besser Informierte.

Besondere Beachtung findet bei Castells der kulturelle Aspekt der informationellen Gesellschaft. Kultur ist heuter mehr denn je etwas kommunikativ Vermitteltes. Hier taucht auch der Begriff der „Virtualität" auf – der Schein wird wichtiger als das Sein. Repräsentation wird als Realität erlebt. Theoretisch lässt sich dieser Gedanke dem Konstruktivismus zuordnen. Als Stadtsoziologe bezieht er diese Tendenz hin zum Leben als Schein auch auf unsere Lebensräume. Für Castells ergibt sich im Informationszeitalter ein „Raum der Ströme", der auf Netzwerken, ihren Infrastrukturen, Schnittstellen und Knotenpunkten basiert (vgl. Steinbicker 2001: 97ff.).

Castells Werk kann heute als umfangreichste und facettenreichste Darstellung des Informationszeitalters gelten. Sie ist auf Abstraktheit ausgelegt und strebt nicht nach konkreter empirischer Überprüfbarkeit. Wie McLuhans Ideen, so sind auch Castells Vorstellungen vor allem für ihre veränderte Perspektive auf die Wirklichkeit hoch einzuschätzen. Als besondere Neuerung kann die Vorstellung der „Welt der Ströme" gelten, als wissenschaftlich anschlussfähig vor allem der Netzwerkgedanke. Steinbicker (2001: 102f.) spricht davon, dass die gegenwärtigen fundamentalistischen Tendenzen die Ideen Castells widerlegen würden. Dem stimme ich jedoch nicht zu, da man genauso argumentieren könnte, dass sich Fundamentalismen zwar durch eine übergeordnete kollektive Identität auszeichnen, sich jedoch innerlich ungemein zersplittert in einzelnen kleinen Netzwerken organisieren, die immer nur in Aspekten miteinander übereinstimmen und kein einheitliches Ganzes

und starres Gebilde, sondern ein bewegliches, flexibles und wandelbares Geflecht von Netzwerken bilden.

Was jedoch offen zu kritisieren ist, ist ein dominanter Technikoptimismus. Diese Tendenz ist auch eine Parallele zu den Ansätzen von McLuhan. Anders als bei McLuhan äußert sich dieser jedoch nicht in der Begeisterung über das Zusammenwachsen der Welt, sondern über die starke in Beziehung Setzung von Information und Technologieentwicklung. Castells spricht sich zudem stark für die Neutralität von Technologien aus (vgl. Steinbicker 2001: 102). Technologien werden demnach als nicht vorbelastet betrachtet. Die Konsequenzen, die sie nach sich ziehen sind nicht von vornherein festgelegt, sondern ergeben sich aus der Art ihrer Anwendung. Hier stünde nun zur Diskussion, ob dies wiederum eine Parallele zu McLuhan („The Medium is the Message“) oder die exakte Antithese (im Sinne eines: „The Message Coins the Medium“) ist. Dies würde jedoch zu weit führen, womit wir zum letzten in dieser Arbeit vorgestellten Konzept der Informationsgesellschaft kommen.

4.6 Die Mediengesellschaft

Erst in jüngerer Zeit entwickelte Kurt Imhof ein theoretisch konsistentes Modell einer oft und viel zitierten „Mediengesellschaft“. Der Begriff an sich ist bereits fixer Bestandteil im deutschen Sprachraum geworden, ohne aber eine exakte Definition zu erfahren. Imhofs Sichtweise auf diese Mediengesellschaft ist eine systemtheoretische. Dieses systemtheoretische Denken wendet Imhof auf den Begriff Öffentlichkeit an. Er baut dabei auf die Erörterungen von Jürgen Habermas, vor allem auf den Gedanken des „Strukturwandels der Öffentlichkeit“ (vgl. Habermas 2006 [1962]). Öffentlichkeit ist für Imhof die Grundvoraussetzung für eine demokratische Gesellschaft. Der „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ zeichnet sich nun dadurch aus, dass die in der bürgerlichen Gesellschaft streng getrennten Bereiche des Öffentlichen und des Privaten miteinander verschmelzen (vgl. Imhof 2006: 199). Ähnliche Gedanken findet man im bereits besprochenen Konzept von Richard Münch.[32]

[32]vgl. Kapitel 4.4

Neben dieser Verschränkung von Privatheit und Öffentlichkeit ist auch ein Wandel der Öffentlichkeit selbst wahrzunehmen. War dies im Zeitalter der bürgerlichen Gesellschaft vor allem noch eine Versammlungsöffentlichkeit, so ist Öffentlichkeit heute primär massenmedial vermittelt, wodurch auch der Begriff der „Medialisierung" ins Spiel kommt. Auch hier ist eine gedankliche Parallele zu Münch festzustellen. Imhof hält in wenigen Punkten fest, was dieser Wandel systemtheoretisch erörtert in Bezug auf die „Mediengesellschaft" bedeutet (vgl. Imhof 2006: 200):

- Ein Mediensystem differenziert sich aus, welches an die Logik des Marktes angebunden ist.
- Der Bürger wird durch den Konsumenten (und die Einordnung in Zielgruppen) ersetzt.
- Mediale Räume entfremden sich von politisch gestaltbaren Räumen.
- „Durchdringung der öffentlichen Kommunikation durch neue Selektions-, Interpretations- und Inszenierungslogiken."

Der gesamte Charakter öffentlicher Kommunikation wandelt sich somit. Indikatoren sind eine Anpassung von Kommunikation an die Aufmerksamkeitslogiken der Medien, zunehmende Skandalisierung, Privatisierung bzw. Personalisierung oder Boulevardisierung, bloße Reflektion von Themen und nicht mehr von Meinungen, und ein Rollentausch zwischen Politik und Medien (Medienlogiken bestimmen zunehmend die politischen Agenden) (vgl. Imhof 2006: 202ff.). Diese Tendenzen können zusammengefasst als Medialisierung bezeichnet werden.

Imhof interpretiert diesen Wandel zur Mediengesellschaft und den Trend zur Medialisierung der Öffentlichkeit nun systemtheoretisch, indem er drei Ebenen der Differenzierung unterscheidet. Auf der Ebene der funktionalen Differenzierung wird ein eigenes Mediensystem gebildet, das durch seine Etablierung die anderen gesellschaftlichen Teilsysteme im Sinne einer Medialisierung verändert. Auf der Ebene der stratifikatorischen Differenzierung sind globale Konzentrationsprozesse feststellbar, durch die bestehende Ungleichheiten verstärkt werden (zunehmende Marginalisierung bereits marginalisierter gesellschaftlicher Teilgruppen). Drittens gibt es auf der Ebene der segmentären Differenzierung die Tendenz, dass politische Räume nicht mehr mit den medialen Räumen übereinstimmen,

woraus sich ein demokratietheoretisches Defizit für die neue Öffentlichkeit ableiten lässt (vgl. Imhof 2006: 205f.).

Imhofs Konzeptionalisierung von Mediengesellschaft ist das jüngste unter den hier vorgestellten Konzepten der Informationsgesellschaft, jedoch vielleicht das am stärksten an etablierten sozialwissenschaftlichen Theorien orientierte Modell. Zu kritisieren ist, dass Imhof seine Erläuterungen stark auf klassischen massenmedialen Strukturen und auf einem sehr strikten Modell von Öffentlichkeit festhält. Öffentlichkeit wird dabei noch immer stark auf den Staat bezogen. Übergreifende Konzepte, wie etwa die Frage nach einer Weltöffentlichkeit oder einer supranationalen Öffentlichkeit, wie etwa der europäischen, werden nicht mit einbezogen oder erörtert. Da das Konzept der Mediengesellschaft definitorisch noch sehr jung ist bleibt aber zu hoffen, dass diese Aspekte in Zukunft eingearbeitet werden.

4.7 Vergleich der Modelle

Abschließend noch ein kurzer Vergleich der hier präsentierten Konzepte. Um das Phänomen Informationsgesellschaft zu beschreiben gibt es eine Vielzahl unterschiedlicher Bezeichnungen. Einigkeit darüber, welche Indikatoren eine Informationsgesellschaft ausmachen gibt es nicht, da die unterschiedlichen Konzepte verschiedene Aspekte der gesellschaftlichen Wirklichkeit beleuchten. Elemente, die jedoch immer wieder auftauchen sind zum einen ein Wandel der Produktionsverhältnisse, der dadurch gekennzeichnet ist, dass sich der Schwerpunkt von der Produktion materieller Güter auf die zur Verfügung Stellung immaterieller Güter und Dienstleistungen verschiebt. Ein zweiter Aspekt, der immer wieder auftaucht, ist die Durchdringung aller gesellschaftlichen Bereiche mit modernen Informations- und Kommunikationstechnologien. Diese Durchdringung führt auch dazu, dass IKTs als Motoren der Innovation, auf die die Entwicklung der Gesellschaft ausgerichtet ist, gesehen werden können. Wissen, Information und Bildung werden als neue wichtige Ressourcen in diesen Gesellschaftsmodellen (vor allem jenen aus dem anglo-amerikanischen Raum) gesehen.

Die Konzepte aus dem deutschen Sprachraum sind die am ehesten als kommunikationswissenschaftlich zu bezeichnenden Modelle. Ihnen ist gemeinsam, dass sie auf die Darstellung der Veränderungen durch die immer stärkere Durchdringung der Gesellschaft mit massenmedial verbreiteter Information eingehen. Sie gehen in besonderer Weise auf die demokratietheoretischen Aspekte des Phänomens Informationsgesellschaft ein und versuchen die Auswirkungen auf die in Europa wichtige Auseinandersetzung mit dem Begriff Öffentlichkeit zu reflektieren. Eine Brücke zwischen den neueren deutsch-europäischen (Münch, Imhof) und den älteren anglo-amerikanischen (Drucker, Bell) Konzepten stellen die Ansätze von McLuhan und Castells dar. Anschlussfähig ist bei McLuhan die Frage nach der Rolle des Mediums und bei Castells der Begriff der Virtualität.

Allgemein muss abschließend nochmals betont werden, dass eigentlich alle Ansätze normative Elemente beinhalten. In den Ansätzen werden zwar durchgehend immer wieder praktische Beispiele als Untermauerung verwendet, eine konsistente Vorstellung darüber, wie man Informationsgesellschaft konkret messbar machen kann ist aber oft, wenn überhaupt, nur in Ansätzen vorhanden. Methodisch wäre hier noch ein breites Forschungsfeld, das es zu ergründen gilt. Neben diesen theoretischen Auseinandersetzungen darüber, was Informationsgesellschaft sein könnte, gibt es in der Diskussion um die Informationsgesellschaft heute zwei besondere Paradigmen zu beachten: Technikoptimismus und Regulierungspessimismus. Diese werden im Folgenden näher erläutert.

5 REALITÄT UND PROBLEMATIK DES GESELLSCHAFTLICHEN WANDELS

Die momentanen Diskussionen um Zukunft und Realität der Informationsgesellschaft werden maßgeblich durch zwei Pole bestimmt. Zum einen gibt es einen unbegrenzten Technikoptimismus, geradezu eine Technikeuphorie. Immer mehr versucht man die Grenzen des technisch Möglichen zu erreichen. Beinahe lautet der Leitspruch: Technik kann alles. Dem gegenüber steht eine hohe Skepsis was die Regulierungsmöglichkeiten dieser neuen Techniken betreffen. Zum einen wollen etablierte Industrien nicht von gewohnten Regulierungsmechanismen abweichen, da sie eine Gefährdung ihrer Marktstellung fürchten, andererseits ist gerade die Entgrenzung der Technik ein großes regulatorisches Problem, da althergebrachte Regulierungen für die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien nicht mehr greifen.

Diese beiden Perspektiven sollen im folgenden Kapitel beispielhaft anhand zweier Autoren dargestellt werden. Der Technikoptimismus wird durch das Werk und Schaffen Nicholas Negropontes vertreten, ein Computerwissenschafter, der unter anderem am MIT unterrichtete. Den Regulierungspessimismus betrachten wir an Hand der Schriften Lawrence Lessigs, Rechtswissenschafter und Lehrender an den rennomiertesten Law Schools in den USA. Beide Pole beinhalten Implikationen für die Analyse des Fallbeispiels, dessen Analyse im Anschluss an dieses erfolgen wird.

5.1 Technikoptimismus: being digital

Mitte der 90er Jahre postulierte Nicholas Negroponte einen Wandel der Welt von einer „Welt der Atome“ in eine „Welt der Bits“ (vgl. Negroponte 1995: 4 und 92) und fasste dies im Ausdruck eines Lebensgefühls „being digital“ zusammen. Trotz diesem Anspruch des digitalen Seins spricht Negroponte nicht von einer Substitution der „atomaren Welt“ durch eine „Bit-Welt“, sondern sieht eine Welt der Atome als Vorraussetzung für die Welt der Bits. Diese Grundaussage bezieht er auch auf die Idee eines Informationszeitalters: „Whi-

le we are undoubtedly in an information age, most information is delivered to us in form of atoms: newspapers, magazines, and books (…)" (Negroponte 1995: 11).

Negropontes Visionen einer digitalen Welt sind von einem kaum fassbaren Technikoptimismus geprägt, der das technisch Mögliche in den Vordergrund seiner Vorstellungen stellt. Ein Beispiel hierfür ist etwa die Forderung, dass Computer immer menschenähnlicher werden sollten – sie sollten Sprache, Gestik und Mimik verstehen lernen und auch selbst innehaben (vgl. Negroponte 1995: 101). Zugleich streicht er jedoch auch den klaren Unterschied zwischen Mensch und Computer heraus. Er betont, dass man Bits nicht essen kann, und dass Computer über kein Verständnis für Moral und Ethik haben (vgl. Negroponte 1995: 228).

Ein weiterer Aspekt, den Negroponte in seinen Zukunftsvorstellungen anspricht, ist eine allumfassende technische Konvergenz, und dass in naher Zukunft nicht mehr der Sender über die Form des Empfangs einer Botschaft bestimmen wird (vgl. Negroponte 1995: 55). Die Sender-Empfänger-Dichotomie stellt er überdies in Frage indem er die Individualisierung der Inhalte anspricht (vgl. ebd.: 153) und auch das Netzwerk, in dem sich das digitale Individuum bewegt in den Vordergrund stellt, in welchem es keinen zentralen Sender im Sinn eines klassischen Massenmediums mehr gibt (vgl. ebd.: 183).

In Bezug auf eine globale Kommunikationspolitik spricht er vor allem zwei Themenaspekte an. Zum einen die Möglichkeiten multimedialer Entwicklung(shilfe) und das Problem der Informationsfreiheit. In beiden Fällen ist Negroponte höchst optimistisch. Vor allem in Bezug auf die freie Zugänglichkeit von Information populiert er die Möglichkeiten des Netzes (vgl. ebd.: 158). Die Thematik multimedialer Entwicklungs(hilfe) liegt Negroponte noch viel mehr am Herzen:

> *"The (…) experiment (…) was in Dakar, Senegal, where two dozen Apple computers with the programming language Logo were introduced into an elementary school. The children from this rural, poor, and underdeveloped African nation dove into these computers with the same ease and abandon as any child from middle-class, suburban America. The Senegalese children showed no difference in adoption and enthusiasm due to the absence of a mechanistic, electronic, gadget-oriented environment in their normal life." (Negroponte 1995: 204)*

Aus dieser Begeisterung heraus rief Negroponte auch seine „One Laptop Per Child“ (OLPC)-Initiative ins Leben, deren Name Programm ist. Vor allem Kinder in Entwicklungsländern sollen von den Billiglaptops profitieren und lernen sich in der digitalen Welt von morgen[33] zurecht zu finden und das allgemeine Bildungsniveau zu erhöhen. Aber nicht nur Kinder in Entwicklungsländern können Nutznießer dieser Initiative sein. Auch in Österreich gibt es Schulen, die an diesem Projekt teilnehmen.[34] Technisch ist es ein sehr pragmatisches Projekt: Robustheit, alternative Energiequellen und ein leichter Aufbau von lokalen Netzwerken soll ermöglicht werden (vgl. OLPC 2006). Die Geräte sollen zudem mit Linux als Betriebssystem ausgestattet werden, was als Unterstützungserklärung für die „Open Source Software“-Bewegung und die „Creative Commons“ gewertet werden kann.

Mit der Verwirklichung einer als utopisch anmutenden Idee (einen Laptop zu produzieren, der nicht mehr als 100 US$ kosten soll) setzte Negroponte aber auch wirtschaftlich einen neuen Trend, so dass viele große Hardware-Hersteller ihr Sortiment in diese Richtung erweitern wollen. Dies führte aber unter anderem zu einer Desintegration des Projekts (vgl. ORF-futurezone 2008a, 2008c und 2008d) und schließlich zu einem Rückzug Negropontes aus der Leitung des Projekts und einer Neuorientierung der Initiative in Richtung Lern-Software-Entwicklung (vgl. ORF-futurezone 2008b).

Negative Aspekte technologischer Entwicklung spricht Negroponte hingegen selten an, obwohl sie ihm durchaus bewusst sind, wie etwa der immer größer werdende Digital Divide, den er jedoch eher zwischen den Generationen verortet als zwischen Weltregionen (vgl. Negroponte 1995: 6), oder etwa den Trend hin zu hierarchischeren Netzwerken, in denen die Bits nicht mehr alle gleich behandelt werden, sondern in denen das Versenden durch bestimmte Organisationen oder Individuen Vorrang vor allem anderen genießen soll (vgl. ebd.: 32). Auch das Problem der Urheberschaft bzw. des Urheberrechts (copyright) spricht er an, konstatiert aber lediglich, dass bisherige Regelungen nicht mehr ausreichen würden ohne konkrete Lösungsvorschläge zu bieten (vgl. ebd.: 58). Zusammenfassend findet diese durch Optimismus geprägte, in den Lösungsansätzen jedoch verwaiste Haltung ihren Ausdruck im folgenden Statement Negropontes:

[33] Oder doch vielleicht erst übermorgen?
[34] Hier sei auf die Homepage jenes Vereins verwiesen, der die Umsetzung der OLPC-Initiative in Österreich trägt: http://www.olpcaustria.org/

“I’m optimistic by nature. However, every technology or gift of science has a dark side. Being digital is no exception. The next decade will see cases of intellectual property abuse and invasion of our privacy. We will experience digital vandalism, software piracy, and data thievery. Worst of all, we will witness the loss of many jobs to wholly automated systems, which will soon change the white-collar workplace to the same degree that it has already transformed the factory floor.” (Negroponte 1995: 227)

Welche Auswirkungen konkret die digitale Revolution auf die Gesellschaft als Ganzes in allen ihren Teilsystemen (Wirtschaft, Recht, Politik, Kultur, etc.) haben wird, geht im positiven Gesamttenor der Beschreibung des „digitalen Seins“ jedoch unter. Diesem grundsätzlich positiven Bild von Technik und ihrer Entwicklung steht ein negatives Bild von Regulierung gegenüber, welches im nächsten Kapitel behandelt wird.

5.2 Regulierungspessimismus: Free Culture

Regulierungspessimismus bedeutet, dass Regulierung mit nachteiligen Begriffen konnotiert wird, etwa mit Unangemessenheit, Inflexibilität, von Interessen beeinflusst, die nicht dem Allgemeinwohl dienen, Bevorteilung einer Partei, zu konservativ etc. Dieser Regulierungspessimismus bildet gemeinsam mit dem ihm gegenüberstehenden Technologieoptimismus den widersprüchlichen Kontext, in dem der gesellschaftliche Wandel zur Informationsgesellschaft stattfindet.

Ein berühmter Vertreter dieses Regulierungspessimismus ist Lawrence Lessig, Rechtsprofessor an der Yale, Harvard und Stanford Law School sowie an der University of Chicago. Anhand des Urheberrechts versucht er aufzuzeigen, wie sehr die derzeitige Regulierungspolitik Fortschritt und Innovation verhindert. Zentrales Argument seiner Werke „The Future of Ideas“ (2001) und „Free Culture“ (2004) ist, dass der freie Zugang zu Ressourcen immer schon Grundbedingung für gesellschaftliche Entwicklung war, und dass heute die Nutzungsmöglichkeiten der wichtigsten Ressource, kommunikative Werke (egal ob es sich um Bücher, Filme oder den Code eines Computerprogramms handelt), immer mehr eingeengt und unter Bedingungen (meist finanzieller Natur) gestellt werden, so dass

Innovationen immer schwieriger und die gesellschaftliche Entwicklung behindert werden. Regulierung im Medien- und Kommunikationssektor sei von etablierten Lobbies geprägt, welche die Entwicklung von neuen konkurrierenden Geschäftszweigen unterbinden wollen.

Lessigs Darstellung ist jedoch weit entfernt von der banalen Forderung es solle kein Urheberrecht bzw. Copyright mehr geben und alle Information solle frei fließen. Ganz im Gegenteil haben das Urheberrecht und das Patentrecht auch eine innovationsfördernde Funktion indem es Erfindungen für den Autor oder Erfinder schütze und ihm auch eine finanzielle Ausbeute seines Werkes oder seiner Erfindung ermögliche, ohne die ein wichtiger Anreiz fehlen würde um überhaupt ein Werk zu schaffen oder etwas zu erfinden. Lessig ist also kein Gegner von Eigentumsrechten, er tritt lediglich für eine Ausgewogenheit der Eigentums- und der Nutzungsrechte ein, wie er treffend formuliert: “To question assumptions about the scope of ‘property’ is not to question property.” (Lessig 2001: 6).

Aus diesem Grund tritt er eben nicht für die Abschaffung der geistigen Eigentumsrechte ein, sondern für eine Reformierung, durch die eine gewisse Balance angestrebt wird (vgl. Lessig 2001: 109). Worin begründet sich nun aber der Regulierungspessimismus? Primär bemängelt er die extrem starke Einflussnahme durch die Privatwirtschaft an der Urheberrechts- und Patentrechtsgesetzgebung. Diese handeln nicht im Sinne des Gemeinwohls, sondern nur im Sinne ihres ökonomsichen Gewinnstrebens. Aus diesem Grund wird in den USA das Urheberrecht immer weiter ausgedehnt und verlängert. Vergehen gegen Copyright-Bestimmungen (Schlagwort „Piracy“) werden durch die Industrie systematisch eingeklagt, und auch die Rechtssprechung des Supreme Courts spricht ihre Urteile meist zu Gunsten der Industrie. Hier lässt sich bereits eine Konfliktlinie erkennen, die in der folgenden Untersuchung etwas näher betrachtet werden soll – die Konfrontation zwischen den wirtschaftlichen Interessen der Industrie und den Interessen der Rezipienten respektive User respektive Zivilgesellschaft.

Wie könnte nun aber eine Alternative zu den zurzeit vorhandenen Regelungen über Urheberrecht, Patentrecht und einen „freien“ Informationsfluss allgemein aussehen? Zuerst muss erkannt werden, dass nicht alle Inhalte, die heute unter diese Schutzrechte fallen in dem Ausmaß geschützt werden müssen, wie sie heute geschützt werden. Dies betrifft vor allem die Länge der Schutzdauer. Viele kommunikativen Produkte verlieren nach kurzer Zeit ihren Marktwert und verschwinden daher oft gänzlich, weil es heute vor allem im Be-

reich der elektronischen Medien keine systematische allumfassende und öffentlich zugängliche Archivierung gibt. Konkret verschwindet ein wichtiger Teil der Weltkulturgeschichte für immer. Um dies zu verhindern müssten Inhalte schneller in den Bereich der „Commons“ also frei für den öffentlichen Gebrauch werden können. Lessig schlägt daher vor, dass die Schutzrechte, wie es beim Patentrecht schon die Praxis ist, registrierungspflichtig sind, und nur für einen kürzeren Zeitraum (dies könnte etwa ein Jahrzehnt sein) gelten sollten, aber auch wieder erneuerbar sein würden.

Da sich die Industrie gegen eine derartige Veränderung zur Wehr setzt, setzt Lessig auf alternative Lösungen und unterstützt dabei die so genannten „Creative Commons“. Creative Commons sind Urheberrechtsbestimmungen, die zwar durch nationales Recht geschützt werden, der Urheber eines Werkes kann aber durch sie relativ einfach durch Musterlizenzverträge erweiterte Nutzungsrechte für sein Werk festlegen. Besonders unter der jungen Internetgeneration erfreuen sich diese Creative-Commons-Lizenzen immer größerer Beliebtheit und werden von einer weltweit vernetzten, lose organisierten, kreativen Gemeinschaft getragen. Sie ist somit eine Regulierungsform, der ein Bottom-Up-Prinzip zugrunde liegt. Regulierungspessimismus betrifft also vor allem top-down-generierte Regulierungen.

Diese Feststellung leitet nun auch über zum nächsten Kapitel, der Analyse des World Summit on the Information Society, dem ersten internationalen Großereignis zum Thema Informationsgesellschaft, das Stakeholder aller betroffenen Gruppen zu integrieren versuchte um eine zukunftsweisende Vision für die Informationsgesellschaft weltweit zu erarbeiten. Die Grundfrage, die man aus regulierungspessimistischer Sicht an diesen Gipfel stellen muss, und mit der ich dieses Kapitel schließen möchte, kann mit folgendem Zitat pointiert zum Ausdruck gebracht werden:

“We will have an information society. That much is certain.
Our only choice now is whether that information society will be free or feudal.”
(Lessig 2004: 267)

6 FALLBEISPIEL WSIS: GESELLSCHAFTLICHEN WANDEL STEUERN?

Die Geschichte des Weltgipfels zur Informationsgesellschaft beginnt weit vor dem Beschluss ihn tatsächlich abzuhalten. 1946 wurde erstmal im Rahmen der Vereinten Nationen der Gedanke einer Weltkonferenz zur Informationsfreiheit geboren (vgl. GA 1946). 1948 wurde diese erste Weltkonferenz in Informationsbelangen realisiert. Zentrales Thema dieser Konferenz war die Presse- und Informationsfreiheit (vgl. Kleinwächter 2004b: 3). Zu dieser Zeit bahnte sich jedoch schon die politische Auseinandersetzung der beiden Blöcke USA und UdSSR an, was einen Schatten auf die Konferenz und die Thematik warf, der sich bis in die 1990er Jahre nicht mehr heben sollte.[35] 1998 wurde bei der Abhaltung der generalbevollmächtigten Versammlung der ITU[36] in Minneapolis die Idee zu einem Weltgipfel zur Informationsgesellschaft geboren, dessen Abhaltung (in zwei Phasen) drei Jahre später von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossen wurde (vgl. Kleinwächter 2004b: 5).

Die Tatsache, dass es zur Umsetzung des Gipfels durch die ITU kam, muss aus mehreren Blickwinkeln beleuchtet werden. Zum einen wurde das Schlagwort „Informationsgesellschaft“ in den 1990er Jahren immer mehr auch zu einem politischen Programm. Andererseits lief die ITU damals Gefahr durch andere Institutionen aus ihrem Politikbereich verdrängt bzw. in die Unbedeutsamkeit gedrängt zu werden, da sich Mitte der neunziger Jahre immer mehr internationale Organisationen für das Thema zu interessieren begannen, wie etwa die WTO, den Treffen der G7/G8[37] oder erneut die UNESCO (vgl. Kleinwächter 2004b: 20). Ein weiterer Schlag für die ITU war die Gründung der Internet Corporation for Assigned Names and Numbers (ICANN), die wie bereits der Name sagt keine intergouvernmental Organization (IGO), sondern eine privatwirtschaftliche Non-Profit-Organisation mit Hauptsitz in den USA ist, und die das Management und die Verwaltung der Top Level Domains (TLD) übrig hat (vgl. Puppis 2007: 165ff.). Die ITU musste damit

[35] vgl. Kapitel 2

[36] Die „plenipotentiary conference“ ist das höchste Gremium der ITU und wird alle vier Jahre veranstaltet (vgl.: ITU 2008a).

[37] 1995 einigten sie sich etwa auf Grundsätze für eine globale Informationsgesellschaft: Förderung des Wettbewerbs, privater Investitionen und einer kulturellen und sprachlichen Vielfalt; flexibler Rechtsrahmen; Offenheit des Zugangs und Sicherung einer Art „Grundversorgung“ mit Informationsdiensten; Gleichstellung aller gesellschaftlicher Schichten in Bezug auf den Zugang zu Information; weltweite Kooperation (vgl. Kleinwächter 2004: S.22) und fassten ihre Ziele 2000 auch in einer Charter zusammen (vgl. G8 2000).

ihre Hoffnungen sich den Zukunftszweig Internet als Regulierungsgegenstand einzuverleiben begraben, weshalb man nach anderen Perspektiven suchen musste und diese schließlich im Thema „Informationsgesellschaft“ und einer entwicklungspolitisch geprägten Diskussion auch fand.

Mit der Absegnung durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen 2001 (GA 2001: 2) wurde zugleich die Öffnung des Gipfels für nicht-staatliche Akteure beschlossen:

> *„The General Assembly,(…) Encourages effective contributions from and the active participation of all relevant United Nations bodies,(…), and encourages other intergovernmental organizations, including international and regional institutions,* ***non-governmental organizations, civil society and the private sector*** *to contribute to, and actively participate in, the intergovernmental preparatory process of the Summit and the Summit itself”[Hervorhebung durch H.K.]*

Diese erstmalige Öffnung eines Weltgipfels für nicht-staatliche Akteure warf aber auch viele Fragen in Bezug auf die Verfahrensregeln auf: Wie sehr sollten diese Akteure an der Dokumentenerstellung und den Diskussionen mitwirken dürfen? Welche Entscheidungsbefugnisse sollten sie erhalten? Wie sollte man auf ihre Vorschläge reagieren? Welche Legitimation liegt ihnen zugrunde? Welche Gruppen und Meinungen würden sie repräsentieren? Welche Dynamik würde dies dem Gipfel bescheren? Nach den gewalttätigen Protesten bei den WTO Gipfeln in Seattle 1999 und Genua 2001 war vor allem in internationalen Kreisen noch eine weitere Frage drängend: Auf welche Art und Weise würden sich die zivilgesellschaftlichen Akteure in den Prozess einbinden? Würde die Konfrontation der unterschiedlichen Interessensgruppen friedlich oder mit einem gewalttätigen Einschlag verlaufen?

Wie der Gipfel tatsächlich verlief soll im folgenden Kapitel geklärt werden. Zunächst wird der aktuelle Forschungsstand zum Fallbeispiel geklärt, danach werden die für die Analyse zentralen Forschungsfragen nochmals zusammengefasst und erläutert. Anschließend wird die methodische Herangehensweise und ihre Aspekte erläutert, worauf schließlich die Analyse des Gipfels in seinen einzelnen Phasen als Beispiel umgesetzter „Global Media Governance“ folgt, und das Kernstück des nächsten Kapitels bildet.

6.1 Bisheriger Forschungsstand zum WSIS

Die bisherigen Forschungsergebnisse, die sich bisher zum „World Summit on the Information Society“ finden lassen können in zwei Bereiche eingeteilt werden, wobei eine genaue Trennung dieser Bereiche nicht immer eindeutig ist. Den ersten Bereich bilden allgemeine Erkenntnisse zum Ablauf und der Bedeutung von Weltgipfeln, von denen der WSIS nicht der erste und bestimmt auch nicht der letzte war, wie etwa der erst kürzlich stattgefundene Weltfinanzgipfel bezeugt. Den zweiten Bereich bilden Ergebnisse zum WSIS direkt, zu den thematischen Diskussionen und strukturellen Abläufen. Bevor wir uns aber den Ergebnissen des zweiten Bereichs widmen, soll ein kurzer Überblick über die Grundstruktur und Bedeutung von Weltgipfeln gegeben werden.

6.1.1 Charakteristika eines Weltgipfels

Weltgipfel sind politische Großereignisse, die zu bestimmten Themenbereichen (die bekanntesten sind etwa Umwelt oder nachhaltige Entwicklung) abgehalten werden. Politisch eröffnen sie so genannte „Windows of Opportunity“ für die Diskussion über bestimmte Themen und politische Entscheidungen. Weltgipfel sind, oft entgegen der medialen Berichterstattung, keine punktuellen Ereignisse, sondern Prozesse, die sich oft über Jahre erstrecken können. Diese Prozesse bestehen aus einer Vorbereitungsphase, dem Gipfel selbst und einer Nachbereitungsphase. Dieser Prozesscharakter kann auch in Form eines Policy-Zyklus gesehen werden.[38] Im Fall des WSIS war dieser Prozess sogar über die Maßen ausgedehnt, weil dies der erste Weltgipfel war, der in zwei Phasen (Genf 2003; Tunis 2005) stattgefunden hat. Somit ist auch das Möglichkeitsfenster für politische Entscheidungen länger geöffnet und auch eine Reformulierung von Politik war möglich. Es lässt sich daher ableiten, dass man bei einer Analyse eines Gipfels zwei Aspekte zu unterscheiden hat: die Struktur und den Inhalt (vgl. Klein 2005: 3).

Die Struktur umfasst den zeitlichen Ablauf, Bestimmungen für die Teilnahme und schließlich die Abschlussdokumente. Ein absolutes Novum war wie gesagt die Entscheidung den

[38] vgl. Kapitel 6.3.1

Gipfel in zwei Phasen abzuhalten. Dies bildet die Grundstruktur. Für die Genfer Phase des WSIS gab es daher insgesamt drei so genannte „Preperatory Committees“ (kurz PrepCom) und ein eingeschobenes Intersessional Meeting. Daneben gab es noch fünf regionale Konferenzen in Afrika, Europa, Westasien, Lateinamerika-Karibik und in Ostasien-Pazifik. Die Ergebnisse dieser regionalen Ministerkonferenzen, die außer der afrikanischen zwischen PrepCom-1 und PrepCom-2 stattfanden, flossen ab PrepCom-2 voll in den Vorbereitungsprozess ein. Für den zweiten Teil des Gipfels in Tunis gab es nur drei Preperatory Committes. Die regionalen Konferenzen wurden eher ausgelagert. Dafür wurden nach der ersten Gipfelphase zwei Arbeitsgruppen eingerichtet, die für den Gipfel die beiden Themenbereiche Internet Governance (WGIG) und Finanzierung (TFFM) unter anderem eines so genannten Digital Solidarity Fund (DSF) vorzubereiten hatten. Die Planung des zweiten Gipfelteils ergab sich somit aus dem ersten Teil des Gipfels.[39]

Zu den Bestimmungen über die Teilnahme ist zu sagen, dass in der bereits erwähnten UN-Resolution GA 56/183 (2001) ein so genannter Multistakeholder-Ansatz verfolgt wurde. Grundsätzlich war die Teilnahme an Weltgipfeln bisher großteils staatlichen Vertretern und Vertretern von internationalen Organisationen vorbehalten. Der Multistakeholder-Ansatz sah aber vor auch Akteure aus den Bereichen der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft teilnehmen zu lassen. Deren konkrete Rolle wurde aber nicht definiert. Welche Rechte und Pflichten sie haben sollten wurde zur thematischen Diskussion in PrepCom-1. Generell stand dieses erste Preperatory Committee vor allem im Zeichen der Abklärung von Strukturen. Nicht nur die konkreten Regeln für die Teilnahme von Akteuren aus dem privaten Sektor und der Zivilgesellschaft wurden festgelegt, sondern auch die Verfahrensregeln für den gesamten Gipfel.

Der dritte Teilaspekt, der für alle Weltgipfel gleich charakteristisch ist, ist die Erstellung der Abschlussdokumente. In der Regel sind dies zwei Dokumente. Zum einen wird eine Erklärung von Prinzipien verabschiedet, die den normativen Rahmen für Policies bestimmt, und zum anderen wird ein Aktionsplan erstellt, der Handlungsvorschläge liefert (vgl. Klein 2003: 5). Auch im Fall des WSIS wurden für die Genfer Phase eine solche „Declaration of Principles“ und ein „Plan of Action“ erstellt. Für den zweiten Teil des Gipfels in Tunis gab es zwei andere Dokumente, das „Tunis Commitment“ und die „Tunis Agenda for the Information Society“. Inwiefern diese Dokumente von den herkömmlichen Handlungsplänen und Prinzipienbekenntnissen abweichen wird in der Analyse zu klären sein.

[39]Eine genaue Timeline findet sich in Anhang B.

Bevor wir uns jenen Forschungsergebnissen des thematischen Bereichs widmen muss noch festgehalten werden, dass Weltgipfel nicht nur Strukturen und Inhalte aufweisen, sondern die Form des Weltgipfels auch zwei wichtige weltpolitische Funktionen aufweist. Zum einen bieten Weltgipfel die Möglichkeit des Austausches über ein Thema auf globaler Ebene (Forumsfunktion) und zum anderen die Möglichkeit bestimmte Policies zu implementieren (Implementationsfunktion). Diese Implementation geschieht entweder formal durch die Einrichtung von UN Behörden, durch das Abschließen bi- und multilateraler Verträge, oder durch Instrumentalisierung der nationalen Regierungen, oder aber auf informellem Wege durch die Schaffung von Diskursen oder Legitimation bzw. Akzeptanz für bestimmte Policies (vgl. Klein 2003: 7f.). Jedoch muss dabei bedacht werden, dass auf internationaler Ebene die Durchsetzung von Policies auf formalem Wege oft schwierig ist, weil die Reichweite des internationalen Rechts beschränkt ist.

Global Media Governance sollte nun alle diese Bereiche (Strukturen, Funktionen und Inhalte) miteinander verbinden. Die Strukturen sollten Global sein, was bei einem Weltgipfel als gegeben angenommen werden kann), sie sollten auch nicht-staatliche Akteure involvieren, die Forumsfunktion kann als Governance-Mechanismus (Verhandlung, Markt etc.) umgedeutet werden und die Inhalte müssen mit dem globalen Medien- und Kommunikationssystem in Zusammenhang gebracht werden können. Einzig die Implementation erfährt eine Veränderung. Es werden in geringerer Weise formale Lösungen angestrebt, wobei diese aber auch nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Die Umsetzung von Prinzipien und Aktionsplänen baut zunehmend auf die Beteiligung und Involvierung nicht-staatlicher Akteure, weshalb diese auch stärker in die Formulierung der Schlussdokumente einbezogen werden sollten, um die Implementierung sicher zu stellen. Staaten und internationale Organisationen bleiben dabei aber ebenso wichtige Säulen. An Bedeutung gewinnen die informellen Funktionen eines Weltgipfels.

6.1.2 Inhaltliche Forschungsergebnisse

Über die inhaltliche Erforschung des WSIS ist zu sagen, dass der Schwerpunkt der Forschungstätigkeit auf dem ersten Teil des Gipfels liegt. Nach dem zweiten Teil des Gipfels in Tunis wurde fast nichts mehr zum Thema veröffentlicht, obwohl gerade dort die wichtigen Themen wie Internet Governance und Finanzierung besprochen und verhandelt wor-

den waren. Weiters ist anzumerken, dass die meisten Veröffentlichungen von Wissenschaftlern produziert wurden, die direkt am Gipfelgeschehen beteiligt waren. Bearbeitungen des Themas bzw. eine Evaluierung des Gipfels von außen fehlt größten Teils. Meist wird auch die Perspektive der Zivilgesellschaft eingenommen. Auch sind die Aktivitäten der Zivilgesellschaft die am besten erforschten. Interaktionen zwischen allen Akteursgruppen werden häufig vernachlässigt, ebenso fehlt oft eine strukturierte, von wissenschaftlichen Methoden geleitete Aufarbeitung. Die Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse ist nur in wenigen Fällen gegeben, und viele Veröffentlichungen müssen eigentlich noch als Primärmaterial des Diskurses gesehen werden. Aussagen über den bisherigen inhaltlichen Forschungsstand sind somit kritisch zu reflektieren.

Zuerst ist festzuhalten, dass der Schwerpunkt des ersten Preperatory Committee auf strukturellen Problemen lag - wie sollte man denn nun die Vertreter der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft in den Prozess von Politikformulierung integrieren? Es sind hier Schwierigkeiten von Seiten der staatlichen Akteure zu erkennen, etwa in der Tatsache, dass es eine bedeutende räumliche Trennung zwischen den einzelnen Akteursgruppen gab, die zwar auf Drängen der Zivilgesellschaft verringert, aber nicht gänzlich beseitigt wurde (vgl. Kleinwächter 2004b: 38). Auch die Ablaufregeln wurden relativ rigide festgelegt: Grundsätzlich wurde der Privatwirtschaft, der Zivilgesellschaft und den internationalen Organisationen nur ein Beobachterstatus zugestanden. Eine Mitgestaltung an der Formulierung der Abschlussdokumente war nicht vorgesehen (vgl. ebd.). Dies spiegelt jedoch keine einheitliche Entscheidung der staatlichen Akteure wider. Westliche, demokratische Staaten hätten sich für eine stärkere Einbeziehung der Zivilgesellschaft eingesetzt, konnten sich aber gegen Länder, die selbst keine zivilgesellschaftliche Organisation dulden, nicht durchsetzen (vgl. Kuhlen o.J.: 9)

Auch bei PrepCom-2 wurde die Gruppe der Beobachter eher stiefmütterlich behandelt und zuerst von den weiteren Verhandlungen ausgeschlossen. Massive Proteste folgten seitens der Zivilgesellschaft. Seitens der Industrie jedoch folgte Resignation und nur ein Bruchteil von ihnen blieb schließlich in Genf, der Rest gab auf (vgl. ebd.). Beide Akteursgruppen begannen sich aber verstärkt in größeren Gruppen zu organisieren und für die gesamte Akteursgruppe Repräsentationsstrukturen zu entwickeln. Die Industrie scharte sich unter dem ICC-gestützten CCBI (Coordinating Committee of Business Interlocuters, die Zivilgesellschaft unter der CSCG (Civil Society Coordinating Group), das später CSB (Civil Society Bureau) wurde(vgl. Kleinwächter 2004b: 48f.). Die Zivilgesellschaft versuch-

te außerdem nach den herben Rückschlägen bei der Partizipation mit Sachwissen zu punkten. Staatliche Lösungsansätze wurden permanent versucht zu verbessern, oder gar durch alternative Lösungen ergänzt. Dies beeindruckte schließlich und führte zu einer Revision der RoP (Rules of Procedure) (vgl. Kuhlen o.J.: 10).

Bei der PrepCom-2 kam auch das Thema einen DSF (Digital Solidarity Fund) zu gründen erstmals auf. Hier lässt sich eine Spaltung zwischen den Entwicklungsländern und den reichen Industrienationen ablesen, die einem neuerlichen Entwicklungsfond ablehnend gegenüberstanden. Auch die Privatwirtschaft war bezüglich einer finanziellen Unterstützung eher zurückhaltend. Ihre Forderungen waren neoliberal geprägt, sprich sie treten für die Öffnung von Märkten ein, die bisher ein staatliches Monopol waren und drängten auf die rigide Durchsetzung ihrer Urheber und Patentrechte (vgl. Kleinwächter 2004b: 52f.). Die Zivilgesellschaft konnte sich unterschiedlich gut bzw. schlecht in das zweite Preperatory Committee einbringen. Da in die PrepCom2 auch die Ergebnisse der regionalen Konferenzen einflossen versuchte die Zivilgesellschaft auf diesem Weg ihre Interessen einzubringen. Gut gelang ihnen das bei der Afrika-Konferenz und der Konferenz der ostasisch-pazifischen Staaten. Weniger erfolgreich waren sie bei der Pan-Europäischen Konferenz, da hier neoliberale Strömungen vorherrschten. Ebenso gelang es der Zivilgesellschaft nicht die Lateinamerikanisch-Karibik-Konferenz und die Westasienkonferenz davon zu überzeugen sich für soziale Aspekte der Informationsgesellschaft einzusetzen, da diese fest in nationaler und internationaler Politikformulierung verhaftet blieben (vgl. Raboy/Landry 2005: 97f.).

Das Intersessional Meeting, das aufgrund erheblicher Schwierigkeiten bei der Formulierung der Abschlussdokumente einberufen wurde, ist relativ wenig erforscht. Der Schwerpunkt der vorhandenen Ergebnisse liegt wiederum bei den Beiträgen und der Rolle der Zivilgesellschaft. Diese Ergebnisse zeigen, dass die Zivilgesellschaft herbe Rückschläge hinnehmen musste. Die staatlichen Verteter konnten sich vor allem im Bereich der kommunikativen Grundrechte nicht auf eine Formulierung einigen, weshalb dieser für die Zivilgesellschaft sehr wichtige Punkt aus der Prinzipienerklärung gestrichen wurde. Als Reaktion verfasste die Zivilgesellschaft einen eigenen Katalog mit einer Reihe von ihr gesetzter Prioritäten (vgl. Raboy/Landry 2005: 102). Nur indirekt können hier Spaltungen zwischen einzelnen Staaten abgelesen werden. Die Einstellung der Privatwirtschaft wurde ebenfalls nicht wissenschaftlich reflektiert. Da die entscheidenden Formulierungen erst im Rahmen des PrepCom-3 erfolgten und dort die Konfrontationslinien deutlich zu erkennen

sind wurde in der vorliegenden Arbeit auf die Analyse dieses Zwischentreffens verzichtet, da sonst auch die weiteren zusätzlichen Vorbereitungstreffen analysiert hätten werden müssen, was jedoch vom Hundersten ins Tausendste geführt hätte.

Die PrepCom-3 der Genfer Phase beinhaltete wohl das größte Reibungspotential. Allein die Tatsache, dass man mit der Formulierung der Abschlussdokumente nicht weiter kam und man somit einem Scheitern des Gipfels gefährlich nahe kam, lässt auf ein großes Stresspotential schließen. Um diesem Leerlauf bei der Formulierung der Schlussdokumente ein Ende zu setzen wurden sechs Arbeitsgruppen eingerichtet: Kommunikationsrecht, Sicherheit im Internet, Internet Governance, Entwicklung, kulturelle Identität und Medien- bzw. Kommunikationsfreiheit (vgl. Raboy/Landry 2005: 102f.). Jedoch brachten nicht alle Arbeitsgruppen den erwarteten Erfolg – das Thema Internet Governance etwa musste mangels Einigung der Regierungsvertreter wie bereits erwähnt auf die Tunis-Phase verschoben werden. Entwicklungsländer wollten eine neue internationale Organisation, Europa und die USA schlugen vor die ICANN zu reformieren, die Privatwirtschaft wollte die Regulierung auf rein technische Fragen beschränkt lassen (vgl. Kuhlen 2004: 11ff.). Die Inklusion der Zivilgesellschaft in diese Arbeitsgruppen war wieder nur in geringem Ausmaß vorhanden – der Ausschluss dominierte. Daraus entwickelte sich ein neuer Standpunkt der Zivilgesellschaft: Man wollte den offiziellen Dokumenten des WSIS die Legitimation der Zivilgesellschaft entziehen, weil darin zu wenig auf die zivilgesellschaftlichen Anliegen eingegangen worden war. Aus diesem Grund begann man eine eigene Deklaration zu erarbeiten, die am Gipfel schließlich präsentiert werden sollte (vgl. Raboy/Landry 2005: 103ff.).

Bis zum letzten Moment bevor der erste Teil des Gipfels schließlich begann, wurde an der Formulierung der Abschlussdokumente gefeilt. Der Gipfel selbst drohte zu einem Desaster zu werden, da auch immer mehr hochrangige staatliche Vertreter von ihrem Kommen absahen (vgl. Kleinwächter 2004b: 69). Neben dem eigentlichen Gipfel gab es eine Reihe von Side-Events. Auf beiden Ebenen, dem offiziellen Gipfel und den Side-Events scheint die Zivilgesellschaft auf große Probleme in Bezug auf ihre Aktivitäten zu treffen. Die Rednerliste, die man dem Executive Secretariat vorgelegt hatte wurde nicht angenommen, und es wurden ohne offizielle Begründung Redner davon gestrichen, und auch ein Side-Event wurde von der Genfer Polizei geräumt und musste andernorts wieder eröffnet werden. Auch die finanziellen und räumlichen Ressourcen, die der Zivilgesellschaft offiziell zugestanden wurden waren unzureichend (vgl. Raboy/Landry 2005: 105ff.).

Kleinwächter kommt bei der Betrachtung des Gipfelgeschehens zu folgendem Schluss: „Zwischen allen drei Gruppen gibt es sowohl konvergierende als auch divergierende Interessen und es entstehen verschiedene Formen von Kooperationen und Konflikten." (Kleinwächter 2004b: 107). Eine schlüssige nachvollziehbare Aufarbeitung dieser Konvergenzen und Divergenzen fehlt jedoch. Raboy/Landry (2005: 119ff.) stellen für die Zivilgesellschaft fest, dass deren größten Erfolge die Koordinierung im Civil Society Bureau und die Abfassung einer gemeinsamen zivilgesellschaftlichen Deklaration waren. Schließlich zieht Rainer Kuhlen wohl die realistischste Bilanz über die erste Phase des WSIS: Die Thematik „Informationsgesellschaft" scheint vor allem für die staatlichen Vertreter noch zu komplex zu sein um einfachere, massenmedial leichter vermittelbare Positionen finden zu können. Bezüglich der Integration anderer nicht-staatlicher Stakeholder ist er jedoch nicht so pessimistisch wie etwa Raboy und Landry. Bereits die Anerkennung eines Multistakeholder-Ansatzes ist wichtig für die weitere Entwicklung globaler Mitbestimmung (vgl. Kuhlen 2004: 17ff.).

Zum zweiten Teil des WSIS sind keine umfassenden wissenschaftlichen Reflexionen bekannt. Ebensowenig gibt es Abgleiche zwischen dem ersten und zweiten Teil des Summits in Bezug auf Globale Media Governance in struktureller und regulativer Form bzw. eine konsistente Analyse der Entwicklung konvergenter oder divergenter inhaltlicher Positionen zwischen allen Akteursgruppen. Aus diesem wissenschaftlichen Vakuum heraus begründet sich das Forschungsinteresse, das im folgenden Kapitel anhand konkretisierter und operationalisierter Forschungsfragen näher erläutert werden soll.

6.2 Forschungsleitende Fragestellungen

Wie bereits in der Einleitung erwähnt, beziehen sich die zu klärenden Forschungsfragen auf zwei Aspekte. Zum einen soll abgeklärt werden, wie sich Global Media Governance am Gipfel gestaltete und zum anderen wird danach gefragt, welches Konzept von „Informationsgesellschaft" sich schließlich am Gipfel durchgesetzt hat. Im Folgenden werden die Fragestellungen und deren einzelne Aspekte noch etwas genauer definiert und operationalisiert.

Beginnen wollen wir mit dem Governance-Aspekt:

1. **Wie gestaltete sich Global Media Governance auf dem WSIS, und was lässt sich daraus für die Zukunft von Global Media Governance und globaler Kommunikationspolitik ableiten?**

Wie bereits in den Kapiteln zu den Begriffsdefintionen erläutert wurde, hat Global Media Governance mehrere Charakteristika aufzuweisen. Zum einen definiert sich Governance durch die Einbeziehung privatwirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure in die Regelsetzung. Daraus ergibt sich die folgende Unterfrage:

⇨ Wie sieht das Verhältnis zwischen staatlichen, privatwirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren aus?

Dies muss jedoch in Bezug auf den WSIS noch um die Akteursgruppe der internationalen Organisationen ergänzt werden. Die Verhältnisse zwischen Akteuren können sich als Opposition, als Koalition, oder als „Dritter Weg“ gestalten. Koalitionen sind als Übereinstimmung bei inhaltlichen Forderungen zu erkennen, Oppositionen als eindeutig entgegengestellte inhaltliche Position, und der „Dritte Weg“ als alternativer Lösungsvorschlag. Aber auch ob und in welcher Weise das Wirken anderer Akteure erwähnt wird gibt Aufschluss über dieses Verhältnis. Das Mitwirken anderer Akteure kann positiv oder negativ oder auch neutral bewertet werden.

Governance definiert sich jedoch nicht nur über die Interaktion zwischen verschiedenen Akteursgruppen, sondern auch über die Art und Weise, wie diese miteinander interagieren können:

⇨ Welche Akteure haben welche Teilnahme- und Gestaltungsrechte?

Zuerst ist festzuhalten, wer diese Gestaltungsrechte festzulegen hat. Danach können aktive und passive Gestaltungsrechte unterschieden werden. Passive Gestaltungsrechte bauen auf den elementaren Governance-Mechanismus der einseitigen und wechselseitigen Beobachtung auf – deshalb auch „Beobachterstatus“ genannt. Aktive Gestaltungsrechte haben das Ziel wechselseitige Beeinflussung auszuüben. Unter die Teilnahme- und Gestaltungsrechte fällt auch die Exit-Option, die nicht unbedingt schriftlich geregelt sein muss, aber trotzdem zur Anwendung kommen kann.

Schließlich stellt sich die Frage, welche Governance-Mechanismen bei den Verhandlungen selbst zum Einsatz kommen, und auf welche die Verhandlungen abzielen.

- ⇨ Gibt es einzelne Governance-Mechanismen, die für die Verbindung einzelner Akteure prägend sind, bzw. die von einzelnen Akteuren als Regulierungsmechanismus präferiert werden?

Welche Governance-Mechanismen unterschieden werden können wurde bereits in Kapitel 3.2.3 erläutert, weshalb auch die Definitionen und Merkmale der einzelnen Mechanismen nicht mehr wiederholt werden.

Auch die Frage nach der thematischen Gestaltung ist für den Verlauf des Governance-Prozesses entscheidend.

- ⇨ Wann genau kamen welche Akteure zu Wort? Gibt es themenspezifische Unterschiede bei der Mitgestaltung? Welche Akteure setzten sich für welche Themen ein?

Der Zeitpunkt, wann Akteure zu Wort kommen soll durch die Phasen des Policy-Prozesses definiert werden, die im folgenden Kapitel näher erläutert werden. Die thematische Gestaltung kann in die verschiedenen kommunikationspolitischen Bereiche untergliedert werden, die bei der Definition von Kommunikationspolitik dargelegt wurden: Infrastrukturpolitik, Berufspolitik, Content-Regulierung, kommunikative Grundrechte, Medienpolitik. Unter Infrastrukturpolitik fallen alle Policies, die sich mit den technisch-strukturellen Vorraussetzungen der Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien auseinandersetzen. Unter Berufspolitik werden alle Regulierungsvorschläge subsumiert, die sich mit den Rahmenbedingungen professioneller bzw. halb-professioneller kommunikativer Tätigkeiten auseinander setzen (Beispiele sind etwa Aus- und Fortbildung von JournalistInnen oder der rechtliche Status derselben etc.). Die Content-Regulierung umfasst alle Aspekte von Regulierungsansätzen, die sich mit der Regulierung von Inhalt kommerzieller oder nicht-kommerzieller Art befassen (Beispiele hierfür wären etwa Jugendschutzmaßnahmen, das Urheberrecht oder zu erfüllende Quoten). Der Bereich kommunikativer Grundrechte umfasst alle Aussagen, welche die folgenden Bereiche betreffen: Meinungsäußerungsfreiheit, Pressefreiheit, Informationsfreiheit, Privacy, Brief- und Fernmeldegeheimnis und andere demokratische Grundrechte. Die Medienpolitik umfasst alle Bereiche, die Medien als Institutionen betreffen, wie etwa Linzenzvergabebestimmungen, Bestimmungen zu Konzentration, oder auch Förderungen. Der

zeitliche Rahmen, wann einzelne Akteure ihre Themen vorbrachten, wird anhand der Dokumentation auf www.itu.int/wsis bestimmt.

Besonders wichtig ist der Vergleich der bisher erörterten Fragen in Bezug auf Veränderungen zwischen den Gipfelphasen, den Unterschieden zur bisherigen Kommunikationspolitik (vgl. Kapitel 2). Daraus ist die Qualität bisheriger Entwicklungen zu beurteilen.

- ⇨ Sind Lernprozesse zwischen den beiden Gipfelteilen zu beobachten?
- ⇨ Worin konkret lassen sich Unterschiede zur bisherigen globalen Kommunikationspolitik festmachen? Gibt es sie überhaupt?
- ⇨ Welche positiven und negativen Entwicklungen sind abzulesen?

Als positiv sind Entwicklungen dann zu bewerten, wenn die Ansprüche an Global Media Governance, die aus der Theorie abzuleiten sind, erfüllt werden. Diese Ansprüche wurden bereits als alternative Legitimierungsstrategien in Kapitel 3.2.2 vorgestellt. Zu ihnen gehören Transparenz und Nachvollziehbarkeit bei der Regelsetzung, eine angemessene Beteiligung unterschiedlicher Interessen und Gruppen von Betroffenen, und gleiche Chancen der Beeinflussung des Outputs, effiziente und effektive Entscheidungsstrukturen, eine gewisse Erwartungssicherheit gegenüber dem Handeln der anderen Akteure, Outputrichtigkeit, sowie Monitoring bzw. Evaluierung der Umsetzung.

Den zweiten Bereich bildet die Frage nach der Informationsgesellschaft als globales kommunikationspolitisches Programm: Dieser zweite Teil baut im Gegensatz zum ersten Teil weniger auf deduktive Kategorien aus der Theorie, sondern auf induktive Kategoriebildung aus dem Untersuchungsmaterial.

2. **Welche Ideen und Vorstellungen von „Informationsgesellschaft“ setzten sich schließlich in der Auseinandersetzung zwischen den unterschiedlichen Akteuren des WSIS durch?**

Zuerst wird die Frage nach den zukünftigen bestimmenden Akteuren der globalen Kommunikationspolitik in Bezug auf die Informationsgesellschaft gefragt:

- ⇨ Welche Akteure haben sich durchgesetzt?

Als Akteure gelten die offiziell erwähnten Teilnehmergruppen: Regierungen, internationale Organisationen, UN Organisationen und Einrichtungen, NGOs/Zivilgesellschaft, Privatwirtschaft. Als Durchsetzung gilt die nachweisbare Parallele zwischen den im Gipfelprozess getätigten Aussagen bezüglich bestimmter Politikbereiche und der endgültigen Formulierung in den Abschlussdokumenten des Gipfels.

Weiters interessieren die Inhalte der Abschlussdokumente in Bezug auf visionäre Vorstellungen für die zukünftigen Entwicklungen der Informationsgesellschaft.

- ⇨ Was heißt nun „Informationsgesellschaft" nach dem WSIS?

Es ist hier festzuhalten, welche Indikatoren für die Informationsgesellschaft in Zukunft als definitorisch gelten können und welche Erwartungen in die Informationsgesellschaft gesetzt werden.

Im vierten Kapitel wurden einige theoretische Konzepte von Informationsgesellschaft vorgestellt. Dabei wurde auch auf ihren teilweise normativen Charakter hingewiesen. Daraus ergibt sich die Frage nach ihren Übereinstimmungen mit Informationsgesellschaft als globale Policy. Weiters soll erörtert werden, welche Konstanten sich aus dem Vergleich der prägenden kommunikationspolitischen Paradigmen des 20. Jahrhunderts und den Ergebnissen des WSIS herauslesen lassen, und welche Brüche es gegeben hat:

- ⇨ Wie stehen die Ideen von Informationsgesellschaft, die im Laufe des WSIS erarbeitet wurden in Bezug zu bereits vorhandenen theoretischen Konzepten einer „Medien-/Kommunikations-/Informationsgesellschaft" und den beiden kommunikationspolitischen Paradigmen des 20. Jahrhunderts?

Für die Operationalisierung des Abgleichs zwischen Theorien und Informationsgesellschaft als Policy wird auf die zentralen Charakteristika der einzelnen Konzepte der Informationsgesellschaft verwiesen. Für das Konzept der Wissensgesellschaft von Drucker wäre dies etwa Information und Wissen als ökonomische Ressource, der hohe Stellenwert von Bildung und wissensschaffenden Institutionen. Wissen und Information werden als das Kapital ersetzende Ressourcen betrachtet. Der kapitalistische Modus der Wirtschaft wird aber nicht abgelegt. Bell geht von einem Stufenmodell der Entwicklung aus – einer post-industriellen Gesellschaft muss somit eine industrielle Gesellschaft vorgeschaltet sein, weiters betont er die Bedeutung von Informationstechnologien. Information und abstraktes Wissen sind die zentralen Ressourcen der Gesellschaft, für die zudem eine

starke Zukunftsorientierung kennzeichnend ist. McLuhan stellt die elektronischen Medien und die globale Vernetzung in den Vordergrund seiner Theorie. Für Imhofs Modell ist eine Ausdifferenzierung des medialen Systems charakteristisch und der von Habermas entlehnte Strukturwandel der Öffentlichkeit und der Begriff der Medialisierung. Münch hingegen geht von einem dialektischen Gesellschaftsmodell aus, das durch die überdimensionale Ausdehnung medialer Kommunikation gekennzeichnet ist. Castells hingegen spricht auch von einer Vernetzwerkung und der Virtualisierung des Lebens (virtuelle Erlebnisse werden als real wahrgenommen). Die beiden Paradigmen globaler Kommunikationspolitik können folgendermaßen operationalisiert werden: Der „Free Flow of Information“ baut auf informationelle Grundrechte und spricht sich gegen eine Einschränkung oder Regulierung von Informationsströmen aus. Das Konzept der NWIKO baut hingegen auf eine Steuerung der Informationsströme und auf eine Unterstützung der medialen Entwicklung des Südens.

Die letzten beiden Fragen betreffen die Evaluierung der Aktivitäten im Rahmen des WSIS:

- ⇨ Wie groß sind die Differenzen zwischen den Vorschlägen zur Förderung der Weiterentwicklung der Informationsgesellschaft und der tatsächlichen Implementierung? Gibt es erfolgreichere und weniger erfolgreichere Akteure?
- ⇨ Wie erfolgreich ist also Global Media Governance in diesem Bereich?

Erfolg wird durch den Abgleich der Vorhaben und Realisierung erhoben. Ist die Realisierung, wie in den Abschlussdokumenten formuliert, bereits erfolgt, kann von Erfolg gesprochen werden. Wurde das Ziel übertroffen kann von außergewöhnlichem Erfolg gesprochen werden. Wurden die definierten Ziele noch nicht realisiert wird dies als Misserfolg gewertet. Die Akteure werden wieder den Vorgaben der ITU entsprechend differenziert.

6.3 Methodische Herangehensweise

Die Entscheidung für eine bestimmte methodische Herangehensweise an ein Thema bzw. an eine Forschungsfrage ist für den weiteren Verlauf der Bearbeitung und Beantwortung entscheidend. Im besten Fall ergibt sich die zur Untersuchung geeignete Methode direkt aus der Thematik, bzw. aus den an die Thematik gestellten Forschungsfragen. Oft muss aber auch aus mehreren möglichen Untersuchungsdesigns ausgewählt werden. Welche Wahl dabei die beste ist, ist oft nicht objektiv festzulegen. Gerade wenn es um die Entscheidung zwischen einer qualitativen oder einer quantitativen Herangehensweise geht, sind oft nicht wissenschaftliche Kriterien, sondern die zur Verfügung stehenden Ressourcen (damit sind finanzielle Mittel, aber gerade im Bereich der wissenschaftlichen Abschlussarbeiten auch zeitliche Ressourcen gemeint) entscheidend.

Wie sich dies bei der vorliegenden Arbeit gestaltete soll in diesem Kapitel näher erläutert werden. Zuerst wird ein weiterer methodischer Rahmen gespannt, der sich aus der Interdisziplinarität der Thematik ergibt, und der hilft das Thema nicht nur in der kommunikationswissenschaftlichen, sondern auch in der politikwissenschaftlichen Forschung zu verankern. Dazu dient eine kurze Darstellung der Policy-Analyse, die gleich im Anschluss folgt.

Danach wird erläutert, wie es zur Festlegung des Untersuchungsinstrumentariums kam. Dabei werden auch andere methodische Ansätze zur Erforschung der Thematik erläutert und begründet, weshalb die Untersuchung mittels einer qualitativen Inhaltsanalyse in Anlehnung an Mayring (2003) erfolgte. Auch zwischen qualitativen und quantitativen Aspekten wird abgewogen. Ebenso wird das konkrete Untersuchungsinstrument, das zur Anwendung kam, kurz vorgestellt. Im letzten Teilabschnitt wird schließlich die Auswahl des Untersuchungsmaterials offen gelegt. In allen Bereichen wird auch auf Schwierigkeiten und Probleme, so sie sich ergaben, eingegangen.

6.3.1 Die Policy-Analyse als weiterer methodischer Rahmen

Der Begriff „Politik“ ist im Deutschen mit wenig Trennschärfe versehen. Um ihn näher zu bestimmen sind Nominalverbindungen notwendig. Im Englischen, jener Sprache, welche die Politikwissenschaft als Disziplin seit ihren Ursprüngen bis heute wohl am meisten prägte, gibt es drei unterschiedliche Politikbegriffe. Erstens gibt es die „polity“, zu der Institutionen, vor allem der ideologische Hintergrund und die formalen Regeln und Normen, in denen die Politikformulierung abläuft, gehören. Zweitens gibt es den Begriff „politics“, der den Versuch der Einflussnahme beschreibt. Schließlich bezieht sich der dritte Begriff „policy“ auf die politischen Inhalte. Bei diesem letzten Begriff kann noch zwischen Output (das formale Ergebnis), Outcome (das reale Ergebnis) und Impact (Veränderungen des gesellschaftlichen Handelns) unterschieden werden (vgl. Bandelow 2003: 79). Die Policy-Analyse widmet sich somit dem dritten Aspekt des Politikbegriffs, den Inhalten. Im Deutschen erfährt die Policy-Analyse eine Umschreibung als „Politikfeldanalyse“.

Das Thema „Informationsgesellschaft“ ist ein solches Politikfeld und baut sich aus mehreren Policy-Issues, also Unterthemen auf. Die Policy-Analyse ist ein größerer Analyserahmen, innerhalb derer konkrete Untersuchungen von Politikbereichen verankert werden. „Politikfeldanalyse fragt danach, was politische Akteure tun, warum sie es tun und was sie letztlich bewirken.“ (Dye 1972: 1, zit. nach Schneider/Janning 2006: 11). Es geht also nicht nur um die Analyse von Inhalten, sondern auch stark um die Akteure, die diese Inhalte erzeugen. Gerade für die Analyse von Governance-Thematiken, scheint sie daher ein geeignetes Umfeld zu bieten.

In der vorliegenden Arbeit soll ein weit verbreitetes, aber auch umstrittenes Konzept der Policy-Analyse als weiterer methodischer Rahmen herangezogen werden. Die Rede ist vom so genannten Policy-Zyklus. Dieser wird generell in fünf bis sechs Phasen unterteilt (vgl. Schneider/Janning 2006: 49):

- Problemdefinition respektive Thematisierung
- Agenda-Setting
- Programmformulierung
- Implementation
- Evaluation
- Terminierung

Die Kritik, die an diesem Konzept geübt wird, setzt zumeist an der Implikation eines Kreislaufs an, obwohl die Realität eher spiralförmige Prozesse widerspiegelt, da oft nicht im ersten Ansatz eine Lösung gefunden wird, sondern der Prozess häufig wieder von vorne beginnt, die Ergebnisse des ersten Zyklus aber einfließen lässt. Zweitens wird häufig bemängelt dass es keine eindeutige Trennung zwischen den einzelnen Phasen geben kann, und dass sie parallel ablaufen können. Beide Kritikpunkte sollen in die vorliegende Analyse Eingang finden und auch empirisch bestärkt werden. Es soll aber dennoch versucht werden aufzuzeigen, welcher Phase die einzelnen Dokumente zuzuordnen sind, und wo Phasen ineinander überlaufen. Grundsätzlich war angedacht die Materialauswahl nach diesen Phasen zu gestalten, was aber dem Analysematerial nicht gerecht geworden wäre. Zudem entspricht ein umgekehrter Schluss (Feststellung nach der Analyse des Dokuments in welcher Phase es sich befindet und nicht umgekehrt) eher den wissenschaftlichen Anforderungen.

Trotz allem zeigt die Policy-Analyse auf, wie stark eine kommunikationswissenschaftliche Thematik mit anderen Sozialwissenschaften, hier der Politikwissenschaft, verbunden sein kann. Besondere Nähe zwischen Kommunikationswissenschaft und Politikwissenschaft zeigt sich beim Policy-Zyklus betreffend der Phase des Agenda-Settings, da hier extreme Parallelen zum Konzept der Nachrichtenfaktoren gezogen werden können. So spielt etwa die gesellschaftliche, lokale und temporale Relevanz eine wichtige Rolle, ebenso wie die Aktualität des Themas und wie stark wertgeleitet das Thema ist (vgl. Schneider/Janning 2006: 50). Auch die „Ökonomie der Aufmerksamkeit“ (vgl. Franck 1998) spielt eine wichtige Rolle bei der Etablierung eines Themas.

Da die Politikfeldanalyse aber noch kein richtiges Instrumentarium ist – sie impliziert zwar durch den Schwerpunkt, der auf politischen Inhalten liegt, die Inhaltsanalyse – muss noch ein Schritt weiter in den Bereich wissenschaftlicher Methoden vorgedrungen werden, um ein geeignetes Analyseinstrument auswählen zu können und auf die Thematik abzustimmen. Wenn man Politikinhalte analysieren will muss man zumeist auf Dokumente im Sinne von Rechtsakten, Programmformulierungen etc. oder die Medienberichterstattung bzw. die Öffentlichkeitsarbeit politischer Organisationen zurückgreifen. In manchen Fällen werden noch Experteninterviews geführt, die jedoch wiederum verschriftlicht ein Analyseinstrument benötigen um ihre Essenz herausfiltern zu können. Somit drängt auch das Material in Richtung einer Inhaltsanalyse. Natürlich gibt es auch die viel zitierte Netzwerkanalyse, eine Nachzeichnung der Verwobenheit von Akteuren in einem Politikfeld, doch bauen

diese Verfahren meist auf vorangegangene inhaltsanalytische Verfahren auf. Wie diese (gemeint sind nun die inhaltsanalytischen Verfahren) jedoch konkret angegangen werden, ob in qualitativer Art und Weise oder in quantitativer, darüber entscheidet meist die Forschungsfrage selbst. Für die vorliegende Arbeit wurde ein qualitatives Verfahren gewählt. Mehr über Auswahl und Applikation des Analyseinstruments folgt nun im nächsten Kapitel.

6.3.2 Analyseinstrument: Inhaltsanalyse in Anlehnung an Mayring

Im Bereich der Erforschung des WSIS und der Policy-Analyse allgemein gibt es eine Reihe anwendbarer Methoden. Zu nennen sind hier etwa die Diskursanalyse und, wenn man so sagen mag, ihr quantitatives Gegenstück die Netzwerkanalyse. Generell wurde hier von Beginn an eher eine qualitative Erforschung der Thematik angestrebt, auch wenn der idealste Weg eine Beleuchtung der Problematik durch mehrere Methoden (qualitative Inhaltsanalyse, Netzwerkanalyse und standardisiertes Interview) gewesen wäre, so war dies im Rahmen der vorliegenden Arbeit aufgrund der finanziellen und vor allem zeitlichen Ressourcen nicht möglich. Auf das Problem der zeitlichen Ressourcen wird auch noch bei der Auswahl des Untersuchungsmaterials näher eingegangen werden.

Wie diese optimale Herangehensweise, in gewisser Weise ein triangulativer Ansatz, bereits zeigt wäre eine Mischung aus qualitativer und quantitativer Erforschung optimal. Aus diesem Grund wurde schließlich auch die Methode der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring aus den verschiedenen qualitativen inhaltsanalytischen Modellen ausgewählt, weil das System nach Mayring quasi eine Brücke zwischen der qualitativen und der quantitativen Forschungstradition schlägt.

Mayring entwirft ein allgemeines qualitatives inhaltsanalytisches Modell, das insgesamt neun Stufen umfasst (Lamnek 2005: 518):

- *„Festlegung des Materials*
- *Analyse der Entstehungssituation*
- *formale Charakterisierung des Materials*
- *Richtung der Analyse*
- *Theoriegeleitete Differenzierung der Fragestellung*
- *Bestimmung der Analysetechnik*
- *Definition der Analyseeinheit*
- *Analyse des Materials“*

In der vorliegenden Arbeit wurde dieses Stufenmodell jedoch etwas aufgebrochen. Natürlich machte man sich bereits in der Anfangsphase des Forschungsprozesses Gedanken darüber, welches Untersuchungsmaterial zur Verfügung steht, und welches davon für die Analyse verwendet werden sollte. Die tatsächliche Auswahl soll jedoch erst später erläutert werden. Die Richtung der Analyse wurde ebenso wie die theoriegeleitete Differenzierung der Fragestellung bereits in vorangehenden Kapiteln besprochen. Eine Analyse der Entstehungssituation ist zum Teil ebenfalls bereits erfolgt, soll jedoch bei der Darstellung der Analyseergebnisse für die einzelnen Teilabschnitte des Gipfels noch näher beschrieben werden. Die Punkte sechs und sieben sollen im Folgenden beschrieben werden. Bevor das aber geschieht ist die Abkehr von der strikten Abfolge des Stufenmodells von Mayring noch zu begründen. Mayrings Ausführungen beziehen sich in erster Linie auf die Analyse qualitativer Interviews. Das hier vorliegende Analysematerial sind jedoch politische (in gewissem Sinne auch rechtliche) Dokumente. Wesentlich ist jedoch, dass alle Stufen absolviert werden. Es wird auch versucht dies hier einzuhalten.

Bezüglich der Stufe sechs unterscheidet Mayring drei verschiedene Analysetechniken: die Zusammenfassung, die Explikation und die Strukturierung (vgl. Mayring 2003: 56ff.). Aufgrund des großen Datenmaterials und der Richtung der Analyse, die vor allem die thematischen Aspekte in den Vordergrund rückt, wird hier die zusammenfassende Analyse angewandt.

„Ziel der Analyse ist es, das Material so zu reduzieren, dass die wesentlichen Inhalte erhalten bleiben, durch Abstraktion einen überschaubaren Corpus zu schaffen, der immer noch Abbild des Grundmaterials ist." (Mayring 2003: 58)

Die Zusammenfassung des Materials passiert wiederum in mehreren Schritten. Aus den definierten Analyseeinheiten werden uninteressante Bestandteile gestrichen, die bedeutenden Textteile werden dann paraphrasiert und in einer Kurzform festgehalten. Danach erfolgt eine Generalisierung, bei der die theoretisch gestützten Kategorien zur Anwendung kommen. Die dabei verwendeten Kategorien können jedoch auch durch induktiv aus dem Material gewonnene Kategorien ergänzt werden. Dies soll die optimale Abbildung des Grundmaterials in der Abstraktion gewährleisten. Danach werden wiederum inhaltslose Paraphrasen gestrichen, und jene mit gleichem Inhalt in einer übergreifenden Paraphrase zusammengefasst.

Als primäre Analyseeinheit wird der einzelne Absatz definiert[40]. Grundsätzlich ist die zusammenfassende qualitative Inhaltsanalyse das Herzstück der gesamten Analyse, einige Forschungsfragen machen es aber notwendig der Analyse quantitative Elemente hinzuzufügen. Deshalb wird auch nur von einer Inhaltsanalyse in Anlehnung an Mayring gesprochen. Wichtig dabei ist die eindeutige Zuordnung der Gipfelphase und der Akteursgruppe, die das Statement verfasst hat, aber natürlich auch eine genaue Betitelung des Akteurs selbst. Um die Nachvollziehbarkeit zu gewährleisten sind auch exakte Angaben über die Analyseeinheit (Seite und fortlaufende Nummerierung) notwendig. Danach folgt im Analyseraster das qualitative Herzstück: Paraphrasierung und zweifache Zusammenfassung. Das restliche Analyseschema bilden inhaltliche Kategorien, das von der Bewertung des Verhältnisses zwischen Akteuren, über die Zuordnung zu den einzelnen Governance-Mechanismen und Erhebung der angesprochenen Themen bis hin zur Herstellung von Relationen zu den Theorien über Informationsgesellschaft und den Paradigmen globaler Kommunikationspolitik des 20. Jahrhunderts reicht.[41] Bei den letztgenannten Kategorien ist es natürlich denkbar, dass nicht bei jeder analysierten Aussage alle Kategorien zum Tragen kommen. Sie dienen in erster Linie durch Kombination mit den erstgenannten Kategorien der Beantwortung der einzelnen, in Kapitel 6.2 näher erläuterten, und durch die theoretische Vorarbeit operationalisierten Forschungsfragen. Bevor wir uns nun der Ana-

[40] Wenn aus inhaltlichen Gründen unbedingt notwendig wird diese Analyseeinheit unterschritten.
[41] Das Kategorienschema ist in Anhang C zu finden.

lyse und ihrer Ergebnisse widmen soll jedoch ein weiterer zentraler Schritt, die Auswahl des Analysematerials besprochen werden.

6.3.3 Auswahl des Untersuchungsmaterials

Grundsätzlich ist die Dokumentation des WSIS als sehr gut zu bewerten. Man bemühte sich den Großteil der abgegebenen Statements und Stellungnahmen auf der offiziellen Seite des WSIS zu veröffentlichen.[42] Insgesamt sind dort ca. 2.000 Dokumente zu finden, deren durchschnittliche Länge auf jeweils 10-15 Seiten geschätzt werden kann – allein dies wären insgesamt 20.000 bis 30.000 Seiten, die der Analyse als Grundgesamtheit zugrunde liegen könnten. Jedoch liegen vor allem zu den beiden Gipfeln selbst nicht alle Statements in schriftlicher Form vor. Die Beiträge von einer Reihe von Akteuren sind nur als Audio- bzw. Videomitschnitte vorhanden. Für eine wirklich umfassende Analyse müssten diese erst transkribiert werden, was aus zeitlichen Gründen für die vorliegende Arbeit nicht möglich gewesen ist.

Leider sind einige Verlinkungen bereits der Schnelllebigkeit des Internets zum Opfer gefallen und funktionieren heute entweder gar nicht mehr oder beinhalten neue Inhalte, die mit dem WSIS nichts zu tun haben. Besonders stark betrifft dies die regionalen und thematischen Treffen, die zwischen den einzelnen Zusammenkünften der Preperatory Committees stattgefunden haben. Die Ergebnisse dieser „Regional and Thematic Meetings“ gingen aber zum Glück nicht gänzlich verloren sondern sind kurz gefasst in Dokumenten der Preperatory Committees zu finden.

Generell wurden zur Analyse nur Dokumente verwendet, die in einer englischen Version abrufbar waren. Da es sich um einen Weltgipfel handelt, der durch eine Institution des UN-Komplexes abgehalten wurde, waren natürlich auch Statements in den anderen offiziellen Sprachen der Vereinten Nationen[43] möglich. Der größte Teil der Statements ist jedoch in Englisch verfügbar (ca. 5/6 des gesamten abrufbaren Materials).

[42] www.itu.int/wsis
[43] Neben Englisch sind dies Russisch, Chinesisch, Arabisch, Spanisch und Französisch.

Zuzüglich zu jenem Material, das auf der offiziellen Homepage des Gipfels auch heute noch zur Verfügung steht,[44] wurden Materialien von den Seiten des CSB und des CCBI in die Grundgesamtheit des Analysematerials miteinbezogen. Grund hierfür war, dass vor allem auf Seiten der Zivilgesellschaft wichtige Dokumente nicht auf der offiziellen Seite des WSIS veröffentlicht wurden. Dies gilt vor allem für Dokumente, die sich kritisch gegenüber dem Gipfel äußern, wie etwa die beiden zivilgesellschaftlichen Abschlussdokumente zu den beiden Gipfelphasen. Im privatwirtschaftlichen Bereich unterscheiden sich die Dokumente, die auf der öffentlichen Seite des WSIS und jener des ICC/CCBI veröffentlicht wurden nur in weitaus geringerem Maße. Andere mögliche Quellen, wie etwa Dokumente der internationalen Organisationen oder auch anderer privatwirtschaftlicher oder zivilgesellschaftlicher Vertreter und Vereinigungen, die nicht auf der offiziellen Homepage veröffentlicht wurden, wurden nicht in die Grundgesamtheit des Analysematerials aufgenommen, weil dies sowohl den Rahmen der Recherche als auch der Analyse gesprengt hätte.

Die konkrete Auswahl der Dokumente musste von Teilphase zu Teilphase unterschiedlich gestaltet werden, weil die Strukturen der einzelnen Teilphasen große Unterschiede aufwiesen. Ursprünglich wurde versucht bei der Analyse eine Art „roten Faden“ zu legen indem immer Dokumente derselben Vertreter ausgewählt werden sollten. Leider war dies jedoch nicht möglich, da es eine hohe Fluktuation bei den teilnehmenden Akteuren in den einzelnen Gruppen, vor allem aber bei den staatlichen Vertretern gab. Aus diesem Grund wurde die Auswahl schließlich quasi nach einem „Theoretical Sampling“ gestaltet. Dabei galt es sich vor allem nach jener Gruppe zu richten, die am wenigsten vertreten war, und das war die Privatwirtschaft. Diese bot auch anderenorts, etwa in den noch funktionierenden Bereichen der CCBI-Homepage, nur wenige Stellungnahmen, die nicht auch offiziell auf der WSIS-Homepage zur Verfügung standen. Auch bei der Auswahl der zivilgesellschaftlichen Dokumente liegt das Hauptaugenmerk auf Statements, die durch die CSB unterstützt wurden. Um die Auswahl dennoch nachvollziehbar zu machen wird diese jeweils im Rahmen der einzelnen Teilanalysen besprochen. Wie bereits angedeutet wurde jedoch bei der Auswahl versucht die unterschiedlichen Akteursgruppen angemessen abzubilden. Günstig dafür waren dabei auch die bereits vorhandene Zusammenstellung von Kommentaren zu den einzelnen offiziellen Dokumenten.

[44]Stichtag für die Fixierung des Materials dieser Homepage war der 18. November 2008, genau der dritte Jahrestag, an dem die zweite Gipfelphase in Tunis endete.

Einzig bei der ersten und letzten Teilphase nahmen die vorhandenen Dokumente eine so geringe Zahl ein, dass hier eigentlich alle analysiert werden konnten. Für die Anfangsphase haben besonders die Resolution der ITU und der Generalversammlung der UNO eine gewisse Bedeutung. Auf der offiziellen Seite des WSIS wird überdies noch auf einige Konferenzen zum Thema verwiesen, die im Vorfeld stattgefunden haben, bzw. auf einzelne Dokumente die von internationalen Organisationen, die vor der Initiierung des WSIS heraus gegeben worden waren. Leider funktioniert ein Großteil der angeführten Links nicht mehr, weshalb nur zwei Papiere des UN ECOSOC, zusätzlich zu den beiden Resolutionen für die vorliegende Analyse herangezogen werden konnten.

Für die Implementations- und Evaluierungsphase gestaltet sich die Situation etwas anders, da hier der gesamte Aufgabenbereich von der ITU ausgefüllt wird. Zum einen bringt dies eine gewisse Übersichtlichkeit was die Dokumentation betrifft, zu kritisieren bleibt aber, dass die ITU als Hauptorganisator die Evaluierung ihrer Leistung selbst übernimmt, was die Glaubwürdigkeit vermindert. Die Dokumente verdienen daher bei der Analyse, welcher wir uns anschließend zuwenden wollen, eine verschärft kritische Auseinandersetzung und Interpretation.

6.4 Ergebnisse der Analyse

Die Ergebnisse des Gipfels werden in den nächsten Kapiteln in folgender Weise dargestellt: Zuerst wird die Auswahl der analysierten Dokumente begründet. Eine Quellenauflistung der analysierten Dokumente findet sich getrennt von den normalen Literaturangaben nach Phasen geordnet in Anhang D. Nach der Vorstellung des Analysematerials erfolgt die Darstellung der Ergebnisse. Diese folgt der Reihung der Forschungsfragen aus dem Kapitel 6.2. Eine zusammenfassende Interpretation der Analyseergebnisse und somit die allgemeine Beantwortung der Forschungsergebnisse findet erst in Kapitel 7 statt.

6.4.1 Den Gipfel ins Leben rufen

Materialauswahl

Gerade in der Phase der Initiierung des Gipfels gibt es im Vergleich zu den anderen Teilabschnitten des Gipfels nur wenig Material aus dem ausgewählt werden konnte. Vor allem die Verlinkung auf thematisch verwandte Konferenzen funktionieren leider nicht mehr oder sind durch ein Passwort geschützt. Aus diesem Grund konnten auch keine Dokumente der Zivilgesellschaft oder der privatwirtschaftlichen Vertreter in die Analyse dieses Abschnitts aufgenommen werden. Aus diesem Grund liegt der Fokus der Ergebnisse auch auf den internationalen Organisationen: der General Assembly der UNO, dem Economic and Social Council (ECOSOC) und der ITU als Primärinitiator.

Das Material bildet sich aus der Erklärung der ITU von 1998 einen Weltgipfel zur Informationsgesellschaft abzuhalten, welche auf der Generalkonferenz in Minneapolis abgegeben wurde. Weiters wird die Resolution 56/183 der UN Vollversammlung einbezogen und weiters zwei Dokumente des ECOSOC, die sich mit dem Thema der IKTs als Entwicklungsinstrument (2000) und möglicher Entwicklungsoptionen der IKTs, die sich in Zusammenarbeit mit relevanten Stakeholdern ergeben (2001) beschäftigen.

Analyseergebnisse

Alle Dokumente wurden von Akteuren verfasst, die in die Kategorie INGO (International Governmental Organization) eingeordnet werden können. Bei den Dokumenten aller drei Einheiten ist ein entwicklungspolitischer Schwerpunkt und ein starkes Bekenntnis zu einer wichtigen und bedeutenden Rolle der IKT-Entwicklung für soziale und ökonomische Entwicklung festzustellen. Vor allem die ITU und die General Assembly der Vereinten Nationen (GA) sehen ihr Handeln im Bereich IKT-Förderung als Instrument für nachhaltige Entwicklung als zentral. Der Economic and Social Council sieht sich eher als Teil des UN-Systems und empfindet daher dieses als zentralen Akteur. Bezüglich dem Verhältnis zu anderen Akteuren ist zu sagen, dass sich alle drei Organisationen für eine Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft und anderen Akteuren (häufig mit der Formel „all relevant stakeholders“ ausgedrückt) aussprechen, internationale Organisationen und Regierungsvertreter aber als das Herzstück eines Gipfels und auch der IKT-

Entwicklungsförderung gesehen werden. Das gemeinsame und vor allem koordinierte Handeln ist jedoch ein Hauptziel, bei dem alle Akteure beteiligt sein sollen.

Es ist anzumerken, dass dabei seitens der internationalen Organisationen auch spezifische Rollenzuschreibungen an nicht-staatliche Akteure erfolgen. Die Zivilgesellschaft/NGOs sind demnach für die positive/akzeptierte Umsetzung von Aktionsplänen an der Basis verantwortlich, während man die Privatwirtschaft als finanzielle und ressourcentechnische Unterstützung sieht. Diese wird auch versucht mit den Argumenten zu überzeugen, dass durch die Förderung von Informationsgesellschaft als entwicklungspolitisches Ziel auch neue Absatzmärkte für die Privatwirtschaft entstehen und dass die grundlegenden Werte der Weltgemeinschaft und das Gewinnstreben der Privatwirtschaft nicht in Widerspruch zueinander stehen.

In Bezug auf die Gestaltungsrechte, die die einzelnen Akteure haben sollen ist zu sagen, dass diese durch die internationalen Organisationen (im Rahmen eines intergouvernmental committee) festgelegt werden sollten. Die ITU wird als Hauptorganisator durch die GA bestätigt. Das Vorbereitungskomitee wird gemeinsam mit dem Hauptorganisator als dafür verantwortlich gezeichnet die Agenda des Gipfels zu erstellen, die Abschlussdokumente anzufertigen und die Teilnahmeregelungen festzulegen. Auch die Struktur in zwei Phasen, die von der ITU vorgeschlagen wurde, wird von der GA bestätigt. Explizit werden die Regierungsvertreter der Mitgliedsstaaten dazu aufgefordert sich an der Vorbereitung und Abhaltung des Gipfels zu beteiligen.

Als Governance-Mechanismus wird von allen drei internationalen Organisationen in dieser Phase das Netzwerk genannt aber auch Hierarchisierung im Sinne einer Förderung von Institutionalisierung wird häufig in Zusammenhang mit der Finanzierung der IKT-Entwicklung genannt. Institutionalisierte Kontrollmechanismen werden quasi als Schutzschild vor Korruption und „Bad Governance“ gesehen. Vom Economic and Social Council wird weiters der Mechanismus der Policy-Diffusion und des Policy-Transfers hervorgehoben. Markant sind hierbei die Betonung von Best-Practice-Modellen und von Süd-Süd-Kooperationen.

Aus Sicht des Policy-Zyklus tragen alle Dokumente Elemente in sich, die der Phase der Thematisierung/Problemdefintion bzw. zum Teil auch schon dem Agenda-Setting zuzuschreiben sind. Dabei sind immer wieder auch Verweise auf die „Millennium Development

Goals“ (MDGs) zu finden. Diese Deklaration anlässlich des Jahrtausendwechsels bietet den entwicklungspolitischen Hintergrund und auch eine gewisse Legitimationskraft. Weitere Legitimationskraft zieht die Thematik und vor allem der Gipfel selbst aus der Schirmherrschaft des UN-Generalsekretärs (damals noch Kofi Annan).

Thematisch stecken die analysierten Dokumente ein weites Feld ab. Den verfassenden Organisationen entsprechend sollen in allen möglichen Bereichen die Auswirkungen von IKTs diskutiert werden. Besonders häufig werden Bildung, Gesundheit und Good Governance genannt. Als primäres Ziel gilt es jedoch ein allgemeines Verständnis darüber zu schaffen, was Informationsgesellschaft ist und welche Entwicklungsperspektiven sie bietet. Zwei weitere Themen sind vor allem in den Dokumenten des Economic and Social Council dominant, sie werden aber auch von der Generalversammlung der UNO und von der ITU erwähnt: Finanzierung bzw. Ressourcen und „Access“. Der letztgenannte Bereich fällt grundsätzlich in den Rahmen der Infrastrukturpolitik, berührt aber auch den Bereich der grundlegenden Kommunikationsrechte. Dennoch muss darauf hingewiesen werden, dass sich hier der bereits erwähnte Technikoptimismus widerspiegelt. Beinahe nebensächlich wird erwähnt, dass es nur dann Sinn macht IKTs zur Verfügung zu stellen, wenn ein gewisses Maß an Medienkompetenz vorhanden ist. Dabei wird wieder auf die bildungspolitischen Bereiche der MDGs (Kinder und Frauen) verwiesen.

Das Bild von der Informationsgesellschaft wird in dieser Phase der Initiierung des Gipfels vor allem als entwicklungspolitisches Anliegen dargestellt. Es geht vornehmlich um Wissen, Information und Technologien als zentrale ökonomische Faktoren. Aus diesem Grund sind vor allem die Modelle von Drucker und Bell in der Argumentation wieder zu entdecken. Das Modell eines globalen Dorfes von McLuhan ist nur ansatzweise wieder zu finden, nämlich in der Vorstellung eines weltumspannenden Austausches von Wissen und Technologien.

Gibt es nun aber in dieser Initiierungsphase wesentliche Unterschiede in der Argumentation im Vergleich zur bisherigen globalen Kommunikationspolitik? Eine eindeutige Antwort auf diese Frage ist nicht möglich. Man spricht sich grundsätzlich für eine stärkere Reziprozität der Wissens- und Kommunikationsströme auf globaler Ebene aus. Anders als bei der Forderung einer NWIKO soll dies jedoch nicht durch Einschränkungen oder strikte Regulierung erfolgen, sondern dadurch, dass man die Dynamik der Thematisierung von IKTs als Instrumente für eine nachhaltige Entwicklung verstärkt. Neoliberale Ideen eines

„Free Flow of Information“ und soziale Ideen eines gerechteren Informationsflusses scheinen sich verbunden zu haben, wenn auch das neoliberale Gedankengut in den gedanklichen Ansätzen für die Umsetzung prägend ist.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, dass jene internationalen Organisationen, die als tragende Einheiten des Gipfels gesehen werden können, sich stark für eine Beteiligung nicht-staatlicher Akteure aussprachen. Das allgemeine Ziel eines solchen Prozesses sollte es sein, ein gemeinsames Verständnis über den Begriff Informationsgesellschaft zu schaffen und auch seine entwicklungspolitischen Möglichkeiten auszuloten. Für die zu bearbeitende Agenda wurde ein weites Feld mit einer Großzahl einzelner Policy-Issues (von E-Learning, wirtschaftlichen Implikationen, bis hin zum Katastrophenschutz) abgesteckt. Auch die Struktur des Gipfels (zwei Phasen, Abschlussdokumente, Organisation) wurde bereits festgelegt. Für die Umsetzung wurde die Verwendung mehrerer Governance-Mechanismen angedacht. Im Sinne einer Mischung unterschiedlicher Mechanismen (Markt, Hierarchie, Netzwerk, Policy-Diffusion/-Transfer) und der positiven Bewertung einer Beteiligung nicht-staatlicher Akteure ist hier ein erster Hinweis auf funktionierende Global Media Governance zu finden. Kommunikationspolitisch zeichnet sich in dieser Phase zudem eine Annäherung und Vermischung der beiden Paradigmen NWIKO und „Free Flow of Information“ ab.

6.4.2 Genf – PrepCom-1

Materialauswahl

Im Rahmen des ersten Preperatory Committee wurde eine Reihe wichtiger Dokumente erstellt, die als Grundlage für die Analyse dieser ersten Vorbereitungsphase dienen sollen. Dies sind ein Statement des WSIS Executive Secretariat zur Beteiligung nicht-staatlicher Akteure am WSIS-Prozess, eine Sammlung von möglichen Themen und Ergebnissen des ersten Gipfelteiles, sowie die Regelungen über die Teilnahme von nicht-staatlichen Akteuren am Vorbereitungsprozess und die allgemeine Geschäftsordnung dafür.

Ergänzend wurde zu diesen Dokumenten eine Reihe von Statements der unterschiedlichen Akteursgruppen ausgewählt. Die Regierungsvertreter werden durch die Aussagen Brasiliens, Chinas, Süd-Afrikas, und Usbekistans repräsentiert. Diese Auswahl ist mit dem Ziel der geografischen Ausgeglichenheit zu begründen. Die Zivilgesellschaft wird durch die Stellungnahmen von „Taking it Global“ und einem gemeinsamen Dokument von 22 NGOs und zivilgesellschaftlichen Einheiten vertreten. Für die Privatwirtschaft beinhaltet das Analysematerial zwei Erklärungen des CCBI. Die Standpunkte der internationalen Organisationen werden schließlich durch die Aussagen der FAO, ILO, WIPO und der OECD, die einen Teil einer Sammlung von Aussagen internationaler Organisationen bilden, dargestellt.

Analyseergebnisse

Das Verhältnis der Akteure zueinander kann von allen Seiten als noch etwas distanziert beschrieben werden. Man anerkennt zwar die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens, über die Realisierung herrschen aber meist nur unklare Vorstellungen. Vor allem einige staatliche Vertreter warnen davor der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft zu viel Bedeutung und Spielraum beizumessen. Regierungen und internationale Organisationen sollen demnach weiterhin die Hauptträger des Gipfels und seiner Ergebnisse bleiben. Grundsätzlich ist man der Beteiligung nicht-staatlicher Gruppen nicht abgeneigt, jedoch sollten die Rollen der einzelnen Akteursgruppen im WSIS-Prozess und der darauf folgenden Implementierung der Ergebnisse klarer definiert werden.

Bezüglich der Teilnahme- und Gestaltungsrechte wird ein klarer Unterschied zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Vertretern gemacht. Nicht-staatliche Vertreter müssen sich mit einem Beobachterstatus begnügen, der ihnen kein Stimmrecht bei Gipfel-Entscheidungen einräumt, und ihnen auch von vornherein kein explizites Interventionsrecht zugesteht. Die schriftliche Stellungnahme ist jenes Teilnahmerecht, das am egalitärsten unter den Akteursgruppen verteilt ist. Mündliche Stellungnahmen hängen hingegen von den geringen zeitlichen Ressourcen bei den Vorbereitungstreffen ab, weshalb nicht-staatliche Vertreter dazu angehalten werden sich in Gruppen zusammenzuschließen und so ihre Kommentare abzugeben. Sowohl Privatwirtschaft als auch Zivilgesellschaft betonen von Beginn an aktivere und egalitärere Teilnahme- und Gestaltungsrechte anzustreben. Die internationalen Organisationen scheinen sich mit ihrem erweiterten Beobach-

terstatus (leichterer Zugang zu den Sitzungen der Vorbereitungstreffen) zu begnügen. Neben den tatsächlichen Möglichkeiten sich in den Gipfel einzubringen ist außerdem noch der Akkreditierungsvorgang von Bedeutung. Dieser ist für die privatwirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Vertreter im Vergleich zu den teilnehmenden internationalen Organisationen erschwert. Positiv ist jedoch, dass, wenn eine Organisation einmal die Akkreditierung für einen Teil des WSIS erhalten hat, sie auch an allen folgenden Vorbereitungstreffen und den Gipfelteilen selbst teilnehmen darf.

Governance-Mechanismen für die Umsetzung von thematischen Anliegen sind in dieser Phase noch wenig ablesbar. Dennoch lässt sich feststellen, dass sich etwa die Privatwirtschaft stark für die Anwendung des Markt-Mechanismus im Rahmen der Realisierung der Informationsgesellschaft ausspricht. China deutet auffällig oft hierarchische Herangehensweisen (etwa stärkere Kontrolle der Netzwerkgesellschaft) an, während Süd-Afrika den gemeinschaftlichen Aspekt beleuchtet. Usbekistan ignoriert das Thema der gemeinsamen Regulierung vollkommen und konzentriert sich in seinem Statement auf die Umsetzung nationaler Initiativen, die auf einem hierarchischen Mechanismus beruhen. Für die Zivilgesellschaft sind keine Präferenzen bezüglich der Governance-Mechanismen auszumachen. Dasselbe gilt für die analysierten Stellungnahmen der internationalen Organisationen.

Diese Zurückhaltung beim Umsetzungsdenken ist wohl auf die Policy-Phase zurückzuführen, in deren Rahmen sich dieses erste Vorbereitungstreffen abspielte. Es ist die Phase des Agenda-Settings, bei dem es primär darum geht festzuhalten, welche Einzelthemen einem etwas bedeuten, und sich dafür einzusetzen, dass diese Themen schließlich auch in die Formulierung des Programms aufgenommen werden.

Thematisch dominieren von Beginn an die Bereiche Zugang, Infrastruktur, Anwendungen und IKT-Training, sowie ein als kausal dargestellter Zusammenhang zwischen IKT-Verbreitung und wirtschaftlichem Wachstum bzw. sozio-ökonomischer Entwicklung. Einzig die Zivilgesellschaft hält klar fest, dass Technik allein nicht ausreicht um soziale und ökonomische Entwicklung zu initiieren. Auch für Süd-Afrika sind Zugang und Infrastruktur nur zwei der vielen zu beachtenden Aspekte der Diskussion. Bereits in ihrer ersten Stellungnahme am WSIS sprechen sie Themen wie Gender, Auswirkungen für die arbeitende Bevölkerung, Kinder und Jugend oder auch Frieden an. Ein allen Akteursgruppen ge-

meinsames Ziel ist es jedoch ein kollektives Verständnis von Informationsgesellschaft zu erschaffen.

Da PrepCom-1 noch relativ am Anfang des politischen Prozesses anzusiedeln ist und es vorerst noch nicht um die Festigung und Darstellung von Ansichten zu konkreten Themenbereichen geht, sind positive bzw. negative Entwicklungen nur schwer abzulesen. Auch bezüglich des Anschlusses an bisherige kommunikationspolitische Paradigmen sind nur wenige eindeutige Aussagen vorhanden. Grundsätzlich werden jedoch hohe Erwartungen in einen freien Informationsfluss gesetzt, und auch die Privatwirtschaft drängt auf die Liberalisierung von Kommunikationsmärkten. Die internationalen Organisationen sind in ihrer Haltung etwas gespalten. Zum einen wünschen einige einen komplett freien Informationsfluss vor allem für die Armutsreduktion, andererseits pochen andere Organisationen auf die Stärkung des Urheberrechts.

Durchgesetzt haben sich vor allem die staatlichen und privatwirtschaftlichen Akteure, die ihr Hauptaugenmerk auf die ökonomische Entwicklungsdimension der Informationsgesellschaft, und Themen wie Zugang, Anwendbarkeit, Infrastruktur und Ausbildung gelegt hatten. Jedoch ist das Bild nicht ganz einheitlich, so wären Brasilien und Süd-Afrika in gleichem Maße für andere Themen (Gender, kulturelle und sprachliche Vielfalt, oder Kinder und Jugend in der Informationsgesellschaft) eingetreten, Themen die eher im zivilgesellschaftlichen Interessensbereich liegen. Auch die Interessen der internationalen Organisationen konnten sich nur zum Teil durchsetzen. Die Hauptanliegen der ILO, die etwa von der Virtualisierung des Arbeitsplatzes, oder den Möglichkeiten, die IKTs für die Integration in den Arbeitsprozess (z.B. Jobsuche) spielen können, handeln, wurden im Folgenden völlig außer Acht gelassen.

Die Idee davon, welche Eigenschaften Informationsgesellschaft haben soll, ist wie die Themen noch relativ diffus und ohne klare Linie. Prinzipiell prägend ist die ökonomische und entwicklungspolitische Komponente, die der Informationsgesellschaft zugeschrieben wird. Hier sind Anklänge an die Modelle von Drucker und Bell zu finden, jedoch fehlen etwa die Erwähnung von der Bedeutung wissensgenerierender Institutionen, oder der Zukunftsorientierung von Gesellschaft um eine genaue Zuschreibung vorzunehmen. Die ILO erfasst in ihrer Stellungnahme die zunehmende Tendenz zur Virtualisierung, ein Gedanke, der für das Castellsche Modell der informationellen Gesellschaft bezeichnend ist. Die Zivilgesellschaft prägt die Idee einer auf den Menschen zentrierten Informationsge-

sellschaft. Theoretische Modelle sind nicht eindeutig mit den Ansichten der Zivilgesellschaft in Verbindung zu bringen. Auch die Frage nach dem Erfolg der Umsetzung ist noch nicht zu beantworten, da noch keine genauen Forderungen formuliert, sondern nur einzelne Themenbereiche als bedeutend angesprochen wurden.

6.4.3 Genf – PrepCom-2

Materialauswahl

Für die Analyse des zweiten Preperatory Committees waren vor allem die Dokumente bzw. Berichte über die weltweit abgehaltenen regionalen Konferenzen von Bedeutung. Insgesamt gab es fünf Konferenzen, die für die folgenden Regionen veranstaltet worden waren: Afrika,[45] Gesamteuropa, Lateinamerika und die Karibik, (Ost-)Asien/pazifischer Raum, und Westasien.

Ein weiteres wichtiges Dokument war der Bericht des Präsidenten des WSIS Preperatory Committee, in der quasi eine Orientierung für diese zweite Vorbereitungsphase geboten wurde. Von besonderer Bedeutung waren in diesem Teilabschnitt des WSIS die „Round Tables". Diese bestanden jeweils aus einer Reihe von Referaten zu bestimmten Themen, die von Vertretern verschiedener Akteursgruppen gehalten wurden, und deren gemeinsamer Diskussion. Um die Ergebnisse dieses entscheidenden diskursiven Elements in der Analyse abgebildet zu haben, wurde die Zusammenfassung dieser Referate und Diskussionen in das Analysematerial aufgenommen. Schließlich wurden noch eigene Statements von der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft in die Auswahl des Untersuchungsmaterials aufgenommen, um deren Standpunkte etwas schärfer herausarbeiten zu können.

[45] Diese Konferenz fand zwar schon vor PrepCom-1 der Genfer Phase statt, wird aber in die Analyse der PrepCom-2 einbezogen um die Vergleichbarkeit zu den anderen regionalen Konferenzen zu wahren.

Analyseergebnisse

In allen Dokumenten bis auf jene, die von der Privatwirtschaft stammen, wird immer wieder ausdrücklich das gemeinsame Handeln aller Akteure gefordert. Besonders deutlich tritt dies in den Berichten zu den regionalen Treffen in Afrika und Ostasien bzw. dem pazifischen Raum hervor. Diese Konferenzen waren zudem auch nach dem Multi-Stakeholder-Ansatz organisiert. Anders als etwa die gesamteuropäische Konferenz, die ein von staatlichen Vertretern getragenes Treffen darstellt. Insgesamt ist in allen Dokumenten auffällig, dass die internationalen Organisationen weit weniger oft explizit genannt werden als die Zivilgesellschaft oder die Privatwirtschaft. So hält etwa nur die Privatwirtschaft fest, dass sie gegen eine weitere Ausdehnung des Systems internationaler Organisationen, das sich mit Informations- und Kommunikationsthemen beschäftigt, ist. Im Bereich der Finanzierung ist die Nennung von Public Private Partnerships (PPPs) dominant.

Äußerungen zu den konkreten Teilnahme- und Mitgestaltungsrechten am Gipfel sind in dieser Phase, deren Hauptanliegen das Agenda-Setting für die Abschlussdokumente ist, nicht wirklich ein Thema. Nur die Privatwirtschaft fordert eine größere Beachtung ihrer Rolle. Genaue Vorstellungen darüber wie eine bessere Integration erfolgen könne gibt es nicht.

Zu den Governance-Mechanismen ist zu sagen, dass hier eine eindeutige Vorliebe aller Akteursgruppen für die Mechanismen Netzwerk und Policy-Diffusion bzw -Transfer vorherrscht. Die paneuropäische Konferenz und die Zivilgesellschaft sprechen sich zudem für eine starke Rolle des Gemeinschaftsgedankens bei der Umsetzung von IKT-Projekten aus. Die Privatwirtschaft hingegen präferiert die Mechanismen des Marktes und des politischen Wettbewerbs als Umsetzungsmechanismen. Forderungen nach dem Marktmechanismus sind in den übrigen Dokumenten nicht so stark vertreten wie später.

Thematisch ist noch eine relative Ausgewogenheit zwischen den einzelnen Themenbereichen gegeben. Die Dokumente der regionalen Konferenzen und der Zivilgesellschaft sind einander in der thematischen Struktur noch relativ ähnlich, auch wenn die Zivilgesellschaft bereits ihre Schwerpunkte im Bereich Menschenrechte und Diversität setzt. Interessant ist, dass der Schutz kultureller und sprachlicher Vielfalt in allen Berichten der regionalen Konferenzen mehrmals genannt wird. Auch für die Umsetzung von Informationsgesellschaft wird überall darauf hingewiesen, dass es keine optimale Lösung für alle Bereiche

und für alle Länder und Regionen gibt, sondern dass hier die Eigenheiten der Region bzw. des Staates und die Bedürfnisse der dort lebenden Menschen unbedingt beachtet werden müssen.

Inhaltlich versucht die Privatwirtschaft hingegen nur die Frage zu beantworten, wie ein Politikumfeld aussehen muss, damit die Wirtschaft investiert. Welchen Einfluss ihre Argumentation jedoch haben wird zeigt sich am Rohentwurf der Prinzipien Deklaration und des Aktionsplans und auch an den Diskussionsergebnissen der Round Tables, denn grundsätzlich war keiner der anderen Akteure davon überzeugt, dass die Privatwirtschaft wirklich jenen finanziellen Aufwand leisten könnte, den es brauchen würde um die grundlegenden Ziele (IKTs als Entwicklungsinstrumentarium, Vernetzung und Zugang für alle) realisieren zu können.

Allgemein prägte der Bericht des Präsidenten des Vorbereitungskomitees die weitere Strukturierung der Diskussion stark. Dies trifft in besonderem Maße auf die Benchmarks zu, anhand derer die Umsetzung später gemessen werden sollte. Den Themen Zugang und Infrastruktur wird zwar in allen Dokumenten große Bedeutung beigemessen, dominant werden sie aber erst hier, weil sie als alleinige Erfolgsindikatoren dargestellt werden. Die Bildung von Humankapazitäten, eine überproportionale Ausdehnung der Public Domain oder eine Vermehrung von Inhalt in weniger dominanten Sprachen fallen unter den Tisch.

Bezüglich der kommunikationspolitischen Paradigmen ist zu sagen, dass nur das Prinzip des „Free Flow of Information“ explizit erwähnt wird. Eine NWIKO steht nicht direkt zur Debatte. Der Entwicklungsgedanke wird zwar in allen Dokumenten als zentral angesehen, dennoch werden die diversen kommunikativen Freiheiten mehr geschätzt als eine direkte Beeinflussung von Kommunikationsflüssen.

In dieser Anfangsphase, in der einmal die wichtigsten Themen festgelegt wurden, die es zu bearbeiten gilt, ist das Bild von Informationsgesellschaft noch relativ bunt. Von den inhaltsleeren Begriffen, die später zu ihrer Beschreibung dienen (inclusive, development-oriented) ist noch wenig zu spüren, gibt es doch konkrete Vorstellungen darüber, was getan werden muss. Besonders deutlich sticht dies bei den Diskussionen zu den Round Tables und dem Entwurf des PrepCom-Präsidenten hervor, die in relativ einfacher Sprache die wichtigsten Punkte, die es umzusetzen gilt auf den Punkt bringen und auch Kon-

fliktlinien, aber auch Einigkeit über bestimmte Punkte aufzeigen. In Bezug auf die Theorien zur Informationsgesellschaft ist zu sagen, dass man sich hier vor allem im Rahmen des Bell'schen Modells bewegt. Die wirtschaftlichen und vor allem die entwicklungsökonomischen Perspektiven sind besonders wichtig. Bildung ist ebenfalls zentral. Aber auch die Ideen McLuhans tauchen auf, etwa im Vorschlag globale Kooperationen von kleinen geografischen Einheiten zu fördern und so ein weltumspannendes, quasi nachbarschaftliches Netz aufzuspannen.

6.4.4 Genf – PrepCom-3

Materialauswahl

Für die Analyse dieser dritten Vorbereitungsetappe wurden insgesamt acht Dokumente ausgewählt. Für die Repräsentation der Zivilgesellschaft dient deren Schrift zu den von ihnen festgelegten Bewertungspunkten für den WSIS, die sie im November 2003 entwickelten. Stellvertretend für die Analyse der privatwirtschaftlichen Argumentation dient das Statement der CCBI zu den beiden Gipfeldokumenten, das etwa zwei Wochen vor dem Gipfel in Genf, also in der heißen Phase der Verhandlungen, abgegeben wurde.

Die internationalen Organisationen und die Regierungsvertreter werden in dieser Phase mit einer etwas größeren Anzahl an Dokumenten berücksichtigt, um die unterschiedlichsten Einstellungen innerhalb dieser beiden Gruppen etwas mehr im Detail widerspiegeln zu können. Die Beiträge der internationalen Organisationen wurden thematisch ausgewählt. Dabei wurden die Beiträge von ITU/Weltbank (Streitbeilegungstechniken), CERN/UNESCO/ICSU (e-Science) und des Hochkommissars für Menschenrechte (OHCHR) ausgewählt. Auf Seite der staatlichen Vertreter sollten möglichst konträre Positionen aufgezeigt werden, weshalb die Stellungnahmen der USA, Indiens und der African Group in das Analysematerial aufgenommen wurden.

Analyseergebnisse

Bezüglich des Verhältnisses der einzelnen Akteure zueinander kann festgehalten werden, dass sich die Zivilgesellschaft stark als Gegenpol zu den staatlichen Vertretern positionierte. Man betonte die eigene bedeutende Rolle, vertrat grundsätzlich einen Multi-Stakeholder-Ansatz und sprach sich in diesem Sinne auch dafür aus, dass die Rolle der Regierungen nicht größer sein sollte als die der anderen Akteursgruppen. Die Definition der eigenen Rolle als Opposition geschah auch über die Stellung von Forderungen an die Gruppe der staatlichen Vertreter. Die Privatwirtschaft hingegen suchte das Bündnis mit den staatlichen Vertretern. Die Privatwirtschaft baute auf ihre Investitionstärke und bezeichnete sich selbst sogar als Haupteigentümer des Internets. Diesbezüglich unterstrich die privatwirtschaftliche Vertretung auch, dass man zwar gerne andere Akteure an der Verwaltung des Internets beteiligen möchte, die tatsächlich entscheidenden Kräfte aber ökonomische seien. Insgesamt positionierte sich die Privatwirtschaft durch ihre Aussagen als absolute Gegenpartei der Zivilgesellschaft, etwa in den Bereichen geistigen Eigentums und auch was den Begriff „freien Zugang“ betrifft, da für sie „freier Zugang“ nicht gleichbedeutend sei mit „gebührenfreiem Zugang“.

Die in die Analyse einbezogenen Dokumente der internationalen Organisationen lassen auf eine Art Zwischenposition dieser Akteursgruppe schließen. Während die ITU/Weltbank dem privatwirtschaftlichen Sektor und den Regierungen und den daraus möglicherweise resultierenden Public Private Partnerships eine gewisse Bedeutung zuweist, argumentieren CERN/UNESCO/ICSU stark in Richtung eines Multi-Stakeholder-Ansatzes und mahnen Regierungsvertreter, wie wichtig die Zusammenarbeit mit Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft ist. Das OHCHR versucht ebenfalls nicht in Richtung einer einseitigen Koalition mit einer der anderen Akteursgruppen zu argumentieren. So teilt sie etwa mit der Privatwirtschaft die Ansicht der Technik-Neutralität, unterstützt aber andererseits die Anliegen der Zivilgesellschaft hinsichtlich menschenrechtlicher Aspekte. Das OHCHR stellt auch konkrete Anforderungen an die Aufgaben der Zivilgesellschaft und der staatlichen Vertreter sowie der Privatwirtschaft. So sei es etwa Aufgabe der öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Ebene die Wirkungen der IKTs auf die Gesellschaft in eine positive Richtung zu lenken. An die Privatwirtschaft wird hingegen die Forderung gestellt nicht nur gewinnorientiert, sondern auch sozial verantwortlich zu handeln.

Aus den Dokumenten der staatlichen Vertreter lässt sich eine gewisse Tendenz ableiten, die aber nicht von allen Regierungen im selben Ausmaß getragen wird. So stellen sich die USA extrem stark hinter die Forderungen der Privatwirtschaft. Für Indien spielt die Förderung wirtschaftlicher Aspekte zwar auch eine Rolle, es fordert aber genauso Regelungen gegen eine zunehmende Medienkonzentration und auch die Einrichtung unabhängiger Regulierungsbehörden für den Medien- und IKT-Bereich. Die African Group baut hingegen auf eine von allen Stakeholdern getragene Diskussion und spricht sich auch hinsichtlich möglicher Partnerschaften für vielfältige Optionen aus.

Die Teilnahme- und Gestaltungsrechte des Gipfels betreffend lassen sich aus den analysierten Dokumenten keine bedeutenden Ergebnisse ableiten. Hinsichtlich der Governance- bzw. Regulierungsmechanismen ist festzuhalten, dass die privatwirtschaftliche Präferenz für den Marktmechanismus durch die USA in allen Punkten unterstützt wird. Indien und die African Group äußern sich nicht eindeutig für die Anwendung bestimmter Mechanismen, ebenso wie die internationalen Organisationen. Die Zivilgesellschaft spricht sich in manchen Teilaspekten überraschenderweise stark für staatliche Regulierungstätigkeit aus, etwa bei der Rahmensetzung für Gemeinschaftsmedien oder bei der Entwicklung öffentlicher Dienste, quasi als Gegenpol zum Marktmechanismus.

Alle Stakeholder unterstützen die rechtliche Fundierung der Debatte auf den Menschenrechten der UN Deklaration und der UN Charta. Jedoch können diese unterschiedlich gelesen werden, wie etwa die ökonomische Interpretation der USA zeigt. Dieser stehen nämlich die zivilgesellschaftliche Interpretation und die Perspektive des OHCHR gegenüber. Einigkeit besteht aber auch im Hinblick auf die Forderung nach Good Governance.

Extreme Differenzen sind im Bereich der geistigen Eigentumsrechte auszumachen. Während sich die Privatwirtschaft und die USA klar für die Beibehaltung des Status quo aussprechen, erkennen CERN/UNESCO/ICSU die durch das momentane System aufrechterhaltene Ungerechtigkeit beim Zugang zu wissenschaftlicher Information. Sie fordern etwa, dass alle wissenschaftlichen Forschungsergebnisse, die durch öffentliche Subventionen ermöglicht wurden in die public domain fallen sollen und somit der Öffentlichkeit frei und ohne zusätzliche Kosten für den Erwerb zur Verfügung stehen sollten. Auch die Zivilgesellschaft fordert explizit eine grundlegende Neugestaltung des Systems.

Auch in Bezug auf die Zugangs-Thematik werden unterschiedliche Standpunkte vertreten. Eine Argumentationslinie vertritt die Ansicht, dass leistbarer, gleicher und ubiquitärer Zugang zu Information und Wissen die Vorraussetzung für die Realisierung aller anderen Aspekte einer Informationsgesellschaft sind, während eine zweite Argumentationslinie darlegt, dass dieser Zugang zuerst ein rechtlich abgesichertes Rahmenfeld braucht um realisiert werden zu können. Die zweite Ansicht wird vor allem von den USA und von der Privatwirtschaft vertreten, die unter einem abgesicherten Rahmen vor allem Privatisierung, Wettbewerb, Liberalisierung und den Schutz von geistigen Eigentumsrechten verstehen. Wenn dieser Rahmen nicht gegeben ist kann nicht investiert werden um Zugang zu schaffen.

Kommunikationspolitisch wurde bei der Analyse der ausgewählten Dokumente deutlich, dass vor allem die USA sehr stark an der uneingeschränkten Gültigkeit des „Free Flow of Information"-Paradigmas festhalten. Sie sprechen diese Präferenz auch offen aus, während die Privatwirtschaft in diesen Belangen eher zurückhaltend ist. Zivilgesellschaft und internationale Organisationen treten eher für ein in Hinblick auf Entwicklungsmöglichkeiten eingeschränktes Modell des „Free Flow of Information" ein.

Wohin genau nun die Entwicklung der Informationsgesellschaft geht oder gehen soll ist in dieser Phase noch nicht so eindeutig abzusehen, da es viele unterschiedliche Standpunkte hinsichtlich dem Terminus „people centered" gibt. Der Begriff „inclusive" scheint jedoch relativ klar als in jeglicher Hinsicht nicht-diskriminierend zu gelten. Dies schließt alle benachteiligten Gruppen, in besonderer Weise aber Behinderte und Frauen ein. Die Entwicklungsdimension wird hingegen wiederum in sehr unterschiedlicher Weise wahrgenommen, obwohl klar von einer Dominanz eines ökonomischen Entwicklungsbegriffs ausgegangen werden kann. Dies impliziert auch die Verbindung zu den Informationsgesellschaftsmodellen von Drucker und Bell. Imhofs Medialisierungsaspekt wird im Dokument von CERN/UNESCO/ICSU angesprochen, jedoch nicht in Zusammenhang mit einer politischen Öffentlichkeit, sondern in Bezug auf die Auswirkungen der IKTs auf die Forschung in allen ihren Facetten. Eine dieser Auswirkungen ist unter anderem eine Veränderung der wissenschaftlichen Öffentlichkeit und der Netzwerke und somit wiederum des wissenschaftlichen Arbeitens selbst.

6.4.5 Genf – Der Gipfel Phase I

Materialauswahl

Als Ergebnisse der ersten Gipfelphase wurden in Genf von Regierungsseite her zwei Dokumente präsentiert: Eine Prinzipiendeklaration und ein Aktionsplan, die in mühsamer Weise bis kurz vor dem Gipfel ausverhandelt worden waren und einen Kompromiss aller teilnehmenden Staaten darstellen. Diese beiden Dokumente bilden die Basis der Analyse des Gipfels in Genf. Aus Unzufriedenheit mit dem erzielten Ergebnis legten zivilgesellschaftliche Vertreter eine Art Gegendeklaration vor, die auch dem Präsidenten des Genfer Gipfels offiziell überreicht wurde. Diese Deklaration ist somit der dritte inoffizielle Output des Genfer Gipfels.

Von den privatwirtschaftlichen Vertretern gab es (oder gibt es heute) keine eigene Deklaration zum Gipfel. Um ihren Standpunkt dennoch in der Analyse darstellen zu können wurde das einzige CCBI-Statement des Gipfels herangezogen. Auch die internationalen Organisationen haben kein einheitliches Statement zu den Abschlussdokumenten hervorgebracht. Als kleiner Auszug der vielen einzelnen Statements wurde der gemeinsame Beitrag von UNECE, UNCTAD, UNESCO, ITU, OECD und EUROSTAT herangezogen, der sich zwar mit dem Schwerpunkt statistischer Messung von Informationsgesellschaft beschäftigt, aber gerade dadurch gut widerspiegelt, was Informationsgesellschaft für diese Organisationen bedeutet, da es ja bestimmte Indikatoren für die statistische Messung geben muss. Um die Frage der Mitgestaltungsrechte der einzelnen Akteursgruppen zu klären wurden noch die Regelungen über die Durchführung des Gipfels in das Analysematerial aufgenommen.

Analyseergebnisse

Das Verhältnis der Akteure auf dem Gipfel ist vor allem von der Spannung zwischen Zivilgesellschaft und den staatlichen Vertretern bzw. den privatwirtschaftlichen Vertretern gezeichnet. Dies war auch ausschlaggebend dafür, dass die Zivilgesellschaft eine eigene Deklaration verfasste, in der sie auch auf diese Spannungen bzw. auf die inadäquate Representation ihrer Interessen verwies. In den offiziellen Dokumenten des Gipfels lässt sich zudem auch eine Tendenz zu einer Allianz der staatlichen Vertreter mit der Privatwirtschaft ablesen. Die Privatwirtschaft wird hier weitaus öfter explizit als Kooperationspartner

genannt als die Zivilgesellschaft. Auch internationale Organisationen werden häufiger extra erwähnt. Die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft wird oft nur in der Phrase „all stakeholders“ impliziert. Internationale Organisationen stehen meist zwischen diesen beiden Polen und werden in den offiziellen Dokumenten auch häufiger ausdrücklich erwähnt als die Zivilgesellschaft. Einzelnen INGOs wird zudem eine besondere Stelle zugewiesen, wie etwa der ITU.

Auch in ideeller Hinsicht nehmen die Zivilgesellschaft und die Regierungen respektive die Privatwirtschaft konträre Positionen ein, was sich bereits in der Tatsache zeigt, dass die Zivilgesellschaft immer im Plural von Informationsgesellschaften spricht und damit dem Universalismus der offiziellen Dokumente widerspricht. Die Zivilgesellschaft vertritt eine Herangehensweise, die jedes einzelne Individuum als Akteur sieht, während der Regierungsstandpunkt relativ deutlich die Akteursgruppen als umsetzende Institutionen sieht. Auch in Bezug auf die Technikneutralität sind die Meinungen gegensätzlich – die Zivilgesellschaft bezeichnet Technikneutralität als Trugschluss, während die Privatwirtschaft Technikneutralität der Regulierung als eine der Vorbedingungen für Investition sieht. Als eine weitere wichtige Bedingung für Investitionen sieht die Privatwirtschaft etwa den Schutz geistiger Eigentumsrechte nach gegenwärtigem Modell an, während die Zivilgesellschaft die bisherige Handhabe dieser Eigentumsrechte überdacht haben möchte. In den offiziellen Dokumenten trägt man zwar den beiden Aspekten von geistigen Eigentumsrechten (Schutz dieser Rechte fördert Innovation; Notwendigkeit von Verbreitung des Wissens) Rechnung, eine Neuformulierung oder Überarbeitung der zurzeit bestehenden Regelungen im Rahmen der TRIPS-Abkommen (Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights) und der WIPO (World Intellectual Property Organization) wird aber nicht angedacht.

Weiters warnt die Zivilgesellschaft vor möglichen negativen Folgen einer zu schnellen und unbedachten Umsetzung von Informationsgesellschaften, was von Regierungen oder Privatwirtschaft nicht erwähnt wird. Hier überwiegt der Technikoptimismus. Auch der neoliberale Ansatz von Privatwirtschaft und Regierungen wird von der Zivilgesellschaft kritisiert. Übereinstimmungen finden sich nur in zwei Punkten. Zum einen, dass die Umsetzung nur in einem stabilen und vorhersagbaren rechtlichen Umfeld Früchte tragen kann, zum anderen dass Zugang zu IKTs alleine noch keine Informationsgesellschaft ausmacht. Primär-Bildung (Lesen und Schreiben) und Ausbildung in technischen Belangen (e-literacy) sind für die Privatwirtschaft, die staatlichen Vertreter und auch die Zivilgesellschaft Vorausset-

zungen um den Zugang zu IKTs nützen zu können. Für die Zivilgesellschaft ist jedoch noch ein Aspekt dabei wesentlich: Die positiven Hoffnungen, vor allem in Hinsicht auf Demokratisierung und Befähigung breiter Bevölkerungsschichten, setzt auch die Fähigkeit voraus sich mit den zugänglichen Inhalten kritisch und kreativ auseinandersetzen zu können.

Der starke Einfluss des privatwirtschaftlichen Standpunktes auf die Argumentationslinie der offiziellen Abschlussdokumente des Genfer Gipfels steht im Widerspruch zu den eigentlichen Teilnahmerechten der nicht-staatlichen Akteure. Grundsätzlich galt für alle die Regel, dass man sich am Gipfel nicht äußern durfte, wenn man nicht die Erlaubnis des Präsidenten hatte. Das Recht zu wählen (in Bezug auf die Annahme oder Ablehnung der Dokumente) war den Staaten vorbehalten wobei jeder Staat eine Stimme hatte. Alle nichtstaatlichen Vertreter (Privatwirtschaft, internationale Organisationen und zivilgesellschaftliche Vertreter/NGOs) wurden als Beobachter klassifiziert und hatten nicht das Recht mit abzustimmen. Zivilgesellschaft/NGOs und die Privatwirtschaft erhielten beide dasselbe Recht mündliche Statements zu Belangen abzugeben, in denen sie spezielle Kompetenzen aufweisen, und sie durften an als öffentlich deklarierten Treffen des Gipfels und seiner Komitees teilnehmen. Organisationen, die über eine beständige Einladung der Generalversammlung der Vereinten Nationen verfügen, spezialisierte Einrichtungen, andere intergouvernmentale Organisationen und die Organe der Vereinten Nationen selbst, sprich alle INGOs, hatten zudem das Recht auch in Arbeitsgruppen mitzuwirken und auch der Zugang zu nicht-öffentlichen Sitzungen wurde nicht explizit ausgeschlossen. Zu ihren Spezialthemen konnten alle Akteure mit beständiger Einladung der GA und regionale Kommissionen schriftliche Statements abgeben, die vom Sekretariat zu verwalten und allen Delegierten zur Verfügung zu stellen waren.

Bezüglich der favorisierten Governance-Mechanismen sind noch einmal Unterschiede zwischen den zivilgesellschaftlichen Vertretern und den staatlichen, privatwirtschaftlichen und intergouvernmentalen Vertretern festzustellen. Während sich die zweite Gruppe primär auf die Ermöglichung von Policy-Diffusion bzw. -Transfer, die Bildung von Netzwerken und die Förderung von Marktmechanismen konzentrierte, wird in der zivilgesellschaftlichen Deklaration auch Gemeinschaft als Lösungsansatz angedacht. Überraschenderweise tritt die Zivilgesellschaft auch stärker für die Beibehaltung von Hierarchien in bestimmten Bereichen ein, fordert also auch Government und nicht nur Governance. Selbst hat sie auch zumindest ansatzweise von einem elementaren Governance-Mechanismus Gebrauch gemacht. Die Zivilgesellschaft drohte mit ihrer Exit-Option, hat

Gebrauch gemacht. Die Zivilgesellschaft drohte mit ihrer Exit-Option, hat diese Drohung aber nur zum Teil verwirklicht indem sie eine eigene Deklaration verfasst hat.

Die Legitimation für ihre Anschauungen ziehen die Genfer Deklaration, der Handlungsplan und auch die zivilgesellschaftliche Deklaration aus den Menschenrechten und der UN-Charta, auf die immer wieder verwiesen wird. Die offiziellen Abschlussdokumente verweisen zudem beständig auf die Millennium Development Goals, zu deren Realisierung IKTs einen großen Beitrag leisten sollen. Die Zivilgesellschaft hingegen stützt sich primär auf die Menschenrechtscharta, was auch durch ein eigenes, diesem Thema gewidmetes Kapitel in ihrer Deklaration unterstrichen wird. Aus den Menschenrechten leiten sie auch die Verantwortung jedes einzelnen ab, bei der Realisierung von Informationsgesellschaften, quasi aus weltbürgerlicher Pflicht heraus, aktiv mitzuwirken. Die Privatwirtschaft streicht ihren Gestaltungsanspruch in den Bereichen Investition, Kreativität und Innovation heraus, mit der etwas platten Begründung, dass dies der private Sektor einfach am besten könne.

Die Themenstruktur unterscheidet sich zwischen den einzelnen Akteuren ebenfalls. In der Genfer Prinzipien-Deklaration und auch dem Handlungsplan liegt der Schwerpunkt auf der Schaffung von Zugangsmöglichkeiten zu IKTs – „Access“ ist wohl das meistgebrauchte Hauptwort in diesen beiden Schriften. Daraus lässt sich auch ableiten, dass ein weiteres wichtiges Thema der Ausbau der Infrastruktur ist. Diese primäre Konzentration auf Zugang und Infrastruktur lässt sich besonders deutlich an der Aufzählung der Ziele im Aktionsplan erkennen, wobei hier vor allem Verbindung/Vernetzung angestrebt wird. Auch die Bildung von Humankapital und konkrete IKT-Applikationen sind zentral. Wichtig ist es zu erkennen, dass unter IKT vor allem auch das Internet verstanden wird. Klassische Medien spielen eine eher geringe Rolle, wie auch ethische und kulturelle Aspekte und Auswirkungen der IKT-Durchdringung von Gesellschaften. In diesen Bereichen werden im Vergleich zu den anderen Aktionslinien nur wenige Richtlinien für die Umsetzung dargestellt. Bezüglich der Bildung von Humankapital zielt man vor allem auf zwei Gruppen ab: junge Menschen/Kinder und Frauen. Im Ausbildungs- und Applikationsbereich sieht auch die Privatwirtschaft ihre Stärke und ihr hauptsächliches Aktivitätsfeld. Für die staatlichen Vertreter ist zudem die Schaffung eines günstigen Umfeldes zentral, wobei man jedoch die Souveränität der einzelnen Staaten unterstreicht, auch bei der Verwaltung der Country-Code-Top-Level-Domains.

Für die zivilgesellschaftlichen Vertreter stehen vor allem ethische und kulturelle Aspekte bei der Bildung von Informationsgesellschaften im Vordergrund. Menschenrechtliche Aspekte reichen für sie von der freien Meinungsäußerung über die Privatsphäre bis hin zu den Rechten von Arbeitern, einheimischer/eingeborener Bevölkerung, Frauen, Kindern und Behinderten, aber auch von Flüchtlingen. Besonders aber der Gender-Aspekt wird immer wieder betont. In Bezug auf die zu schaffende Kommunikationsstruktur tritt die Zivilgesellschaft stark dafür ein, besonders in Entwicklungsländern gemeinschaftliche Medienzentren einzurichten und bei der Infrastrukturschaffung kostengünstig IKT- und Rundfunknetze den Mediamatik-Entwicklungen entsprechend gemeinsam zu nutzen. Ein wichtiger Aspekt ist auch die nachhaltige Entwicklung. Es wird nachhaltige, umweltfreundliche Technikentwicklung und Energiegewinnung gefordert, ebenso wie Recycling, das Sparen von Ressourcen und die Verwendung von Solartechnik. Bezüglich Kultur und Sprache wird ein aktiver Schutz der Pluralität eingefordert. Ein besonderes Detail am Rande: Die Zivilgesellschaft fordert auch, dass das Wissen von Eingeborenen nicht patentiert werden sollte, wie etwa im Bereich der Arzneimittel. Im Bereich des Copyrights spricht man sich für Lessigs Konzept der Balance aus – Fristen sollten einen angemessenen Zeitraum umfassen und nicht endlos sein. Zugang kann nur dann etwas bringen, wenn der öffentliche Bereich an Information auch nachhaltig sinnvoll angereichert wird. Inhalte sollten nicht nur als ökonomische Güter verstanden werden, sondern auch als Teil der Kultur einer Gesellschaft.

Der Beitrag der internationalen Organisationen hat die statistische Erfassung von Informationsgesellschaft zum Inhalt. Dabei wird deutlich, dass hier die von den staatlichen und privatwirtschaftlichen Vertretern gesetzten Schwerpunkte auch Schwerpunkte in der statistischen Erhebung sind. So sollen Indikatoren für die Infrastruktur, die Eigenheiten von Zugang, die Anwendungsbereiche und die Ausbildung in IKT-Anliegen gefunden werden. Ethische und kulturelle Aspekte der Entwicklung bleiben wieder einmal auf der Strecke.

Bei der Programmformulierung sind somit erhebliche Unterschiede zwischen den Akteursgruppen zu konstatieren. Dabei kann aber als positiv gelten, dass sich die Regierungsvertreter überhaupt auf eine gemeinsame Formulierung einigen konnten. Das Handeln der Zivilgesellschaft kann positiv als auch negativ interpretiert werden. Zum einen ist es positiv, dass auch diese sich koordiniert und sich zu einer gemeinsamen Stellungnahme durchgerungen hat, ebenso wie die Einrichtung der beiden Arbeitsgruppen zu den Themen Internet Governance und Finanzierung. Die offiziellen Dokumente verlieren aller-

dings an Wert, da die zivilgesellschaftliche Unterstützung fehlt. Hinsichtlich der kommunikationspolitischen Paradigmen ist keine klare Zuordnung mehr erkennbar. Die klassischen Charakteristika des freien Informationsflusses werden eher von den offiziellen Dokumenten widergespiegelt. In ihnen wird hingegen betont, dass es auch wichtig ist, nicht nur Zugang zu Informationen zu haben, sondern auch selbst etwas beitragen zu können. Ein weiteres wichtiges Detail taucht hier auf: Es gibt auch Informations- und Wissensströme von Süden nach Norden, nur werden diese Informationen und dieses Wissen im Norden verwertet und gelangen erst über diese Verwertung wieder in den Süden. Der Schutz lokalen Wissens spiegelt klar eine Forderung der NWIKO wieder. Entwicklungsförderung steht aber bei allen Akteuren im Vordergrund.

Wie aus den bisherigen Ausführungen abzulesen ist, setzten sich in den offiziellen Dokumenten vor allem die staatlichen und die privatwirtschaftlichen Vertreter durch. Ihre Vorstellungen von Informationsgesellschaft sind prägend. Die Zivilgesellschaft hat aber die Auseinandersetzung nicht gescheut und in einem Gegendokument ihre Vorstellungen vom Weg in die Informationsgesellschaften festgehalten. Somit haben sich in gewisser Weise alle Akteure durchgesetzt, wenn auch auf unerwartete Weise – das Ergebnis lautet somit unentschieden.

Obwohl alle Akteursgruppen von einer auf Menschen zentrierte, inklusive, entwicklungsorientierte bzw. gleichberechtigten Informationsgesellschaft sprechen, so sind die Unterschiede in ihrer möglichen Ausgestaltung markant. Für die Zivilgesellschaft gibt es etwa nicht eine Informationsgesellschaft, sondern viele Informationsgesellschaften. Ihr gesamter Blickwinkel wird von individualistischen Tendenzen geprägt. Während für staatliche und privatwirtschaftliche Vertreter die globale Vernetzung, Zugang und Infrastruktur im Vordergrund stehen, baut die Zivilgesellschaft auf den Aufbau von Kommunikationsnetzen auf gemeinschaftlicher, lokaler Ebene.

Theoretisch spiegeln sich in den offiziellen Dokumenten die Ansätze von Drucker und Bell wider. Auch McLuhans Modell des globalen Dorfes lässt sich in der Wunschvorstellung wieder erkennen, dass durch Vernetzung besseres Verständnis zwischen den Kulturen und Nationen entstehen soll. Dies trifft aber auch auf die zivilgesellschaftlichen Vorstellungen zu, die diesen Gedanken mittragen. Im zivilgesellschaftlichen Modell lassen sich jedoch auch Aspekte andere Theoretiker finden, so etwa auch Drucker (Primat des Wissens und der Forschung), aber auch das Thema einer sich verändernden Öffentlichkeit in

dem Verweis auf eine Weltbürgerschaft und auch Castells mit dem Gedanken der Vernetzwerkung – hier gerade auf lokaler Ebene. Die Virtualisierung der Welt scheint jedoch in den offiziellen Dokumenten dringlicher und sollte möglichst ohne Verzug weltweit umgesetzt werden.

6.4.6 Tunis – PrepCom-1

Materialauswahl

Das erste vorbereitende Treffen der zweiten Gipfelphase ist jenes, bei dem die Anzahl der produzierten Dokumente am geringsten ist, was aber auch die Auswahl erleichterte. Um die direkte Anknüpfung an den Gipfel in Genf zu gewähren wurde das Statement von Yoshoi Utsumi (Obman des Organisationskomitees und Generalsekretär der ITU) ausgewählt, das sich den Aktivitäten widmet, die zur PrepCom-1 der Tunis-Phase führten. Für die Analyse der Struktur der Tunis-Phase ist die Entscheidung der PrepCom1 (vom Präsidenten der PrepCom) beispielhaft. Weiters gilt es im Rahmen der Tunis-PrepCom-1 die ersten Statements der neu eingerichteten Arbeitsgruppen zu Finanzierung und Internet Governance zu berücksichtigen. Als Vertretung der einzelnen Akteursgruppen wurden Dokumente der CCBI, der Heinrich-Böll-Stiftung (CS), der UN Commission on Science and Technology Development (UNCSTD) und auf Regierungsseite das Statement der EU ausgewählt.

Analyseergebnisse

Das Verhältnis der Akteure gestaltet sich in dieser Phase insofern neu, als dass vor allem die zivilgesellschaftlichen Akteure, aber auch die Privatwirtschaft Forderungen bezüglich einer Veränderung bzw. Ausdehnung ihrer Mitgestaltungsrechte im Prozess des WSIS stellen. Indirekt bildet sich hier also eine Allianz zwischen Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft, auch wenn man sonst in den alten Koalitionsmustern (Regierungen mit Privatwirtschaft, Zivilgesellschaft als Gegenpol, internationale Organisationen als relativ koalitionsfreie Akteursgruppe) verhaftet bleibt. Rückendeckung bekommen die Forderungen jedoch von Seiten der Arbeitsgruppe Internet Governance, die es sich selbst zum Ziel gesetzt

hat, den bisherigen Trends zum Trotz den Multi-Stakeholder-Ansatz nicht nur theoretisch zu unterstützen sondern auch umfassend zu realisieren.

Privatwirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Vertreter verlangen bei dieser ersten Sitzung eine Reformierung der Mitgestaltungsrechte von Akteuren mit Beobachterstatus. Ihr Ziel ist es keineswegs das Stimmrecht für den Gipfel zu erlangen, sondern besser Artikulationsmöglichkeiten zu erhalten. Dies umfasst etwa die Forderung nach Zugang zu allen Treffen und Miteinbeziehung in regionale und thematische Konferenzen, ein Interventionsrecht um umgehend auf wichtige Punkte eingehen zu können und so die Diskussionen reziproker zu gestalten und im Fall der Zivilgesellschaft auch mehr Zeit für Stellungnahmen dieser Gruppe einzuräumen, da sie auch einen Hauptteil der TeilnehmerInnen stellen. Die Zivilgesellschaft fordert zudem bessere Möglichkeiten beim Implementationsprozess mitzuwirken und auch bessere Einbeziehung von Akteuren, die nicht direkt an den Vorbereitungstreffen oder am Gipfel selbst teilnehmen können. Dieser zweite Wunsch wird in ähnlicher Weise auch vom privatwirtschaftlichen Sektor widergespiegelt, der eine transparentere und aktuellere Dokumentation des Vorbereitungsprozesses und des Gipfelgeschehens verlangt.

In Bezug auf die Governance-Mechanismen haben sich bei der Analyse dieses Teilbereiches des Gipfels keine klaren Ergebnisse herauskristallisiert. Für die beiden Arbeitsgruppen lässt sich aber festhalten, dass sie stark auf einen Vergleich von verschiedenen Policies schauen, und die Berichte eher in die Richtung von Policy-Diffusion bzw. -Transfer zielen. Die EU und auch die WGIG sprechen sich stark für die Einbeziehung aller Stakeholder aus. Im zivilgesellschaftlichen Statement versucht man ebenfalls zu betonen, dass das Weiterführen des WSIS ohne zivilgesellschaftliche Unterstützung einen großen Legitimationsverlust bringen würde und auch die Implementation erschwert werden würde. Man lobt zwar auch das bisher Erreichte und nimmt die wiederholte Betonung alle Stakeholder einbinden zu wollen zur Kenntnis, gibt aber in Zusammenhang mit den Forderungen um bessere Mitgestaltungsrechte gleichzeitig eine diesmal explizite Exit-Drohung ab. Für die TFFM steht eher die Nutzung eigener Netzwerke im Mittelpunkt – auf eine Ausgewogenheit bei den TeilnehmerInnen wird nur hinsichtlich des Ursprungs aus mehr oder weniger entwickelten Ländern gezielt.

Die Themen, die von allen Akteursgruppen als entscheidend und wichtig für die zweite Gipfelphase wahrgenommen werden sind der Finanzierungsaspekt, Internet Governance

und die Evaluierung der bisherigen Tätigkeiten in Bezug auf den Genfer Aktionsplan. Nur der analysierte Beitrag der internationalen Organisationen beschränkt sich auf die allgemeinen Themen Zugang und Verbindung. Der Finanzierungsaspekt taucht allerdings auch in einem zweiten Zusammenhang auf. Eine große Frage dieser ersten vorbereitenden Konferenz war, wie man den zweiten Teil des Gipfels überhaupt finanzieren sollte, war doch schon im Zuge der Genfer Phase ein Minus von beinahe einer halben Million Schweizer Franken entstanden. Die EU aber auch der Bericht des Obmanns des Organisations-Komitees zielen auf eine schlankere, abgespeckte Version der Genfer Vorbereitungsphase. Bei beiden Finanzierungsaspekten (DSF und die Vorbereitung des Gipfels) setzt man auf eine stärkere Beteiligung der Privatwirtschaft. Alle Akteursgruppen sind sich thematisch allerdings einig, dass keine Themen wieder aufgegriffen werden sollten, über die bereits in Genf eine Einigung erzielt worden ist.

Grundsätzlich steht in dieser Teilphase des WSIS wieder das Agenda-Setting im Vordergrund, das diesmal primär von den beiden Arbeitsgruppen Internet Governance und Finanzierung übernommen wird. Positive bzw. negative Entwicklungen sind nur insofern festzumachen, als dass aus dem ersten Vorbereitungsprozess gelernt wurde und man von Beginn an eine striktere Struktur mit bestimmten Hauptthemen vorgibt und auch den Zeitplan konsequenter zu verfolgen versucht – so haben etwa die beiden Arbeitsgruppen eigene Zeitpläne ausgearbeitet, innerhalb derer agiert werden soll. Zum Vergleich bisheriger kommunikationspolitischer Paradigmen und den präsentierten Statements ist wenig zu sagen, da die einzelnen Stellungnahmen weniger paradigmatische Züge aufwiesen als bisher. Einzig im Bericht der UNCSTD wird das Zugangs-Paradigma aufgenommen. Auch bezüglich der Durchsetzung der Akteure kann in dieser Phase wenig gesagt werden, da die Agenda für den Gipfel noch nicht feststeht, bzw. weil sich die Akteursgruppen über die Hauptthemen, die es zu bearbeiten gilt, relativ einig sind.

Auch bezüglich dem Bild über Informationsgesellschaft, das vorherrscht, gibt es nur wenige klare Aussagen, etwa kommt in der Stellungnahme der UNCSTD der Ausdruck Wissensgesellschaft vor und auch das Thema Zugang ist wieder zentral. Auch die Zivilgesellschaft versucht erneut zu betonen, dass Informationsgesellschaften auf das Individuum als Mensch bauen. Die Privatwirtschaft betont den globalen Charakter der Informationsgesellschaft. Theoretische Modelle spiegeln sich hier zwar in einzelnen Aspekten wieder, aber das Ziehen eindeutiger Parallelen zwischen theoretischen Modellen und den Ansichten einzelner Akteursgruppen ist diesmal nicht direkt möglich. Ebenso sind die Messung

von Erfolg oder Misserfolg und der Fortschritt bei der Umsetzung des Genfer Aktionsplans nur als Ansätze für eine weitere Thematisierung vorhanden und werden in dieser Phase selbst noch nicht erörtert.

6.4.7 Tunis – PrepCom-2

Materialauswahl

Den Großteil des in die Analyse einbezogenen Materials bilden diesmal die Zusammenstellungen der Kommentare zu den einzelnen Teilen der Abschlussdokumente. Die Kompilation umfasst folgende Teilbereiche: Das politische Vorwort, den Bereich der Implementation (Kapitel 1 des operativen Teils), Bemerkungen zu den finanziellen Mechanismen (Kapitel 2) und schließlich dem Ausblick (Kapitel 4). Eine Zusammenfassung von Bemerkungen des Kapitels 3 der Tunis-Abschlussdokumente (Internet Governance) wird im nächsten Kapitel analysiert, da dies erst dort zur Verfügung stand. In diesen Zusammenfassungen kommen Vertreter aller Akteursgruppen zu Wort, wehalb auf eine zusätzliche Auswahl von Einzelkommentaren weitestgehend verzichtet wurde. Einzig eine gemeinsame Stellungnahme der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft wurde separat analysiert, da schon die Tatsache erwähnenswert ist, dass diese beiden Gruppen ein gemeinsames Dokument verfasst haben. Für die Repräsentation der Privatwirtschaft wurde zudem noch ein kurzes Statement des CCBI in das Analysematerial aufgenommen, da die Kommentare dieser Akteursgruppe in den Zusammenfassungen relativ dürftig ausfallen.

Neben diesen gesammelten Beiträgen wurden noch zwei weitere wichtige Dokumente für die Analyse ausgewählt. Dies sind die beiden vorläufigen Berichte der Arbeitsgruppe Internet Governance und der Task-Force für finanzielle Mechanismen. Der Grund für die Auswahl der beiden Berichte liegt darin, dass sie die Grundlage für die weiteren Verhandlungen der Regierungsvertreter über die Abschlussdokumente der Tunis-Phase bilden.

Analyseergebnisse

In den beiden Berichten der Arbeitsgruppen spricht man sich stark für die Anwendung so genannter Multi-Stakeholder-Partnerschaften (MSPs) aus. Insgesamt wird den einzelnen Akteursgruppen in beiden Berichten eine bestimmte Rolle zugewiesen. So ist etwa die Zivilgesellschaft für die Finanzierung bzw. für das Management der finanziellen Mittel auf lokaler Ebene zuständig, gemeinsam mit Klein(st)- und Mittelunternehmen. Der Privatwirtschaft wird die Rolle desjenigen zugeschrieben, der für den Aufbau der Infrastruktur (oft auch durch öffentliche Finanzierung) verantwortlich ist. Die Regierungen sind schließlich dafür da Finanzierungen auch dort zu gewährleisten, wo kein rentabler Markt entstehen kann (etwa in abgelegenen oder dünn besiedelten Gebieten). Internationale und regionale Organisationen sollen schließlich die Aufgabe regionaler Kooperation übernehmen. Weiters werden auch Süd-Süd-Kooperationen propagiert. Bei Internet Governance hingegen steht das reine Ideal eines Multi-Stakeholder-Ansatzes bei der Umsetzung im Mittelpunkt. Es wird zwar ebenfalls ein gemeinsames Rollenverständnis für die einzelnen Akteursgruppen angestrebt, jedoch dominiert das zu verwirklichende Ziel der Gleichheit.

Aus den Zusammenstellungen der Kommentare der einzelnen Akteure sind die Verhältnisse der Akteure zueinander nicht so eindeutig. Nur selten nimmt man aufeinander Bezug, auffällig ist nur, dass vor allem Regierungen und Privatwirtschaft häufiger explizit genannt werden als internationale Organisationen oder die Zivilgesellschaft. Diese werden meist unter der Bezeichnung „andere Stakeholder“ subsumiert. Internationale Organisationen tauchen als Hauptakteur nur im Bereich des Follow-Up bzw. bei der Evaluierung des WSIS auf. Insgesamt sprechen sich viele einzelne Akteure für stärker regionale Organisierung der Themen und Zusammenarbeit aus. Die Ebene regionaler Kooperationen zwischen verschiedenen Stakeholdern erlangt somit eine besondere Bedeutung. Bezüglich des Verhältnisses zwischen den einzelnen Akteursgruppen ist noch anzumerken, dass es bei dieser PrepCom eine besondere Allianz gab, nämlich jene zwischen der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft. Gemeinsam verfassten Sie ein Dokument, in dem sie ihren Standpunkt hinsichtlich der Implementation und den weiteren Schritten nach dem Gipfel in Tunis kundtaten. Zusammen sprachen sie sich für die absolute Notwendigkeit aus, die Implementierung durch Multi-Stakeholder-Partnerschaften zu gestalten und betonten dabei, dass gerade ihre beiden Akteursgruppen nur dann erfolgreich in der Implementation und dem Follow-Up mitarbeiten können, wenn sie von Beginn an mit an-

deren Stakeholdern zusammenarbeiten. Als Vorbild nennen sie die Arbeitsweise der Working Group on Internet Governance (WGIG).

Bezüglich der Teilnahme- und Gestaltungsrechte ist anzumerken, dass auch in der WGIG die grundlegenden Regeln der Preperatory Committees galten, jedoch wurden parallel zu den offizeiellen Treffen Konsultationen abgehalten, bei denen sich alle Stakeholder beteiligen konnten. Um dieses Prozedere möglichst einschließend zu gestalten wurde auch das Internet als Diskussionsraum genützt, wo etwa die Arbeitspapiere kommentiert werden konnten und so ein lebendiger Diskurs entstand.

Die bevorzugten Governance-Mechanismen sind je nach Thematik und Teilmaterial der Analyse sehr unterschiedlich. So wird etwa im Bereich der Finanzierung primär ein funktionierender Marktmechanismus angestrebt, um möglichst viele Investitionen durch die Privatwirtschaft anzuziehen. Diese investiert nämlich nur dort, wo die geschäftlichen Risiken gering, und die Marktzutrittsbarrieren möglichst niedrig sind. Weitere Governance-Mechanismen, die von unterschiedlichen Akteuren aufgegriffen werden sind der Wettbewerb politischer Ideen und die Policy-Diffusion bzw. der Policy-Transfer. Diese beiden Mechanismen werden auch als einander ergänzend angesprochen.

Thematisch sind wenige neue Aspekte im Bereich der allgemeinen Prinzipien hinzugekommen. Auch der Bericht der Task Force on Financial Mechanisms enttäuscht, da sie ursprünglich das Ziel hatte neue Finanzierungsmechanismen vorzustellen. Einzig für die Finanzierung durch Spendengelder und die Zivilgesellschaft wird darauf hingewiesen, dass hier eine bessere Koordinierung notwendig ist. Diesen wird schließlich auch die Aufgabe auferlegt neue Finanzierungsmechanismen zu entwickeln. Der DSF wird nur am Rande erwähnt. Die dazugehörige Bemerkung erschöpft sich in dem Hinweis, dass es sich dabei um ein Projekt einer Multi-Stakeholder-Partnerschaft handelt.

Die Arbeitsgruppe zur Internet Governance hat zumindest einen Rohentwurf für eine Defintion von Governance in ihrem Bereich geliefert. Diese ist jedoch recht simpel und beschränkt sich auf die Aussage, dass unter Governance mehr als bloßes Regierungshandeln verstanden wird, sondern nur durch einen Multi-Stakeholder-Ansatz verwirklicht werden kann. Als wichtigste Themen für den Bereich Internet sieht sie die Infrastruktur-Problematik, effizienteres Ressourcenmanagement und Kapiazitätsbildung.

In den gesammelten Statements vertreten die Stakeholder ihre klassischen Themen. Die Staaten verteidigen ihre Souveränität, alle wollen die MDGs durch bessere IKT-Nutzung verwirklichen, die Zivilgesellschaft und viele afrikanische Staaten pochen auf den Erhalt kultureller und sprachlicher Vielfalt und einer durchdachten Gender-Perspektive. Alle wollen umfassenden Zugang zu den IKTs und die Einhaltung der Menschenrechte, wenn auch manchmal mit dem Vorbehalt vor allem die Meinungsäußerungsfreiheit dann gesetzlich zu unterbinden, wenn Persönlichkeitsrechte verletzt werden, oder wenn der Schutz der nationalen Sicherheit oder der öffentlichen Ordnung, die Gesundheit oder die Moral der Bevölkerung auf dem Spiel stehen.

Interessant sind jedoch die Stellungnahmen der internationalen Organisationen, die versuchen die betrieblichen Auswirkungen und die Konsequenzen von IKTs auf den Arbeiter bzw. den Arbeitsmarkt aufzuzeigen. Leider sind diese Mühen nicht von Erfolg gekrönt, da sie im Wirrwarr der Rufe für allgemeinen, gleichen und gerechten Zugang zu Information untergehen.

Absolut uneins ist man sich darüber, wie man das Follow-Up und die Evaluierung der Phase nach WSIS angehen soll. Die Uneinigkeit zieht sich quer durch alle Akteursgruppen. Auf welcher Ebene solle man die Datensammlung ansiedeln? Welche Daten sollten überhaupt gesammelt werden? Wer sollte die Koordinierung der Auswertung und die Übersicht über dieses System übernehmen? Dabei kristallisierte sich heraus, dass vor allem zwei internationale Organisationen dabei eine Rolle spielen sollten. Zum einen war dies die ITU und zum anderen die UNESCO. Während sich die UNESCO diese Aufgaben selbst auf die Fahnen heftete, wurde von Russland ein ausgewogeneres System, in dem zwar die ITU dominieren sollte, aber auch andere internationale Organisationen Teilaufgaben übernehmen sollten, vorgeschlagen.

Hinsichtlich der Weiterentwicklung der kommunikationspolitischen Paradigmen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bietet sich diesmal ein Paradebeispiel für die Konvergenz dieser beiden Paradigmen. Konkret handelt es sich dabei um eine Stellungnahme Kubas. Gleich in zwei aufeinander folgenden Absätzen werden beide Modelle eingefordert. Zum einen ist der freie Informationsfluss notwendig um die Verbreitung von Wissen und Information zu fördern, gleichzeitig möchte man jedoch ein neues Gleichgewicht und größere Reziprozität in den internationalen Kommunikationsflüssen haben. Diese Stellungnahme

kann stellvertretend für den gesamten Gifpelprozess gesehen werden, der zwischen diesen beiden Forderungen pendelt.

Bezüglich der Durchsetzung ist zu sagen, dass viele ihre Interessen nicht durchsetzen konnten. Der Zivilgesellschaft gelang es aber den hier gesetzten Schwerpunkt Gender in vielen Bereichen zu verwirklichen, die Idee globaler öffentlicher Güter konnte sie jedoch nicht umsetzen. Es ist jedoch festzuhalten, dass es sich diesmal bei allen Akteursgruppen um viele kleine und oft wiederholte Forderungen handelte. Viele Akteure der verschiedenen Akteursgruppen konnten sich zumindest in einigen Punkten durchsetzen. Das Bild von Informationsgesellschaft bleibt dabei aber nach wie vor geprägt von den Forderungen nach Zugang und einer besseren Infrastruktur. Wirklich revolutionionäre Ansätze, wie etwa der DSF finden nur wenig Widerhall, höchstens etwa in negativer Art und Weise (die Privatwirtschaft pochte etwa darauf die Freiwilligkeit dieses Fonds zu betonen und setzte sich auch durch). Parallelen zu theoretischen Modellen gibt es vor allem wieder hinsichtlich der Konzepte von Drucker und Bell. Interessanterweise taucht diesmal in den Statements auch verstärkt der Aspekt der Zukunftsorientierung auf, der für das Bell'sche Modell der post-industriellen Gesellschaft kennzeichnend ist.

6.4.8 Tunis – PrepCom-3

Materialauswahl

Das dritte Preperatory-Committee der Tunis-Phase ist jenes, bei dem die meisten Stellungnahmen abgegeben wurden. Insgesamt wurden hier in etwa doppelt so viele Statements abgegeben als im Durchschnitt bei den jeweiligen anderen Teil-Abschnitten des gesamten WSIS-Prozesses, weshalb die Auswahl diesmal besonders restriktive vorgenommen werden musste. Da das Hauptthema dieses letzten Vorbereitungstreffens Internet-Governance war (die anderen Hauptaspekte der Tunis-Phase[46] waren bereits im Rahmen des zweiten Vorbereitungstreffens kommentiert und verhandelt worden), wurde eine Sammlung der Kommentare zum Thema, die von Akteuren der verschiedenen Sta-

[46] Diese waren der politische Vorkommentar, und die Bereiche Finanzierung und Bestandsaufnahme bzw. Evaluation.

keholder-Gruppen abgegeben worden waren, in das Analysematerial aufgenommen. Hieraus sollten Allianzen und Oppositionen relativ gut ersichtlich sein.

Weiters wurden Berichte über regionale und thematische Treffen für die Analyse ausgewählt. Besonderes Augenmerk wurde auf die regionalen Treffen gelegt, da diesen meist ein regionaler Aktionsplan folgte. Sie waren somit nicht nur politische Stellungnahmen, sondern Ausgangspunkt für konkretes zukünftiges Handeln in der Region. Ein Vergleich dieser regionalen Aktionspläne und vor allem eine Evaluierung auf dieser Ebene hätten den Rahmen der vorliegenden Arbeit gesprengt, wären jedoch durchaus interessante Aspekte für weitere Forschung. Insgesamt fließen nun die Ergebnisse drei regionaler Treffen aus den Regionen Asien/Pazifik, Lateinamerika/Karibik und Südosteuropa in die Analyse ein. Die Ereignisse eines weiteren regionalen Treffens (Afrika) wurden in das Analysematerial des Tunis-Gipfels selbst aufgenommen, da der ensprechende Bericht erst dort vorgelegt wurde. Dafür wurde für die Untersuchung dieses letzten Vorbereitungstreffens noch der Bericht zu einer thematischen Konferenz inkludiert. Bei diesem Zusammenkommen ging es um Multi-Stakeholder-Partnerschaften um den Digital Divide zu schließen, was einen direkten Bezug zu Global Media Governance aufweist.

Analyseergebnisse

Hinsichtlich der regionalen Treffen, die durch die Bank in erster Linie Konferenzen hoher nationaler Beamter, Minister oder Regierungschefs waren, ist eine starke Dominanz der staatlichen Akteure gegeben. Nichtsdestotrotz spricht man sich in allen Berichten stark für einen Multi-Stakeholder-Ansatz, bzw. für die Zusammenarbeit mit unterschiedlichsten Akteuren in einzelnen Themenfeldern aus. Im Bericht der südosteuropäischen Ministerkonferenz liegt etwa der Schwerpunkt auf der Zusammenarbeit im Rahmen der europäische Initiative zur Informationsgesellschaft (i2010),[47] die in erster Linie neue Impulse für die europäische Wirtschaft und eine effizientere Verwaltung in den Mitgliedsstaaten bringen soll. Im Bericht der Asia-Pazifik-Konferenz wird die Zusammenarbeit mit allen Akteuren unterstrichen. Den einzelnen Akteursgruppen wird außerdem jeweils eine spezifische Rolle zugeschrieben, die sie erfüllen sollen. Die Zivilgesellschaft sei etwa für die Nachhaltigkeit bei der Realisierung von IKT-Projekten zuständig, die Privatwirtschaft hauptsächlich für die Entwicklung und Anwendung von IKTs, und internationale Organisationen sol-

[47] Nähere Infos siehe unter: http://ec.europa.eu/information_society/eeurope/i2010/index_en.htm .

len die Koordination auf regionaler und internationaler Ebene übernehmen. Die Lateinamerika/Karibik-Konferenz spricht sogar von einer neuen Art des Dialogs zwischen Staat und Gesellschaft und forciert die Verantwortlichkeit aller Akteure und Akteursgruppen für die Realisierung von „Informationsgesellschaft".

Einen wesentlichen Beitrag für die zukünftige Zusammenarbeit von unterschiedlichen Akteuren leistete die thematische Konferenz zum Thema Multi-Stakeholder-Partnerschaften für die Überbrückung des Digital Divide in Seoul im Juni 2005. Dieses Treffen setzte sich mit dem Thema auseinander, wie erfolgreiche Multi-Stakeholder-Partnerschaften aussehen können und welche Hindernisse man zu überwinden habe um eine solche Partneschaft zum Erfolg zu führen. An der Konferenz selbst nahmen Vertreter der verschiedenen Akteursgruppen gleichberechtigt teil.

Schließlich sprechen sich die meisten Akteure, die in der Zusammenstellung von Beiträgen zum Thema Internet Governance vertreten sind, für einen Multi-Stakeholder-Approach bei Internet Governance aus. Die genauen Vorstellungen darüber, wie dieser Ansatz umgesetzt werden soll divergieren sowohl in den Akteursgruppen intern als auch zwischen den Akteursgruppen.

Bezüglich der Teilnahme- und Gestaltungsrechte sind besonders die Ergebnisse der thematischen Konferenz in Seoul interessant. Diese hält etwa fest, dass in einer gut funktionierenden Multi-Stakeholder-Partnerschaft alle Akteure dieselben Rechte und Pflichten haben sollten, die auf dem Vertrauen der Akteure zueinander aufbauen. Die anderen Dokumente beschäftigen sich nicht mit dem Thema der Mitgestaltungsrechte. Bei den Kommentaren zu Internet Governance wird etwa nur die Notwendigkeit der Beteiligung aller Akteure genannt, ohne diese dann konkreter zu beschreiben.

Die Zusammenstellung der Statements zu Internet Governance kann als Beispiel eines Wettbewerbs politischer Ideen gesehen werden. Verschiedene Ideen über die zukünftige Durchführung von Internet Governance werden dargestellt. Dabei beobachtet man andere Akteure und spricht sich unterstützend oder oppositionell aus. Bei den Governance-Mechanismen zur Realisierung der bearbeiteten thematischen Aspekte gibt es keine klare Präferenz. Netzwerke, Hierarchien, Marktmechanismen, Gemeinschaftsvorstellung und Policy-Diffusion/-Transfer werden als mögliche Lösungswege angedeutet.

Thematisch sind mehrere Schwerpunkte festzuhalten. Im Bereich Internet Governance wird immer wieder auf die Notwendigkeit hingewiesen die Sicherheit und Stabilität des Internets gewährleisten zu müssen, was eine Veränderung im institutionellen Bereich problematisch werden lässt. Insgesamt können drei Argumentationslinien unterschieden werden. Zum einen gibt es die Ansicht, dass der Status quo der Internet Verwaltung und Internet Governance völlig ausreichend ist, nur die Partizipation am bereits vorhandenen System müsse gefördert werden. Eine zweite Argumentationslinie besagt, dass das vorhandene Institutionengefüge ausreichend sei, aber Reformen vor allem in Hinblick auf die Strukturen der bestehenden Organisationen notwendig sind. Dabei geht es in erster Linie um die ICANN. Notwendige Reformen würden die Dominanz der USA zurückdrängen und die Mitgestaltung von nicht-staatlichen Akteuren bei Internet Governance fördern. Allgemeine Übereinkunft herrschte darüber, dass keine Regierung eines Landes eine alle anderen Regierungen der Welt überragende Rolle im Bereich der Verwaltung des Internets bzw. von Internet Governance haben sollte. Internet Governance sollte multilateral sein, und im günstigsten Fall von der Zusammenarbeit aller Stakeholder getragen werden. Eine dritte Sichtweise hält das momentan vorhandene System, in dem Internet Governance stattfindet für nicht ausreichend. Eine neue übergreifende Institution sollte geschaffen werden. Darüber, wie diese Institution genau Aussehen soll, welche Funktionen und Aufgaben sie haben soll, gibt es unterschiedliche Vorstellungen. Diese reichen von der Einrichtung eines Rates, welcher Weisungsrecht gegenüber der ICANN haben soll, bis hin zur Abhaltung von jährlichen Konferenzen oder der relativ losen Struktur eines Multi-Stakeholder-Forums[48]. Diese gegensätzlichen Meinungen können nicht auf bestimmte Akteursgruppen festgemacht werden. Einzig die Privatwirtschaft stellt sich stets klar gegen die Schaffung neuer Institutionen. Sie möchte, dass das Bewusstsein über die bereits existierenden Institutionen gestärkt und die Teilnahme an ihnen gefördert wird. Als Neuerung würde sie höchstens eine Event-Reihe vorschlagen, die von den Institutionen jeweils zu bestimmten Themen gemeinsam organisiert werden sollte.

Der Bericht zur thematischen Konferenz in Seoul beschäftigt sich in erster Linie mit der Gestaltung erfolgreicher Multi-Stakeholder-Partnerschaften (MSPs) und möglicher Evaluierungsmechanismen. Für den ersten Themenbereich ist zentral, dass hier Eigenschaften für eine erfolgreiche Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure festgeschrieben wurden. Zu diesen gehören etwa gleiche Rechte und Pflichten, gegenseitiges Vertrauen, Risiken

[48] Diese Diskussion führte am Gipfel in Tunis im Rahmen eines Kompromisses schließlich zur Einrichtung des Internet Governance Forum (IGF) (vgl. Kapitel 6.4.10).

und Vorteile müssen gemeinsam getragen werden, die Kompetenzen der Akteure sollen einander ergänzen und auch in kultureller Hinsicht solle eine gewisse gegenseitige Ergänzung erfolgen. Zudem stellte man fest, dass die MSPs meist auf Zugangsmöglichkeiten zu IKTs auf Gemeinschaftsebene setzen. Positive Erwähnung finden zudem FLOSS-Produkte (Free, Low-Cost and OpenSource Software), es soll aber keinen Zwang zu ihrer Verwendung geben. Im Bereich der Evalierung wird leider kein umfassendes Konzept vorgestellt, womit der eindeutige Schwerpunkt in der Medienpolitik und der Infrastrukturpolitik liegen.

Ähnlich gestaltet sich das Bild bei den regionalen Konferenzen in Südosteuropa, Lateinamerika/Karibik und Asien/Pazifik. Hier stehen wieder einmal klar infrastrukturpolitische Aspekte (Zugang, Breitband) und deren finanzielle Umsetzung im Vordergrund. Einzig bei der Asien/Pazifik-Konferenz spielt der Erhalt bzw. der Respekt gegenüber kultureller und sprachlicher Vielfalt als auch ethische Werte eine Rolle. Insgesamt lässt sich das Analysematerial dieses Vorbereitungstreffens den Policy-Phasen „Programmformulierung“ und (aufgrund des Berichts zur thematischen Konferenz in Seoul) der „Implementation/Evaluierung“ zuschreiben.

Leider lassen sich bezüglich einiger forschungsleitender Gesichtspunkte keine eindeutigen Aussagen treffen. Dies gilt etwa für die Frage nach positiven bzw. negativen Aspekten. Auch der Vergleich zu den bisher dominanten kommunikationspolitischen Paradigmen fällt diesmal schwer, da sich die ihnen zugrunde liegenden Forderungen besonders bei der Argumentation um eine Reorganisation im Bereich Internet Governance verwischen. Ebenfalls nicht eindeutig zu beantworten ist die Frage danach, welche Akteure sich durchzusetzen wussten, da die einzelnen Akteursgruppen keine einheitliche Argumentation aufweisen. Im Zentrum der Vorstellung von Informationsgesellschaft steht das Internet, dessen Verbreitung, Zugänglichkeit und Verwaltung. Die Dominanz dieses elektronischen Mediums lässt nur den Schluss auf eine Parallele zur Theorie des globalen Dorfes von Marshall McLuhan zu. Ökonomische Aspekte werden zwar impliziert, jedoch sind sie diesmal nicht so zentral wie an anderer Stelle des WSIS-Prozesses.

6.4.9 Tunis – Der Gipfel Phase II

Materialauswahl

Zum Abschluss des WSIS wurden am zweiten Gipfelteil in Tunis zwei offizielle Dokumente von den Regierungsvertretern verabschiedet. Zum einen das „Tunis Commitment", das ähnlich der Genfer Prinzipien Deklaration die Grundhaltungen der teilnehmenden (staatlichen) Akteure zusammenfasst. Zum anderen die „Tunis Agenda for the Information Society", welches gleichsam das Paralleldokument zum Genfer Aktionsplan darstellt. Dieses zweite offizielle Abschlussdokument der Tunis-Phase ist jedoch in seinem Aufbau und seiner Charakteristik als sehr anders geartet zu bewerten als der Genfer Aktionsplan. Durch diese beiden offiziellen Dokumente wird nochmals der Kompromiss vornehmlich der staatlichen Akteure zu den einzelnen Hauptthemen der zweiten Gipfelphase (Internet Governance, Finanzierung, Implementation & Follow-Up) präsentiert. Auch die Zivilgesellschaft erstellte, wie bereits am Genfer Gipfel, eine eigene Deklaration. Diese trägt den vielsagenden Titel „Much more could have been achieved". Damit stellte sich die Zivilgesellschaft abermals als großer Kritiker und Oppositionist des Gipfels dar.

Die Privatwirtschaft wird durch zwei kurze Stellungnahmen der ICC bzw. des CCBI in der Analyse repräsentiert. Für die internationalen Organisationen wurde stellvertretend der Beitrag des „Global Symposiums for Regulators" für die Analyse herangezogen. Das Statement dieser Organisation wurde vor allem aus zwei Gründen ausgewählt. Zum einen repräsentiert diese Einrichtung ein vom Hauptorganisator des Gipfels (der ITU) organisiertes Forum der Regulierungsbehörden aus der ganzen Welt. Zum anderen ist der Beitrag thematisch höchst relevant, da es um die Verwaltung der Spektren und die dadurch entstehenden Möglichkeiten für Breitband-Zugänge geht. Schließlich wurde in die Analyse noch ein Text eines regionalen Treffens einbezogen, der erst im Rahmen der Dokumente zum Gipfel veröffentlicht wurde. Es handelt sich hierbei um das Treffen afrikanischer Stakeholder in Accra (Ghana). Da gerade der afrikanische Kontinent massiv auf die entwicklungspolitischen Implikationen des Gipfels angewiesen ist, sollten auch die afrikanischen Anliegen für den zweiten Gipfelteil mit in die Analyse einbezogen werden.

Analyseergebnisse

Insgesamt ist das Verhältnis aller Akteure zueinander gelöster und entspannter als im ersten Teil des Gipfels. Die einzelnen Gruppen zollen sich gegenseitig Respekt und anerkennen die gemeinsamen Leistungen. Einzig die Privatwirtschaft und die Zivilgesellschaft bleiben in gewisser Weise Kontrahenten. Im Beitrag des afrikanischen Regionaltreffens als auch in den beiden offiziellen Schlussdokumenten wird immer wieder auf die Bedeutung des Multi-Stakeholder-Ansatzes hingewiesen. Besonders die Zivilgesellschaft nimmt dies wohlwollend zur Kenntnis.

Trotzdem üben die zivilgesellschaftlichen Vertreter offen Kritik an den offiziellen Dokumenten. Diese Kritik wurde diesmal jedoch in einer besonderen Weise gestaltet – zuerst wurde auf die gemeinsam erzielten Ergebnisse hingewiesen und danach Kritik an einzelnen Details geübt. Häufig ging es dabei um die Dominanz marktwirtschaftlicher Ideen, und somit privatwirtschaftlicher Interessen bei der Umsetzung.

Bezüglich der Teilnahme- und Gestaltungsrechte gibt es von allen Parteien Lob für die Arbeitsweise in der Arbeitsgruppe für Internet Governance. Diese soll auch nach dem Gipfel weiter bestehen und ist heute als Internet Governance Forum (IGF) bekannt. Hier wurde die konsequente Verfolgung des Multi-Stakeholder-Ansatzes auch für die Zukunft als zentrales Charakteristikum festgeschrieben. Jedoch gibt es auch für das IGF Kritik seitens der Zivilgesellschaft. In den offiziellen Dokumenten wird die Funktion des IGF als reine Plattform für den gegenseitigen Austausch und für die Diskussion und Erörterung von Internet-Fragen festgeschrieben. Sie soll damit eindeutig keine bereits bestehenden Organisationen (und damit ist die privatwirtschaftliche ICANN gemeint) ersetzen. In diesem Punkt haben sich somit eindeutig die Privatwirtschaft und die sie stützenden USA durchgesetzt.

In Hinblick auf die anzuwendenden und verwendeten Governance-Mechanismen wird der generelle Trend der bisherigen Teilphasen bestätigt. Besonders Policy-Diffusion, der Markt (politischer Ideen und der ökonomische Markt für die Privatwirtschaft) und die Schaffung und Pflege von Netzwerken ist zentral. Als Ausnahme ist jedoch der Beitrag zur afrikanischen Regionalkonferenz zu sehen. Hier wird stark auf den Mechanismus der Gemeinschaft gebaut. Diese beruht auf der kollektiven afrikanischen Identität. Diese gemeinsame Identität mit der gemeinsamen Aufgabe durch den gesellschaftlichen Wandel

die Einheit Afrikas zu stärken, vereint sogar Akteure vermeintlich gegenseitiger Lager (Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft). Anders als beim letzten Gipfel und am Beginn der zweiten Gipfelphase gibt es diesmal keine Exit-Drohung der Zivilgesellschaft. Ganz im Gegenteil ist sie um umso stärkere Zusammenarbeit mit anderen Stakeholdern bemüht.

Der thematische Aufbau der beiden offiziellen Abschlussdokumente unterscheidet sich sehr stark voneinander. Das Tunis Commitment[49] erschöpft sich grundsätzlich in der Wiederholung der bereits in Genf abgegebenen Prinzipienerklärung und reißt die unterschiedlichsten Themen kurz an. Die sprachliche Formulierung bleibt kompliziert und mehrdeutig. Ganz anders hingegen ist die Tunis Agenda. In möglichst einfacher Sprache versucht sie eine gemeinsame Haltung bezüglich der Hauptthemen des zweiten Gipfels festzuhalten. Im Bereich der Finanzierung werden jedoch keine großartigen neuen Finanzierungswege vorgestellt, wie noch am Beginn der Tunis-Phase (und schon vor dem Gipfelprozess) angestrebt. Man baut auf die Kombination öffentlicher und privater Investitionen, auf regionale Partnerschaften, Kostenreduktion im Bereich der Verbindungsentgelte, freiwillige Beiträge und Schuldenerlass. Auf den Digital Solidarity Fund wird etwa nur in einem kurzen Absatz eingegangen. Dabei wird festgestellt dass es gut ist, dass er eingerichtet wurde, dass er ergänzend zu bisherigen Mechanismen gesehen werden muss, und es wird betont, dass Beisteuerungen freiwillig erfolgen.

Den zweiten thematischen Hauptaspekt bildete der Bereich Internet Governance. Bedeutend bei diesem Abschnitt der Tunis Agenda ist, dass hier das Internet Governance Forum eingerichtet wurde. Obwohl der Aktivitätsrahmen relativ eindeutig als reines Diskussionsforum abgesteckt wurde, blieben die Regeln für die konkrete Zusammensetzung des Forums unklar. Zwar wurde der Multi-Stakeholder-Ansatz in besonderer Weise betont, wie dieser jedoch genau zu realisieren sei wurde nicht eindeutig geklärt. Dies ist auch der Hauptkritikpunkt der Zivilgesellschaft, die fürchtet bei der Zusammensetzung des Forums übergangen zu werden. Außerdem sollte das IGF nur eine ergänzende Rolle zu den bereits etablierten Institutionen (und hier vor allem der ICANN) einnehmen, wogegen die Zivilgesellschaft protestierte. Überdies dominiert der Sicherheitsaspekt sehr stark im Vergleich zum Schutz der Privatsphäre. Abschließend wurde in der Tunis Agenda die Thematik des Follow-Up und der Evaluation besprochen. Hier wurden die Hauptziele nochmals kurz dargestellt und auch die Notwendigkeit eines Multi-Stakeholder- und Mehr-Ebenen-Ansatzes wurden nochmalig betont.

[49] Commitment ist hier als Verpflichtungserklärung zu verstehen

Die afrikanische Regionalkonferenz hebt die sprachliche und kulturelle Vielfalt und deren Schutz in den Vordergrund. Sie setzt sich weiters für den einschließenden Aspekt der Informationsgesellschaft in den Bereichen Gender, Jugend, und verletzliche gesellschaftliche Gruppen ein. Zudem wird zur Teilnahme am Digital Solidarity Fund und zur Inanspruchnahme ähnlicher Finanzierungsmechanismen aufgerufen.

Die Privatwirtschaft wiederholt im Rahmen ihrer Statements jene Punkte, die bereits früher von ihr eingebracht worden sind: Technikneutralität, Schutz geistiger Eigentumsrechte, Good Governance und die große Bedeutung von Ausbildung und Training im Rahmen moderner IKTs. Bezüglich dem Thema Internet Governance sprechen sie sich klar für den Status quo (ICANN) aus. Und auch die Zivilgesellschaft konzentriert sich abschließend noch einmal auf jene Schwerpunkte, die sie im gesamten Gipfel konstant hervorgehoben hatten: Menschenrechte, Partizipation, Inclusiveness (Gender, Minderheiten, Behinderte, marginalisierte Gruppen), Medien, Ethik, Kinder- und Jugendschutz.

Als positive Entwicklung kann die Verabschiedung der Tunis Agenda angesehen werden. In ihr konnten sich zumindest ansatzweise alle Stakeholder einbringen. Am Charakter des Kompromisses ändert dies jedoch wenig. Im Vergleich zu den Abschlussdokumenten des ersten Gipfels sind die Ziele beim zweiten Gipfel etwas klarer geworden. Auch die Einrichtung des IGF kann positiv bewertet werden. Negativ fällt auf, dass die neoliberale Argumentation auch die zweite Phase des Gipfels beherrschte. Dies unterstützt gleichsam zu einer abschließenden Weiterentwicklung des „Free Flow of Information"-Paradigmas. Daraus lässt sich auch erkennen, dass sich vor allem die Privatwirtschaft und jene Teile der staatlichen Vertreter durchsetzen konnten, die dieses neoliberale Gedankengut und modernisierungstheoretische Ansichten mittragen.

Die Vorstellung von Informationsgesellschaft wird bei diesem zweiten Gipfel nach wie vor von den sozio-ökonomischen Auswirkungen der IKTs auf die Gesellschaft geprägt. Besonders das Internet und seine Möglichkeiten in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen stehen dabei im Zentrum. Wieder einmal ist primär von einer Informationsökonomie die Rede, wodurch sich leicht die Parallele zu den theoretischen Modellen von Bell und Drucker ziehen lässt. Daneben sind Anspielungen auf die Ausführungen McLuhans zu entdecken, etwa die globale Vernetzung oder die im Rahmen des afrikanischen Regionaltreffens angesprochene Idee durch den Einsatz modern Informations- und Kommunikationstechnologien die politische und geografische Einheit Afrikas zu stärken.

6.4.10 Implementation und Evaluierung

Materialauswahl

Im Rahmen des WSIS wurde für die Bestandsaufnahme über den Fortschritt der Implementation und für die Evaluierung des am Genfer Gipfel beschlossenen Aktionsplans eine Datenbank angelegt, in der die einzelnen Aktivitäten zur Zielerreichung abrufbar sein sollten. Die Aktivitäten müssen von den einzelnen Institutionen, die sie realisieren, selbst eingegeben werden. Dabei wird neben einer kurzen Darstellung der einzelnen Initiativen auch der Name der Institution, deren Akteurscharakter, die Reichweite der Initiative und die Ursprungsregion/das Ursprungsland der Institution erhoben. Weiters erfolgt auch eine Zuteilung der Projekte und Initiativen zu den einzelnen Aktionslinien des Genfer Aktionsplans und zu den acht Hauptzielen der Millennium Development Goals. Diese Datenbank ist auch heute noch aktuell, auch wenn nochmals betont werden muss, dass die Aktualität der Projekteingaben von den sie umsetzenden Institutionen abhängt und dass hier manche Institutionen eingabefreudiger sind (etwa die ITU) als andere.

Aus den in der Datenbank vorhandenen Eingaben werden die Evaluationsberichte erstellt. Der erste, der für die Analyse Verwendung finden soll wurde im Oktober 2005 vom WSIS Executive Secretariat erstellt. Der zweite offizielle Bericht wurde im Jänner 2008 veröffentlicht und bezieht sich auf einen Datenstand Ende 2007. Aus diesem Grund wurde auch die Datenbank mit Stand 9. Dezember 2008 für den Vergleich statistischer Kennzahlen herangezogen. Somit kann ein Vergleich zwischen den Jahresenden 2005, 2007 und 2008 vorgenommen werden. Das so genannte „WSIS Golden Book“, das im Februar 2006 veröffentlicht wurde, wurde nicht zur Analyse herangezogen, da es sich ebenfalls auf einen Datenstand vom Jahresende 2005 bezieht und somit keine wirklich großen inhaltlichen Unterschiede zu der vom WSIS Executive Secretariat erstellten Analyse aufweist – lediglich die Aufmachung ist eine andere.

Da sowohl die Verwaltung der Datenbank als auch die Berichtabfassung der Evaluationen durch die ITU erfolgen, musste dies bei der Analyse Beachtung finden. Ein unabhängiges Evaluationsverfahren gibt es leider nicht, weshalb die Evaluationsergebnisse einer kritischen Hinterfragung bedürfen. Auch bei der vorliegenden Analyse wurde versucht diesen kritischen Aspekt zu berücksichtigen.

Analyseergebnisse

Allgemein ist zu sagen, dass mit Stand Dezember 2008 in der Datenbank insgesamt 3.821 Projekte verzeichnet sind. Im Evaluationsbericht vom Jänner 2008 (Datenstand Ende 2007) waren dies noch um 400 Projekte weniger (3.422). Im ersten Evaluationsbericht 2005 wurden 2.394 Projekte gezählt. In drei Jahren wurden also etwas mehr als 1.400 zusätzliche Projekte implementiert. Wer aber setzte nun den Hauptteil der Projekte um und wie stark interagierten die einzelnen Akteure untereinander?

Abbildung 3 und Abbildung 4 auf der folgenden Seite geben uns zumindest teilweise Antworten auf diese Frage. Die Grafiken sind Teil des Jahresberichts 2008 und sollen nun in Beziehung mit den Daten aus 2005 und 2008 gestellt werden. Bezüglich der Aktivität der einzelnen Akteursgruppen bei der Implementation des Genfer Aktionsplans und der Vereinbarungen in Tunis stammt 2005 und 2007/2008 der Großteil der Projekte von staatlichen Akteuren. Jedoch ist ein Rückgang von ehemals 59% auf 54% festzustellen.

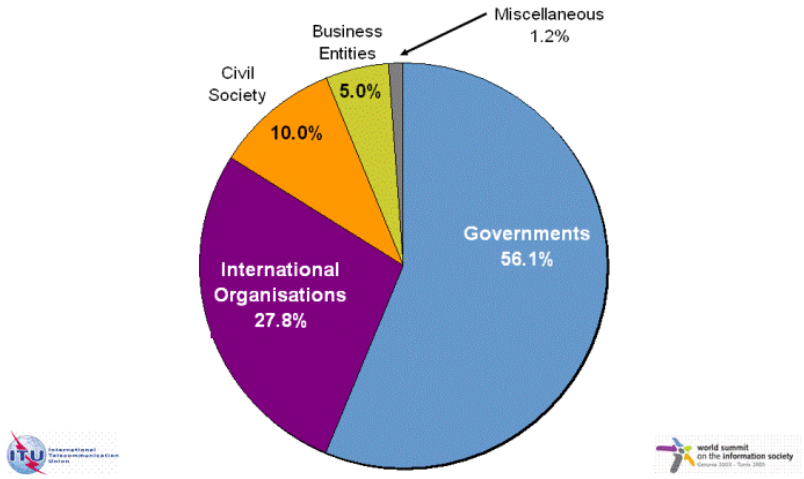

Abb.3: Anteil der Akteure an der WSIS-Projektrealisierung Stand Ende 2007
Quelle: http://www.itu.int/wsis/stocktaking/index.html

Der Anteil der Aktivitäten, die durch internationale Organisationen initiiert wurden stieg dagegen in den letzten drei Jahren etwas an (von 26,1% auf 29%). Ein ähnliches Bild zeigt sich bei zivilgesellschaftlichen Aktivitäten bzw. Aktivitäten, die durch NGOs initiiert wurden. Hier stieg der Anteil von vormals 8% auf 11% an. Der Anteil privatwirtschaftlicher Beteiligung stagniert hingegen bei rund 5%.

Bezüglich der Zusammenarbeit einzelner Akteure ist zu sagen, dass allgemein gesehen die Zivilgesellschaft/NGOs jene Gruppe ist, die den höchsten Anteil an Kooperationen bei ihren Projekten pflegt.[50]

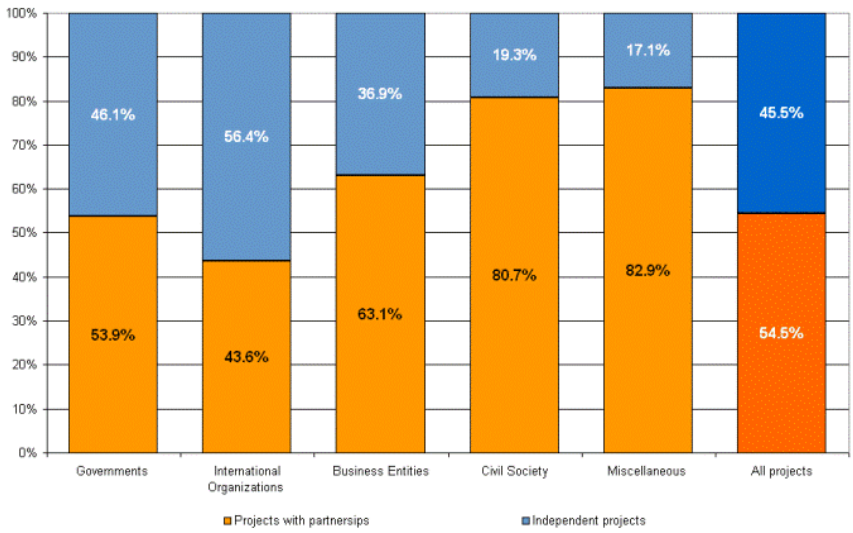

Abb.4: Anteil von kooperativen und unabhängigen Projekten nach Akteursgruppe Stand Ende 2007
Quelle: http://www.itu.int/wsis/stocktaking/index.html

Den größten Anteil unabhängiger Projekte stellt hingegen die Akteursgruppe der internationalen Organisationen. Soweit die Statistik. Die Berichte selbst liefern weitere Informationen, bei deren Interpretation jedoch mit äußerster Vorsicht vorgegangen werden muss. In beiden Evaluationsberichten werden eine Reihe von Projekten als ausgewählte Beispiele vorgestellt. Dabei werden Kooperationen mit privatwirtschaftlichen Unternehmen wesentlich deutlicher ausgewiesen als Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, obwohl gerade für diese, laut Statistik, die partnerschaftliche Organisation der Projekte in hohem Maße charakteristisch ist. Oft ist auch der Verweis auf Kooperationen zwischen Regierungen mehrerer Länder oder Kooperationen zwischen Regierungen und internationalen Organisationen gegeben. Kooperationen zwischen staatlichen bzw. internationalen Organisationen und zivilgesellschaftlichen Projekten werden nur selten genannt.

Wie sieht es nun mit den Ursprüngen und der thematischen Verteilung bzw. Schwerpunktsetzung der Initiativen aus? Die meisten Initiativen werden von Institutionen realisiert, die in Westeuropa/Nordamerika oder gleich auf internationaler Ebene organisiert sind. Beide stellen jeweils etwa 30% der Projekte, wobei jedoch für Westeuropa/Nordamerika ein deutlicher Rückgang von fast 35% 2005 auf 29% 2008 festzustellen

[50] Die Gruppe von Akteuren die unter dem Begriff „Miscellaneous“ zusammengefasst wird soll hier außer Acht gelassen werden, da sie insgesamt nur 1% der gesamten Projekte stellen.

ist und für auf internationaler Ebene organisierte Organisationen ein leichter Anstieg in ihrer Aktivität vorliegt (von 28% auf 30%). Aus dem asiatisch-pazifischen Raum stammen relativ stabil 16% der Organisationen, Lateinamerika/karibischer Raum ca. 9% und aus Osteuropa ca. 5%. Wichtige Veränderungen gab es in Bezug auf den Anteil der Organisationen, die aus Afrika stammen. Hier ist ein deutlicher Anstieg von ca. 7% 2005 auf 11% 2008 festzustellen. Deutlich ist die Dominanz von Initiativen Westeuropas/Nordamerikas und internationalen Ursprungs.

Davon zu unterscheiden ist der Wirkungskreis der Initiativen selbst. Hier zeigt sich ein relativ stabiles Bild, bei dem nationale Initiativen stark dominieren. Beinahe die Hälfte aller Initiativen fällt in diesen Rahmen. Den zweiten Hauptbereich bilden Initiativen auf internationaler Ebene (etwa 30%). Wesentlich weniger Initiativen fallen in den regionalen Bereich (ca. 18%) und noch wenigere haben einen lokalen Wirkungsbereich. Bei lokalen Initiativen ist zudem ein leichter Rückgang von fast 10% 2005 auf 8% 2008 zu verzeichnen. Die nationalstaatliche Ebene scheint somit noch immer dominant.

Auch die thematische Struktur der Initiativen scheint sehr stabil zu sein. Die Aktionslinien (laut Genfer Aktionsplan), denen die meiste Bedeutung zukommt, und in deren Rahmen die meisten Projekte verwirklicht werden sind Zugangsfragen, IKT-Anwendungen, Rollendefinition und Zusammenarbeit der Stakeholder, Aufbau von Kapazitäten und der Infrastrukturbereich. Kommunikationspolitisch gesehen geht es dabei also vor allem um Infrastrukturpolitik. Berufspolitik wird, wie aus der Analyse der Beispiele in den Abschlussdokumenten hervorgeht, nicht im Sinne einer Regulierung journalistischer Ausbildung und Tätigkeitsrechte betrieben, sondern im überwiegenden Maß in Bezug auf andere Berufsgruppen. Ziel dabei ist es vor allem Beschäftigte im Gesundheits- und Verwaltungsbereich „e-fit“ zu machen. Inhaltsregulierung ist außer in Bezug auf Jugendschutz und der wiederholten Verurteilung von Kinderpornographie nicht wirklich ein Thema. Medienpolitik im klassischen Sinn ist ebenfalls eher Nebensache. Laut den Evaluationsberichten liegen die Schwerpunkte der Projekte im Gebiet der IKT-Anwendungen in den Bereichen E-Government, E-Learning und E-Health, wobei im zweiten Bericht sogar nur mehr zwei der drei Anwendungsbereiche ihren Status als Schwerpunkt behaupten können. Dies sind E-Government und E-Health.

Zwischen den einzelnen Akteursgruppen sind zudem Unterschiede bei der Schwerpunktsetzung festzustellen. Die Regierungsinitiativen stellen einen großen Anteil hauptsächlich

bei der Rollenabklärung und Koordination zwischen Stakeholdern, der Infrastruktur und allgemein im Bereich der Zielerreichung. Internationale Organisationen setzen sich eher für die Schaffung günstiger Bedingungen für die IKT-Entwicklung, den medialen Aspekt, internationale und regionale Kooperation, wie auch stark für die Folgeaktivitäten und die Evaluation ein. Die Privatwirtschaft ist schwerpunktmäßig in den Bereichen Sicherheit, ethische Aspekte und digitale Solidarität tätig. Hier ist eine interessante Parallele zu zivilgesellschaftlichen Aktivitäten festzuhalten, da auch sie sich stark im Feld der ethischen Aspekte der Informationsgesellschaft engagiert. Ein anderes Haupttätigkeitsfeld ist der Aspekt kultureller und sprachlicher Diversität. Bei allen Akteursgruppen sind bis auf die genannten Tätigkeitsfelder aber auch Veränderungen festzustellen. So waren Regierungen 2005 noch stärker für den Bereich der IKT-Anwendungen zuständig, während 2008 stattdessen der Sicherheitsaspekt mehr in den Vordergrund tritt. Ähnlich ist es im privatwirtschaftlichen Bereich, der 2005 noch mehr Aufgaben im Bereich Kooperationen übernahm, sich 2008 hingegen im Bereich Infrastruktur stärker engagierte. Am stärksten ist die Aktivitätsverschiebung bei den zivilgesellschaftlichen Initiativen. 2005 war man noch im Bereich Medien und der Tunis-Phase bedeutender, 2008 hingegen bei den IKT-Applikationen und der digitalen Solidarität. Einzig stabil sind die internationalen Organisationen, die in den oben genannten Bereichen bei beiden Erhebungen erhebliche Beiträge leisteten.

Die genaue Aufschlüsselung über Themen- und Projektschwerpunkte ist jedoch äußert schwierig, da viele Projekte mehreren Themenbereichen zugeordnet wurden und hier keine klare Differenzierung vorliegt. Somit kann auch nicht festgehalten werden welche Schwerpunkte die einzelnen Akteursgruppen in ihren Aktionen für sich setzten, sondern nur anteilig in Bezug zu den anderen Akteursgruppen. In Bezug auf die Evaluationsberichte ist weiters festzuhalten, dass es vor allem im ersten Bericht von 2005 den Anschein hatte, als gäbe es in einem gewissen Sinn Paradebeispielländer und -organisationen. So wurden besonders häufig Beispiele aus Thailand, Spanien, Neu Seeland/Australien, die ITU sowie Microsoft und Cisco genannt. Insgesamt wäre eine genauere Evaluierung der Datenbankeinträge auf ihren wahren Gehalt hin notwendig, um auch die statistischen Angaben in den Berichten besser beleuchten zu können.

Nun zur Frage der bevorzugten Governance-Mechanismen. In beiden Evaluationsberichten werden Netzwerke als besondere Maßnahme in den Vordergrund gestellt. Sowohl bei den Aktivitäten selbst versucht man Vernetzung umzusetzen, aber auch bei den Initiativen

sollen oft Netzwerke in den unterschiedlichsten Bereichen (Gesundheit, Bildung, Wissenschaft, Meteorologie etc.) gefördert und eingerichtet werden. Der zweite Schwerpunkt liegt auf der Förderung von Policy-Diffusion und Policy-Transfer. Immer wieder sollen hier auch regionale Kooperationen und Diskussionen stattfinden. In diesem Bereich steht auch die Einrichtung von Internetplattformen zur Diskussion, Vorstellung und Sammlung von Best-Practice-Beispielen bzw. spezifischen Policy-Problemen. Süd-Süd-Kooperationen fallen hier auf. Oft werden diese aber auch von außen (entweder von internationalen Organisationen oder von westeuropäischen bzw. nordamerikanischen Staaten) initiiert. Auch der Marktmechanismus wird als Regulierungsmechanismus angesprochen. In seltenen Fällen tauchen auch wieder die Stärkung von Hierarchien (v.a. in Zusammenhang mit Good Governance) und die Anspielung auf eine Gemeinschaft, die eine gemeinsame Aufgabe hat, auf.

Bezüglich der Anliegen haben sich die Vertreter der Regierungen und internationalen Organisationen und zum Teil auch der privatwirtschaftlichen Akteure durchgesetzt. Die meisten Initiativen insgesamt widmen sich den Bereichen Zugang, Kapazitätsentwicklung und IKT-Applikationen. Ethische und kulturelle Aspekte, auf welche die Zivilgesellschaft hohen Wert legt, geraten ebenso wie der Bereich der klassischen Medien eher ins Hintertreffen.

Was heißt nun Informationsgesellschaft in dieser Phase der Implementation und Evaluierung? Wohin entwickelt sich Informationsgesellschaft heute? Informationsgesellschaft heute heißt vor allem Zugang zu und Anwendung von Information, Wissen und Technologie. Auch der weitere Ausbau der globalen IKT-Infrastruktur ist zentral. Eine globale Vernetzung auf unterschiedlichsten Ebenen wird angestrebt, besonders wichtig ist dabei jedoch die Vernetzung von Bildungseinrichtungen aller Stufen – von der Primärschule bis hin zu den Universitäten. Teilweise ist diese globale Vernetzung bereits Realität, so etwa bei den Universitäten, auf anderen Ebenen muss sie jedoch erst stattfinden. Weiters wird unter Informationsgesellschaft vor allem eine Gesellschaft verstanden, die das Internet und Telekommunikationsdienste verwendet. Die Entwicklung im Bereich der Massenmedien Rundfunk und Fernsehen scheint nebensächlich. Als umfassendes Ziel kann die Verfügbarkeit jeder Information zu jeder Zeit und an jedem Ort auf dem Globus verstanden werden. McLuhans globales Dorf lässt grüßen. Negative Aspekte wie etwa die zunehmende Medialisierung der gesellschaftlichen Umwelt und die immer rasanter werdenden kommunikativen Dynamiken, die auf Gesellschaften unterschiedlichster Art einzuwirken beginnen, werden ausgeklammert. Über mögliche negative Folgen schweigt man. Virtuali-

tät wird zu einem Zauberwort, Technikoptimismus herrscht ebenso vor wie eine nachhaltige neoliberale Prägung des Diskurses. In der Tradition der Entwicklungspolitik der WTO und der Weltbank wird Markt-Liberalisierung als dominanter entwicklungspolitischer Weg weiterverfolgt.

Das neue kommunikationspolitische Paradigma kann „Zugangs-Paradigma“ genannt werden. Folgende Logik verfolgt sie: Wenn alle die Möglichkeit haben, sich durch Informations- und Kommunikationstechnologien weltweit auszutauschen (sprich Wissen und Information bzw. Inhalte zu erwerben und auch zur Verfügung zu stellen), ermöglicht dies eine egalitärere Verteilung von Wissen, Information und Technologie als durch eine von oben vorgeschriebene Regulierung des Informationsflusses. Die Möglichkeit den Menschen den günstigsten Zugang zu IKTs zu bieten ist der ökonomische Wettbewerb. Für die Distribution und Implementation dieses weltumfassenden Kommunikationsnetzes sind verschiedene Akteure mit jeweils definierten Teilaufgaben zuständig. Forderungen für globale Entwicklung und einen freien Informationsfluss werden somit vereint und stellen keinen Widerspruch zueinander mehr dar.

Folgt man jedoch der dialektischen Argumentation Münchs, so gibt es auch zu dieser Synthese wieder eine Antithese, die sich aus folgenden argumentativen Momenten zusammensetzt: Eine derart reibungslose Verbreitung von IKTs würde eine heile Welt voraussetzen, in der es keine Kriege, keine Unterdrückung und keinen Hunger geben würde. Der Zugang zu Wissen, Information und Technologie alleine bedeutet noch nicht, dass dieser auch in dem Sinne genutzt wird, wie er intendiert wurde. Zudem ist es strittig, dass Information, Technologie und Wissen auch in dem Sinn eingesetzt werden würden, den man unterstellt, nämlich zum Wohle aller. Diese Liste der Gegenargumente ließe sich hier noch weiter fortsetzen. Was damit gesagt werden soll ist, dass es anzuzweifeln ist, dass das Zugangs-Paradigma jenen Erfolg haben wird, den man sich davon erwartet. Es wird nicht bestritten, dass diese neue Herangehensweise an die gesellschaftlichen Widersprüche unserer Welt einen gewissen Erfolg bzw. gewisse Konsequenzen haben wird. Ihre konkrete Gestaltung steht heute allerdings noch nicht fest.

Bezüglich des Erfolgs von Global Media Governance sind positive und negative Aspekte anzumerken. Zum einen ist die Verfolgung eines Multi-Stakeholder-Ansatzes durchaus im Sinne von Governance. Dennoch sind die meisten Aktionen Projekte, die einer top-down-Logik folgen. Auch die Messung des Erfolgs der Umsetzung ist schwierig. Die im ersten

Evaluationsbericht dargestellte Bewertung der Zielerreichungstendenzen ist stark zu hinterfragen. Oft wird von sehr guten oder sogar exzellenten Erfolgsaussichten gesprochen, obwohl nicht einmal eine klare Datenlage vorliegt. Der wirkliche Erfolg wird sich 2015 zeigen, denn bis dahin sollte durch die weitere Vernetzung auch die Datengrundlage verbessert und somit die Aussagen über Erfolge und Misserfolge zuverlässiger sein. Die Erwartungen gilt es jedoch angesichts der momentan äußerst angespannten globalen Finanzsituation zu relativieren.

7 CONCLUSIO

Die Ergebnisse der Analyse werden im folgenden Unterkapitel zusammengefasst und hinsichtlich der beiden zentralen Forschungsfragen interpretiert. Die Interpretation der Ergebnisse wird dabei nochmals mit den theoretischen Implikationen verknüpft um zu einem abgerundeten Gesamtbild zu kommen. Im letzten Unterkapitel wird danach versucht einen Ausblick über die weitere Entwicklung der Thematik und des WSIS-Prozesses zu geben. Zudem sollen die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit nochmals im Lichte gegenwärtiger gesellschaftlicher Tendenzen reflektiert werden. Abschließend werden mögliche Implikationen für die weitere wissenschaftliche Aufarbeitung des Themas erörtert.

7.1 Zusammenfassung und Interpretation der Ergebnisse

Die Zusammenfassung und Interpretation der Ergebnisse erfolgt resümierend für die beiden grundlegenden Forschungsfragen. Dabei werden die einzelnen Aspekte, die als Unterfragen vorgestellt wurden für den gesamten Prozess überblicksmäßig dargestellt.

1. **Wie gestaltete sich Global Media Governance auf dem WSIS, und was lässt sich daraus für die Zukunft von Global Media Governance und globaler Kommunikationspolitik ableiten?**

Beim Versuch Global Media Governance am WSIS zu realisieren wurde unter anderem versucht auch nicht-staatliche Akteure in den Prozess einzubeziehen. Neben den Regierungsvertretern nahmen auch Repräsentanten von internationalen Organisationen, der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft am Gipfelgeschehen Anteil. Die Privatwirtschaft ließ sich als nicht-staatliche Akteursgruppe von Beginn an durch ihre internationale Vereinigung, die ICC (International Chamber of Commerce), und dem von ihr eingerichteten CCBI vertreten. Durch dieses einheitliche Sprachrohr gelang es der Privatwirtschaft ihre Anliegen klar und prägnant auszudrücken. Auch die Zivilgesellschaft suchte durch Koordinierung ihrer vielen Teilgruppen ihre Interessen besser zu vertreten. Besonders hervor-

zuheben sind hier die von ihr erstellten Deklarationen zu den einzelnen Gipfeln. Durch diese übten sie auch Kritik an den offiziellen Gipfeldokumenten der staatlichen Vertreter, da sie ihre Vorstellungen von einer auf den Mensch zentrierten Informationsgesellschaft nicht umgesetzt sahen. Die internationalen Organisationen nahmen quasi eine Mittelposition zwischen den übrigen Akteuren ein, hielten sich mit herber Kritik eher zurück und konzentrierten sich auf jene Aspekte von globaler Kommunikationspolitik, für die sie sich selbst zuständig sahen.

Prinzipiell konnten vor allem zwischen den Akteursgruppen der staatlichen und der privatwirtschaftlichen Vertreter Allianzen festgestellt werden. Auch in die Abschlussdokumente der beiden Gipfelteile flossen privatwirtschaftliche Vorstellungen stark ein. Die Zivilgesellschaft bildete quasi eine Opposition zu dieser Allianz. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch zwischen der Zivilgesellschaft und sowohl den staatlichen als auch den privatwirtschaftlichen Vertretern Übereinstimmungen gab. Etwa engagieren sich sowohl Privatwirtschaft als auch Zivilgesellschaft im Rahmen der Implementation stark im Bereich der ethischen Aspekte der Informationsgesellschaft und auch in Bezug auf ein „enabling environment“ sprachen sich durch die Bank alle Akteure für die Förderung von Good Governance aus. Nichtsdestotrotz kritisiert die Zivilgesellschaft die zu sehr durch neoliberale Vorstellungen geprägte Diskussion, welche Informationsgesellschaft oft nur noch als Informationsökonomie diskutiert.

Diese Verhärtung der Fronten, die sich vor allem aus dem Verhalten der Akteure in der ersten Hälfte des WSIS (bis zum Gipfel in Genf) ergab löste sich erst gegen Ende der zweiten Phase. Eine offenere Interaktion war erst in PrepCom-3 der Tunis Phase möglich. Wesentlich für diesen entspannteren Umgang war die Einrichtung der Arbeitsgruppe zur Internet Governance, die in kleinem Rahmen versuchte dem vielerorts postulierten Multi-Stakeholder-Approach gerecht zu werden.

Bezüglich der Teilnahme- und Gestaltungsrechte ist festzuhalten, dass offiziell alle nichtstaatlichen Akteure grundsätzlich nur Beobachterstatus inne hatten und somit nur an offiziellen Treffen des Gipfels und der Vorbereitungsphase teilnehmen konnten, keine Stimme für die abschließende entscheidende Abstimmung über die Gipfeldokumente besaßen, ebenso wenig wie ein direktes Interventionsrecht. Vor allem in der ersten Phase wurde die Teilnahme nicht-staatlicher (und vor allem kritischer) Akteure zusätzlich boykottiert. Dies besserte sich jedoch im zweiten Teil des Gipfels, nachdem sowohl Zivilgesell-

schaft als auch die Privatwirtschaft bessere Mitgestaltungsrechte einforderten. Hier ist wiederum einmal zu sehen, dass es auch durchaus gemeinsame Interessen von Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft gab.

Bezüglich der im Gipfel angewendeten und propagierten Governance-Mechanismen sind vor allem drei zu nennen: Netzwerke, Policy-Diffusion bzw. Policy-Transfer und die Verhandlung. Der gesamte WSIS-Prozess ist primär durch die Verhandlungen der verschiedenen Akteursgruppen, vor allem innerhalb der staatlichen Vertreter geprägt. Wie es für Verhandlungen als Governance-Mechanismus charakteristisch ist ging es um die Ermöglichung gemeinsamen koordinierten Handelns zur Realisierung von informationsgesellschaftlicher Entwicklung. Durch die unterschiedlichen Gestaltungsrechte fanden jedoch jene Gedanken weniger Eingang in die Abschlussdokumente (quasi die Handlungsanleitungen), die keine oder nur wenig Entsprechung bei den Interessen staatlicher Vertreter fanden, bzw. die das Gesamtziel durch ihre Radikalität bedroht hätten.

Netzwerke und Policy-Diffusion/-Transfer sind jene Governance-Mechanismen, die von den Akteursgruppen durch die Bank am meisten für die Implementation der vereinbarten Ziele gefordert wurden. Für die Anwendung beider Mechanismen sollen auch moderne IKTs und natürlich primär das Internet instrumentalisiert werden. Beispiele sind etwa Foren, in denen Best-Practice-Regulierungen oder Praxismodelle für die Umsetzung diskutiert werden können, oder auch Datenbanken, die solche Praxismodelle sammeln und für alle zur Verfügung stellen.

Für die Zivilgesellschaft sind zwei weitere Governance-Mechanismen charakteristisch. Zum einen der Gemeinschaftsgedanke. Die Identität dieser Gemeinschaft wird häufig durch eine gemeinsame Aufgabe begründet, die meist von allen Stakeholdern (oder manchmal auch nur, oder am besten, durch die Zivilgesellschaft) in Angriff genommen werden muss. Der Gemeinschaftsgedanke findet sich aber auch in der Rhethorik der Privatwirtschaft wieder. Der zweite für die Zivilgesellschaft charakteristische Governance-Mechanismus, der im Rahmen des WSIS angewendet wurde, ist der elementare Mechanismus der Exit-Option. Die Zivilgesellschaft drohte mehrmals damit um ihren Forderungen und Anliegen Nachdruck zu verleihen.

Thematisch dominieren die Themen Zugang und Infrastruktur beide Gipfelphasen stark. In der zweiten Gipfelphase bekommen jedoch jene beiden Themen, für die Arbeitsgruppen

eingerichtet wurden (Internet Governance und Finanzierung), größere Bedeutung beigemessen. Beide Themen werden aber unter den Hauptaspekten Zugang und Infrastruktur diskutiert. So kreist die Finanzierungsfrage vor allem um die Einrichtung eines Digital Solidarity Fund, welcher der Finanzierung von IKT-Projekten vor allem in Entwicklungsländern dienen soll. Auch die Anwendungsmöglichkeiten moderner IKTs nehmen einen wichtigen Platz in der Diskussion ein. Von staatlicher und privatwirtschaftlicher Seite wurde außerdem immer wieder das Thema „Sicherheit und Vertrauen" in den modernen Kommunikationstechnologien aufgegriffen. Generell liegt das Hauptaugenmerk der staatlichen und der privatwirtschaftlichen Vertreter auf den modernen IKTs und hier vor allem auf der Zukunftshoffnung Internet. Klassische Medien werden dabei von den staatlichen und privatwirtschaftlichen Vertretern weitgehend vernachlässigt, anders als etwa bei der Zivilgesellschaft, die für die gemeinsame Nutzung und Ergänzung klassischer und moderner Medien eintritt. Insgesamt steht also Infrastrukturpolitik und Medienpolitik im Vordergrund des Gipfelgeschehens.

Die zivilgesellschaftlichen Vertreter setzen zudem ihre inhaltlichen Schwerpunkte im Bereich der Menschenrechte, dem Erhalt der kulturellen und sprachlichen Diversität oder der Einbeziehung benachteiligter Gruppen in den Aufbau von Informationsgesellschaften. Besonders wichtig ist ihnen die Beachtung Gender-spezifischer Aspekte in allen informationsgesellschaftlichen Bereichen. Weiters sind auch die möglichen Potentiale von IKTs im Bereich der Friedenssicherung bzw. -schaffung Thema. Diese Potentiale wurden erst in der Tunis-Phase von den staatlichen Akteuren richtig erkannt und in die Abschlussdokumente aufgenommen. Die kritische Anmerkung der Zivilgesellschaft, dass IKTs jedoch auch in der Konfliktaustragung eine wichtige Rolle spielen und dabei oft in zerstörender Art und Weise missbraucht werden, fand in den offiziellen Dokumenten hingegen keinen Platz. Ähnlich ist es mit der Thematik der geistigen Eigentumsrechte. Staatliche und privatwirtschaftliche Vertreter treten für die Beibehaltung des Status quo auf globaler Ebene ein, während die Zivilgesellschaft eine Reformierung der bestehenden Policy-Regime fordert.

Bei der Akteursgruppe der internationalen Organisationen sind thematische Schwerpunkte weitaus schwieriger festzumachen. Sie widmen sich ihren vielen einzelnen Teilbereichen und tragen somit zu fast allen Themen etwas bei. Für eine Reihe von internationalen Organisationen ist der Aspekt der Evaluierung besonders wichtig. Sie versuchen durch Vernetzung Indikatoren zur Messung des Fortschritts der Informationsgesellschaft zu fin-

den. Auch die Evaluierung des WSIS selbst liegt in den Händen internationaler Organisationen, allen voran der ITU. Damit verbunden ist die Forderung einiger internationaler Organisationen nach einem freien Zugang zu wissenschaftlichem Wissen, das aus öffentlicher Quelle stammt bzw. durch öffentliche Mittel subventioniert wurde. Anders als die Zivilgesellschaft fordern sie nicht unbedingt die Reformierung der gegenwärtig gültigen Eigentumsrechte an geistigen Werken, sondern eine Neugestaltung der Traditionen wissenschaftlichen Publizierens. So sollen etwa digitale Publikationen gefördert und ein dem Nachfrager angemessener Zugang zu wissenschaftlichem Wissen gewährt werden.

Verglichen mit den beiden kommunikationspolitischen Paradigmen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts scheint sich heute ein neues dominantes Paradigma herauszubilden. Man könnte es das Zugangs-Paradigma nennen, Neudeutsch vielleicht sogar „Access rules“. Auch wenn in den offiziellen Dokumenten betont wird, dass zusätzlich zu einem universellen, leistbaren und gleichen Zugang zu IKTs die Ausbildung grundlegender Fähigkeiten um diesen auch nützen zu können wichtig ist, so werden doch schon allein in das reine Vorhandensein von Zugangsmöglichkeiten zu IKTs große Hoffnungen in Bezug auf die ökonomische Entwicklung und die positive Veränderung der Lebensumstände großer Teile der Gesellschaft gesetzt. Dieses Paradigma ist quasi eine Weiterentwicklung oder Zusammenführung des „Free Flow of Information“-Ansatzes und der NWIKO. Durch allerorts verfügbaren Zugang zu IKTs soll der freie Informationsfluss seine ganze Wirkungskraft entfalten. Es wird dabei davon ausgegangen, dass sich die Ungleichheiten im Informationsfluss durch die totale Vernetzung gleichsam von selbst relativieren. Zentrale Bereiche, die es zu finanzieren gilt sind die Infrastruktur, Primär-Bildung und e-Literacy-Training, sowie die Anwendung in zentralen gesellschaftlichen Bereichen wie Bildung, Gesundheit und vor allem Verwaltung. Eine besondere Rolle spielen dabei die privatwirtschaftlichen Investitionen, die durch die Schaffung eines geregelten und sich vorhersehbar entwickelnden gesellschaftlichen Umfeldes angeregt werden sollen. Privatwirtschaft und Staat sind als jene Akteure zu identifizieren, die somit die Entwicklung hin zur Informationsgesellschaft tragen.

Abschließend sollen zur Klärung der ersten Forschungsfrage noch positive und negative Aspekte des Versuchs der Realisierung von Global Media Governance beleuchtet werden. Als positiv kann der grundsätzliche Wille zur Beteiligung nicht-staatlicher Akteure am WSIS-Prozess gesehen werden. Auch die Auseinandersetzung und der Kampf um Mitgestaltungsrechte seitens der Zivilgesellschaft als auch der Privatwirtschaft können

durchaus positiv interpretiert werden. Dies zeigt nämlich, dass eine Auseinandersetzung und ernstzunehmende Positionierung der einzelnen Akteursgruppen erfolgt. Besonders stark ist dies bei der Zivilgesellschaft zu beobachten, deren Selbstbewusstsein und Organisationsdichte im Prozess des WSIS wuchs wodurch sie zu einem echten Verhandlungspartner wurden.

Positiv kann weiters die Einrichtung des Internet Governance Forum (IGF) gesehen werden. Negativ ist dabei der Charakter des Kompromisses, den es in seiner Struktur und seinen Aufgaben trägt. So ist es nur als Diskussionsforum für Fragen, die Internet Governance betreffen, gedacht, nicht aber als Entscheidungsgremium. Zumindest bildet es aber einen starken Knotenpunkt im globalen Geflecht von Organisationen und Institutionen, die sich mit den unterschiedlichsten (Regulierungs-)Problematiken, die sich durch das neue Kommunikationsinstrument Internet ergeben, beschäftigen.

Als eindeutig negativ können die Entwicklungen im Bereich Finanzierung angesehen werden. Schon vor der eigentlichen Vorbereitungsphase zum ersten Gipfel sprach sich der Economic and Social Council der Vereinten Nationen für eine Reformierung der bisherigen Finanzierung im Bereich der IKT-Entwicklung, und für die Entwicklung alternativer und kreativer Finanzierungsmodelle, durch die Beteiligung aller Akteure aus. Da in diesem Punkt eine Einigung generell schwierig zu werden versprach, war es nicht verwunderlich, dass die tiefgreifendere Behandlung des Themas im Rahmen des WSIS auf die zweite Gipfelphase verschoben wurde. Schließlich wurde zwar der Digital Solidarity Fund, eingerichtet, jedoch auf einer freiwilligen Basis. Dieser Fonds sollte vor allem benachteiligten Ländern bei der Realisierung von IKT-Projekten finanzielle Unterstützung bieten. Insgesamt blieb man jedoch in den etablierten Formen der Entwicklungsfinanzierung und der permanenten Betonung der Bedeutung von Public Private Partnerships (PPP) verhaftet. Einzig die Vergabe von Mikrokrediten und die Förderung von Investitionen in die IKT-Infrastruktur von Klein- und Mittelbetrieben (KMUs) repräsentieren neuere Tendenzen. Neue, besonders projektorientierte Finanzierungsmodelle wurden jedoch nicht entwickelt.

Durchaus kontroversiell können die offiziellen Outputs der beiden Gipfel, die vier offiziellen Gipfeldokumente, bewertet werden. Positiv ist, dass überhaupt eine Einigung erzielt wurde. Klarerweise sind diese Dokumente hart erarbeitete Kompromisse. Eine Verwässerung/Abschwächung inhaltlicher Positionen muss daher vor allem für jene Dokumente in Kauf genommen werden, welche die allgemeinen politischen Prinzipien und Positionen

enthalten. Für die Aktionspläne sieht dies jedoch anders aus. Hier besteht die Notwendigkeit konkrete, realistische und wenn möglich auch messbare Ziele festzuschreiben, die mit einer bestimmten Verpflichtung zur Realisierung einhergehen. Die Festschreibung von Zielen reicht allerdings noch nicht aus um einen Aktionsplan realisierbar zu machen. Konkrete Handlungsanleitungen müssen festgeschrieben, und Zuständigkeiten geklärt werden. Schließlich braucht es eine unabhängige Evaluierung, um den Erfolg bzw. die Zielerreichung zu messen. Erst dann kann zielgerichtet interveniert werden um die Entwicklung in die richtige Richtung zu lenken. Grundlage dafür muss eine gemeinsame Zielvorstellung sein, in diesem Fall ein gemeinsames Verständnis von „Informationsgesellschaft(en)“, womit wir zur Klärung der zweiten Forschungsfrage kommen.

2. **Welche Ideen und Vorstellungen von „Informationsgesellschaft“ setzten sich schließlich in der Auseinandersetzung zwischen den unterschiedlichen Akteuren des WSIS durch?**

Einer der grundlegenden Ansprüche des gesamten Gipfels, aber vor allem der ersten Gipfelphase, war es, ein gemeinsames Verständnis darüber zu schaffen, was „Informationsgesellschaft“ bedeutet und was sie auszeichnet. Insgesamt einigte man sich darauf eine auf den Menschen zentrierte, einschließende und entwicklungsorientierte Informationsgesellschaft zu schaffen, die auf die Prinzipien der UN-Charta, das internationale Recht und auf Multilateralismus baut und sich auf die Einhaltung und Respektierung der Menschenrechte gründet. Was eine Gesellschaft jedoch zu einer Informationsgesellschaft machte wurde nicht eindeutig geklärt. Daraus ergaben sich extrem unterschiedliche Schwerpunktsetzungen und Realisierungsansätze.

Die Privatwirtschaft und die staatlichen Vertreter konzentrierten sich auf die ökonomische Interpretation von Informationsgesellschaft. Dabei tauchen in ihrer Rhetorik immer wieder Verbindungen der Begriffe Information, Wissen und Kommunikation mit dem Begriff Ökonomie auf. Sie prägen auch den Gedanken, dass Wissen, Information und Kommunikation zuallererst private Güter sind. Ein globales Netz soll ein weltweites Handeln (im Sinne eines ökonomischen Tausches) und eine weltweite Verfügbarkeit dieser Güter sicherstellen. Reflektiert man diese Grundvorstellung von Informationsgesellschaft in Bezug auf die theoretischen Modelle, so finden wir vor allem Parallelen zu Drucker und Bell.

Dem gegenüber steht die kulturelle Interpretation von „Informationsgesellschaft“. Sie sieht Information, Wissen und Kommunikation als kulturellen und sozialen Aspekt menschlichen Handelns. Es geht hier also nicht um den ökonomischen Gewinn, der sich durch eine Verwirklichung von Informationsgesellschaft erzielen lässt, sondern um den individuellen Gewinn für das einzelne Individuum, der auch Selbstverwirklichung durch den Gebrauch des Medien- und Kommunikationssystems miteinschließt. Interesse und Handlungsfähigkeit im politischen Raum zu erlangen sind dabei genauso wichtig wie die kreative Weiterentwicklung des kulturellen Erbes. Daraus ist auch abzuleiten, weshalb die Zivilgesellschaft etwa von Informationsgesellschaften (Plural!) spricht, weil es keine homogene, in allen Ebenen idente Informationsgesellschaft geben kann. Die Vorstellung einer globalen Informationsgesellschaft muss sich somit auf mehreren Ebenen verwirklichen, deren kleinstes Element lokale Gemeinschaften bilden. Wichtig ist es dabei anzumerken, dass nicht nur der Einsatz moderner IKTs zu Informationsgesellschaften führen kann, sondern auch der Gebrauch traditioneller Medien wichtig ist. Diese zweite Interpretation von Informationsgesellschaft spiegelt Vorstellungen von McLuhan, Castells und in Ansätzen auch von Imhof und Münch wieder. Schließlich setzt diese Interpretation auf das Wachsen von Informationsgesellschaften von unten, sprich sie fordert vor allem das Handeln auf lokaler, gemeinschaftlicher und regionaler Ebene.

In den offiziellen Dokumenten konnte sich diese zweite Interpretation von Informationsgesellschaft und auch die von ihr vertretene Handlungsmaxime nur bedingt durchsetzen. Auch in der Umsetzung scheinen die tragenden Akteure der ersten Interpretation erfolgreicher zu sein. Aber auch die internationalen Organisationen, die gleichermaßen hinsichtlich der Auffassung darüber, was Informationsgesellschaft ist sehr unterschiedliche Ansichten vertreten, übernehmen einen Großteil der Aktivitäten. Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass die in den Berichten zur Bestandsaufnahme enthaltenen Daten nicht dafür ausreichen um ein abschließendes Urteil darüber fällen zu können, welche Akteure nun in der Umsetzung erfolgreicher sind. Dafür müsste eine genaue Evaluation hinsichtlich des Realisierungsgrades der in die Bestandsaufnahme einfließenden Projekte erfolgen. Diese Evaluation müsste zudem durch eine unabhängige Stelle erfolgen, um mögliche Beschönigungstendenzen ausschließen zu können, was zur Reflexion und zum Ausblick überleitet.

7.2 Reflexion und Ausblick

Abschließend bleibt noch die Aufgabe einen Rückblick und einen Ausblick auf die weitere Entwicklung im Bereich des Themas zu werfen und es muss die Frage aufgeworfen werden ob der bloße Wille eine Informationsgesellschaft erschaffen zu wollen ausreicht um sie auch Realität werden zu lassen, und ob Global Media Governance der Weg dorthin ist.

Das Bild von Informationsgesellschaft hat durch den WSIS nicht sonderlich an Schärfe gewonnen. Schon alleine die Begriffe Wissen, Information und Kommunikation verfließen dabei immer stärker. Ihre Beziehungen zueinander werden immer unklarer und mit dieser Zunahme an Uneindeutigkeit verliert die Idee und der Begriff „Informationsgesellschaft“ an Inhaltlichkeit und wird zu einer leeren Formel. Allein das Begriffsfeld um „Informationsgesellschaft“ bietet ein reiches Untersuchungsfeld, das es zu erforschen gilt: Ein Vergleich unterschiedlicher Konzepte und deren Rhetorik um dem Kern der Idee von Informationsgesellschaft näher zu kommen.

Auch das WSIS bedarf noch weiterer und vor allem genauerer Aufarbeitung als es im Rahmen der vorliegenden Arbeit möglich war. Es gilt das geknüpfte Netzwerk näher zu durchleuchten und auf seine Nachhaltigkeit zu überprüfen. Für die wissenschaftliche Erforschung heißt dies vor allem interdisziplinär zu arbeiten, sich in kleinen Schritten mit Hilfe unterschiedlichster Methoden quantitativ als auch qualitativ vorzutasten. Auch im Bereich der Evaluation ist das Engagement unabhängiger Wissenschaftler, vor allem jener die nicht selbst in diesen Prozess involviert waren, gefragt.

Wohin sich Global Media Governance und die Nachwirkungen des WSIS entwickeln werden ist ungewiss. Gerade jetzt da wir uns mit einer umfassenden Finanz- und Wirtschaftskrise konfrontiert sehen, erfolgen immer lautere Rufe nach mehr staatlicher Regulierung und vor allem Kontrolle. Es ist unklar ob der Trend nun wieder in Richtung stärkerer Hierarchien zurückgeht, oder ob die Entwicklung gesellschaftliche Akteure mehr in die Gestaltung der gesellschaftlichen Regelungen miteinzubeziehen anhält.

Was die Diskussion im Kommunikations- und Mediensektor anbelangt so ist der weltweite politische Diskurs um die Gestaltung und Verwirklichung von Informationsgesellschaft(en) erst am Anfang. Auch aus Sicht des Policy-Zyklus ist die Termination in vielen Teilberei-

chen noch lange nicht erreicht. Ich möchte meine Arbeit mit einem Zitat schließen, das ursprünglich von Winston Churchill stammt. Es wurde von einem Vertreter der Privatwirtschaft am letzten Tag des Gipfels in Tunis in Hinblick auf die Bedeutung des World Summit on the Information Society gebraucht. Es fasst aber ebenso gut die momentane Situation von Multilevel Global Media Governance zusammen:

„Now this is not the end.
It is not even the beginning of the end.
But it is, perhaps, the end of the beginning."
W. Churchill 1942

LITERATURVERZEICHNIS

Baldwin, Robert/Cave, Martin (1999): Understanding Regulation. Theory, Strategy, and Practice. Oxford/New York: Oxford University Press

Beck, Ulrich (1997): Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf die Globalisierung. Frankfurt am Main: Suhrkamp

Beck, Ulrich (1987): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp

Behrens, Maria (2004): Kapitel 5 – Global Governance. In: Benz, Arthur (Hrsg.) (2004): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S.104-124

Bell, Daniel (1999) [1973]: The Coming of Post-Industrial Society. A Venture in Social Forcasting. New York: Basic Books

Benz, Arthur (2004a): Einleitung. Governance – Modebegriff oder nützliches sozialwissenschaftliches Konzept? In: Benz, Arthur (Hrsg.) (2004): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S.11-28

Benz, Arthur (Hrsg.) (2004b): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Benz, Arthur (2004c): Kapitel 6 – Multilevel Governance – Governance im Mehrebenensystem. In: Benz, Arthur (Hrsg.) (2004): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S.125-146

Benz, Arthur (2007a): 1.3 Politischer Wettbewerb. In: Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (Hrsg.) (2007): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaft, S.54-67

Benz, Arthur (2007b): 1.7 Verhandlungen. In: Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (Hrsg.) (2007): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaft, S. 106-118

Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (Hrsg.) (2007a): Einleitung. In: Benz et al. (Hrsg.) (2007): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaft, S.9-25

Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (Hrsg.) (2007b): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaft

Biebl, Thomas (2004): The Impact of Civil Society on the United Nations World Summit on the Information Society – A Case Study of Successful Engagement within UN Bodies. Diplomarbeit. Salzburg

Breunig, Christian (1996): Internationale Kommunikationspolitik im Wandel. Alte und neue Initiativen der UNESCO. In: Meckel, Miriam/Kriener, Markus (Hrsg.) (1996): Internationale Kommunikation. Eine Einführung. Opladen: Westdeutscher Verlag, S.67-84:

Brüne, Stefan (1999): Die afrikanische Informationsgesellschaft. Akteure, Abhängigkeiten, Potentiale. In: Donges, Patrick/Jarren, Otfried/Schatz, Heribert (Hrsg.) (1999): Globalisierung der Medien? Medienpolitik in der Informationsgesellschaft. Opladen: Westdeutscher Verlag, S.211-227

Burkart, Roland (2002[4]): Kommunikationswissenschaft. Grundlagen und Problemfelder. Umrisse einer interdisziplinären Sozialwissenschaft. überarb. u. aktualisierte Aufl. Wien/Köln/Weimar: Böhlau-UTB

Campbell, Angela J. (1999): Self-Regulation and the Media. In: federal Communication Law Journal (3), S.711-772

Carlsson, Ulla (2003): The Rise and Fall of NWICO – and Then? From a Vision of International Regulation to a Reality of Multilevel Governance. EURICOM Colloquium, Information Society – Visions and Governance, Venedig, 5.-7. Mai http://www.bfsf.it/wsis/cosa%20dietro%20al%20nuovo%20ordine.pdf letzter Zugriff: 7.12.2008

Castells, Manuel (2000): The Information Age. Economy, Society and Culture – Vol. 1: The Rise of the Network Society. Cambridge (Mass.) (u.a.): Blackwell

Castells, Manuel (2003): The Information Age. Economy, Society and Culture – Vol. 2: The Power of Identity. Cambridge (Mass.) (u.a.): Blackwell

Castells, Manuel (2000): The Information Age. Economy, Society and Culture – Vol. 3: End of Millennium. Cambridge (Mass.) (u.a.): Blackwell

Cees J. Hamelink (2004): Did WSIS Achieve Anything at All? In: Gazette, 66(6): S. 281 - 290

Crouch, Colin/Farrell, Henry (2004): Breaking the Path of Institutional Development? Alternatives to the New Determinism. In: Rationality and Society 16(1), S.5-43

Czada, Roland (2007): 1.4 Markt. In: Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (Hrsg.) (2007): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaft, S.68-81

Döhler, Marian (2007): 1.2 Hierarchie. In: Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (Hrsg.) (2007): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaft, S.46-53

Donges, Patrick (2007a): Governance und Steuerung – Zwei Theorieansätze im Vergleich. In: Donges, Patrick (Hrsg.) (2007b): Von der Medienpolitik zur Media Governance? Köln: Herbert von Halem, S.67-84

Donges, Patrick (Hrsg.) (2007b): Von der Medienpolitik zur Media Governance? Köln: Herbert von Halem

Donges, Patrick (2007c): Medienpolitik und Media Governance. In: Donges, Patrick (Hrsg.) (2007): Von der Medienpolitik zur Media Governance? Köln: Herbert von Halem, S.7-23

Donges, Patrick/Jarren, Otfried/Schatz, Heribert (Hrsg.) (1999): Globalisierung der Medien? Medienpolitik in der Informationsgesellschaft. Opladen: Westdeutscher Verlag

Dreher, Sabine (2004[2]): Regulation. In: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (2004) (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. Band 2 N-Z, aktualisierte Auflage. München: C.H. Beck, S.819-820

Drucker, Peter F. (orig. 1938/1943): The End of Economic Man. The Study of New Totalitarianism. Wien: Guild Books

Drucker, Peter F. (1969): The Age of Discontinuity. Guidelines to our Changing Society. London: Heinemann

Drucker, Peter F. (1993): Post-Capitalist Society. New York: Harper Business

Fischer, Karin/Hödl, Gerald/Maral-Hanak, Irmi/Parnreitner, Christof (Hrsg.) (2006): Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien. Wien: Mandelbaum Verlag

Franck, Georg (1998): Ökonomie der Aufmerksamkeit. Ein Entwurf. München, Wien: Hanser

General Assembly (GA) (1946): 59(1) Calling of an International Conference on Freedom of Information. http://daccessdds.un.org/doc/RESOLUTION/GEN/NR0/033/10/IMG/NR003310.pdf?OpenElement letzter Zugriff: 24.09.2008

General Assembly (GA) (2001): 56/183 World Summit on the Information Society. http://www.itu.int/wsis/docs/background/resolutions/56_183_unga_2002.pdf letzter Zugriff: 24.09.2008

Gläser, Jochen (2007): 1.5 Gemeinschaft. In: Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (Hrsg.) (2007): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaft, S.82-92

Godin, Benoît (2008): The Knowledge Economy. Fritz Machlup's Construction of a Synthetic Concept. Project on the History and Sociology of S&T Statistics. Working Paper No. 37. http://www.csiic.ca/PDF/Godin_37.pdf letzter Zugriff: 16.11.2008

Gruppe der 8 (G8) (2000): Okinawa Charter on Global Information Society. http://www.g8.utoronto.ca/summit/2000okinawa/gis.htm letzter Zugriff: 24.09.2008

Haas, Hannes (2005): Medienkunde. Grundlagen, Strukturen, Perspektiven. Wien: WUV Universitätsverlag

Haas, Hannes/Wallner, Cornelia (2007): Medienpolitik als gesellschaftliches Projekt. Die Ziele von Media Governance. In: Donges, Patrick (Hrsg.) (2007): Von der Medienpolitik zur Media Governance? Köln: Herbert von Halem, S.127-143

Habermas, Jürgen (2006 [1962]: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp

Heinrich, Jürgen (1996): Qualitätswettbewerb und/oder Kostenwettbewerb im Mediensektor?, in: Rundfunk und Fernsehen, Nr.2, o.Jg., S. 165-184

Imhof, Kurt (2006): Mediengesellschaft und Medialisierung. In: M&K – Medien und Kommunikationsiwssenschaft 54(2), Hamburg: Nomos, S.191-215; auch abrufbar unter: http://www.m-und-k.info/MuK/hefte/Aufsatz_06_02.pdf letzter Zugriff: 21.11.2008

International Telecommunication Union (ITU) (2004c): Helping the World Communicate. Genf: International Telecommunication Union http://www.itu.int/dms_pub/itu-s/opb/gen/S-GEN-HLPW-2004-PDF-E.pdf letzter Zugriff: 05.01.2008

International Telecommunication Union (ITU) (2008a): ITU Plenipotentiary Conference. http://www.itu.int/plenipotentiary/ letzter Zugriff: 24.09.2008

Jarren, Otfried/Meier, Werner A. (1999): Globalisierung der Medienlandschaft und ihre medienpolitische Bewältigung. Ende der Medienpolitik oder neue Gestaltungsformen auf regionaler und nationaler Ebene? In: Donges, Patrick/Jarren, Otfried/Schatz, Heribert (Hrsg.) (1999): Globalisierung der Medien? Medienpolitik in der Informationsgesellschaft. Opladen: Westdeutscher Verlag, S.231-249

Just, Natascha/Latzer, Michael/Saurwein, Florian (2007): Communications Governance – Entscheidungshilfe für die Wahl des Regulierungsarrangements am Beispiel Spam. In: Donges, Patrick (Hrsg.) (2007): Von der Medienpolitik zur Media Governance? Köln: Herbert von Halem, S.103-126

Kiefer, Marie Luise (2001): Medienökonomik. Eine Einführung in eine ökonomische Theorie der Medien. München, Wien: Oldenbourg

Klein, Hans (2005): Understanding WSIS. An Institutional Analysis of the UN World Summit on the Information Society. In: Information Technologies and International Development, 1(3-4), MIT, S.3-13

Kleinsteuber, Hans J. (1999): Die Informationsgesellschaft – Eine Gesellschaft ohne Information über sich selbst? Einige Thesen. In: Donges, Patrick/Jarren, Otfried/Schatz, Heribert (Hrsg.) (1999): Globalisierung der Medien? Medienpolitik in der Informationsgesellschaft. Opladen: Westdeutscher Verlag, S.21-38

Kleinwächter, Wolfgang (2004a): Beyond ICANN Vs ITU?: How WSIS Tries to Enter the New Territory of Internet Governance. In Gazette, 66(6): S. 233 - 251

Kleinwächter, Wolfgang (2004b): Macht und Geld im Cyberspace – Wie der Weltgipfel zur Informationsgesellschaft (WSIS) die Weichen für die Zukunft stellt. Hannover: Heise

Knoche, Manfred (1999): Zum Verhältnis von Medienpolitik und Medienökonomie in der globalen Informationsgesellschaft. In: Donges, Patrick/Jarren, Otfried/Schatz, Heribert (Hrsg.) (1999): Globalisierung der Medien? Medienpolitik in der Informationsgesellschaft. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 89-106

Krotz, Friedrich (2001): Marshall McLuhan Revisited. Der Theoretiker des Fernsehens und der Mediengesellschaft. In: Medien- & Kommunikationswissenschaft, 49(1), S.62-81

Kuhlen, Rainer (o.J.): Interessenverflechtungen – auf dem Weg zum UN-Weltgipfel zur Informationsgesellschaft (WSIS). http://www.inf-wiss.uni-konstanz.de/People/RK/Publikationen2003/interessen-wsis-kuhlen0303.pdf letzter Zugriff: 7.12.2008

Kuhlen, Rainer (2004): Optionen und Obligationen nationaler und globaler Informationspolitik nach und vor dem Weltgipfel zur Informationsgesellschaft (WSIS). http://www.inf-wiss.uni-konstanz.de/People/RK/Publikationen2004/optionen_wsis.pdf letzter Zugriff: 25.11.2008

Lamnek, Siegfried (2005): Qualitative Sozialforschung. Lehrbuch. Weinheim, Basel: Beltz

Latzer, Michael (1997): Mediamatik - Die Konvergenz von Telekommunikation, Computer und Rundfunk. Opladen: Westdeutscher Verlag

Lauth, Hans-Joachim (2007): 1.10 Transformation. In: Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (Hrsg.) (2007): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaft, S.144-157

Lessig, Lawrence (2001): The Future of Ideas. The Fate of the Commons in a Connected World. New York: Vintage; auch verfügbar unter: http://thefutureofideas.s3.amazonaws.com/lessig_FOI.pdf letzter Zugriff: 30.09.2008

Lessig, Lawrence (2004): Free Culture. The Nature and Future of Creativity. New York, Toronto, London (u.a.): Penguin; auch verfügbar unter: http://www.free-culture.cc/freeculture.pdf letzter Zugriff: 30.09.2008

Lütz, Susanne (2007): 1.9 Policy-Transfer und Policy-Diffusion. In: Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (Hrsg.) (2007): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaft, S.132-143

Machlup, Fritz (1973): The Production and Distribution of Knowledge in the US. Princeton: Princeton University Press

Maletzke, Gerhard (1963): Psychologie der Massenkommunikation. Hamburg: Bredow-Institut

Marsden, Christopher T. (Hrsg.) (2000): Regulating the Global Information Society. London, New York: Routledge

Mattelart, Armand (2003): The Information Society. An Introduction (Histoire de la Sciété de l'information). London, Thousand Oaks, New Delhi: Sage

Mayntz, Renate (1987): Politische Steuerung und gesellschaftliche Steuerungsprobleme. Anmerkungen zu einem theoretischen Paradigma. In: Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft, Bd. 1. Baden-Baden: Nomos, S. 89-110

Mayntz, Renate (2006): Governance Theory als fortentwickelte Steuerungstheorie? In: Schuppert, Gunnar Folke (2006[2]) (Hrsg.): Governance-Forschung. Vergewisserung über Stand der Entwicklungslinien. Baden-Baden: Nomos, S. 11-20

Mayring, Philipp (2003[8]): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim, Basel: Beltz

McLuhan, Marshal (2004): Understanding Media. The Extension of Man. London (u.a.): Routledge Classics

Meckel, Miriam/Kriener, Markus (Hrsg.) (1996): Internationale Kommunikation. Eine Einführung. Opladen: Westdeutscher Verlag

Münch, Richard (1992): Dialektik der Kommunikationsgesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp

Münch, Richard (1995): Dynamik der Kommunikationsgesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp

One Laptop per Child (OLPC) (2006): Häufig gestellte Fragen. http://www.laptop.org/faq.de.html letzter Zugriff: 25.09.2008

Opoku-Mensah, Aida (2004): Twin Peaks: WSIS from Geneva to Tunis: Whither Africa in the Information Society? In: Gazette, 66(6): S. 253 - 273

ORF-futurezone (2008a): Der langsame Zerfall von OLPC . http://futurezone.orf.at/it/stories/278397/ letzter Zugriff: 25.09.2008

ORF-futurezone (2008b): Negroponte sucht Nachfolger bei OLPC. "Wie Microsoft werden". http://futurezone.orf.at/it/stories/261778/ letzter Zugriff: 25.09.2008

ORF-futurezone (2008c): OLPC: "Jetzt sind die Erbsenzähler dran". http://futurezone.orf.at/produkte/stories/265973/ letzter Zugriff: 25.09.2008

ORF-futurezone (2008d): Technikchefin verlässt OLPC. Mary Lou Jepsen will Geld verdienen. http://futurezone.orf.at/it/stories/246670/ letzter Zugriff: 25.09.2008

Ó Siochrú, Sean/Girard, Bruce/Mahan, Amy (2002): Global Media Governance. A Beginner's Guide. Oxford: Rowman & Littlefield Publishers

ÖWA (2008): Österreichische Web Analyse Daten August 2008: http://www.oewa.at/index.php?id=8090 letzter Zugriff: 10.08. 2008

Padovani, Claudia (2004): The World Summit on the Information Society: Setting the Communication Agenda for the 21st Century? An Ongoing Exercise. In: Gazette, 66(6): S. 187 – 191.

Padovani, Claudia (2005): Debating communication imbalances from the MacBride Report to the World Summit on the Information Society: an analysis of a changing discourse. In: Global Media and Communication, 1(12): S. 316 – 338

Padovani, Claudia/Nordenstreng, Kaarle (2005): From NWICO to WSIS: another world information and communication order?: Introduction. In: Global Media and Communication, 1(12): S. 264 - 272.

Papadopoulos, Yannis (2004): Kapitel 10 – Governance und Demokratie. In: Benz, A. (Hrsg) (2004): Governance. Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag, S.215-237

Popescu, Adrian/Kouvatsos, Demetres/Remondo, David/Giordano, Stefano (o.J.): Content Distribution over IP – Developments and Challenges. http://citeseerx.ist.psu.edu/viewdoc/download;jsessionid=DD7D1CEFCA4EE7740C7F48A1D25AAF63?doi=10.1.1.105.976&rep=rep1&type=pdf. letzter Zugriff: 18.09.2008

Porat, Marc Uri (1977): Information Economy. Defintiion and Measurement. Washington D.C.: Office of Telecommunication s http://eric.ed.gov/ERICDocs/data/ericdocs2sql/content_storage_01/0000019b/80/39/f0/f3.pdf letzter Zugriff: 08.11.2008

Puppis, Manuel (2007): Einführung in die Medienpolitik. Konstanz: UVK (UTB)

Puppis, Manuel/Künzler, Matthias (2007): Governance als horizontale Ausweitung von Government. Selbst- und Ko-Regulierung im Mediensektor. In: Donges, Patrick (Hrsg.) (2007): Von der Medienpolitik zur Media Governance? Köln: Herbert von Halem, S.161-177

Raboy, Marc (Hrsg.) (2002a): Global Media Policy in the New Millennium. Luton: University of Luton Press

Raboy, Marc (2004b): Media Policy in the New Communications Environmentt. In: Raboy, Marc (Hrsg.) (2002): Global Media Policy in the New Millennium. Luton: University of Luton Press, S.3-16

Raboy, Marc (2004): The World Summit on the Information Society and Its Legacy for Global Governance. In: Gazette, 66(6): S. 225 - 232

Raboy, Marc/Landry, Normand (2005): Civil Society, Communication and Global Governance. Issues from the World Summit on the Information Society. New York (u.a.): Peter Lang

Samuelson, Pamela (2000): Five challenges for regulating the Global Information Society. In: Marsden, Christopher T. (Hrsg.) (2000): Regulating the Global Information Society. London, New York: Routledge, S.316-330

Schimank, Uwe (2007): 1.1 Elemtare Mechanismen. In: Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (Hrsg.) (2007): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaft, S.29-45

Schulz, Wolfgang/Held, Thorsten (2007): Verfassungsrechtliche Grundsätze und Media Governance. Demokratische Legitimation und Wahrung des Rechtsstaatsprinzips bei der Regulierung von Medienanbietern unter besonderer Berücksichtigung koregulativer Systeme. In: Donges, Patrick (Hrsg.) (2007): Von der Medienpolitik zur Media Governance? Köln: Herbert von Halem, S.85-102

Schuppert, Gunnar Folke (2006[2]) (Hrsg.): Governance-Forschung. Vergewisserung über Stand der Entwicklungslinien. Baden-Baden: Nomos

Schuppert, Gunnar F. (2007): Was ist Media Governance? In: Donges, Patrick (2007) (Hrsg.): Von der Medienpolitik zur Media Governance? Köln: Herbert von Halem, S.24-42

Steinbicker, Jochen (2001): Zur Theorie der Informationsgesellschaft. Ein Vergleich der Ansätze von Peter Drucker, Daniel Bell und Manuel Castells. Opladen: Leske + Budrich

The Commission on Global Governance (1995): Our Global Neighbourhood. The Report of the Commission on Global Governance. Oxford (u.a.): Oxford University Press

Umesao, T. (1963). "Information Industry Theory: Dawn of the Coming Era of the Ectodermal Industry." Hoso Asahi Jan., S.4-17

UNESCO (1980): Many Voices One World. Towards a New More Just and More Efficient World Information and Communication Order. Paris: UNESCO http://unesdoc.unesco.org/images/0004/000400/040066eb.pdf letzter Zugriff: 7.12.2008

UNESCO (2004): Basic Texts. http://unesdoc.unesco.org/images/0013/001337/133729e.pdf letzter Zugriff: 7.12.2008

Wald, Andreas/Jansen, Dorothea (2007): 1.6 Netzwerke. In: Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (Hrsg.) (2007): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaft, S.93-105

Werle, Raymund (2007): 1.8 Pfadabhängigkeit. In: Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (Hrsg.) (2007): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaft, S.119-131

Willke, Helmut (1997): Supervision des Staates. Frankfurt am Main: Suhrkamp

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abb.1: Regulierungsformen zwischen Staat und Markt 37

Abb.2: Gesellschaftliche Entwicklungsphasen nach McLuhan 62

Abb.3: Anteil der Akteure an der WSIS-Projektrealisierung Stand Ende 2007.....139

Abb.4: Anteil von kooperativen und unabhängigen Projekten nach Akteursgruppe Stand Ende 2007 140

ANHANG

Anhang A: Abkürzungsverzeichnis

AOL	America Online
CCBI	Coordinating Committee of Business Interlocuters
CERN	Conseil Européen pour la Recherche Nucléaire (European Organization for Nuclear Research)
CSB	Civil Society Burreau
CSCG	Civil Society Coordinating Group
DSF	Digital Solidarity Fund
FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations
FLOSS	Free, Low-Cost and Open Source Software
G7/G8	Gruppe der 7/Gruppe der 8 bzw. Group of 7/Group of 8 (Anm.: USA, Russland, Japan, Kanada, Frankreich, Deutschland, Italien, Großbritannien)
GA	General Assembly (Anm.: der Vereinten Nationen)
ICANN	Internet Corporation for Assigned Names and Numbers
ICC	International Chamber of Commerce
ICSU	International Council for Science
IGF	Internet Governance Forum
IGO	Intergouvernmental Organization
ILO	International Labour Organization
INGO	International Governmental Organization
IPDC	International Programme for the Development of Communication
ITU	International Telecommunication Union
KMU	Klein und Mittelbetriebe
MDGs	Millennium Development Goals
MSPs	Multi-Stakeholder-Partnerships/Multi-Stakeholder Partnerschaften
NWICO	New World Information and Communication Order
NWIKO	Neue Weltinformations- und Kommunikationsordnung
OECD	Organisation of Economic Co-operation and Development
OHCR	Office of the High Commissioner for Human Rights
OLPC	One Laptop per Child
PPP	Public Private Partnership

RoP	Rules of Procedure
TFFM	Task Force on Financial Mechanisms
TLD	Top Level Domain
TRIPS	Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights
UNCSTD	United Nations Commission on Science and Technology for Development
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation
WGIG	Working Group on Internet Governance
WIPO	World Intellectual Property Organization
WSIS	World Summit on the Information Society
ZNS	Zentralnervensystem

Anhang B: Timeline

1998

12. Oktober – 6.November:	ITU-Resolution 73

2002

31. Jänner	UN-Generalversammlung Resolution 56/183
28. Mai – 30. Mai	Regionale Konferenz Afrika
1. Juli – 5. Juli	PrepCom-1
16. September – 18. September	Informelles Treffen über Inhalte und Themen
7. November – 9. November	Regionale Konferenz Europa

2003

13. Jänner – 15. Jänner	Regionale Konferenz Asien und pazifischer Raum
29. Jänner – 31. Jänner	Regionale Konferenz Lateinamerika & Karibik
4. Februar – 6. Februar	Regionale Konferenz Westasien
17. Februar – 28. Februar	PrepCom-2
15. Juli – 18. Juli	Intersessional Meeting
15. September – 26. September	PrepCom-3
10. November – 14. November	zusätzliches Vorbereitungstreffen 1
5. Dezember – 6. Dezember	zusätzliches Vorbereitungstreffen 2
9. Dezember	zusätzliches Vorbereitungstreffen 3
10. Dezember – 12. Dezember	*World Summit on the Information Society I (Genf)*

2004

24. Juni – 26. Juni	PrepCom-1

2005

17. Februar – 25. Februar	PrepCom-2
19. September – 30. September	PrepCom-3
16. November – 18. November	*World Summit on the Information Society II (Tunis)*

Anhang C: Kategorienschema

Gipfelphase

- Initiierung
- Genf Prep-Com-1
- Genf Prep-Com-2
- Genf Prep-Com-3
- Genf Gipfel Phase I
- Tunis Prep-Com-1
- Tunis Prep-Com-2
- Tunis Prep-Com-3
- Tunis Gipfel Phase II
- Implementation/Evaluierung
- Andere

Autor/Organisation

Akteur

- Regierung
- Internationale Organisation
- Zivilgesellschaft/NGO
- Privatwirtschaft
- Andere
- Nicht zuordenbar

Titel des Dokuments

Seite

Satz Nr.

Paraphrase

Zusammenfassung 1

Zusammenfassung 2

Verhältnis zwischen Akteuren

- *Thematik:*
  - Opposition zu
    - GOV
    - INGO
    - CS/NGO
    - B
    - MISC
    - Keinem
    - Allen
  - Koalition mit
    - GOV
    - INGO
    - CS/NGO
    - B
    - MISC
    - Keinem
    - Allen
  - Dritter Weg
- *Erwähnung anderer Akteure*
  - Art des Akteurs:
    - GOV
    - INGO
    - CS/NGO
    - B
    - MISC
    - Keiner
    - Alle
  - Wertung
    - Positiv
    - Neutral
    - Negativ
    - Keine Angabe

Teilnahme- & Gestaltungsrechte:

- Aktiv
- Passiv
- Exit-Drohung
- Exit-Vollzug
- Keine

Governance-Mechanismen:

- Hierarchie
- politischer Wettbewerb
- Markt
- Gemeinschaft
- Netzwerke
- Verhandlungen
- Pfadabhängigkeit
- Policy-Transfer/-Diffusion
- Transformation
- keine

zeitliche & thematische Beteiligung

- *Zeit-Phase:*
  - Problemdefintion/Thematisierung
  - Agenda-Setting
  - Programmformulierung
  - Implementation/Evaluierung
  - Terminierung
- *Themenbereiche:*
  - Infrastrukturpolitik
  - Berufspolitik
  - Content-Regulierung
  - kommunikative Grundrechte
  - Medienpolitik
  - andere

Legitimität von Governance (aus der Analyse abzuleiten)

- Transparenz
- Nachvollziehbarkeit bei Regelsetzung
- Beteiligung der Akteure bei Regelsetzungen
- effiziente & effektive Entscheidungsfindeungsstrukturen
- Erwarttungssicherheit
- Outputrichtigkeit
- Evaluierung/Monitoring
- andere

Durchsetzung der Akteure (Abgleich der Statements mit Abschlussdokumenten)

- Forderung in Abschlussdokumenten enthalten
- Forderung in Abschlussdokument nicht enthalten

Informationsgesellschaft: Indikator aus Statements abzuleiten

- *theoretische Konzepte:*
  - Drucker:
    - Wissen als Kapital/zentrale Ressource
    - Hoher Stellenwert von Bildung/wissensgenerierenden Institutionen
  - Bell:
    - industrielle Gesellschaft vorgeschalten
    - Bedeutung der IKTs
    - Information & abstraktes Wissen zentrale Ressourcen
    - Zukunftsorientierung der Gesellschaft
  - McLuhan:
    - elektronische Medien zentral
    - globale Vernetzung
  - Imhof:
    - Ausdifferenzierung des Mediensystems
    - Strukturwandel der Öffentlichkeit
    - Medialisierung
  - Münch:
    - dialektisches Gesellschaftsmodell
    - überdimensionale Ausdehnung medialer Kommunikation
  - Castells:
    - Netzwerke zentral
    - Virtualität

KPOL-Paradigmen 20. Jh:

- Free Flow of Information
  - informationelle Grundrechte
  - gegen Einschränkung/Regulierung von Informationsflüssen
- NWIKO:
  - Steuerung der Informationsströme
  - Unterstützung der Mediensystem-Entwicklung Entwicklungsländern

Erfolg von Global Media Governance:

- Realisierung der Vorhaben im Abschlussbericht bereits erfüllt
- Realisierung der Vorhaben im Abschlussbericht übererfüllt
- Realisierung der Vorhaben im Abschlussbericht nicht erfüllt

Anhang D: Quellenangaben Analysematerial

Den Gipfel ins Leben rufen:

ECOSOC (2000): Development and international cooperation in the twenty-first century. The role of information technology in the context of a knowledge-based global economy. http://www.un.org/documents/ecosoc/docs/2000/e2000-52.pdf letzter Zugriff: 10.12.2008

ECOSOC (2001): The role of the United Nations in promoting development, particularly with respect to access to an dtransfer of knowledge and technology, especially information and communication technologies, inter alia, through partnerships with relevant stakeholders, including the private sector. http://www.un.org/documents/ecosoc/docs/2001/e2001-59.pdf letzter Zugriff: 10.12.2008

GA (2001): Resolution 56/183. World Summit on the Information Society. http://www.itu.int/wsis/docs/background/resolutions/56_183_unga_2002.pdf letzter Zugriff: 10.12.2008

ITU (1998): Resolution 73 – World Summit on the Information Society. Plenipotentiary Conference, Minneapolis. http://www.itu.int/wsis/docs/background/resolutions/73.html letzter Zugriff: 10.12.2008

Genf – PrepCom-1:

Civil Society (2002): Putting People First in the Information Society. A Statement on WSIS Contenand Themes, endorsed by 22 NGOs and Civil Society Entities. http://www.itu.int/wsis/docs/pc1/statements_content/cs_group.doc letzter Zugriff: 17.12.2008

Brasilien (2002): Statement from Brazil. http://www.itu.int/wsis/docs/pc1/statements_general/brazil.doc letzter Zugriff: 17.12.2008

CCBI (2002): Content/Themes Statement. http://www.itu.int/wsis/docs/pc1/statements_content/ccbi.doc letzter Zugriff: 17.12.2008

CCBI (2002): General Statement. http://www.itu.int/wsis/docs/pc1/statements_general/ccbi.doc letzter Zugriff: 17.12.2008

China (2002): Statement by Ambassador SHA Zukang Head of the Chinese Delegation at the First Meeting of the Intergovernmental Preperatory Committee of the World Summit on the Information Society. http://www.itu.int/wsis/docs/pc1/statements_general/china.doc letzter Zugriff: 17.12.2008

Republik Uzbekistan (2002): General Statement. http://www.itu.int/wsis/docs/pc1/statements_general/uzbekistan.doc letzter Zugriff: 17.12.2008

Süd-Afrika (2002): Statement of the Republic of South Africa to the First Preperatory Meeting for the World Summit on the Information Society. http://www.itu.int/wsis/docs/pc1/statements_general/southafrica.doc letzter Zugriff: 17.12.2008

Taking It Global (2002): General Statement PrepCom-1 WSIS, July 2, 2002. http://www.itu.int/wsis/docs/pc1/statements_general/taking_it_global.doc letzter Zugriff: 17.12.2008

WSIS (2002): Arrangements for participation adopted at the first session of the Preperatory Committee (Geneva, 1-5 July 2002). http://www.itu.int/wsis/docs/pc1/official/arrangements_participation.doc letzter Zugriff: 17.12.2008

WSIS (2002): Rules ofProcedure of the Preperatory Committee adopted at the first session of the Preperatory Committee (Geneva, 1-5 July 2002). http://www.itu.int/wsis/docs/pc1/official/rules_procedure_pc.doc letzter Zugriff: 17.12.2008

WSIS Executive Secretariat (2002): Compilation of Contributions Submitted by Members of the High Level Summit Organization Committee (HLSOC) and Others on the Themes and Activities of the World Summit on the Information Society. http://www.itu.int/dms_pub/itu-s/md/02/wsispc1/c/S02-WSISPC1-C-0001!!PDF-E.pdf letzter Zugriff: 17.12.2008

WSIS Executive Secretariat (2002): Participation of Private Sector, Civil Society and other Stakeholders. http://www.itu.int/dms_pub/itu-s/md/02/wsispc1/doc/S02-WSISPC1-DOC-0003!!PDF-E.pdf letzter Zugriff: 17.12.2008

WSIS Executive Secretariat (2002): Proposed Themes for the Summit and Possible Outcomes. http://www.itu.int/dms_pub/itu-s/md/02/wsispc1/doc/S02-WSISPC1-DOC-0004!!PDF-E.pdf letzter Zugriff: 17.12.2008

Genf – PrepCom-2

CCBI (2002): Business Views on Summit Outcomes. http://www.itu.int/dms_pub/itu-s/md/03/wsispc2/c/S03-WSISPC2-C-0035!A1!PDF-E.pdf letzter Zugriff: 17.12.2008

CCBI (2002): Coordinating Committee of Business Interlocutors (CCBI). http://www.itu.int/dms_pub/itu-s/md/03/wsispc2/c/S03-WSISPC2-C-0035!!PDF-E.pdf letzter Zugriff: 17.12.2008

Civil Society Coordinating Group (2003): Civil Society Statement to Prepcom 2 on Vision, Principles, Themes and Process for WSIS. http://www.itu.int/dms_pub/itu-s/md/03/wsispc2/c/S03-WSISPC2-C-0071!!PDF-E.pdf letzter Zugriff: 17.12.2008

President of the WSIS Preperatory Committee (2003): Information and Communication for All. http://www.itu.int/dms_pub/itu-s/md/03/wsispc2/inf/S03-WSISPC2-INF-0001!!PDF-E.pdf letzter Zugriff: 17.12.2008

WSIS (2003): Sound Tables. http://www.itu.int/dms_pub/itu-s/md/03/wsispc2/doc/S03-WSISPC2-DOC-0011!!PDF-E.pdf letzter Zugriff: 17.12.2008

WSIS Executive Secretariat (2003): Report of the African Regional Conference for WSIS (Bamako, 28-30 May 2002). http://www.itu.int/dms_pub/itu-s/md/03/wsispc2/doc/S03-WSISPC2-DOC-0004!!PDF-E.pdf letzter Zugriff: 17.12.2008

WSIS Executive Secretariat (2003): Report of the Asia-Pacific Regional Conference for WSIS (Tokyo, 13-15 January 2003). http://www.itu.int/dms_pub/itu-s/md/03/wsispc2/doc/S03-WSISPC2-DOC-0006!!PDF-E.pdf letzter Zugriff: 17.12.2008

WSIS Executive Secretariat (2003): Report of the Latin America and Caribean Regional Conference for WSIS (Bávaro, 29-31 January 2003). http://www.itu.int/dms_pub/itu-s/md/03/wsispc2/doc/S03-WSISPC2-DOC-0007!!PDF-E.pdf letzter Zugriff: 17.12.2008

WSIS Executive Secretariat (2003): Report on the Pan-European Regional Conference for WSIS (Bucharest, 7-9 November 2002). http://www.itu.int/dms_pub/itu-s/md/03/wsispc2/doc/S03-WSISPC2-DOC-0005!!PDF-E.pdf letzter Zugriff: 17.12.2008

WSIS Executive Secretariat (2003): Report of the Western Asia Regional Conference for WSIS (Beirut, 4-6 February 2003). http://www.itu.int/dms_pub/itu-s/md/03/wsispc2/doc/S03-WSISPC2-DOC-0008!!PDF-E.pdf letzter Zugriff: 17.12.2008

Genf – PrepCom-3

African Group (2003): Proposed Comments and Amendments from the Bureau of the African Group to the WSIS Tunis, 1-3 September 2003. http://www.itu.int/dms_pub/itu-s/md/03/wsispc3/c/S03-WSISPC3-C-0163!!PDF-E.pdf letzter Zugriff: 16.12.2008

CCBI (2003): CCBI Explanatory Note Regarding Input on Latest Draft Declaration of Principles (WSIS/PC-3/DT/6) – 14 November 2003 at 2400 Hours (Rev. 1) and Plan of Action (WSIS/PC-3/DT/5) – 14 November 2003 at 19H00 (Rev. 1). http://www.itu.int/dms_pub/itu-s/md/03/wsispc3/c/S03-WSISPC3-C-0190!!PDF-E.pdf letzter Zugriff: 16.12.2008

CERN/UNESCO/ICSU (2003): CERN, UNESCO and ICSU (in cooperation with TWAS and ICTP): comments and imputs from the Scientific Community on the Draft Declaration and Action Plan. http://www.itu.int/dms_pub/itu-s/md/03/wsispc3/c/S03-WSISPC3-C-0113!!MSW-E.doc letzter Zugriff: 16.12.2008

Civil Society Plenary (2003): Civil Society Essential Benchmarks for WSIS. http://www.nethics.net/nethics_neu/n3/quellen/wsis/CS-Essential-Benchmarks.pdf letzter Zugriff: 16.12.2008

ITU/World Bank (2003): Joint Contribution of the International Telecommunication Uinon and the World Bank. Innovation in Dispute Resolution Techniques. http://www.itu.int/dms_pub/itu-s/md/03/wsispc3/c/S03-WSISPC3-C-0141!!PDF-E.pdf letzter Zugriff: 16.12.2008

OHCR (2003): Background Note on the Information Society and Human Rights. http://www.itu.int/dms_pub/itu-s/md/03/wsispc3/c/S03-WSISPC3-C-0178!!PDF-E.pdf letzter Zugriff: 16.12.2008

Republic of India (2003): Comments from department of Telecommunications, Government of India on the Draft Declaration of Principles (Document WSIS/PCIP/DT/1-E dt.21st March 2003) and Draft Action Plan (Document WSIS/PCIP/DT/2-E dated 21st March 2003). http://www.itu.int/dms_pub/itu-s/md/03/wsispc3/c/S03-WSISPC3-C-0048!!MSW-E.doc letzter Zugriff: 16.12.2008

United States of America (2003): Comments on March 21st Version of the WSIS Draft Declaration and Action Plan. http://www.itu.int/dms_pub/itu-s/md/03/wsispc3/c/S03-WSISPC3-C-0047!!PDF-E.pdf letzter Zugriff: 16.12.2008

Genf – Der Gipfel Phase I

CCBI EVENTS (2003): The final business statement – WSIS Geneva. http://www.itu.int/wsis/geneva/coverage/statements/ccbi/s10.pdf letzter Zugriff: 13.12.2008

UNECE/UNCTAD/UNESCO/ITU/OECD/EUROSTAT (2003): Joint UN-ECE/UNCTAD/UNESCO/ITU/OECD/EUROSTAT Statistical Workshop on Monitoring the Information Society. Data, Measurment and Methods. http://www.itu.int/dms_pub/itu-s/md/03/wsis/c/S03-WSIS-C-0014!!PDF-E.pdf letzter Zugriff: 13.12.2008

WSIS (2003a): Geneva Declaration of Principles. http://www.itu.int/dms_pub/itu-s/md/03/wsis/doc/S03-WSIS-DOC-0004!!PDF-E.pdf letzter Zugriff: 13.12.2008

WSIS (2003b): Geneva Plan of Action. http://www.itu.int/dms_pub/itu-s/md/03/wsis/doc/S03-WSIS-DOC-0005!!PDF-E.pdf letzter Zugriff: 13.12.2008

WSIS Civil Society Plenary (2003): Shaping Information Societies for Human Needs. Civil Society Declaration to the World Summit on the Information Society. http://www.itu.int/wsis/docs/geneva/civil-society-declaration.pdf letzter Zugriff: 13.12.2008

WSIS Preperatory Committee (2003): Draft Rules of Procedure of the World Summit on the Information Society. http://www.itu.int/dms_pub/itu-s/md/03/wsis/doc/S03-WSIS-DOC-0002!!PDF-E.pdf letzter Zugriff: 13.12.2008

Tunis – PrepCom-1

Bendrath, Ralf (2004): Statement to the PrepCom plenary on behalf of the Civil Society plenary. http://www.itu.int/wsis/docs2/pc1/plenary/heinrich-boll.pdf letzter Zugriff: 15.12.2008

EU (2004): Preliminary EU Views on the Preperatory Process for the Tunis Phase of the Summit. http://www.itu.int/wsis/docs2/pc1/plenary/eu.pdf letzter Zugriff: 15.12.2008

Fares, David (2004): CCBI Intervention PREPCOM1. http://www.itu.int/wsis/docs2/pc1/plenary/uscib.pdf letzter Zugriff: 15.12.2008

Hamdi, Mongi (2004): The UN Commission on Science and Technology for Development. http://www.itu.int/wsis/docs2/pc1/plenary/uncstd.pdf letzter Zugriff: 15.12.2008

Kummer, Markus (2004): Working Group on Internet Governance. http://www.itu.int/wsis/docs2/pc1/wgig/kummer.pdf letzter Zugriff: 15.12.2008

President of PrepCom (2004): Decision of PREPCOM-1. http://www.itu.int/wsis/docs2/pc1/doc5.pdf letzter Zugriff: 15.12.2008

UNDP (2004): Brief on TF on Financial Mechanisms - Facilitated by UNDP. http://www.itu.int/wsis/docs2/pc1/tffm/brief-undp.pdf letzter Zugriff: 15.12.2008

Utsumi, Yoshio (2004): Report on Activities Leading to the Preperatory Committee (PREPCOM-1 of the Tunis Phase of the Summit). http://www.itu.int/wsis/docs2/pc1/doc4.pdf letzter Zugriff: 15.12.2008

Tunis – PrepCom-2

CCBI (2005): Comments from CCBI for February 24, 2005 on the Preliminary Report of the Working Group on Internet Governance. http://www.itu.int/wsis/docs2/pc2/plenary/CCBI24feb.pdf letzter Zugriff: 17.12.2008

Chair of the WSIS PrepCom-2 Sub-Committee (2005): Compilation of Comments on Chapter Four, operational part. http://www.itu.int/wsis/docs2/pc2/working/dt5.pdf letzter Zugriff: 17.12.2008

Chair of the WSIS PrepCom-2 Sub-Committee (2005): Compilation of Comments on Chapter Two of the Operational Part (Implementation Mechanism). http://www.itu.int/wsis/docs2/pc2/working/dt2rev3.pdf letzter Zugriff: 17.12.2008

Chair of the WSIS PrepCom-2 Sub-Committee (2005): Compilation of Comments on Chapter Two of the Operational Part (Financial Mechanisms) Part One (Para 12-26). http://www.itu.int/wsis/docs2/pc2/working/dt1-part1.pdf letzter Zugriff: 17.12.2008

Chair of the WSIS PrepCom-2 Sub-Committee (2005): Compilation of Comments on Chapter Two of the Operational Part (Financial Mechanisms) Part Two (Para 27). http://www.itu.int/wsis/docs2/pc2/working/dt1-part2.pdf letzter Zugriff: 17.12.2008

Chair of the WSIS PrepCom-2 Sub-Committee (2005): Compilation of Comments on Political Chapeau. http://www.itu.int/wsis/docs2/pc2/working/dt4rev1.pdf letzter Zugriff: 17.12.2008

Civil Society Plenary/CCBI (2005): On implementation and Follow-up mechanisms for the WSIS post-Tunis. http://www.itu.int/wsis/docs2/pc2/subcommittee/Jointcs-ccbi.doc letzter Zugriff: 17.12.2008

Task Force on Financial Mechanisms for ICT for Development (2005): The Report of the Task Force on Financial Mechanisms for ICT for Development. Executive Summary. http://www.itu.int/wsis/tffm/final-report-executive-summary.pdf letzter Zugriff: 17.12.2008

Working Group on Internet Governance (2005): Preliminary Report of the Working Group on Internet Governance. http://www.itu.int/wsis/docs2/pc2/off5.pdf letzter Zugriff: 17.12.2008

Tunis – PrepCom-3

High Level Asia-Pacific Regional Conference (2005): Tehran Declaration on Building the Information Society in Asia and the Pacific. http://www.itu.int/wsis/docs2/regional/declaration-tehran.pdf letzter Zugriff: 17.12.2008

Regional Preperatory Ministerial Conference of Latin America and the Caribbean for the Second Phase of the World Summit on the Information Society (2005): Rio de Janeiro Commitment. http://www.itu.int/wsis/docs2/regional/declaration-rio.pdf letzter Zugriff: 17.12.2008

Southeastern Europe Ministeral Conference on the Information Society (2005): Conclusions. http://www.itu.int/wsis/docs2/thematic/greece/conclusions.pdf letzter Zugriff: 17.12.2008

WSIS Executive Secretariat (2005): Compilation of Comments received on the Chair's Paper (DT/10), Chapter Three. Internet Governance. http://www.itu.int/wsis/docs2/pc3/working/dt14rev2.pdf letzter Zugriff: 17.12.2008

WSIS Thematic Meeting Multi-Stakeholder Partnerships for Bridging the Digital Divide (2005): Draft Chairman's Report. http://www.itu.int/wsis/docs2/thematic/korea/final-report.pdf letzter Zugriff: 17.12.2008

Tunis – Der Gipfel Phase II

African Preperatory conference for the World Summit on the Information Society (WSIS): Accra Commitments for WSIS Tunis 2005. http://www.itu.int/wsis/docs2/regional/outcome-accra.pdf letzter Zugriff: 17.12.2008

CCBI (2005): Statement by Guy Sebban International Chamber of Commerce. http://www.itu.int/wsis/tunis/statements/docs/ps-icc/1.pdf letzter Zugriff: 17.12.2008

CCBI (2005): Statement by Richard D. McDormick International Chamber of Commerce. http://www.itu.int/wsis/tunis/statements/docs/pe-icc/1.pdf letzter Zugriff: 17.12.2008

Civil Society (2005): Much more could have been achieved. Civil Society Statement on the World Summit on the Information Society. http://www.itu.int/wsis/docs2/tunis/contributions/co13.pdf letzter Zugriff: 17.12.2008

Global Symposium for Regulators (2005): Global Symposium for Regulators 2005. Best Practice Guidelines for Spectrum Management to Promote Broadband Access. http://www.itu.int/wsis/docs2/tunis/contributions/co10.pdf letzter Zugriff: 17.12.2008

WSIS (2005): Tunis Agenda fort he Information Society. http://www.itu.int/wsis/docs2/tunis/off/6rev1.pdf letzter Zugriff: 17.12.2008

WSIS (2005): Tunis Commitment. http://www.itu.int/wsis/docs2/tunis/off/7.pdf letzter Zugriff: 17.12.2008

Implementation und Evaluierung

ITU (2008): Report on the World Summit on the Information Society Stocktaking. http://www.itu.int/wsis/stocktaking/docs/2008/WSIS-Stocktaking2008-e.pdf letzter Zugriff: 10.12.2008

WSIS Executive Secretariat (2005): Report on the WSIS Stocktaking. http://www.itu.int/wsis/docs2/tunis/off/5.pdf letzter Zugriff: 10.12.2008

WSIS (2008): WSIS Stocktaking Activities (Database). http://www.itu.int/wsis/stocktaking/scripts/search.asp letzter Zugriff: 10.12.2008

ABSTRACT

Das „World Summit on the Information Society“ war der erste Versuch Global Media/Communications Governance in die Praxis umzusetzen. Eine Vielzahl von Akteuren versuchte dabei über die Zukunft der Informationsgesellschaft in allen ihren Facetten zu beraten und ihre Entwicklung weltweit in gelenkte Bahnen zu schleusen. Die vorliegende Arbeit versucht dieses Ereignis in mehrere Kontexte, die Kommunikationspolitik des 20. Jahrhunderts, die immer dynamischere Globalisierung aber auch die konvergente Technikentwiklung zu stellen. Ebenso wird versucht einen kurzen Überblick über die meist rezipierten Theorien zum Politikfeld Informationsgesellschaft zu geben, und den zurzeit immanenten Widerspruch zwischen Technikoptimismus und Regulierungspessimismus aufzuarbeiten und somit eine Basis für die Analyse des gesamten Weltgipfels zu erarbeiten. Durch die Analyse des Gipfels, die auf einer dem Thema und Material angepassten zusammenfassenden Inhaltsanalyse nach Mayring basiert, soll die Frage erörtert werden, wie sinnvoll Global Media Governance als Alternative zur bisherigen internationalen Kommunikationspolitik ist, und wie sie sich am Gipfel gestaltete. Weiters wird abgeklärt welche Ideen von Informationsgesellschaft sich schließlich am Gipfel und in der Implementation von beschlossenen Maßnahmen durchsetzten.

LEBENSLAUF

PERSÖNLICHE DATEN:

Familienname:	**Hollnbuchner**
Vorname:	**Katharina**
Geburtsdatum:	23/05/1985
Geburtsort:	Steyr (Österreich)
E-Mail:	a0300828@unet.univie.ac.at

AUSBILDUNG:

10/2006 – 04/2009	Magisterstudium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien
03/2004 – 09/2009	Diplomstudium Politikwissenschaft an der Universität Wien
10/2003 – 09/2006	Bakkalaureatsstudium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien
	Schwerpunkte: Kommunikationsforschung; Hörfunk; PR; Journalismus
	Wahlfachmodul: Außenpolitik-Journalismus (Fremdsprache: Englisch)
10/2003 – 01/2004	Studium der Theater-, Film-, und Medienwissenschaft an der Universität Wien
24/06/2003	Matura mit Auszeichnung
09/1995 –06/2003	Gymnasium im Bundesgymnasium und Bundesrealgymnasium Steyr Werndlpark

BERUFLICHE ERFAHRUNG UND PRAKTIKA:

10/2006 – 12/2008	Mitarbeit an Forschungsprojekten und an begleitender Forschungsarbeit an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften – Institut für Technikabfolgen Forschung (ITA) bei Prof. Dr. Michael Latzer
03/2007 – 12/2008	Tutorin (Universität Wien, Inst. für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft) für die Hauptvorlesungen „Medienökonomie“ und „Medien- und Kommunikationspolitik“
03/2006 – 03/2007	Tutorin für die Bereiche: „Einführung in das kommunikationswissenschaftliche Denken“ und „Einführung in die kommunikationswissenschaftliche Forschung“

EDV-KENNTNISSE:

Microsoft Office	Kenntnisse auf ECDL-Core-Niveau
SPSS	Grundlagen

FREMDSPRACHEN:

Englisch	fließend
Spanisch	Grundlagen
Französisch	Grundlagen